

Industrie 4.0

Europa verpasst den digitalen Anschluss



Afghanistan

Der Einsatz am Hindu-kusch hat den Westen verändert – und ihn einige Lektionen gelehrt

Flüchtlingsdrama

Um weitere Tragödien an ihren Grenzen zu verhindern, muss die EU an einem Strang ziehen

Ukraine

Ohne entschlossene Hilfe aus Brüssel bleibt die Situation im Land höchst prekär

Industrie 4.0

Was hat man sich amüsiert, als Bundeskanzlerin Angela Merkel das Internet als „Neuland“ beschrieb. Und was war man verwundert, als Günther Oettinger mit dem angeblich marginalen Posten des EU-Kommissars für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft beschieden wurde.

Nur: Das Internet ist Neuland, wie nicht nur die Auseinandersetzung um die Sammlung digitaler Daten durch Nachrichtendienste zeigt. Die Möglichkeit, Daten in immer größerem Umfang zu sammeln, transportieren, vernetzen und auszutauschen, verändert alle bisherigen Produktionsmethoden radikal. Hat die erste Phase der Industrialisierung im 19. Jahrhundert die Welt in den Strudel der Moderne katapultiert, so wird die digitale Industrie 4.0 Ökonomien, Gesellschaften und Lebensweisen noch viel rasanter verändern. Deutschland und Europa sind dabei nicht die Ersten oder Neugierigsten, dieses Neuland zu vermessen. Im Gegenteil. Im weltweiten Wettbewerb um die Entwicklung neuer Hochtechnologien droht die EU weit hinter die Supermächte USA und auch China zurückzufallen, stellen in diesem Heft Günther Oettinger, Telekom-Chef Timotheus Höttges und Siemens-Chef Joe Kaeser fest. Es ist höchste Zeit, dem Thema Industrie 4.0 mehr Aufmerksamkeit zu widmen, größere Ressourcen in Forschung und Entwicklung zu investieren und eine gesamt-europäische Strategie für die Schaffung einer digitalen Infrastruktur auf die Beine zu stellen. Von Europas Wettbewerbsfähigkeit hängt seine wirtschaftliche und seine politische Zukunft ab. Denn wer den Anschluss verliert, wird nicht mitreden und nicht mitgestalten können.

Wenn Europa in diesem Wettbewerb aufholen will, dann muss es wohl grundsätzlich offener werden. Nicht nur für neue Technologien, sondern, und das ist das zweite große Thema dieser *IP*-Ausgabe, für Neankömmlinge. Menschen sind die Treiber von Neuerungen – das gilt gerade für jene, die unter enormen Strapazen ein besseres Leben in Europa suchen. Flüchtlinge, vor allem aus Kriegsgebieten, gehen nicht freiwillig. Ihnen in der größten Not zu helfen, ist humanitäres Gebot. Migranten sollten wir dauerhaft mit offenen Armen aufnehmen.



DR. SYLKE TEMPEL
Chefredakteurin



Bild nur in
Printausgabe
verfügbar

20 Herausfordern

Beim Wettbewerb um die Marktführerschaft in der Industrie 4.0 haben die USA und Südkorea vorgelegt

Bild nur in
Printausgabe
verfügbar

44 Hereinlassen

Die illegale Wanderung nach Europa steigt weiter – vor allem, weil es zu wenig legale Zuwanderungswege gibt

- 5 IP-Forsa-Frage: Wie sollte die EU auf die Flüchtlingssituation reagieren?

SCHWERPUNKT Industrie 4.0

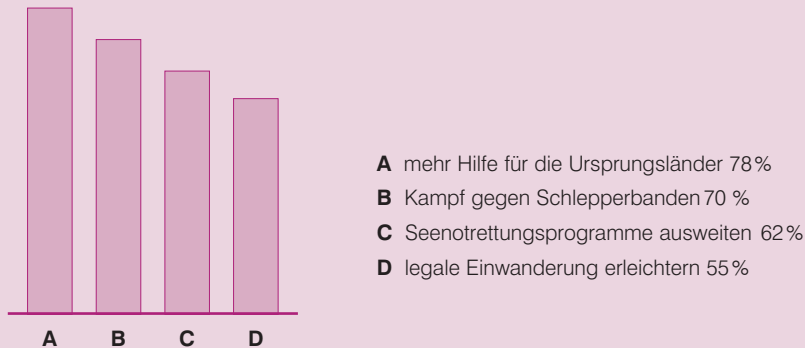
- 8 Andreas Rinke
Ein Kampf ums Überleben
Europa ist im digitalen Zeitalter nicht mehr wettbewerbsfähig
- 20 Günther Oettinger
Von 0:4 zu 4.0
Wenn Europa mit Amerika mithalten will, braucht es eine digitale Strategie
- 26 Timotheus Höttges
Europäische Standards setzen
Nicht alles, was technisch möglich ist, ist auch wünschenswert
- 30 Joe Kaeser
Wir brauchen mehr „Think Big“
Darin können wir viel von den USA lernen

Auf der Flucht

- 38 Interview mit Gerd Müller
„Ich begrüße eine Quotenregelung“
Statt sich abzuschotten, sollte die EU die Fluchtursachen bekämpfen
- 44 Steffen Angenendt
Überzeugende Antworten finden
Europa kann die Flüchtlingskatastrophe nur gemeinsam bewältigen
- 54 Interview mit Paolo Magri
„Nur im Unglück finden wir zusammen“
Weckruf zur rechten Zeit? Das EU-Krisenmanagement im Flüchtlingsdrama

- Gegen den Strich**
- 58 Otto Kallscheuer
Papst Franziskus
Fünf Thesen auf dem Prüfstand
- NSA-Affäre**
- 64 Jackson Janes
Können wir die Wahrheit vertragen?
Mehr Ehrlichkeit bei der Geheimdienstpolitik täte Berlin und Washington gut
- Ukraine**
- 70 Anders Åslund
Wackliges Wachstum
Ohne entschlossene Hilfe aus Brüssel kommt Kiew nicht aus der Krise
- 78 Andreas Umland
Investitionen schützen
Wie man die Ukraine retten kann
- Moderne Kriege**
- 84 Tobias von Gienanth
Realismus und Bescheidenheit
Ein Vergleich mit dem Dreißigjährigen Krieg ist auch heute noch lehrreich
- Afghanistan**
- 91 Graeme Smith
Falsche Beschützer
Die Aufrüstung der Afghan Local Police wäre ein tragischer Fehler
- 94 Ben Barry, Peter Viggo Jakobsen, Markus Kaim, Guillaume de Rougé, Steve Saideman
Lehren aus Afghanistan
Der Krieg am Hindukusch hat die westliche Sicherheitspolitik verändert
- 116 Herleiten**
Die Deutschen hegen und pflegen ihre Gedenkkultur mit Hingabe. Aber ist sie nicht nur eine bequeme Möglichkeit, sich gegen das längst Bekannte zu wappnen? Wenn man überhaupt einen Schluss aus der Geschichte ziehen kann, dann vielleicht folgenden: sich stets der Kontingenz und der Widerrufbarkeit von allem und jedem bewusst zu bleiben.
- Energiesicherheit**
- 110 Andreas Goldthau und Kirsten Westphal
Marktorientiert, sicher, nachhaltig
Die G7 kann und sollte aktiv zu einer globalen Energieordnung beitragen
- Essay**
- 116 Thomas Schmid
Geschichte ist Ereignis
Deshalb bringt uns immer mehr Gedenkkultur keinen Schritt weiter
- 124 **Brief aus ... Istanbul** | Hasnain Kazim
Interessant, aber gewöhnungsbedürftig
- 126 **Internationale Presse** | Marcus Pindur
USA: Zwischen Ratlosigkeit und Indifferenz
- 130 **Buchkritik** | Jan Kuhlmann, Thomas Speckmann, Paul Hockenos
Der unheimliche Aufstieg des IS
- 144 **Schlusspunkt** | Derek Scally
Die Zauberin von Berlin
- 142 Impressum

Wie lassen sich weitere humanitäre Katastrophen im Mittelmeer verhindern?



	A	B	C	D
CDU/CSU	76	77	63	54
SPD	75	68	72	64
Grüne	89	66	70	66
Linke	87	72	50	32
Ost	80	78	49	33
West	78	69	64	58

Datenbasis: 1001 Befragte in Deutschland. Erhebungszeitraum: 9. bis 11. Juni 2015.

An 100% fehlende Angaben: „weiß nicht“. Statistische Fehlertoleranz: + / - 3 Prozentpunkte. Quelle: Forsa.

Seit Beginn des Jahres sind im Mittelmeerraum offiziell über 2000 Menschen beim Versuch, nach Europa zu gelangen, ums Leben gekommen. Wie sollte die EU auf diese dramatische Situation reagieren? 78 Prozent der befragten Bundesbürger halten umfangreichere Hilfeleistungen an die Ursprungsländer der Flüchtlinge für ein geeignetes Mittel, um weitere humanitäre Katastrophen zu verhindern. 70 Prozent (Mehrfachnennungen möglich) meinen, dass die Schlepperbanden energischer als bisher bekämpft werden müssen, und 62 Prozent plädieren für eine Ausweitung der aktuellen Seenotrettungsprogramme. Die Ausweitung legaler Einwanderungsmöglichkeiten für Flüchtlinge ist nur für 55 Prozent der Deutschen eine Option.

An der Frage der Einwanderungsmöglichkeiten entzündeten sich die größten Meinungsunterschiede bei den Befragten. Immerhin 58 Prozent der Westdeutschen, aber nur 33 Prozent der Ostdeutschen halten es für einen gangbaren Weg, mehr legale Einwanderung zuzulassen. Ähnlich zurückhaltend ist man in Ostdeutschland bei den Seenotrettungsprogrammen. Deren Ausweitung befürwortet hier nicht einmal jeder Zweite, während es im Westen immerhin rund zwei Drittel sind. Bei den Parteipräferenzen sind die Differenzen ähnlich signifikant: So möchten zwei Drittel der Grünen-Wähler, aber nicht einmal ein Drittel der Linken-Wähler die legale Migration nach Europa erleichtern.

Bild n Printausgab

Von Amazon zu Google mit Umsteigen in Apple: Netzkarte der großen Internetunternehmen nach dem Schema des Tokioter U-Bahnnetzes, entworfen von der renommierten Designagentur i.A. in Zürich

nur in
e verfügbar

Industrie 4.0

Connected Cars, eHealth, Machine-to-Machine, Fabrik 4.0: Die digitale Revolution ist in vollem Gange, und sie wird bestehende Geschäftsmodelle nachhaltig verändern. Verliert die EU den Anschluss? Nur eine Europäisierung der digitalen Politik bietet die Gewähr dafür, dass wir wieder wettbewerbsfähig mit den USA oder Südkorea werden.

Ein Kampf ums Überleben

Europa ist im digitalen Zeitalter nicht mehr wettbewerbsfähig

Andreas Rinke | **Deutschland und Europa drohen im weltweiten Hochtechnologieren der Digitalisierung hinter die Supermächte USA und China zurückzufallen; manche Pessimisten halten den Wettbewerb angesichts des enormen Tempos der Entwicklung schon heute fast für verloren. Sechs Gründe, warum wir die Digitalisierung verschlafen haben.**

Als ehemalige DDR-Bürgerin kennt sich Angela Merkel mit Revolutionen aus, als Physikerin mit den Auswirkungen technologischer Entwicklungen. Vielleicht erklärt dies ein wenig, warum die Bundeskanzlerin die Digitalisierung als geostrategische Herausforderung für Deutschland beschreibt: „Die nächsten zehn Jahre werden darüber entscheiden, ob wir weiter ein führendes Industrieland sind oder ob wir den Wandel vielleicht nicht schaffen“, warnte Merkel jedenfalls am politischen Aschermittwoch sehr drastisch. Und selbst auf dem Evangelischen Kirchentag in Stuttgart orakelte sie Anfang Juni, stolze deutsche Industriekonzerne könnten künftig zu bloßen Zulieferern amerikanischer IT-Konzerne verkommen, wenn die Bedeutung der Nutzung von Big Data in Deutschland und Europa nicht endlich verstanden werde. Immer dringlicher mahnt man in der Regierungsspitze, dass sich der alte Kontinent in einem Überlebenskampf mit den USA und China um die technologische Vorherrschaft der Zukunft befinde. Pessimisten halten den Wettbewerb angesichts des enormen Tempos der Entwicklung aber schon fast für verloren.

Diese düsteren Mahnungen passen nicht recht zu den guten Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktdaten, die Deutschland derzeit im Monatstakt verbuchen kann. Doch ebenso wie die Großkrisen Ukraine und Griechenland verdecken die Zahlen nur die mit der Digitalisierung verbundene Entwicklung – für deren Folgen erst langsam ein Bewusstsein entsteht. Dieser Prozess lässt sich am Umdenken der Kanzlerin ablesen und hängt wie so oft auch mit persönlicher Betroffenheit zusammen: Denn die Bundeskanzlerin und die deutsche Politik sind letztlich erst richtig aufgewacht, als sie im Zusammenhang mit den Snowden-Enthüllungen plötzlich merkten, dass die Staaten auf dem europäischen Kontinent ihre Daten kaum noch schützen können. Als der politische Wille dazu entstand, folgte die Erkenntnis, dass die Europäer gar nicht

mehr über die dafür notwendige Technologie verfügen. Denn ohne amerikanische und chinesische Soft- und Hardware ist heute keine Kommunikation mehr möglich.

Angela Merkel hat die Digitalisierung deshalb in ihrer dritten Legislaturperiode zu ihrer neuen Mission gemacht: Einen großen Teil ihrer innenpolitischen Aufmerksamkeit richtet sie auf jenen Bereich, den sie am 19. Juni 2013 noch als „Neuland“ bezeichnet hatte: die verstärkte Vernetzung aller Bereiche des Lebens durch das Internet. Der Begriff Industrie 4.0, also die Verschmelzung von IT-Technik und Produktion, ist dabei für die Kanzlerin des Industrielandes Deutschland zum neuen Leitstern an ihrem politischen Firmament geworden.

Obwohl das Thema in den meisten deutschen Medien noch bei der Ernennung von Günther Oettinger zum EU-Digitalkommissar als unwichtig belächelt wurde, ist das Umdenken bei anderen Spitzenpolitikern – von Wirtschaftsminister und SPD-Chef Sigmar Gabriel über CSU-Chef Horst Seehofer bis hin zu EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker nicht weniger radikal. Seehofer hat die Digitalisierung gar zum Kernstück seiner Amtszeit in Bayern erklärt. Gabriels Ministerium ist mittlerweile nicht nur federführend bei der Koordinierung der Initiative „Industrie 4.0“ mit deutschen Firmen, sondern hat eine Vielzahl an Aktivitäten gestartet, um die deutsche Wirtschaft wachzurütteln. Und der Luxemburger Juncker galt zwar noch nie als „digital native“, hat sich aber nun die Digitalisierung ebenfalls auf die Fahnen der Kommissionsarbeit in den kommenden fünf Jahren geschrieben. Ohne die Schaffung eines echten digitalen EU-Binnenmarkts mit mehr als 500 Millionen Bürgern, so warnt er, habe Europa in dem Rennen um die Technologieführerschaft keine Chance mehr. Siemens-Chef Joe Kaeser gab sich Anfang Juni demonstrativ optimistisch: „Deutschland hat alle – ich sage alle – Voraussetzungen, um für ein digitales Wirtschaftswunder zu sorgen.“

Ohne Hard- und Software aus den USA und China geht nichts mehr

Europäer als die Getriebenen

Dass zur Aufholjagd geblasen wird, scheint bitter nötig. Industrie-4.0-Experten wie Wolfgang Dorst vom IT-Verband Bitcom warnen, dass sowohl die USA als auch China in einigen Bereichen wie den technischen Internetplattformen schon einen sehr großen Vorsprung haben – und sich dazu noch schneller bewegen. „Wir müssen neidlos anerkennen, dass uns die Weltentwicklung davonläuft“, warnte Merkel vergangenen Oktober auf dem IT-Gipfel der Bundesregierung. Die Europäer hätten trotz erheblicher staatlicher Subventionen den Wettlauf um die Herstellung von Chips und auch um die Herstellung von IT-Hardware von Smartphones über Computer bis hin zu Bildschirmen bereits verloren. Nur zum Vergleich ein Blick auf die Umsatzzahlen: Der US-Konzern und weltgrößte Chipproduzent Intel verzeichnete 2014 einen Umsatz von 55,9 Milliarden Dollar; der letzte ernsthafte deutsche Halbleiter-Hersteller Infineon kommt auf gerade einmal 5,8 Milliarden Euro.

Aber in Wahrheit sind Amerikaner und Chinesen nicht nur bei der Produktion der Kernstücke aller Computer führend: In den USA sitzen die zumindest für die westliche Welt dominierenden Software-Entwickler und die schnell wachsenden IT-Plattformen wie Apple, Facebook, Amazon, Twitter oder Google. China wiederum ist die Werkbank der Welt für Hardware – von Computern über Smartphones bis zu Kommunikationssystemen. In dem sorgfältig abgeschotteten Markt haben sich mittlerweile aber auch riesige und innovative IT-Plattformen wie Alibaba entwickelt, die es mit den amerikanischen Konkurrenten aufnehmen können.

„Beide Regierungen haben erkannt, dass die Digitalisierung der Schlüssel für die gesamte Wirtschaft ist und stellen sich strategisch auf“, meint Bitcom-Experte Dorst. „China sieht in der Digitalisierung der Produktion den Kern des Planes ‚China 2025‘, mit dem Peking die Wirtschaft an die Weltspitze katapultieren will“, stellt Björn Conrad fest, IT-Experte beim China-Thinktank MERICS. Und der Chef der Deutschen Telekom, Timotheus Höttges, räumt ein: „Die erste Halbzeit der Digitalisierung haben wir in Europa verloren.“

Autos von Apple und Google

Auch Wirtschaftsminister Gabriel schwant Übles. Er habe sich ja gefreut, dass mit Martin Winterkorn einmal der Volkswagen-Chef die Computermesse CeBit in Hannover eröffnen durfte, hatte er im März 2014 gesagt. „Ich will aber nicht erleben, dass jemand wie der Chef von Google irgendwann die Hannover-Messe Industrie eröffnet“, fügte er hinzu – was ein frommer Wunsch bleiben dürfte. Denn es häufen sich die Warnsignale, dass sich Europäer und Deutsche künftig nicht einmal mehr auf alte Stärken verlassen können.

Das Revolutionäre an der IT-Entwicklung ist nämlich, dass sie in jeden Bereich der Industrie, Dienstleistungen, letztlich aber sogar in alle Lebensbereiche vordringt. So gibt es Hinweise, dass Apple ein eigenes iAuto konstruieren will. Der amerikanische IT-Konzern Google hatte mit einem fahrerlosen Auto-Prototypen bereits 2014 für Aufregung in der Branche gesorgt. Wenngleich die deutschen Automobilbauer weiter stolz ihre technologische Weltmarktführerschaft betonen – hinter den Kulissen räumen Chefs der Konzerne ein, dass die für Deutschland zentrale Autobranche durch die Verschmelzung von Fahr- und IT-Technik vor dramatischen Veränderungen steht. „Kurz gesagt ist die Frage: Bauen IT-Konzerne künftig die Autos oder schaffen wir es, deren Technik zu integrieren“, sagte ein hoher Manager eines deutschen Autokonzerns.

Die digitale Revolution hat längst den gesamten industriellen Bereich erfasst: Auch der Maschinenbau steht durch die immer stärkere digitale Vernetzung von Produktion, Vertrieb und Verwaltung vor einem dramatischen Umbruch. Die entscheidende Frage ist, ob die Konzerne es schaffen, durch die Integration von IT-Technik die technologische Führung für das Gesamtprodukt zu behalten. Klar ist das nicht: Denn wenn Computer künftig direkt mit Computern kommunizieren können, werden sie Schritt für Schritt nicht nur das

Die digitale Revolution hat den gesamten Industriebereich erfasst

Fahren von Autos, die Buchhaltung, die Bestellung von Waren, sondern durch eine immer weiter voranschreitende Vernetzung mit den Fabrikrobotern auch die industrielle Produktion übernehmen – und sich selbst reparieren oder sogar programmieren.

Diese Dynamik ist längst schon im Dienstleistungsbereich und in anderen Bereichen des Lebens deutlich zu erkennen: Amerikanische Plattformen wie Facebook oder Google weiten ihre Produktpalette vom sozialen Netzwerk und Handel auch auf Bankgeschäfte sowie Versicherungen aus. Google kaufte 2014 für drei Milliarden Dollar die Firma Nest Labs, um die digitale Steuerung in Haushalten voranzutreiben – einschließlich Rauchmeldern und Heizungsthermostaten. In China stehen mit Google- und Amazon-Konkurrenten wie Alibaba ebenfalls Riesen bereit.

Alle Aktivitäten haben eines gemeinsam: Sie sorgen durch die Vernetzung für das Anfallen gigantischer Datenmengen über Maschinen und Personen. Diese so genannten Big Data wiederum werden zu neuen Produkten verarbeitet – vor allem in den USA, wo die großen IT-Konzerne seit Jahren Erfahrungen mit der Auswertung gesammelt haben.

„Entscheidend wird sein, wer die massenhaften Daten eigentlich sammelt, die bei den Maschinen bei Industrie 4.0 anfallen“, meint der frühere SAP-Chef und heutige Präsident der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften (Acatech), Henning Kagermann. „Meine Sorge ist, dass dies die großen amerikanischen IT-Firmen sein werden, die bereits Milliarden Nutzer haben und mit Big Data umgehen können. Wir kennen die Maschinen, die Amerikaner kennen die Personen.“

Amerikanische IT-Firmen können besser mit Big Data umgehen

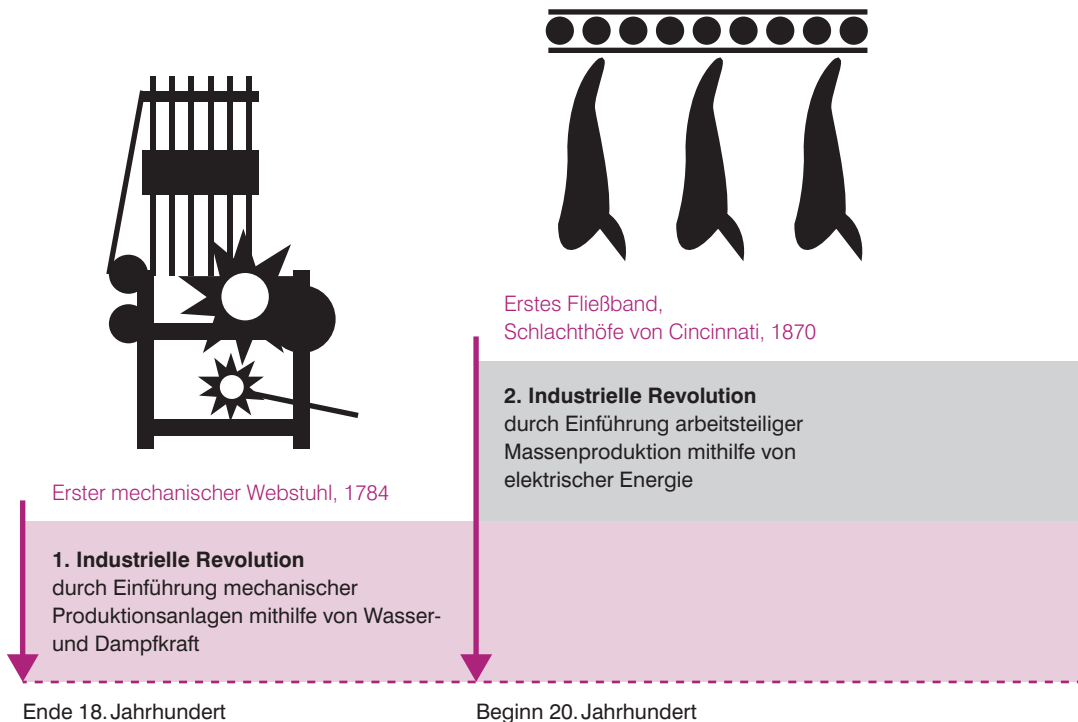
Die Botschaft scheint allen NSA-Debatten zum Trotz in der Regierungsspitze angekommen zu sein: Denn spätestens seit Dezember wirbt nun Bundeskanzlerin Merkel aktiv für die Nutzung von Big Data, obwohl sie weiß, auf welche Vorbehalte dies in einer auf Datenschutz fixierten deutschen Öffentlichkeit trifft. Aber schon Siemens-Chef Kaeser hatte gewarnt, dass Europa nur Erfolg haben könne, wenn es endlich begreife, dass Daten der neue Rohstoff im digitalen Zeitalter seien. Und weil dies so ist, hämmert die Kanzlerin immer wieder eine bemerkenswert illusionslose Erklärung in die Köpfe ihrer Zuhörer: „Es wird alles digitalisiert werden, was digitalisiert werden kann“, sagte sie beim Jahrestreffen des CDU-Wirtschaftsrats Anfang Juni.

Zu langsam, zu fragmentiert – und zu naiv

Dass Europa die Digitalisierung anders als China und die USA lange verschlafen hat, ist auf eine Vielzahl von Gründen zurückzuführen. Der erste Grund ist das fehlende strategische Denken in vielen EU-Hauptstädten und lange auch in Berlin. Lange Zeit scheint keiner der führenden Politiker begriffen zu haben, welche Bedeutung die Digitalisierung hat; die gesellschaftsverändernde Kraft neuer Technologien wird ohnehin unterschätzt. Die bisherige Supermacht USA und die kommende Supermacht China haben dagegen eine technologische Vormachtstellung in strategischen Bereichen immer auch als Ele-

Stufen der industriellen Entwicklung

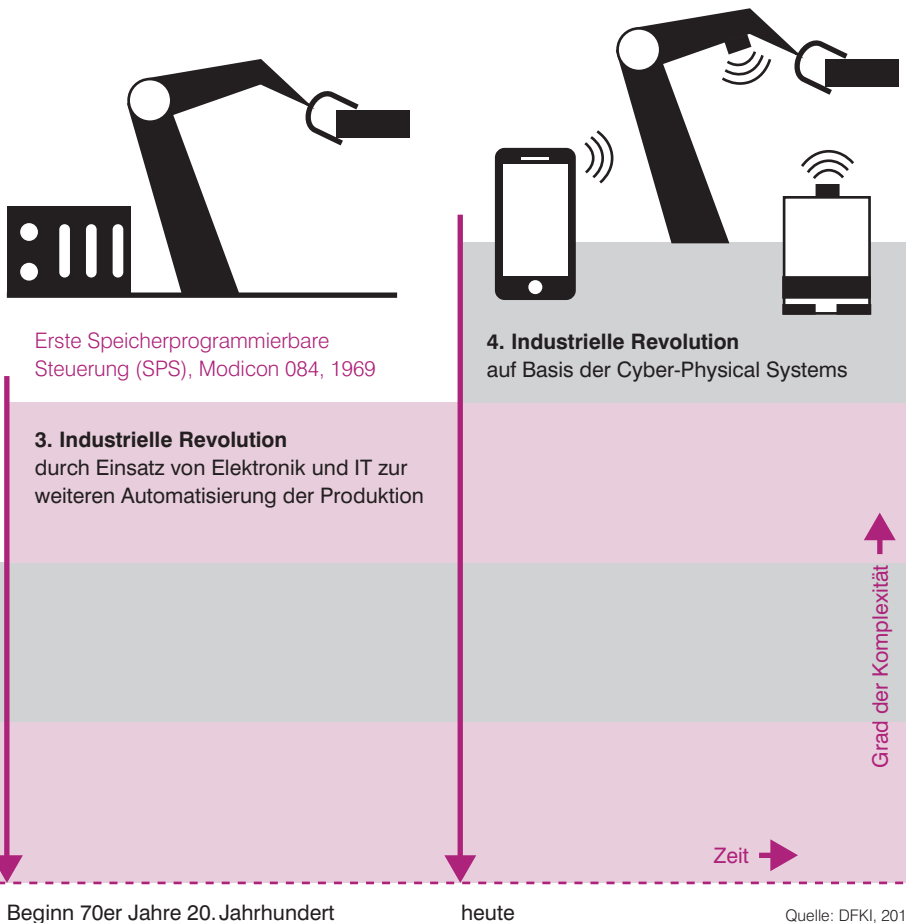
vom Ende des 18. Jahrhundert bis heute



ment ihres globalen Führungsanspruchs bzw. der Aufholjagd angesehen. Die Mittelmacht Deutschland hat sich dagegen im analogen Zeitalter damit begnügt, bei einer Vielzahl von Einzelprodukten Weltmarktführer zu sein, von Autos bis zu Dübeln.

Der zweite Grund ist in Deutschland die mangelnde Erkenntnis über die militärische und sicherheitspolitische Bedeutung von Technologie. Die IT-Technik ist eben nicht nur eine Gefahr, weil sie für das Eindringen in die Privatsphäre anderer eingesetzt werden kann. Letztlich sichert nur sie nationale oder europäische Selbstbestimmung.

In den Vereinigten Staaten ist die IT-Entwicklung deshalb maßgeblich vom Militär mit betrieben worden. Das zivil genutzte Internet ist letztlich ebenso ein „Abfallprodukt“ wie das weltweit benutzte Navigationssystem GPS. Die militärische Entwicklungsagentur DARPA finanziert mit ihrem Riesenetat auch die Entwicklung von Produkten, die militärisch relevant sein könnten; oder sie kauft Technologie interessanter Start-up-Firmen auf. Der Auslandsgeheimdienst CIA betreibt ebenfalls eigene Start-up-Förderung.



Eng mit der IT-Revolution verknüpft ist die Entwicklung von Weltraumtechnologie. Denn beides – technologische Unabhängigkeit im IT-Sektor und die Beherrschung von Satellitentechnik – ist untrennbar miteinander verknüpft. In Israel hat die Militärforschung dazu beigetragen, dass ein sehr leistungsfähiger IT-Sektor mit zivilen Produkten entstanden ist. In Europa hat dagegen maßgeblich Deutschland dafür gesorgt, dass das europäische Navigationssystem Galileo eine ausschließlich zivile Nutzung erhielt – und nun angesichts endloser Kompetenzstreitigkeiten um viele Jahre hinter den internationalen Konkurrenten hinterherhinkt.

Ein dritter Grund für den mittlerweile großen Rückstand ist der immer noch sehr fragmentierte digitale Markt in Europa. Juncker kritisierte Anfang Juni erneut diese „nationalen Silos“. Europa werde nur vorankommen, wenn endlich der nationale Protektionismus im IT- und Kommunikationssektor beendet und ein echter digitaler Binnenmarkt mit mehr als 500 Millionen Nutzern geschaffen werde. Deutschland gehörte zu den Bremsern, weil es wegen nationaler Empfindlichkeiten beim Datenschutz über Jahre hinweg die Eini-

gung auf eine gemeinsame EU-Datenschutzgrundverordnung blockiert hat. Nun soll es Bewegung geben. Aber Europa kommt insgesamt nur langsam voran: Derzeit werden in Deutschland wieder nationale Mobilfunkfrequenzen versteigert. Dabei ist die Größe des Marktes in den USA und in China in Zeiten von Big Data ein zentrales Element, damit Firmen eine entscheidende Größe für eine marktbeherrschende Stellung erreichen können. Aber auch das Wettbewerbsrecht in der EU muss dringend reformiert werden, weil es im Telekommunikationsbereich auf einer völlig überholten Fixierung auf nationale Monopolstellungen aufbaut – und damit das Entstehen global wettbewerbsfähiger EU-Firmen verhindert.

Der vierte Grund liegt in der geografischen und historischen Situation auf dem alten Kontinent: Europa hat bei der sehr schnellen Digitalisierung ein Problem mit der Vielzahl der Sprachen und unterschiedlichen kulturellen Einstellungen. Bereits der frühere französische Präsident Jacques Chirac und Bundeskanzler Gerhard Schröder waren mit der Idee einer

**Im digitalen Zeitalter
sind schnellere Entscheidungen
notwendig**

französisch-deutschen Suchmaschine gescheitert. Das hat damit zu tun, dass die Menschen in den 28 EU-Staaten im Alltag eben unterschiedliche Sprachen sprechen – und schon deshalb kleine, segmentierte Märkte bestehen. Aber weil dies so ist, hätten die EU und ihre Mitgliedstaaten bei strategischer Weitsicht eigentlich Milliarden an Forschungsmitteln in die Entwicklung automatisierter Übersetzungssysteme pumpen müssen, um eine reibungslose Kommunikation in einem digitalen EU-Binnenmarkt zu erleichtern. Da die EU-Staaten ihre nationalen Egoismen aber letztlich nie überwinden konnten, zeichnet sich nun ab, dass die Verkehrssprache in der neuen westlichen digitalen Welt eben Englisch sein wird – was dem großen amerikanischen Entwicklungsmarkt auch künftig einen Vorteil verschaffen wird.

Distanz zwischen Politik und Wirtschaft

Der fünfte Grund und ein echter strategischer Nachteil im Digitalzeitalter ist die in Deutschland gepflegte Distanz zwischen Politik und Wirtschaft. Viele Unternehmen waren lange stolz darauf, in der sozialen Marktwirtschaft Abstand von der Regierung zu halten. Im analogen Zeitalter hatte dies große Vorteile, weil die starken mittelständischen Unternehmen in aller Ruhe und Breite ihre Innovationskraft ausleben konnten. In der EU galt zudem Frankreich als abschreckendes Beispiel dafür, wie ein starker staatlicher Einfluss eher zur Abschottung von Märkten und sinkender Wettbewerbsfähigkeit führen kann.

Zwei Dinge haben sich jedoch geändert: Zum einen führt das digitale Zeitalter ohnehin zu einer stärkeren Vernetzung aller Bereiche, egal ob privat oder öffentlich. Zum anderen sind schnellere Entscheidungen als im analogen Zeitalter notwendig. Doch in Deutschland mussten wechselnde Regierungen sogar den Widerstand der Firmen brechen, Cyberattacken zumindest zu melden. Ausgerechnet dem stolzen deutschen Mittelstand attestieren mehrere Studien eine erschreckende Unkenntnis, wie schnell technologische IT-Rückständig-

keit seine Geschäftsmodelle ruinieren könnte. Dabei impliziert die stärkere Vernetzung über das Internet, dass mangelhafte Sicherheitsstandards bei einzelnen Firmen zu einer Gefahr für die gesamte Volkswirtschaft werden können. Denn Hackerangriffe auf Bereiche der so genannten kritischen Infrastruktur wie der Energieversorgung häufen sich. Auch als Juncker, Merkel und Frankreichs Staatspräsident François Hollande am 1. Juni mit Vertretern großer europäischer Konzerne über die Folgen der Digitalisierung sprachen, waren Gesprächsteilnehmer ernüchtert über die fehlende Weitsicht der Manager, die meist aus der klassischen Industrie kamen.

In der EU-Politik wiederum kann man sich nicht zu einer rechtlichen Regelung durchringen, mit der sich europäische Firmen gegen die amerikanischen Riesen behaupten könnten. Dazu müssten Regelungen wie das Safe-Harbor-Abkommen mit den USA so modifiziert werden, dass Daten europäischer Internetnutzer nicht mehr automatisch in die USA übertragen und dort gewinnbringend analysiert werden – nach amerikanischen, nicht aber nach strengeren europäischen Datenschutzstandards. Dabei sieht Acatech-Präsident Kagermann es als echten Wettbewerbsvorteil für Europa, wenn in der gesamten EU straffere Datenschutzregelungen für alle Nutzer durchgesetzt würden – und bessere Datensicherheit würden auch amerikanische Kunden schätzen.

Vielen Managern aus der klassischen Industrie fehlt digitale Weitsicht

Amerika und China zeigen, wie es geht

Wie die Zusammenarbeit zwischen Staat und privaten Firmen funktionieren kann, zeigen die USA und China, allerdings mit jeweils anderen Vorzeichen: Amerikanische Präsidenten setzen sich seit Jahren regelmäßig mit den Spitzen der großen IT-Konzerne zusammen – auch um nationale strategische Fragen zu besprechen. Das schließt zwar gelegentliche Konflikte wie jenen um die Datensammelwut des US-Geheimdiensts NSA nicht aus. Aber Firmen und Staat ziehen schon wegen der wachsenden Zahl von Cyberattacken von außen an einem Strang. Und jede US-Regierung hat ein genuines Interesse, dass die modernsten und tonangebenden IT-Firmen der Welt im Land der Supermacht sitzen – dementsprechend fördert man ihren Aufstieg. Wie dies funktioniert, zeigt ein einfaches Beispiel: Sieben amerikanische Ministerien haben zunächst bei Amazon rechnen lassen, um dem Unternehmen eine Basis für den Aufbau seiner riesigen Rechenzentren zu ermöglichen.

Im kommunistischen China gibt der Staat mit der Strategie „China 2025“ selbst technologische Ziele für ganze Industriezweige vor. Das kann sicher kein Vorbild für freie Marktwirtschaften sein. Aber der Aufstieg des Landes ist so rasant und erfolgreich, dass dringend analysiert werden müsste, ob man nicht zumindest von einzelnen Elementen lernen kann. „Ein Vorteil ist sicher, dass die chinesische Regierung eine langfristige Sicht hat: Nach einer Grundsatzentscheidung sorgt sie Stück für Stück dafür, dass die Rahmenbedingungen für die gewünschte wirtschaftliche Entwicklung stimmen“, sagt MERICS-Experte Björn Conrad. Peking ist schlau genug, in jedem Bereich gleich mehrere Firmen

gegeneinander um die technologische Führerschaft ringen zu lassen, um Wettbewerb innerhalb eines geschützten Wirtschaftsraums zu fördern.

Jüngstes Schlachtfeld ist die Entwicklung neuer Standards für die Verschmelzung von IT-Technologie mit klassischen Produktionsprozessen. Amerikanische IT-Konzerne treiben über das Industrial Internet Consortium (IIC) die Zusammenarbeit mit klassischen Industrieunternehmen voran; man ist weltweit auf der Suche nach Partnern und hat auch schon deutsche Mitglieder.

Es müsste also im strategischen Interesse Deutschlands als einem Mutterland der Industrieproduktion und unterentwickelter Software-Basis liegen, ebenfalls und schneller einen Standard zu entwickeln, der eine Übernahme durch die IT-Giganten verhindert und auf eine von den klassischen Unternehmen gesteuerte Integration von IT-Elementen setzt. Aber die Arbeit der 2013 gegründeten Verbändeplattform „Industrie 4.0“ aus dem IT-Verband Bitkom, dem Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie (ZVEI) und dem Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) wurde selbst von Teilnehmern als wenig effektiv beschrieben. „Die deutsche Wirtschaft bewegt sich weiter im analogen Tempo des untergehenden industriellen Zeitalters“, spottete ein Teilnehmer.

Glossar Industrie 4.0

Cyber-physische Systeme (CPS)

Cyber-physische Systeme senden und erhalten Daten über ein Netzwerk (zum Beispiel das Internet), wodurch sie in Echtzeit physikalische Vorgänge auslösen (beispielsweise Fenster und Türen öffnen oder schließen oder Produktionsvorgänge beginnen, ändern oder anhalten).

Internet der Menschen Persönliche Elektronikgeräte wie Smartphones, Tablets oder „Smart-Wearables“ (Kleidung, Uhren, Schuhe etc.), die Daten über das Internet senden und empfangen.

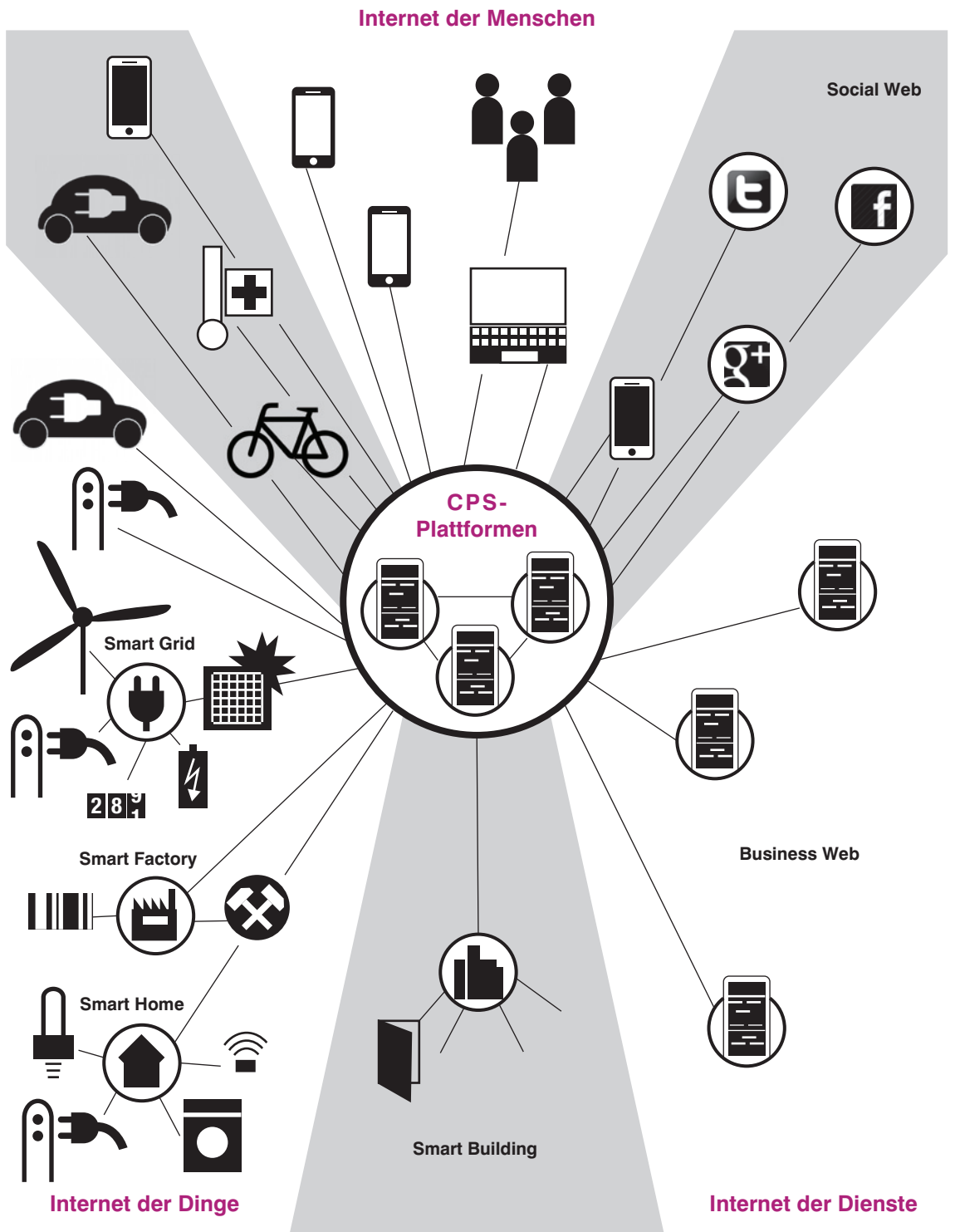
Internet der Dienste Teil des Internets, in dem webfähige Dienste als kombinierbare Software-Komponenten zu erwerben sind. Kunden können so je nach Bedarf ihre Web-Dienste zusammenstellen und an ihre Branche (zum Beispiel Automobilindustrie) oder Anwendungsfälle (zum Beispiel Autokauf) anpassen.

Internet der Dinge Reale Dinge und Gegenstände werden mit dem Internet oder einer internetähnlichen Struktur verknüpft. Hierüber können diese selbstständig kommunizieren und Aufgaben für ihren Besitzer ausführen.

Smart Grid Energienetze, in denen Einspeisung und Verbrauch von Energie optimal miteinander verknüpft sind.

Smart Factory Hier sind alle Produktionsteile und -prozesse miteinander verknüpft. Durch diese Integration, in der Mensch, Maschine und Ressourcen wie in einem sozialen Netzwerk kommunizieren, entstehen hocheffiziente Strukturen, die eine Produktion auf Nachfrage erlauben.

Smart Home Meint den bedarfsgerechten Einsatz von Haushaltstechnik und -geräten. Er ist auf das Nutzungsverhalten des Bewohners abgestimmt. Hierdurch wird der Energieverbrauch des Hauses optimiert.



Quelle: Bosch Software Innovations, 2012

Die Firmen wiederum klagen, dass die Regierung bei der Digitalen Agenda in einem der klassischen Zuständigkeitsstreits zwischen Wirtschafts-, Verkehrs-, Forschungs- und Innenministerium stecke. Dabei müsse die Politik schleunigst für schnelle Internetverbindungen in Deutschland sorgen – die seien nämlich Voraussetzung für die digitale Zukunft des Landes. Weil beide Seiten unzufrieden mit dem Reformtempo sind, fiel auf dem IT-Gipfel im Oktober 2014 in Hamburg dann zumindest die Entscheidung, dass das Wirtschaftsministerium nun die schwerfällige Verbändeplattform „Industrie 4.0“ koordinieren soll.

Sechster strategischer Nachteil ist die schlechtere Verfügbarkeit von Kapital: China finanziert seine technologische Aufholjagd an die Weltspitze mit riesigen Handelsüberschüssen und Devisenreserven. Die USA verfügen über das größte Finanzsystem. Das führt zusammen mit dem riesigen nationalen Markt dazu, dass IT-Giganten wie Apple, Microsoft, Google, Amazon oder Facebook eine

**Auch die schlechtere
Verfügbarkeit von Kapital
ist ein großer Nachteil**

Marktkapitalisierung erreichen, die ihnen eigentlich unbegrenzte Übernahmemöglichkeiten und enorme Forschungsetats erlaubt. Zudem gibt es in beiden Ländern sehr klare Ansichten darüber, welche Firmen mit strategischen Technologien auf keinen Fall in ausländische Hände fallen sollen. In Deutschland dagegen gehört schon heute die Mehrheit der Dax-Konzerne ausländischen Besitzern. Und die Außenwirtschaftsphilosophie ist so liberal, dass die Düsseldorfer Firma Secusmart, die das Sicherheitskonzept für das „Kanzlerinnen-Handy“ gegen Spionage entwickelt hatte, ohne Probleme in eines der Länder der „Five eyes“ (USA, Kanada, Großbritannien, Australien, Neuseeland) verkauft werden konnte, die ihre Geheimdienstkenntnisse sehr eng miteinander austauschen.

Zwar kann sich Deutschland dank seiner guten Finanzlage erlauben, Start-ups stärker zu fördern. Es gibt einen wahren Gründungsboom. Aber selbst hier zeigt sich, wie schwer es ist, einen einmal erreichten Vorsprung der Konkurrenten aufzuholen. Denn zu den Hauptförderern der jungen Firmen gehören ausgerechnet Google oder Microsoft: Sobald Start-ups interessante Neuentwicklungen gelingen, werden sie meist von großen amerikanischen IT-Häusern geschluckt – zuletzt die Firma 6Wunderkinder durch Microsoft. In Deutschland kommt zur Aversion gegen staatliche Verkaufsverbote, dass viel weniger Risikokapital zur Verfügung steht und die Aktienkultur so unterentwickelt ist, dass deutsche Unternehmen selten über wirklich große Kapitaldecken verfügen. Mittlerweile ist Deutschland als eines der größten Industrieländer der Welt dabei, die letzten Banken mit halbwegs globaler Ausrichtung zu verlieren.

Am Ende warten die Chinesen

Aufgeben will man aber noch nicht. Deutsche Telekom-Chef Timotheus Höttges setzt in Fortsetzung des Bildes von der verlorenen ersten Halbzeit nun auf eine Aufholjagd in der zweiten. Und Acatech-Präsident Henning Kagermann hat mit Industrie 4.0 tatsächlich einen Begriff geprägt, der das Bewusstsein für die tiefgreifende Änderung stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit und der

Wirtschaft gebracht hat. Auch die Industrie ist natürlich nicht untätig, weil sie sich neue Geschäftsmodelle verspricht – notfalls im Ausland. Firmen wie Siemens, Bosch oder Kuka setzen in Fabrikhallen Computer und Roboter ein, die selbst an den Produktionsbändern bauen, Ersatzteile und Material bestellen oder eigenständig auf drohende Materialabnutzung hinweisen. Siemens gründete im vergangenen Oktober eine eigene Einheit „Digitale Fabrik“.

Bundeskanzlerin Merkel und Wirtschaftsminister Gabriel fördern dies durch demonstrative Aufmerksamkeit für diese Firmen – übrigens noch aus einem anderen Grund. Denn mit dem Zusammenwachsen der Weltmärkte und dem Tempo der Digitalisierung ist klar, dass technologischer Rückstand noch schneller als früher bedeuten kann, dass Produktion eingestellt werden muss und Jobs massiv verloren gehen. „Wenn wir es ... geschickt machen und die Chancen der Digitalisierung nutzen, dann haben wir alle Chancen, am Ende mehr Arbeitsplätze zu haben und nicht weniger“, machte die Kanzlerin am 18. Oktober 2014 in ihrer wöchentlichen Videobotschaft Mut. Im Umkehrschluss heißt das aber: Wenn wir es nicht geschickt anstellen, dann kann es einen Kahlschlag in der deutschen Industrielandschaft geben. Acatech-Chef Kagermann sieht das ebenfalls so: „Die Zeit läuft, wir müssen in den zweiten oder dritten Gang hochschalten.“

Nur entsteht aus Einzelinitiativen und Mahnungen noch kein Gesamtansatz, der Deutschland und Europa künftig wieder eine zumindest teilweise strategische Unabhängigkeit sichern hilft. Dazu bräuchte man ein gemeinsames Vorgehen aller Akteure – und eine andere Mentalität. Denn Experten warnen, dass sich auf diesem Feld eine altbekannte Entwicklung wiederholt: Die dem Konzept Industrie 4.0 zugrunde liegenden Ideen sind gut, nur sind andere mit der Umsetzung schneller. „Wir haben bei unseren Untersuchungen festgestellt, dass chinesische Medien den Begriff Industrie 4.0 mittlerweile viel häufiger verwenden als deutsche“, meint MERICS-Experte Conrad.

Und Bitkom-Chef Dieter Kempf erzählte vor geraumer Zeit von seinem Treffen mit dem chinesischen Wirtschaftsminister. Dieser habe eingeräumt, dass die Volksrepublik China derzeit noch auf der Entwicklungsstufe Industrie 2.0 stehe. Der Minister habe dann aber hinzugefügt: „In China werden wir Industrie 3.0 überspringen. Wir machen gleich 4.0 oder ... 5.0.“

Technologischer Rückstand bedeutet das Aus für die Produktion



Dr. Andreas Rinke ist politischer Chefkorrespondent der Nachrichtenagentur Reuters in Berlin.

Von 0:4 zu 4.0

Wenn Europa mit Amerika mithalten will, braucht es eine digitale Strategie

Günther Oettinger | **Nehmen wir einmal an, der Wirtschaftsvergleich zwischen den USA und der EU wäre ein Fußballspiel. Wie stünde es derzeit? Die schlechte Nachricht: nicht gut. Die gute Nachricht: Das Spiel ist noch nicht vorbei. Doch wenn Europa so weitermacht wie bisher, wird es international nicht mehr konkurrenzfähig sein. Das gilt vor allem für die Industrie 4.0.**

Dass Europa ein alternder Kontinent ist, wissen wir. Die Deutschen etwa sind nach den Japanern die Ältesten weltweit – 45 Jahre alt im Durchschnitt. Die Amerikaner sind im Schnitt 37 Jahre, und das Land ist ausgesprochen attraktiv für Zuwanderer. Punkt für Amerika – 1:0.

Zweites Thema: Energie. Die USA haben im vergangenen Jahr mehr Gas als Gazprom produziert und mehr Öl als Saudi-Arabien. Und wir in Europa? Sind noch immer auf der Suche nach einer vernünftigen Energie-Strategie. Eine Strategie, die dafür sorgt, dass wir da Windräder haben, wo der Wind weht, und da Solaranlagen, wo die Sonne scheint. Die aber auch ein funktionierendes Transportnetz für Europa gewährleistet – damit der Strom dahin kommt, wo er gebraucht wird. Bis auf Weiteres: 2:0 für die USA.

Und weiter: Kapitalstärke. Microsoft, Google, Facebook, Amazon und Apple sind ausgesprochen junge Unternehmen, zwischen 15 und maximal 40 Jahren alt. Aber ihr Börsenwert in New York ist doppelt so hoch wie der von 30 deutschen Firmen zusammen. Bei uns spricht man von 30 bis 90 Milliarden Euro Kapitalisierung, dort von 300 bis 600 Milliarden Dollar. Sorry, Europa: 3:0.

Aber jetzt vielleicht: Digitale Überlegenheit? Da war doch mal was, und da haben wir auch durchaus noch unsere Stärken: Ericsson aus Schweden, Alcatel-Lucent aus Frankreich, SAP aus Walldorf. Noch vor 15 Jahren hat Bosch, noch vor zehn Jahren hat Siemens Mobiltelefone hergestellt. Vor fünf Jahren war Nokia global führend mit 50 Prozent Weltmarktanteil. Mitterweile gehört die Firma zu Microsoft. Aus den Mobiltelefonen von damals sind die Smartphones von heute geworden, und die kommen von Samsung, LG oder Apple. Die nutzen die Daten aus aller Welt, und wer die Daten hat, hat die Macht. Deutschland hat SAP, gute Hochschulen und die Berliner Start-ups. Aber den Wettlauf um die IT-Führerschaft haben wir verloren.

Es steht also 0:4. Höchste Zeit für eine Aufholjagd. Höchste Zeit für Industrie 4.0. Das Ringen um die Führungsposition bei industriell bedeutsamen digitalen Plattformen hat bereits begonnen. Und es kann zu Vormachtstellungen auf dem Markt führen, die jenen ähneln, die wir heute für das Web kennen. Europas Industrie hat keine andere Wahl, als maßgeblich zur Entwicklung der nächsten digitalen Plattformen beizutragen, die an die Stelle der Suchmaschinen, Betriebssysteme und sozialen Netze von heute treten werden.

Die digitalen Technologien werden bestehende Geschäftsmodelle erheblich verändern. Das betrifft etablierte Industrien wie die Automobilindustrie, das betrifft aber auch die Kulturindustrie. Wertschöpfungsketten werden sich verändern, Grenzen zwischen Produkten und Dienstleistungen verschwimmen. Mit dem Internet verbundene „intelligente“ Produkte zeichnen sich nicht nur durch bessere Funktionalität, Zuverlässigkeit und Anpassungsfähigkeit aus, sie verändern auch, wie etwa der 3D-Drucker, das Verhalten der Konsumenten. Daneben bieten Sensortechnologien, das „Internet der Dinge“ sowie die Cloud die Möglichkeit, von jedem Ort auf Daten zuzugreifen. Hier haben die Amerikaner eine klare Strategie: Sie wollen dank günstiger Energiepreise und mithilfe digitaler Dienste die Re-Industrialisierung vorantreiben und damit aus ihrer digitalen Überlegenheit eine gesamtwirtschaftliche Führungsposition machen. Das geht, in aller Freundschaft, gegen Deutschland.

Die deutsche Industrie ist in Lebensgefahr. Sie weiß es nur noch nicht

Beispiel Autobau. Das Worst-Case-Szenario in zehn Jahren sieht so aus: Die Karosserie besteht nicht mehr aus Stahl, Aluminium und Blech, sondern aus Karbon und kommt aus den USA. Damit fallen jede Menge Aufträge für den deutschen Werkzeugmaschinenbau weg. Die Batterie kommt aus Asien. Und ein Elektromotor braucht kein Getriebe – schlecht für die deutsche Zulieferindustrie. Die digitale Komponente schließlich stammt natürlich aus dem Silicon Valley. Die deutsche Industrie ist in Lebensgefahr. Sie weiß es nur noch nicht.

Es geht um ganz Europa

Die über ganz Europa verteilten Wertschöpfungsketten und die fortschreitende Digitalisierung der Industrie schaffen Probleme, die kein Land für sich alleine lösen kann. Doch noch klaffen erhebliche Lücken bei der Nutzung digitaler Technologien – zwischen den EU-Mitgliedsstaaten, zwischen Hightech-Industrien und traditionellen Sektoren, zwischen großen Unternehmen und kleinen und mittelständischen Betrieben.

Insgesamt nutzen nur 1,7 Prozent der Unternehmen in Europa digitale Technologien in vollem Umfang, 41 Prozent nutzen sie gar nicht. Wenn Europas Industrie der Konkurrenz auf den Weltmärkten gewachsen sein möchte, brauchen wir einen Anteil von mindestens 30 Prozent. Und wir brauchen eine Welle digitaler Innovationen, nicht nur in Hightech-Branchen, sondern auch in traditionellen Sektoren wie Landwirtschaft oder Lebensmittelindustrie. Es geht nicht darum, dass in der deutschen oder der schwedischen Industrie mehr digitale Technologien eingesetzt werden. Es geht um ganz Europa.

Die Initiativen zu Industrie 4.0 müssen europäisiert werden

Und die Initiativen sind ja zum Teil schon da, sie müssen nur europäisiert werden: die deutsche „Industrie 4.0“, die niederländische „smart industry“, die französische „Usine du Futur“, die britische „Industrial Strategy“ oder die schwedische „Produktion2020“. Die Zusammenführung dieser Initiativen unter dem Dach der EU würde nicht nur den Erfahrungsaustausch erleichtern und die Risiken für jedes einzelne Land minimieren, sie dürfte auch zur Entstehung eines EU-Standards führen, der weltweit Akzeptanz genösse. Die Voraussetzungen dafür, international eine führende Rolle zu spielen, sind gar nicht so schlecht: Europa hat die Marktführerschaft bei Industrierobotertechnik und automatisierter Fertigung (30 Prozent Weltmarktanteil), bei eingebetteten digitalen Systemen und Produktdesign-Software (33 Prozent) sowie bei 3D- und laserbasierter Fertigung (25 bis 40 Prozent Weltmarktanteil).

Flächendeckend Breitband

Für eine europäische Industrie 4.0-Strategie brauchen wir, erstens: eine vernünftige digitale Infrastruktur und das heißt: flächendeckend Breitband. Connected Cars, Automotive Driving, all das wird nur funktionieren mit 5G-Netzen und einer paneuropäischen Infrastruktur, nicht nur in den großen Städten, auch auf dem Dorf. Das Dorf ohne Breitband ist ein sterbendes Dorf. Viel wichtiger als die Einweihung der x-ten Ortsumgehungsstraße ist die nicht-sichtbare Investition: Satellit, Wireless LAN, Breitband im Boden. Das muss die Herausforderung unserer Generation sein.

Denn ob wir jetzt eHealth als Beispiel nehmen, digitales Operieren, Automotive Driving, Machine-to-Machine oder die Fabrik 4.0: Die Datenmengen, die wir transportieren müssen, werden explodieren. Und zwar nicht linear, sondern progressiv. Wir brauchen Geschwindigkeit, wir brauchen Qualität, wir brauchen Kapazität. Wir sollten da nicht über drei Megabyte/Sekunde reden, auch nicht über 30 oder 50, sondern über 100 bis 1000 Megabyte/Sekunde. Und wir haben nicht 30 Jahre Zeit. Das muss in den kommenden fünf bis acht Jahren passieren.

Dazu gehören auch gezielte Investitionen in Forschung und Entwicklung. Auf EU-Ebene werden wir für digitale Technologien und die Digitalisierung der Industrie mehr als 1,5 Milliarden Euro pro Jahr bereitstellen. Doch wenn wir die Industrie der Europäischen Union umfassend digitalisieren wollen, brauchen wir die Mithilfe der Mitgliedstaaten. Sie müssen massiv in den Ausbau ihrer digitalen Kompetenz- und Wissenszentren investieren und sie vor allem für kleine und mittlere Unternehmen öffnen. Die Investitionen von Mitgliedstaaten und Regionen sollten mindestens das Zehnfache der EU-Investitionen erreichen, damit sie Früchte tragen.

Denn es sind ja nicht nur die Produkte der Informations- und Kommunikationstechnik im eigentlichen Sinne, bei denen digitale Technologie die Wertschöpfung maßgeblich beeinflusst. In der „digitalen Fabrik“ etwa werden durch die Umverteilung von Investitionen Potenziale frei, und die schaffen Raum für Kreativität, Produktivität und Ressourceneffizienz.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Digitale Kompetenzlücken

Das führt uns zum zweiten Punkt: Bildung. Die Digitalisierung wird neue, hochspezialisierte Jobs schaffen, gleichzeitig aber andere vernichten – etwa in der Verwaltung oder im Controlling. Der Bedarf an neuen, gut ausgebildeten Arbeitskräften steigt derweil gewaltig, sei es in der Big-Data-Analyse, in der Cyber-Sicherheit oder im Cloud Computing. Die digitale Kompetenzlücke in Europa wird größer. So dürften allein im laufenden Jahr rund 500 000 Expertenstellen unbesetzt bleiben. Kreativität, Kommunikation und Lernfähigkeit für den Herstellungsprozess werden immer wichtiger. Höchste Zeit, dass sie Eingang in die Lehrpläne finden.

Wenn man, wie die Deutschen, im Schnitt acht Jahre älter ist als die Amerikaner, dann hat man acht Jahrgänge mehr an Bord, die keine Digital Natives sind. Dem lässt sich abhelfen – durch Weiterbildung. Nicht der IT-Spezialist, sondern der CEO, der Werkzeugmacher, der Werksleiter, der Buchhändler, der Metzgermeister: Jeder von uns muss sich digital weiterbilden. Nur so können wir den Rückstand auf die USA mittel- und langfristig aufholen.

Drittens: Datensicherheit. In den vergangenen beiden Jahren wurde die gleiche Menge an Daten erhoben und gespeichert wie in der gesamten Menschheitsgeschichte zuvor. Es steht zu erwarten, dass sich das Datenvolumen jährlich um 60 Prozent erhöhen wird. Bei uns macht man sich große Sorgen um den Datenschutz, und die sind auch berechtigt. Nur: Wer nach dem perfekten, allumfassenden Datenschutz strebt, der ist kein attraktiver Standort, an dem man ja Daten auch nutzen können muss. Big Data und Datenschutz sind durchaus miteinander vereinbar, aber nur, wenn man pragmatisch die Balance sucht. Nicht alles muss europäisch sein. Aber zu glauben, dass man digitale Politik national machen kann – das ist abwegig.

Ein „Landesdatenschutzgesetz“ als Schutz vor Facebook? Abwegig

Als ich 1984 in den Landtag von Baden-Württemberg kam, haben wir ein Landesdatenschutzgesetz Baden-Württemberg ausgearbeitet. Glaubt heute noch jemand daran, dass ein solches Gesetz Daten schützen kann? Ein Landesdatenschutzgesetz Baden-Württemberg wird bei Facebook weder gelesen, noch übersetzt, noch eingehalten, noch archiviert – das wandert in den Papierkorb. Solange wir in Europa 28 fragmentierte Datenschutzsilos haben, so lange schauen sich Apple, Facebook und Amazon genau an, wo der Datenschutz am geringsten ausgeprägt ist, und da gehen sie hin. Die saugen die Daten Europas ab, speichern sie und verkaufen sie.

Abmahnungen, bestrafen, rauswerfen

Das einzige, was da helfen könnte, wäre ein europäischer Datenschutz. Wenn die Datenschutzgrundverordnung, die Viviane Reding vor zweieinhalb Jahren vorgestellt hat, endlich in die Gänge käme, dann könnten wir gegen diejenigen, die unseren Datenschutz missachten, mithilfe unserer Wettbewerbsregeln vorgehen – abmahnen, bestrafen, rauswerfen. Diese Sprache versteht Microsoft, und Google wird sie auch noch lernen.

Digitale Infrastrukturen, digitale Netze sind per se porös. Die Frage ist, ob die Löcher so groß sind, dass man Datendiebstahl begehen kann, Industriespionage. Ohne Cloud Computing kann Industrie 4.0 nicht funktionieren. Aber die Mittelständler geben nur dann Daten in die Cloud, wenn sie darauf vertrauen können, dass niemand ihre Daten absaugt und missbraucht. Darum haben wir in Brüssel den ersten Aufschlag eines europäischen Standards für Datensicherheit gemacht, die Network and Information Security Directive. Bisher machen nur kleinere Mitgliedstaaten wie Malta und Zypern mit. Weil sie wissen, dass sie zu klein sind, um für ihre Datensicherheit sorgen zu können. Die großen Mitgliedsstaaten haben das noch nicht verstanden.

Und es geht um Sensibilität. Wir haben in Europa ein hohes Maß an Arbeitsplatzsicherheit, an Arbeitsschutzsensibilität. Aber beim Thema Daten geht die Sensibilität gegen Null. Jeder einzelne kann mehr dafür tun, Datenklau zu verhindern. Unsere Energieinfrastruktur, unsere Verkehrsleitzentren, unsere Flugüberwachung: Das ist alles in hohem Maße angreifbar – ohne körperliche Risiken für den Terroristen. Darum braucht die öffentliche Infrastruktur ein Höchstmaß an Datensicherheit, wenn sie nicht die Achillesferse eines demokratischen, rechtsstaatlichen und marktwirtschaftlich orientierten Landes werden soll. Nur eine Europäisierung der digitalen Politik bietet die Gewähr dafür, dass wir wieder wettbewerbsfähig mit den USA und Südkorea werden. Und dabei spielen die deutsche Industrie und die deutsche Politik eine entscheidende Rolle.



Günther Oettinger
ist seit 2014 EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft. Zuvor war er fünf Jahre lang Kommissar für Energie.

Europäische Standards setzen

Denn mehr Datensicherheit ist auch ein klarer Wettbewerbsvorteil

Timotheus Höttges | Die USA haben die erste Halbzeit des globalen Internetwettbewerbs klar gewonnen. Wir müssen in Deutschland und Europa jetzt entscheiden, ob wir auch die zweite Halbzeit anderen überlassen wollen – oder ob wir die richtigen Weichen stellen, um aufzuholen. Dazu müssen vor allem die bestehenden Asymmetrien beim Datenschutz abgebaut werden.

Wir befinden uns ökonomisch an einem Wendepunkt. Nach meiner Meinung ist dieser mindestens so bedeutend wie der Übergang von der Agrar- zur Industriegewirtschaft. Die industrielle Produktion ändert sich radikal. Maschinen werden digitalisiert und vernetzt, sie produzieren Unmengen von Daten, die in Echtzeit ausgewertet und ausgetauscht werden. Auf Basis dieser Analysen steuern sich Maschinen zum Teil selbst und sind viel flexibler einsetzbar. Und auch die fertigen Produkte sind vernetzt und liefern Daten, die wiederum analysiert werden können. Das ist – sehr verkürzt – der Kern der so genannten Industrie 4.0.

Die Vorteile liegen auf der Hand: Für Kunden entstehen individualisierte Produkte zu Kosten wie in der Massenfertigung, es gibt ständige Verbesserungen der Produkte durch die Auswertung von Daten zu Nutzungsverhalten und durch Kundenbewertungen. Es werden neue Geschäftsmodelle möglich, zum Beispiel bei Dienstleistungen: Eine vernetzte Autobatterie meldet, wann sie ausgetauscht werden muss; der Kunde erhält per Mail automatisch einen Terminvorschlag, bevor er mit seinem Wagen liegen bleibt. Nicht zuletzt bedeutet diese Entwicklung allein für Deutschland 80 Milliarden Euro mehr Wertschöpfung in den kommenden zehn Jahren.

Die Industrie 4.0 hält uns auf Wachstumskurs – Deutschland und Europa haben hier klare Standortvorteile. Europa ist Weltspitze im Automobil- und Anlagenbau. Bei den so genannten Embedded Systems, das heißt Computertechnik, die in andere Maschinen, Fahrzeuge oder Elektrogeräte eingebettet ist, sind wir mit Abstand führend. Es sind solche Systeme, die Fabriken und Maschinen, die die klassische Produktion und Logistik intelligent und smart machen. Daraus entsteht die diskrete Produktion mit einer radikalen Individualisierung von Produkten – also Industrie 4.0.

Nach den Worten von John Chambers, dem Chef des größten Netzwerkausrüsters Cisco, hat Deutschland das Zeug, das erste große digitale Land zu werden. Wir hätten „die industrielle Kreativität dazu“, beim Thema Industrie 4.0 weltweit führend zu sein. Die Chance ist also da. Wir müssen sie aber auch ergreifen. Denn ich bin überzeugt: Der Erhalt dieser Wertschöpfung in Europa ist für die Sicherung unseres Wohlstands – und übrigens auch unserer Sozialsysteme – unverzichtbar.

Die digitale Würde des Menschen ist unantastbar

Momentan sind wir in der digitalen Ökonomie vor allem Exportweltmeister von Daten, die anderswo ausgewertet werden. Und zwar zu Regeln, die nicht dem europäischen Verständnis von Privatsphäre entsprechen. Die Wertschöpfung wandert ab – und mit ihr im schlechtesten Fall ein Stück Freiheit.

Damit wir uns nicht falsch verstehen: Ich glaube fest daran, dass Digitalisierung auch die kommerzielle Nutzung von Daten umfassen sollte. Der ökonomische und auch der gesellschaftliche Nutzen sind enorm – etwa bei der Steuerung von Verkehrsströmen, der Vorhersage von Unwettern oder bei der Bekämpfung von Epidemien. Ja, wir wollen Big Data. Aber bitteschön „made in Europe“. Wir wollen einen modernen Datenschutz, der die Analyse von anonymisierten Massendaten zulässt, aber im Einklang mit unserem europäischen Verständnis von persönlichen Freiheitsrechten steht. Das bedeutet, es darf keine Rückschlüsse auf eine konkrete Person geben. Dafür setzen wir uns als Telekom ein.

Artikel eins des Grundgesetzes lautet: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Wir sagen: In einer digitalen Welt muss auch die digitale Würde des Menschen unantastbar sein. Um es auf den Punkt zu bringen: Wir wollen Daten analysieren, um den Menschen bessere Produkte anzubieten und ihr Leben einfacher zu machen. Aber nicht alles, was technologisch möglich ist, sollte auch gemacht werden. Nicht alles Mögliche ist auch wünschenswert.

Doch die Zeit für einen solchen europäischen Weg läuft davon: Neue Player drängen in den Markt der industriellen Fertigung. Die Hardware kommt aus Asien (Smartphones, Tablets, PCs), die Software und Internetdienste kommen aus den USA (Google, Microsoft, Facebook, Apple). Vor allem die großen amerikanischen Anbieter haben in der Vergangenheit die Chancen der Digitalisierung antizipiert und für sich genutzt. Das ist kein Zufall, denn in den USA wird häufig nach dem Grundsatz verfahren, dass alles erlaubt ist, was nicht ausdrücklich verboten ist. Das sehen wir in Europa gerade in Sachen Datenschutz anders.

Deswegen sollten wir das Thema als Chance für Europa betrachten. Es muss möglich sein, lukrative Geschäftsmodelle zu entwickeln und dabei die Persönlichkeitsrechte zu wahren. Wir plädieren für Rahmenbedingungen, die die Nutzung von Daten ermöglichen – und zwar mit den Regeln eines europäischen Verständnisses von Datenschutz.

Eines ist mir an dieser Stelle sehr wichtig: Meine Kritik an der Vormachtstellung amerikanischer Unternehmen entstammt keineswegs einer antiameri-

Die Wertschöpfung wandert ab – und mit ihr ein Stück Freiheit

Wirtschaft	Breitbandverbreitung in %
Dänemark	40,2
Niederlande	40,1
Frankreich	38,8
Südkorea	38,0
Großbritannien	35,7
Deutschland	34,6
Schweden	32,6
Japan	28,8
USA	28,5
Griechenland	26,2
Spanien	25,6
Italien	22,3
Rumänien	17,3
Russland	16,6
Polen	15,6
China	13,6
Türkei	11,2

© ITU World Telecommunication/ICT Indicators Database 2013

kanischen Haltung. Im Gegenteil. Wir sind selbst ein internationales Unternehmen mit einer sehr vitalen amerikanischen Tochter. Mich inspirieren amerikanischer Innovationsgeist und die Unternehmerkultur, der Mut zum Risiko und der pragmatische Umgang mit Misserfolgen. Und ganz ehrlich: Ohne die Schrittmacher aus dem Silicon Valley würden wir doch heute nicht über das Thema Digitalisierung sprechen.

Aber auch echter Sportsgeist gehört ja zu den amerikanischen Tugenden. Wir wollen einen sportlich fairen Wettbewerb, und der setzt gleiche Bedingungen voraus. Die aber sind im Moment nun einmal nicht gegeben. Sie einzufordern – und auch auf einige Missstände hinzuweisen – muss unter Freunden erlaubt sein.

Zur sportlichen Fairness gehört es auch zuzugeben, dass die USA die erste Halbzeit des globalen Internetwettbewerbs klar gewonnen haben. Wir müssen in Deutschland und Europa jetzt entscheiden, ob wir auch die zweite Halbzeit anderen überlassen wollen – oder ob wir die richtigen Weichen stellen, um aufzuholen. Wir brauchen eine aktive Industriepolitik. Wir brauchen intelligente und verlässliche Rahmenbedingungen für Innovation, Investitionen und Wachstum, damit wir in Europa den digitalen Wandel schaffen. Damit wir gegenüber anderen Weltregionen aufholen und wettbewerbsfähig bleiben. Wir

brauchen eine Politik, die das Ziel eines starken europäischen Telekommunikationssektors verfolgt, denn dieser ist der Treiber für Innovationen, Wachstum und Beschäftigung quer durch alle Wirtschaftssektoren.

Wir Europäer müssen unsere Stärken besser nutzen, zum Beispiel indem wir Standards für die Industrie 4.0 setzen. Ich habe es bereits erwähnt: Wir haben den Vorteil, dass wir der Ausrüster der Welt sind. Weltweit kommen die meisten Maschinen immer noch aus Deutschland. Aber wir müssen aufpassen, dass wir die Standards nicht aus Übersee diktiert bekommen. Deshalb treiben wir bereits mit Vertretern anderer Branchen eine Praxisoffensive Industrie 4.0 voran, in der Standardisierung die bedeutende Rolle spielt.

Ein „Wirtschaftswunder 4.0“ kann es nur geben, wenn wir die bestehenden Asymmetrien beim Datenschutz in Europa und den USA abbauen. Das hohe europäische Datenschutzniveau ist ein Segen. Aber es sorgt auch für Wettbewerbsverzerrung in der digitalen Wirtschaft: Amerikanische Unternehmen dürfen und machen fast alles; wir erlauben uns fast nichts. Deshalb können sich digitale Märkte in den USA dynamischer entwickeln als in Europa. Aus diesem Grund müssen wir zügig die europäische Datenschutzgrundverordnung verabschieden. Und deswegen müssen wir das Safe Harbor-Abkommen überarbeiten. Damit würden für alle Unternehmen, auch solche mit einem Firmensitz außerhalb Europas, die ihre Dienstleistungen EU-Bürgern anbieten, die gleichen Vorgaben gelten. Das würde für mehr Gleichgewicht sorgen und dafür, dass sich unsere Investitionen in Datenschutz und Datensicherheit auch auszahlen. Ein Mehr an Sicherheit ist nämlich auch ein klarer Wettbewerbsvorteil.

Doch darauf muss ich auch noch einmal hinweisen: Hundertprozentige Sicherheit in der virtuellen Welt ist eine Illusion, und wir müssen lernen, mit dieser neuen Unsicherheit zu leben. Denn für die meisten Menschen ist ein Verzicht auf digitale Produkte und Dienstleistungen keine Option. Es verzichtet ja auch niemand auf die Teilnahme am Straßenverkehr, nur weil sich das Unfallrisiko nicht gänzlich ausschließen lässt. Das bedeutet: Wir müssen die Risiken akzeptieren, sie so weit wie möglich minimieren und im Umgang mit ihnen mündig werden: zum „responsible net citizen“, zum mündigen Internetzer.

Die Asymmetrien beim Datenschutz müssen abgebaut werden



Timotheus Höttges
ist Vorstandsvorsitzen-
der der Deutschen
Telekom AG.

Dieser Beitrag ist eine gekürzte Fassung des Vortrags, den Timotheus Höttges am 8. Juni 2015 vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Berlin gehalten hat.

Wir brauchen mehr „Think Big“

Und dabei kann man allemal von den USA lernen

Joe Kaeser | Die Digitalisierung verändert unsere Wirtschaft und Gesellschaft grundlegend, die klassischen Abgrenzungen von „virtueller“ und „realer“ Welt gelten nicht mehr. Das bietet viele Chancen, die derzeit vor allem in den USA genutzt werden. Deutsche Firmen können hier viel lernen, vor allem von den Unternehmen im Silicon Valley.

Vor wenigen Jahren galt die amerikanische Wirtschaft als wenig dynamisch. Doch wer die größte Weltwirtschaft dauerhaft im Niedergang sah, war auf der falschen Fährte. Aktuell ist eines der großen geopolitischen Themen die Renaissance der US-Wirtschaft. Die USA schicken sich an, die Basis für langfristiges Wachstum zu legen. Das hat auch Auswirkungen auf deutsche Unternehmen. Neben den Großen wie Merck, ZF, Bayer, BASF, SAP, unseren Automobilbauern und natürlich auch Siemens investieren immer mehr Mittelständler in den USA – 2014 geschätzte 70 Milliarden Euro. Auch daran lässt sich ablesen: Amerika ist „a great place to be“. Zwei Motoren treiben den langfristigen Aufschwung an, der dort gerade erst begonnen hat: der Energiesektor – nicht zuletzt dank einer überlegenen Energiepolitik – sowie die digitalen Technologien.

Blicken wir zunächst auf den amerikanischen Energiesektor. Die amerikanische Ölproduktion wuchs Anfang dieses Jahres auf 9,2 Millionen Barrel pro Tag an; das sind eine Million Barrel mehr als noch Anfang 2014. Die USA sind auf dem besten Weg, zum größten Öl- und Gasförderer der Welt zu werden. Das Land hat die energiepolitischen Gestaltungsmöglichkeiten clever genutzt. Die amerikanische „Energiewende“ setzt auf einen ausgewogenen Mix von Gaskraftwerken und erneuerbaren Energien wie Windkraft. Umweltverträglichkeit, Bezahlbarkeit und Verlässlichkeit sind miteinander verbunden. In Deutschland ist uns das mit unserer ungleich teureren Energiewende bis heute nicht gelungen.

Angesichts des aktuellen Ölpreises von rund 60 Dollar stellen Anhänger der kurzfristigen Orientierung die Frage, ob der Öl- und Gasboom schon wieder zu Ende sei, bevor er überhaupt richtig begonnen hat. Und in der Tat ist es so, dass einige Förderer ihre Investitionen in den vergangenen Monaten zum Teil deutlich zurückfahren und einige kleinere Firmen ihre Tätigkeit einstellen muss-

ten. Generell gilt jedoch: Der deutliche Rückgang des Ölpreises ist nicht strukturell bedingt. Er hat seine Ursache in einem Angebotsüberhang aufgrund gesteigerter Fördermengen und nicht aufgrund geringerer Nachfrage. Die Fundamentaldaten sind intakt. Der Boom der Energiewirtschaft in den USA ist, so meine feste Überzeugung, nicht vorbei.

Das hat zwei Konsequenzen: Erstens werden die USA weniger abhängig sein von Importen etwa aus dem Mittleren Osten. Sie werden – wenn innenpolitisch gewollt – zum Energieexporteur und dabei ihre Rolle sehr selbstbewusst wahrnehmen. Eine zweite Konsequenz betrifft die wirtschaftliche Entwicklung in den USA selbst. Seit 2004 sind dort die Gaspreise um etwa ein Drittel zurückgegangen. Für Gas zahlt man in Deutschland heute etwa drei Mal so viel wie in den USA. Zum Vergleich: Vor sechs Jahren waren die Gaspreise auf beiden Seiten des Atlantiks noch gleich hoch.

Wenn Energie billiger wird, hilft das vor allem den Wirtschaftszweigen, für die Energie ein großer Kostenfaktor ist. Für Industrieunternehmen allgemein, und für die energieintensiven besonders, sind die USA attraktiv. Das bedeutet neue Konkurrenz für den Standort Deutschland. Mittel- und langfristig werden von den niedrigen Energiepreisen in den USA, der Möglichkeit zur billigeren Produktion und der Aussicht, in einem Wachstumsmarkt präsent zu sein, auch mehr deutsche Unternehmen profitieren wollen – beispielsweise Chemieunternehmen oder Deutschlands Automobilindustrie, die seit Jahren Innovationsführer ist. Gut möglich, dass die Audis, BMWs und Mercedes, die die Amerikaner sehr gerne kaufen, dann eben nicht mehr alle in Ingolstadt, Dingolfing oder in Sindelfingen produziert werden, sondern in South Carolina oder Alabama. Und die Zulieferer werden mit kundennaher und damit lokaler Wertschöpfung nicht lange auf sich warten lassen. Denn egal ob Autobauer, Chemiefirmen oder Elektrounternehmen: Wir müssen den Märkten folgen.

**Ob Chemiefirma oder
Autobauer: Wir müssen
den Märkten folgen**

Stark in digitalen Technologien

Der zweite große Erfolgsfaktor der amerikanischen Wirtschaft ist die Stärke in digitalen Technologien. Technologische Paradigmenwechsel laufen heute im Zeitraffertempo ab: Bis zum Jahr 2000 hatte die Menschheit in ihrer gesamten Geschichte rund zwei Exabyte an Daten generiert, also rund zwei Milliarden Gigabyte; heute werden jeden Tag so viele Daten erzeugt. Im Jahr 2000 gab es weder iPhone noch iPad; heute gibt es mehr Handys als Erdenbewohner, rund acht Milliarden Stück.

Die Digitalisierung verändert unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft grundlegend. Das hat sie eigentlich schon, aber dennoch stehen wir erst am Anfang. Niemand versteht sich heute besser darauf, mit großen Datenmengen umzugehen als die amerikanischen Unternehmen, vorwiegend aus dem Silicon Valley. 65 der Top 100 Software-Firmen weltweit haben ihren Firmensitz in den Vereinigten Staaten. Und die beiden wertvollsten Marken der Welt über alle Branchen hinweg sind Apple und Google.

Doch die IT- und Software-Firmen interessieren sich auch für „traditionelle“ Geschäftsfelder. Amazon experimentiert mit Drohnen und könnte damit die Logistikbranche radikal verändern. Google arbeitet an fahrerlosen Autos. Apple, so hört man, könnte ein Elektroauto entwickeln. BMW, Daimler und Audi ihrerseits bieten zusammen für den Nokia-Kartendienst Here. Die Übernahme des auf Rauchmelder und Thermostate spezialisierten Automatisierungsunternehmens Nest Labs durch Google zeigt, dass Software-Unternehmen auch Interesse an Haustechnik und Sensorik gefunden haben. Und dass Microsoft in diesem Jahr erstmals auf der weltgrößten Industrieschau Hannover Messe vertreten war, verdeutlicht auch, dass die klassischen Abgrenzungen von „virtueller“ und „realer“ Welt nicht mehr gelten.

Respekt, aber keine Angst

Haben wir in Deutschland überhaupt noch eine Chance gegen diese Übermacht? Gegen etablierte IT-Firmen, aber auch gegen junge Unternehmen wie Uber, das mit einer App das Taxi-Geschäft weltweit aus den Angeln zu heben droht? Müssen wir Angst vor den amerikanischen digitalen Giganten haben? Angst brauchen wir nicht zu haben, aber Respekt schon. Wir sollten die Strategien der Internetfirmen aus dem Silicon Valley sorgfältig studieren. Und vor

Wir sollten von den Firmen aus dem Silicon Valley lernen

allem: Wir sollten von den Firmen aus dem Silicon Valley lernen und in einigen Bereichen besser werden. Ich möchte vier Dinge nennen: Schnelligkeit und Flexibilität; Anwendernutzen statt „Engineering um des Engineering willen“; den Einsatz von Risikokapital im großen Stil, damit Geschäftsideen auch den kommerziellen Durchbruch schaffen; sowie vor allem aber eine Geisteshaltung, die alle Player des „Valley“ gemein haben: „Think big and make a difference“ – Großes wagen und einen Unterschied machen. Denn nur wer Großes wagt, kann auch Großartiges erreichen.

Als ich einige Jahre im Silicon Valley lebte, habe ich es selbst beobachtet: Wer dort mit einer Geschäftsidee scheiterte, ließ nicht lange auf sich warten, um mit einer neuen zu kommen, mit einer Idee, die sich dann später vielleicht als „the next big thing“, „das nächste große Ding“, herausstellt. Der Gründer der wertvollsten amerikanischen IT-Firma, Steve Jobs, formulierte es einmal so: „Erfolg kommt von richtigen Entscheidungen; richtige Entscheidungen kommen von der Erfahrung; und Erfahrung kommt – auch – von falschen Entscheidungen.“ Ganz ähnliche Zitate sind von Henry Ford und Thomas Edison überliefert. Es sagt schon etwas aus, dass diese amerikanischen Unternehmerlegenden den positiven Umgang mit Rückschlägen als ein Geheimnis des Erfolgs ansahen. Und in Deutschland? Zum „nächsten großen Ding“ kommt man in Deutschland oft gar nicht mehr, selbst wenn man es will. Denn wer bei uns scheitert, erhält oft keine zweite Chance – er erfährt stattdessen gesellschaftliche Ächtung, und Kredite bleiben für immer verschlossen.

Wir müssen deshalb auch an unserer inneren Einstellung arbeiten. Unternehmertum und Respekt fangen in den Köpfen an – dort sollten wir ansetzen. Vielleicht hilft ein Blick in unsere Geschichte: Man denke nur an die enormen

Widerstände, die Carl Benz überwinden musste, bis sich das Auto gegen Pferdedroschken durchsetzte. Oder an die Gebrüder Siemens und welche Energie sie aufbrachten, als sie ein Telegrafenkabel durch den Atlantik legten und so Pioniere der Nachrichtentechnik wurden. Wir brauchen wieder mehr von diesem „think big“, auch in Deutschland. Die USA werden wohl dank der Kombination „natürliche Ressourcen, Software- und Mikroelektronik plus Medien“, aber nicht zuletzt auch dank ihrer ausgeprägten Unternehmenskultur auf Jahrzehnte hinaus der Maßstab der Weltwirtschaft sein. Noch dazu: Wo auf der Welt findet man einen Markt dieser Größe mit einem derart hochentwickelten Rechtssystem, einer so hohen geopolitischen Stabilität – und einem immer noch intakten Wachstum des privaten und öffentlichen Konsums?

Im Index des Weltwirtschaftsforums von Davos zur Wettbewerbsfähigkeit sind die USA heute die Nummer drei. Nur die Schweiz und Singapur, also deutlich kleinere Volkswirtschaften, schneiden besser ab. Der Ordnung halber: Deutschland liegt auf Platz fünf – immerhin! Natürlich sehen sich auch die USA mit Herausforderungen wie zum Beispiel einer enormen Staatsverschuldung konfrontiert. Allerdings kann eine positive wirtschaftliche Entwicklung für die nötige Wachstumsdynamik sorgen, um die Verschuldung nachhaltig zurückzufahren. In diese Richtung machen die USA bereits Fortschritte, und die Aussicht auf künftige Exporte tut dazu ihr Übriges. Ein Faktor allerdings, der die Renaissance der US-Wirtschaft bremsen könnte, ist die heimische bisweilen zu Blockadehaltung neigende politische Landschaft. Inwieweit die Politik Reformen befördert, wird daher in nicht unerheblichem Maße darüber entscheiden, ob die US-Wirtschaft ihr Potenzial voll ausschöpfen kann. Dazu gehört die Diskussion um Energieexporte und -infrastruktur, wie den Bau von Pipelines oder die Debatte um Handelsabkommen, um aktuelle Beispiele zu nennen.

**Mit unserer Technik-
begeisterung sind wir
wettbewerbsfähig**

Besinnen wir uns auf unsere Stärken!

Was bedeutet das für uns in Deutschland? Welche Konsequenzen sollten wir ziehen? Die Renaissance der US-Wirtschaft bringt uns neue Wettbewerber, aber bietet auch eine großartige Chance, eine wichtige Rolle auf diesem Markt zu spielen. Um erfolgreich zu sein, sollten wir uns zuallererst auf unsere Stärken besinnen: die Begeisterung für Technik, unser Ausbildungssystem, das Streben nach Perfektion, Ordnungssinn und Gründlichkeit. Es gibt Wirtschaftsfelder, in denen wir diese Stärken besonders effektiv ausspielen können: zum Beispiel in der industriellen Produktion.

Bei Industrie 4.0, der vierten industriellen Revolution, geht es um die ganzheitliche Optimierung der Prozesse von der Entwicklung über die Produktion, Wartung und bis zum Recycling von Produkten durch die Digitalisierung. Durch digitale Technologien und Software können Industrieunternehmen die Effizienz ihrer Fertigung erhöhen und Kosten sparen. Sie können die Markteinführungszeit von Produkten drastisch verkürzen – um bis zu 50 Prozent. Und sie können ihre Produktion flexibel umstellen.

Die USA, die alle Chancen auf eine industrielle Renaissance haben, müssen im Produktionsumfeld bzw. bei der Digitalisierung der Fertigung große Investitionen tätigen. Davon können wir auf dem amerikanischen Markt deutlich profitieren. Das gilt auch für die dort dringend notwendige Modernisierung der Infrastruktur, wie zum Beispiel beim intelligenten Energiemanagement, dem so genannten „Smart grid“, oder bei der Verbesserung der urbanen Mobilität.

Um an der Modernisierung der größten Volkswirtschaft der Welt teilzuhaben, bedarf es auf unserer Seite zweier Voraussetzungen: Wir müssen Weltspitze

Wir müssen Weltspitze und zugleich lokaler Partner vor Ort sein

sein und wir müssen lokaler Partner vor Ort sein. „Made in Germany“ und „Made in USA“ ist dabei kein Widerspruch. Wir können unsere wirtschaftliche Basis in Deutschland erhalten – und gleichzeitig vor Ort in den USA mit eigenen Fertigungsstätten von den enormen Möglichkeiten profitieren. Um Weltspitze zu sein, müssen wir aber im eigenen

Land Reformen voranbringen. Das Institut der Deutschen Wirtschaft kommt in einer Studie aus dem Februar zu einem Schluss, der uns zum Nachdenken bringen sollte: Südeuropäische Länder wie Griechenland, Portugal und Spanien waren in den vergangenen sechs Jahren reformfreudiger als wir. Ich sehe vor allem drei Bereiche, in denen wir besser werden müssen:

1. Wir brauchen eine leistungsfähige und intelligente Infrastruktur. Ich meine damit neben Verkehrswegen unter anderem eine zuverlässige, bezahlbare und nachhaltige Energieversorgung sowie Investitionen in flächendeckende, leistungsfähige Breitbandnetze.

2. Wir müssen die Zusammenarbeit innerhalb unserer Wirtschaft verstärken – zwischen Großunternehmen, Mittelständlern und den Bildungs- und Forschungseinrichtungen. Mehr noch als bisher müssen wir in Netzwerken denken. Und wir müssen die Rolle von Risikokapital hierzulande stärken, um neuen Geschäftsideen schneller zum Erfolg zu verhelfen.

3. Wir müssen den digitalen Wandel als Chance begreifen. Dafür müssen wir aber auch die Dimensionen dieses Wandels verstehen. Er erfasst die gesamte Gesellschaft – technologisch, ökonomisch, kulturell. Nur ein Beispiel: Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt radikal. Um Arbeitskräfte für die neue Produktionswelt zu rüsten, brauchen wir ein Umdenken in der Ausbildung wie auch der Weiterbildung: ein Qualifying und Requalifying. In Schulen, Betrieben und Hochschulen müsste schon heute viel mehr interdisziplinär gedacht werden. Hier sind wir Unternehmer genauso gefragt wie unsere Bildungspolitiker.

Manchmal ziemlich beste Freunde

Die USA sind einer unserer großen Freunde in der Welt. Wir verdanken den Amerikanern sehr viel – sie haben dem zerstörten Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg eine Chance gegeben und ermöglichten die Wiedervereinigung unseres geteilten Landes. Auch wenn uns der Freund manchmal etwas fremd erscheinen mag, und auf die Amerikaner auch manches an uns fremd wirken mag: Wir sollten nicht den Fehler machen, die Beziehungen zu den

USA auf einige wenige Schlagwörter zu reduzieren. Dazu zählt das Spannungsfeld, in dem Sicherheitsinteressen von Staaten, Unternehmen und Bürgern aufeinandertreffen. Schlagwort ist hier „NSA“, in dessen Zusammenhang bisweilen auch Siemens genannt wird. Wichtig ist hier vor allem eines: verloren gegangenes Vertrauen diesseits und jenseits des Atlantiks wieder aufzubauen und den Dialog zu suchen, also miteinander statt übereinander zu reden.

Dazu zählt auch das Schlagwort „Chlorhühnchen“, ein Begriff, der zwar profane Emotionen weckt, aber vielleicht genau deshalb zu kurz greift. Denn: Wir stehen vor der historischen Chance, die Beziehungen zu den USA mit dem Freihandelsabkommen TTIP auf ein neues Fundament zu stellen. Im Zusammenhang mit diesem Abkommen gibt es Diskussionen und Sorgen, die ernst genommen werden müssen und auch ernst genommen werden. Aber wir sollten uns davor hüten, einige Probleme im Detail als Vorwand zu nehmen, um das Ganze zu zerreden. Richtig ist doch Folgendes: Dieses Freihandelsabkommen wird das billigste Konjunkturprogramm für die europäische Wirtschaft sein, das wir uns vorstellen können. Denn es wird die Nachfrage in Europa erhöhen, ohne dass wir dafür einen Cent ausgeben beziehungsweise uns leihen müssten. Und natürlich setzen sich Europa und Deutschland für unsere Interessen ein.

TTIP wird das billigste Konjunkturprogramm für Europas Wirtschaft

Trotz allem, was in den transatlantischen Beziehungen geredet und geschrieben und als Krise ausgerufen wird, sollten wir Deutsche uns einer Sache stets bewusst sein: Seit dem Zweiten Weltkrieg hatten wir in der Welt kaum einen verlässlicheren Partner als die USA. Wir verdanken unseren amerikanischen Freunden das Startkapital für den Wiederaufbau unseres im Krieg zerstörten Landes und damit die Grundlagen für unseren Wohlstand heute. Wir verdanken ihnen eine mittlerweile jahrzehntelange verlässliche Sicherheitspartnerschaft. Und wir pflegen mit ihnen eine bewährte und intensive Wirtschaftspartnerschaft.

Dieser Partnerschaft verdanken wir in den vergangenen fast 70 Jahren viel Gutes. Wir sollten darauf achten, dass das auch in Zukunft so bleibt. Denn das ist im Sinne der deutschen Wirtschaft, das ist im Sinne Deutschlands und das ist auch im Sinne Europas. Alles in allem sind die Amerikaner und wir ziemlich gute, ich will sogar behaupten: manchmal ziemlich beste Freunde.



Joe Kaeser ist Vorsitzender des Vorstands der Siemens AG. Der Beitrag basiert auf einer Rede, die er am 6. März 2015 in der Evangelischen Akademie in Tutzing gehalten hat.

Bild n Printausgab

Angehörige der maltesischen Marine werfen Flüchtlingen auf einem überfüllten Boot Trinkwasserflaschen zu

nur in
e verfügbar

Auf der Flucht

Immer mehr Menschen setzen ihr Leben aufs Spiel, um über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen. Um der Lage Herr zu werden, muss die EU bei der Vermischung von Flucht und Migration ansetzen – und Verantwortlichkeiten und Lasten fair verteilen.

„Ich begrüße eine Quotenregelung“

Die EU darf sich nicht abschotten, sondern muss Fluchtursachen bekämpfen

Mit der aktuellen Flüchtlingskrise steht Europa vor einer Herausforderung epochaler Tragweite und muss sich als „Wertegemeinschaft“ beweisen. Alle 28 Länder sollten sich jetzt solidarisch einbringen, um Menschenleben zu retten, Schlepper zu bekämpfen und Fluchtursachen abzubauen. Deutschland hat dazu Vorschläge und Sonderinitiativen eingebracht.

IP: *Herr Minister, Sie lehnen einen Militäreinsatz gegen Schleuserboote im Mittelmeer ab. Mit der EU-Mission „Triton“ allein kann das Flüchtlingsdrama nicht beendet werden. Was also müssen Deutschland und die EU tun?*

Gerd Müller: Es war richtig, die Seenotrettung wieder zu intensivieren, damit das Mittelmeer nicht zu einem Meer des Todes wird. Das ist ein wichtiger Schritt, aber er reicht nicht. Es geht jetzt darum, den Dreiklang umzusetzen, den die Bundeskanzlerin so treffend benannt hat: Menschenleben retten, Schlepper bekämpfen und Fluchtursachen abbauen. Dazu gehört, das Elend und das Leid in den Herkunftsländern zu bekämpfen und die Aufnahmeländer stärker zu unterstützen. Außerdem müssen wir die Rückführung von Flüchtlingen angehen, gerade in den Transitländern wie z.B. Libyen, wo Tausende von Menschen auf ihre Überfahrt nach Europa warten. Ich habe deswegen einen EU-Solidaritätsfonds für Flüchtlinge in

Höhe von zehn Milliarden Euro als Vorschlag eingebracht – Mittel, die aus bestehenden europäischen Fonds umgeschichtet werden können. Damit könnten wir Wesentliches bewegen und den Menschen in ihren Herkunftsländern Zukunftsperspektiven bieten. Das ist aus meiner Sicht die wirksamste Methode, den Schlepperbanden das Handwerk zu legen. Außerdem brauchen wir eine Persönlichkeit, die die Aufgaben bündelt und ein effektives Zusammenwirken der europäischen Außen-, Innen- und Entwicklungspolitik sicherstellt. Diese sollte sichtbar für eine starke europäische Politik zur Bekämpfung der Fluchtursachen stehen. Ich habe dafür einen Sonderbeauftragten oder Sonderbeauftragte des Kommissionspräsidenten vorgeschlagen.

IP: *Wie sehen Sie die Chancen, sich auf eine kohärente europäische Flüchtlingspolitik zu verständigen? Ist die Lastenteilung ein zentraler Streitpunkt?*

Müller: Ich bin froh, dass die Hohe Vertreterin Frau Mogherini und viele andere Mitgliedstaaten begonnen haben, Flüchtlingspolitik zum Topthema zu machen und Handlungsfähigkeit zu zeigen. Die bisherigen Vorschläge konzentrieren sich allerdings noch zu sehr auf Abwehrmaßnahmen. Nicht die Abschottung Europas sollte im Vordergrund stehen, sondern die Bekämpfung der Fluchtursachen.

Was die Quotenregelung betrifft, so begrüße ich diesen Vorschlag aus Brüssel. Dass dieser von vielen EU-Staaten abgelehnt wird, finde ich inakzeptabel und ein falsches Signal. Wir stehen doch mit der Flüchtlingskrise vor einer Herausforderung epochaler Tragweite. Wann, wenn nicht jetzt, kann und muss sich die EU als „Wertegemeinschaft“ bewähren? Ich fordere die EU auf, sich hier in der Gesamtheit mit allen 28 Ländern solidarisch einzubringen.

IP: *Im Mittelmeer spielt sich vor unseren Toren eine Flüchtlingskrise ab. Doch die größten Flüchtlingsbewegungen finden woanders statt – in Afrika, Asien und Nahost. Was tut Deutschland, um die am meisten betroffenen Aufnahmeländer zu unterstützen?*

Müller: Die Aufnahmeländer leisten Außerordentliches und kommen dabei immer mehr an die Grenzen ihrer eigenen Belastbarkeit. Durch die Aufnahme der vielen Flüchtlinge werden natürliche Ressourcen wie Wasser knapp; Bildungssysteme oder Gesundheitsdienste geraten unter Druck. Zwischen Flüchtlingen und den Einwohnern der aufnehmenden Gemeinden kann es zu Konkurrenz kommen, etwa um Wohnraum, Anbauflächen oder Einkommensmöglichkeiten. Ein Beispiel ist

hier der Libanon, ein Land halb so groß wie Hessen, das 1,2 Millionen syrische Kriegsflüchtlinge aufgenommen hat. Das BMZ unterstützt die Aufnahmeländer rund um Syrien vor allem auf kommunaler Ebene. In Jordanien, einem der wasserärmsten Länder der Welt, helfen wir, die Wasser-



DR. GERD MÜLLER ist seit Dezember 2013 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Zuvor war er seit 2005 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, u.a. zuständig für internationale Beziehungen, Entwicklungsprojekte und Welternährung.

und Sanitärversorgung in den aufnehmenden Gemeinden zu sichern. Entlang der syrisch-türkischen Grenze richten wir Gemeindezentren für Flüchtlinge ein. Allein im Libanon können mit deutscher Unterstützung 80 000 Flüchtlingskinder wieder zur Schule gehen. Wir fördern spezielle Ausbildungs- und Bildungsangebote für Jugendliche und Hochschulstipendien, damit keine „verlorene Generation“ entsteht.

IP: *So wie die Zahlen der ertrunkenen Menschen im Mittelmeer schockieren die Bilder der Bootsflüchtlinge aus Myanmar und Bangladesch vor Thai-*

land und Malaysia. Welchen Betrag kann Deutschland, kann die EU leisten, um das Leid der Menschen zu lindern?

Müller: Auch die aktuelle Flüchtlingskrise im Indischen Ozean wird genährt von Armut und Ausgrenzung. Derzeit treiben rund 6000 Flüchtlinge aus Myanmar oder Bangladesch auf Booten vor den Küsten von Malaysia und Indonesien. Viele sind Rohingya, Angehörige einer muslimischen Minderheit aus Myanmar. Dort werden sie nicht anerkannt und diskriminiert, viele waren Opfer von Gewaltausbrüchen. Diese Menschen sind verzweifelt und begeben sich deswegen in die Hände von kriminellen Schlepperbanden.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Myanmar konzentriert sich auf eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und die Förderung ländlicher Regionen. Auch hier ist der Blick auf die besonders benachteiligten Menschen gerichtet, auch hier geht es um Schaffung von Zukunftsperspektiven. Bei der Bekämpfung der Flüchtlingskrise in Südostasien sehe ich aber in erster Linie die Mitglieder der ASEAN-Staaten in der Pflicht. Ähnlich wie wir in der EU müssen auch diese Länder aktiv werden.

IP: *Was kann Entwicklungspolitik überhaupt zur Reduzierung von Fluchtursachen beitragen? Sind die Erwartungen vielleicht viel zu hoch? Wäre es z.B. nicht zielführender, die hohen Agrarsubventionen der EU abzuschaffen?*

Müller: Entwicklungspolitik kann eine Menge zur Bekämpfung von Fluchtursachen beitragen. Im Südsudan habe ich ein Flüchtlingslager besucht, das ärmste, das ich je sah. Unweit davon entfernt in unserer Unter-

bringung hing ein riesiger Fernseher. Dort lief ein deutsches Fußballspiel, unterbrochen von Werbung voll von Glanz und Glitzer. Das ist das Bild, das die Menschen von Europa haben. Wir müssen uns nicht wundern, wenn sie bei sich keine Chancen mehr sehen und zu uns kommen wollen.

Wer Fluchtursachen verringern will, muss also dort hingehen, wo die Not am größten ist. Er muss in Entwicklung investieren. Es geht um den Aufbau von Infrastruktur, die Einrichtung von Schulen und Krankenhäusern, die Schaffung von Ausbildungs- und Beschäftigungsprogrammen, um Wirtschaftsförderung, um Einkommen – eben um bessere Lebensperspektiven und natürlich um die Förderung der heimischen Landwirtschaft. Hier sind wir mit unseren grünen Zentren sehr aktiv. Aufgabe dieser Zentren ist es, die Bauern zu schulen, damit sie die Produktivität steigern und ihre Ernte auch im Land weiterverarbeiten. Die Stichworte sind hier: innovative Technik, Lagermethoden für die Ernte, Weiterverarbeitung vor Ort, kurz: Die gesamte Wertschöpfungskette vom Acker bis zum Teller stärken und ausbauen.

IP: *Hat sich mit der Flüchtlingsproblematik die Arbeit des BMZ verändert?*

Müller: Ich habe zur Bekämpfung der Flüchtlingskrise drei Sonderinitiativen eingerichtet. Allein für die Menschen im Umfeld der Syrien-Krise hat die Bundesregierung seit 2012 mit mehr als einer Milliarde Euro geholfen. Wir führen in den Herkunftsländern, vor allem in Nahost und Afrika, 150 Projekte für Flüchtlinge in einem Umfang von 640 Millionen Euro durch. In Ghana habe ich ein

Projekt besucht, in dem junge Schweizer und Schlosser geschult werden und in dem Berufe aus dem Gesundheitssektor erlernt werden können. Wo immer die Situation es zulässt, helfen wir den Menschen auch dabei, wieder in ihre Heimat zurückzukehren und dort Fuß zu fassen. Im Südsudan etwa unterstützen wir über 50 000 Rückkehrer dabei, sich wieder durch Landwirtschaft selbst versorgen zu können. Vor Kurzem war ich im Kosovo, wo wir ein Rückkehrerprogramm für abgelehnte Asylbewerber aufbauen werden. Das Schlüsselwort heißt dabei immer „Ausbildung“.

Eine neue Entwicklungspolitik zur Bekämpfung von Fluchtursachen muss aber viel weiter gefasst sein. Wir müssen die Globalisierung gerecht gestalten. Wir leben in Einer Welt und jeder trägt Verantwortung. Das fängt mit der Kleidung an, geht über die Mineralien, die in unseren Handys sind, bis hin zum Abbau von Bodenschätzen wie Gold oder Öl. Nur wenn wir zu fairen sozialen und ökologischen Standards in den Lieferketten kommen, können die Menschen am Anfang der Produktionskette von ihrer Arbeit leben. Viele Länder in bitterster Not sind reich an Bodenschätzen. Hier bereichern sich Wenige zu Lasten vieler – das gilt es durch neue Welthandelsverträge und Abkommen zu ändern. Wir müssen vom Frei- zum Fairhandel kommen und dafür kann jeder Einzelne etwas tun: Wir haben jetzt erfolgreich mit der Zivilgesellschaft, mit Wirtschaft und Handel ein Textilbündnis auf den Weg gebracht. Keine Näherin in Bangladesch soll mehr dafür ausgebeutet werden, dass sie unsere Kleider näht. Das ist ganz praktische Entwicklungs-

politik, jeder von uns trägt mit seiner Kleidung Verantwortung auf der Haut.

IP: *Gehören Fluchtbewegungen vielleicht einfach zu unserer globalisierten Welt?*

Müller: Die Mobilität der Menschen ist eine globale Realität und wird in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen. Die Arbeitsmärkte wachsen international immer stärker zusammen. Kriege und Konflikte, aber auch der Klimawandel verändern die Lebenschancen in Teilen der Welt so sehr, dass Abwanderungen die zwangsläufige Folge sind. Fakt ist, dass im vergangenen Jahr weltweit 56,7 Millionen Menschen auf der Flucht waren, so viele wie seit 50 Jahren nicht mehr. Die meisten von ihnen haben bei der Flucht ihr Leben aufs Spiel gesetzt und großes Leid erfahren. Das dürfen wir nicht einfach so hinnehmen. Deswegen müssen wir alles daransetzen, die Ursachen von Flucht wirksam zu bekämpfen! Dazu gehört auch die Bekämpfung des Klimawandels. Experten schätzen, dass wir sonst bis 2030 rund 200 Millionen Klimaflüchtlinge haben werden.

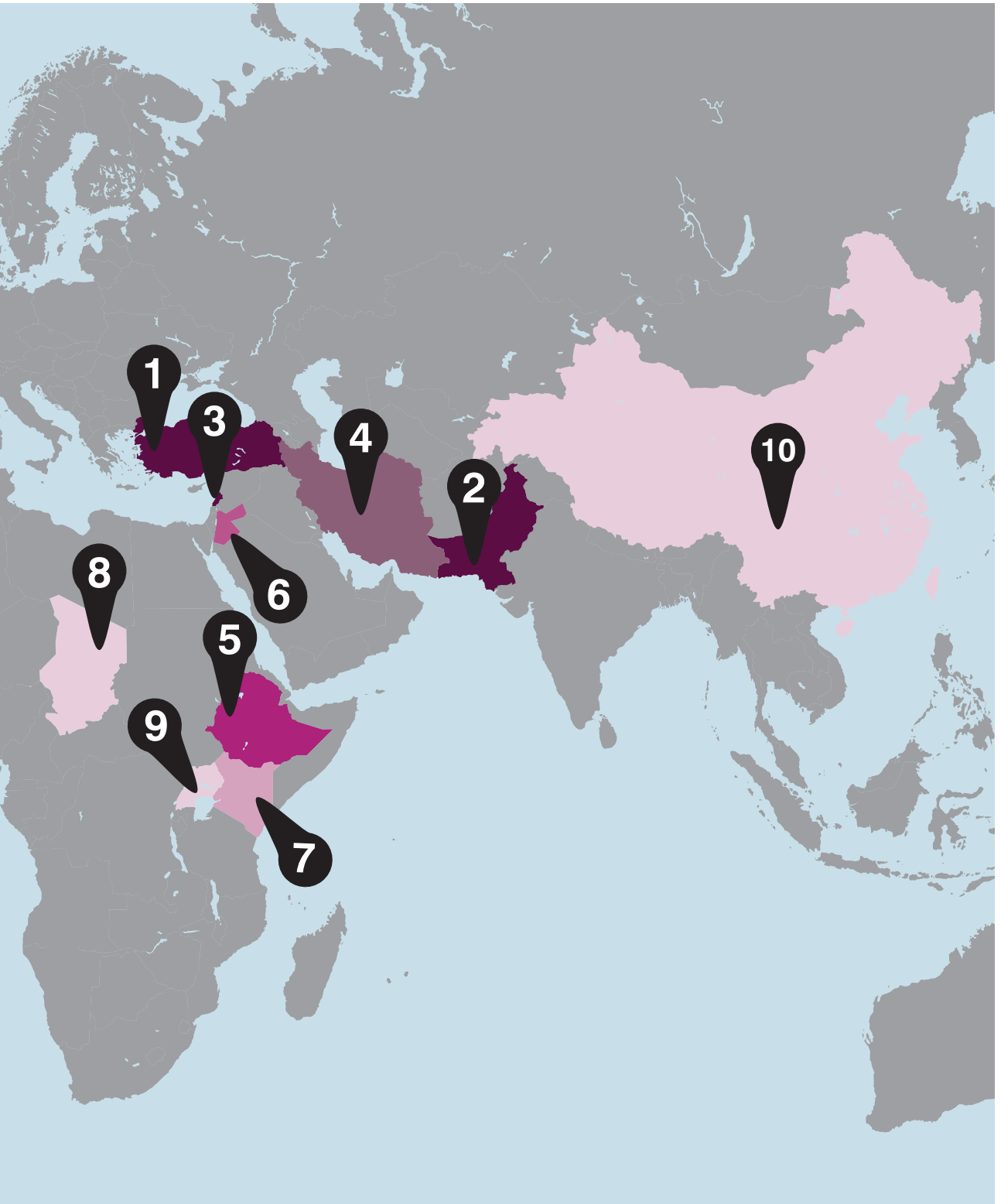
Ich will mich nicht damit abfinden, dass dies zu unserer globalen Realität gehört, denn die meisten Flüchtlinge, mit denen ich gesprochen habe, wollen sich in ihrer Heimat bei ihren Familien eine Zukunft aufbauen. Migration bietet zweifelsohne für jedes Land auch jede Menge Chancen, gerade in geburtenschwachen Staaten. Deswegen dürfen wir Flucht aus Verzweiflung und Not nicht mit ganz normaler Migration verwechseln. Das wird dem Ernst der momentanen Flüchtlingssituation nicht gerecht.

Die Fragen stellte Uta Kuhlmann-Awad

Weltweite Flüchtlingsbewegungen

Rang	Aufnahmeland (Anzahl der Flüchtlinge insgesamt)	Herkunft (Anzahl der meisten Flüchtlinge)
1	Türkei 1.585.406	Syrien 1.557.899 Irak 17.542 Afghanistan 4.188
2	Pakistan 1.504.912	Afghanistan 1.504.912
3	Libanon 1.153.480	Syrien 1.147.494 Irak 5.986
4	Iran 982.000	Afghanistan 950.000 Irak 32.000
5	Äthiopien 735.326	Südsudan 251.791 Somalia 245.097
6	Jordanien 653.388	Syrien 623.112 Irak 29.263 Sudan 1.013
7	Kenia 549.205	Somalia 424.691 Südsudan 89.226 Äthiopien 21.250
8	Tschad 449.494	Sudan 357.711 Zentralafrika- nische Republik 91.783
9	Uganda 385.436	DR Kongo 178.217 Südsudan 157.053 Somalia 17.010
10	China 300.896	Vietnam 300.896
<i>zum Vergleich:</i>		
	USA 243.048	China 71.902 Haiti 24.170 Kolumbien 10.552
	Deutschland 197.078	Irak 41.167 Syrien 40.994 Afghanistan 27.814
	Frankreich 176.510	Sri Lanka 23.966 DR Kongo 13.727 Russland 13.644

Quelle: UNHCR, Stand Juni 2015



Überzeugende Antworten finden

Europa kann die Flüchtlingskatastrophe nur gemeinsam bewältigen

Steffen Angenendt | **Die Zahl derer, die ihr Leben riskieren, um nach Europa zu gelangen, steigt weiter – vor allem, weil es zu wenig legale Zuwanderungswege gibt. Lösungen müssen an der Unterscheidung von Flüchtlingen und Migranten ansetzen. Ziele sind eine faire Verantwortungsteilung beim Flüchtlingsschutz sowie eine schnellere Integration dieser Menschen.**

Die Asylstatistiken der EU zeigen ein deutliches Bild: In den vergangenen Jahren ist die Zahl der Asylanträge (Erst- und Folgeanträge) stetig gestiegen, von 226 000 Anträgen im Jahr 2008 auf 626 000 im Jahr 2014. Auch die jüngsten Statistiken deuten auf eine weitere starke Zunahme. Deutschland ist besonders betroffen: Hier ist die Zahl der Asylbewerber von 28 000 im Jahr 2008 auf 202 000 im Jahr 2014 gestiegen, 2015 könnte die bisherige Höchstzahl von 1992 (438 000 Anträge) überschritten werden.

Die EU hat in dreifacher Hinsicht Schwierigkeiten, diese Entwicklung zu bewältigen: Erstens fehlen Konzepte zum Umgang mit der Vermischung von Flucht und Migration, zweitens funktioniert das bisherige Verfahren zur Bestimmung des für ein Asylverfahren zuständigen Staates nicht mehr, und drittens unternimmt die EU zu wenig, um Länder wie den Libanon, Jordanien und die Türkei zu unterstützen, die den Großteil der

aktuellen Flüchtlingskrisen tragen. Ohne massive internationale Hilfe bei der Versorgung und Integration der Flüchtlinge werden dort Spannungen entstehen und mehr Menschen werden versuchen, von dort in die Europäische Union zu gelangen.

Gemischte Wanderungen

Das größte Problem des internationalen Flüchtlingsschutzes ist die Vermischung von Flucht und Migration. Das zeigt sich auch in der EU. Bei den irregulären Einreiseversuchen kommen nicht nur Flüchtlinge ums Leben, sondern auch Migranten, die zuwandern wollen, weil sie für sich und ihre Familien eine bessere wirtschaftliche Zukunft erhoffen und sich aus Mangel an legalen Zuwanderungsmöglichkeiten auf die oft lebensgefährlichen illegalen Wege begeben. Flüchtlingsorganisationen schätzen, dass bei diesen Einreiseversuchen in die EU seit dem Jahr 2000 mindestens 23 000 Menschen gestorben sind.

Die Vermischung von Flucht und Migration („mixed flows“) ist für die Aufnahmeländer schwierig zu bewältigen, denn für Flüchtlinge und Migranten bestehen unterschiedliche Verantwortlichkeiten. Während die EU-Staaten durch internationales, europäisches und nationales Recht zum Schutz von Flüchtlingen verpflichtet sind, ist die Aufnahme von Migranten immer noch weitgehend eine nationale Entscheidung. Wegen der Schutzverpflichtung ist es unerlässlich, zwischen Flüchtlingen und Migranten zu unterscheiden. Das muss in rechtsstaatlichen Verfahren geschehen, die international anerkannten Standards entsprechen; Asylsuchende müssen Zugang zu diesen Verfahren finden können, ohne ihr Leben bei einer illegalen Einreise zu gefährden. Diese Möglichkeit ist aber zurzeit in der EU nicht gegeben; es gibt kaum legale Möglichkeiten, zur Schutzsuche in die Europäische Union einzureisen.

Darüber hinaus sind die Unterbringung, Versorgung und Integration der Flüchtlinge zu sichern. Auch hier bestehen in vielen EU-Mitgliedstaaten große Defizite. Zu einem wirksamen Flüchtlingsschutz gehört schließlich auch, dass diejenigen, die nicht schutzbedürftig sind, das Aufnahmeland wieder verlassen müssen, sofern ihnen dann nicht Gefahren drohen oder das Aufnahmeland aus anderen Gründen (Arbeitsmarktbedarf, Familienzusammenführung) kein Interesse an einem Verbleib hat. Auch hier haben die EU-Mitgliedstaaten erhebliche Umsetzungsprobleme. So gibt es zu wenige gute Programme zur Unterstützung von freiwilliger Rückkehr.

Auch für die Entwicklungspolitik ist die Unterscheidung zwischen

Flucht und Migration wichtig, weil sich beide Wanderungsformen unterschiedlich auf Entwicklung auswirken: Während Zwangswanderungen wie Flucht und Vertreibung negative Wirkungen auf die Entwicklung der Herkunftsgebiete (oft auch der Aufnahmegebiete) haben, können freiwillige und geregelte Wanderungen Entwicklung fördern. Fluchtbewegungen sind eine menschliche Katastrophe und können insbesondere für arme Aufnahmestaaten zu einer großen Belastung werden. Deshalb müssen sie verhindert werden. Freiwillige Migration hingegen, die auf fairen Abkommen zwischen Herkunfts- und Aufnahmeländern beruht und bei der die Rechte der Migranten geachtet werden, liegt im Interesse aller Beteiligten (der Herkunfts- und Aufnahmeländer sowie der Migrantinnen und Migranten). Sie sollte man nicht begrenzen, sondern fördern.

Kontrolle der EU-Außengrenzen

Die europäischen Länder können vor den humanitären Katastrophen an den EU-Außengrenzen nicht die Augen verschließen. Ein Ansatz bestünde darin, die nordafrikanischen Staaten zu einer Unterbindung der gefährlichen Überfahrten zu bewegen. Dies würde aber voraussetzen, dass diese Staaten zumindest einen Teil der steigenden Zuwanderung aus Subsahara-Afrika und aus anderen Weltregionen bewältigen und den Verfolgten Schutz gewähren können. Das ist aber nicht der Fall.

Zudem sind die Chancen für die Zusammenarbeit mit den nordafrika-

**Es ist kaum möglich,
legal zur Schutzsuche in
die EU einzureisen**

nischen Staaten höchst unterschiedlich. Möglich ist sie zum Beispiel mit Tunesien und Marokko. Hier besteht mit den EU-Mobilitätspartnerschaften auch ein Rahmen, der genutzt werden kann. Schwierig bis unmöglich ist die Kooperation mit Libyen, wo derzeit die meisten Flüchtlingsboote ablegen. Aufgrund des Zusammenbruchs der staatlichen Strukturen findet die EU dort keine handlungsfähigen Akteure, und es fehlen alle Voraussetzungen, um Flüchtlinge und Migranten zu schützen. Hier ist keine schnelle Lösung in Sicht, und das Dilemma der EU wird deutlich: Operationen wie die italienische Rettungsaktion „Mare Nostrum“, bei der Schiffs-

Der Staatszerfall in Libyen macht jede Kooperation unmöglich

brüchige bereits nahe der libyschen Küste aufgegriffen wurden, entfalten zwangsläufig eine Sogwirkung und bieten den Schleppern Anreize. Gleichwohl gibt es keine ethisch vertretbare Alternative zu solchen Aktionen. So wurde auch das zunächst geografisch eng begrenzte Mandat der europäischen Nachfolgeoperationen von „Mare Nostrum“ schrittweise ausgeweitet und umfasst nun wieder Rettungsoperationen vor der libyschen Küste.

Die Außengrenzkontrolle der EU muss daher in eine Trias eingebunden sein: Erstens müssen die EU-Staaten mehr legale Zuwanderungsmöglichkeiten für Flüchtlinge und für Migranten anbieten. Für Flüchtlinge könnte man zumindest punktuell und temporär ein Botschaftsasyl einrichten, also die Möglichkeit, einen Asylantrag in EU-Auslandsvertretungen zu stellen. Besonders gefährdete

Flüchtlingsgruppen könnten humanitäre Visa erhalten, es könnten gemeinsame EU-Asylentscheidungszentren eingerichtet werden, und schließlich könnten die EU-Staaten größere Flüchtlingskontingente im Rahmen von Resettlement-Programmen als dauerhafte Einwanderer aufnehmen. Dies würde Flüchtlinge betreffen, denen bereits im Ausland von UNHCR eine Verfolgung bescheinigt wurde. All diese Maßnahmen sind jedoch sorgfältig auf ihr Für und Wider zu prüfen.

Für Migranten wiederum muss man mehr legale Migrationsprogramme einrichten, und in den Herkunftsländern müssen die EU-Staaten besser über (inzwischen in einigen EU-Staaten wie Deutschland bestehende) legale Zuwanderungsmöglichkeiten informieren. Zweitens müssen die EU-Staaten enger mit den Herkunfts- und Transitstaaten kooperieren, wobei die Entwicklungszusammenarbeit durch den Aufbau von asyl- und migrationspolitischen Kapazitäten die Fähigkeit dieser Länder stärken kann, mit steigender Zuwanderung umzugehen. Drittens muss man eine dauerhafte gemeinsame europäische Rettungspolitik im Mittelmeerraum verfolgen, um weitere humanitäre Katastrophen zu verhindern.

Faire Aufnahmequoten

Das „Gemeinsame Europäische Asylsystem“, das in diesem Jahr vollendet wird, soll den Schutzsuchenden in allen EU-Staaten gleiche Asylverfahren, Aufnahme- und Lebensbedingungen bieten. Doch derzeit kann davon noch keine Rede sein. In einigen Ländern, etwa in Griechenland, gibt es keinen wirksamen Flüchtlingsschutz.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Zudem sind die Flüchtlinge in der EU höchst ungleich verteilt. Gegenwärtig nehmen fünf Mitgliedstaaten mehr als 75 Prozent aller Flüchtlinge auf. Vor allem die Staaten an den EU-Außengrenzen sehen sich durch das Dubliner Übereinkommen von 1990 benachteiligt, nach dem der Staat der Ersteinreise in die EU für das Asylverfahren zuständig ist, und kommen ihren Schutzverpflichtungen nicht nach. Deshalb müssen die EU-Staaten so schnell wie möglich über eine neue, von allen EU-Mitgliedern als gerecht und angemessen akzeptierte Verantwortungsteilung befinden.

Ein wichtiger erster Schritt wäre eine Diskussion darüber, was „fair“ bedeuten und anhand welcher Kriterien das bestimmt werden soll. Die EU-Kommission hat hierzu jüngst vorgeschlagen, zunächst als kurzfristige Hilfe für die besonders belasteten Länder Griechenland und Italien einen Teil der dortigen Flüchtlinge anhand der Kriterien Einwohnerzahl,

Wirtschaftskraft, Arbeitslosenrate und der früheren Aufnahme von Flüchtlingen auf andere EU-Länder zu verteilen. Obwohl noch nicht klar ist, wie die Verteilung erfolgen soll, sind die Kommissionsvorschläge bereits auf den Widerstand verschiedener EU-Staaten (unter anderem Frankreich, Großbritannien, Irland, Spanien, Polen und Tschechien) gestoßen. Tatsächlich lassen die bisherigen Erfahrungen mit dem Dublin-System erwarten, dass die Verteilung in der Praxis erhebliche Schwierigkeiten bereiten würde.

Daher sollten andere Verfahren in Betracht gezogen werden. Flüchtlingshilfsorganisationen haben so genannte „Free choice“-Modelle vorgeschlagen, bei denen die Wahl des Asylslands weitgehend den Flüchtlingen überlassen bleiben soll. Dies würde der Tatsache Rechnung tragen, dass Flüchtlinge vor allem in Ländern Schutz suchen, in denen sich bereits Menschen aus ihrem Heimatland aufhalten und

wo sie Unterstützungsstrukturen finden. Genau das würden die Flüchtlinge auch jetzt schon im Rahmen des dysfunktionalen Dublin-Systems machen, dessen Umverteilungsprinzip bei immer größerem Verwaltungsaufwand kaum noch Wirkung entfalte. Dagegen wird vor allem eingewendet, dass „Free choice“-Modelle die Ungleichverteilung nur verstärken und letztlich die Aufnahmebereitschaft sowie die Qualität des Flüchtlings-schutzes im betreffenden Land verringern würden.

Eine Alternative zur physischen Verteilung der Flüchtlinge wäre ein finanzieller Ausgleich. Ein solches Verfahren könnte entweder die Aufnahmelande für die tatsächlich entstandenen Kosten entschädigen oder aber auch einen finanziellen Anreiz für die Flüchtlingsaufnahme setzen.

Eine Lösung? Finanzielle Anreize anstatt staatliche Weisungen

Würde zudem nicht der betreffenden Regierung, sondern der aufnehmenden Gemeinde eine solche „Belohnung“ für die Flüchtlingsaufnahme gezahlt, wäre zu erwarten, dass sich zumindest in einigen Gemeinden die politisch Verantwortlichen aktiv um die Aufnahme von Flüchtlingen bemühen und bei ihren Bürgern für die Integration der Flüchtlinge werben würden. Ein solcher „Bottom-up“-Ansatz würde die bisherige Flüchtlingspolitik möglicherweise grundlegend verändern, die in allen EU-Ländern immer noch maßgeblich auf staatlichen Weisungen an die Kommunen beruht.

Funktionieren kann ein solcher finanzieller Ausgleich allerdings nur, wenn gleichzeitig auch die Standards

für die Aufnahme und Versorgung der Flüchtlinge verbessert und angeglichen werden. Gerade hierfür ist die Diskussion über faire Verantwortungsteilung und nationale Aufnahmequoten hilfreich: Wenn ein EU-Land seine „faire“ Aufnahmequote unterschreitet, können die anderen Mitgliedstaaten nach den konkreten Gründen fragen und dann Vorschläge zur Unterstützung machen.

Gefährdete Nachbarstaaten

Die Nachbarländer der aktuellen Krisengebiete haben mit Abstand den größten Teil der Flüchtlinge aufgenommen. So beherbergt Jordanien nach Angaben des UN-Flüchtlingskommissars derzeit 630 000, die Türkei über 1,7 Millionen und der Libanon fast 1,2 Millionen syrische Flüchtlinge. Damit ist in Jordanien und im Libanon inzwischen jeder vierte Bewohner ein Flüchtling. In diesen Ländern kommt es verstärkt zu Versorgungsproblemen; zwar ist die Hilfsbereitschaft immer noch groß, aber es zeichnen sich bereits innenpolitische Konflikte ab, weil die Strukturen zur Aufnahme und Versorgung vielerorts überlastet sind.

Einige EU-Staaten bieten den Erstaufnahmelandern Unterstützung. Die bisherigen Anstrengungen reichen jedoch bei Weitem nicht aus. In zwei Bereichen sollten die EU und Deutschland ihre Hilfsbemühungen verstärken. Zum einen bei der technischen und finanziellen Unterstützung der Länder, die die Flüchtlinge aufnehmen und versorgen: Dabei muss die in allen EU-Staaten ungeklärte Frage angegangen werden, wie die Nothilfe mit strukturbildender Entwicklungshilfe verbunden werden soll. Die

Flüchtlinge werden in diesen Aufnahmeländern längere Zeit, oft auch dauerhaft, leben und brauchen Beschäftigungs- und Einkommensperspektiven. Vor allem muss es für Kinder, die über die Hälfte der Flüchtlinge ausmachen und oftmals seit Jahren keine Schule besucht haben, Unterricht geben. Ebenfalls muss man die Gesundheitsversorgung sicherstellen.

Zum anderen sollten die EU-Staaten selbst mehr Flüchtlinge im Rahmen von Resettlement-Programmen und von temporären humanitären Kontingenten übernehmen. Bisher haben nur wenige Länder wie Schweden und Deutschland größere Hilfen angeboten. Die anderen Staaten sollten mit dem Hinweis, dass die Verhinderung von Destabilisierungen in EU-Nachbarregionen auch in ihrem Interesse liegt, zu größerem Engagement gedrängt werden. Einen zusätzlichen Anreiz könnte eine finanzielle Unterstützung aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds der EU für Mitgliedstaaten setzen, die solche Kontingente aufnehmen.

Nationale Handlungsmöglichkeiten

Vor allem in den skizzierten Handlungsfeldern ist die gemeinsame europäische Politik zu stärken. Darüber hinaus bestehen aber auch nationale Handlungsmöglichkeiten. Dies betrifft zum einen die Frage, ob die nationalen Asylsysteme durch rechtliche Änderungen entlastet werden können. Die Mitgliedstaaten könnten prüfen, ob Flüchtlinge aus Gebieten mit sehr hohen Anerkennungsquoten aus den Asylverfahren genommen werden können. Stattdessen könnte, wie in angelsächsischen Ländern, die Legaldefinition des „Prima facie“-

Flüchtlings eingeführt werden, der den Nachweis der Verfolgung nicht erbringen muss und trotzdem einen Schutzstatus erhält, der dem von anerkannten Flüchtlingen gleichgestellt ist. Dies würde die immer noch viel zu langen Verwaltungs- und Gerichtsverfahren drastisch verkürzen und das faktische Zweiklassenrecht von Asyl und Duldung abschaffen.

In Deutschland muss zusätzlich die Ausstattung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) weiter verbessert werden. Dies ist zur Verkürzung der Asylverfahren dringend notwendig, weil die bisher beschlossenen Mittelaufstockungen den zu erwartenden Herausforderungen nicht gerecht werden.

Ein zweiter nationaler Aufgabenbereich betrifft die Integration der Flüchtlinge. Der internationale Flüchtlingsschutz beruht auf dem Grundsatz, dass Flüchtlinge in ihre Heimatländer zurückkehren sollen, sobald ihnen dort keine Gefahr mehr droht. Dieser Grundsatz prägt auch die öffentliche und politische Wahrnehmung in Deutschland und hat dazu beigetragen, dass Integration in der deutschen Flüchtlingspolitik immer nur eine Nebenrolle gespielt hat. Erst in jüngster Zeit ist ein Umdenken zu erkennen. So ist der in Deutschland kürzlich erleichterte Arbeitsmarktzugang für Flüchtlinge ein wichtiger Schritt. Ergänzend hat das BAMF ein Pilotprojekt mit der Bundesagentur für Arbeit begonnen, um die beruflichen Fähigkeiten von Flüchtlingen mit einer Bleibeperspektive zu erfragen und die Vermittlung

Der erleichterte Zugang zum Arbeitsmarkt ist ein wichtiger Schritt

Asylbewerbungen in der EU 2014

Gebiet des Asylantrags (Anzahl der Bewerber insgesamt)		Meist vertretene Nationalitäten (Anzahl der Asylbewerber)	
EU-28	626.070	Syrien	122.790
		Afghanistan	41.305
		Kosovo	37.875
Deutschland	202.645	Syrien	41.100
		Serbien/Kosovo	27.145
		Eritrea	13.255
Schweden	81.180	Syrien	30.750
		Eritrea	11.530
		staatenlos	7.820
Italien	64.625	Nigeria	10.135
		Mali	9.790
		Gambia	8.575
Frankreich	62.730	DR Kongo	5.210
		Russland	4.050
		Bangladesch	3.775
Ungarn	42.770	Kosovo	21.455
		Afghanistan	8.795
		Syrien	6.855
Großbritannien	31.740	Pakistan	3.990
		Eritrea	3.280
		Iran	2.500
Österreich	28.035	Syrien	7.730
		Afghanistan	5.075
		Russland	1.995
Niederlande	25.210	Syrien	9.485
		Eritrea	3.985
		staatenlos	2.790
Belgien	22.715	Syrien	2.705
		Afghanistan	2.330
		Russland	1.850
Dänemark	14.675	Syrien	7.210
		Eritrea	2.275
		staatenlos	1.140

Quelle: Eurostat, Stand März 2015

von Sprachkenntnissen zu verbessern. Diese Ansätze muss man ausbauen, um das Bild von Flüchtlingen als reinen Versorgungsempfängern endlich ad acta zu legen.

Alle öffentlichen Akteure müssen zudem beachten, dass eine Unterbringung in isolierten Flüchtlingseinrichtungen ebenso schädlich ist wie eine Unterrichtung der Kinder außerhalb der Regelschule. Es gibt inzwischen gute Beispiele, dass auch andere Unterbringungsformen möglich sind und von der Gesellschaft akzeptiert werden, wenn dafür engagiert geworben wird. Angesichts der Komplexität und Dringlichkeit des Themas sollte die Bundesregierung einen nationalen Asylgipfel mit den relevanten öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren einberufen, um die Vernetzung der zahlreichen Initiativen zur Integration von Flüchtlingen zu stärken.

Entwicklungspolitik einsetzen

Die Entwicklungszusammenarbeit kann einen wichtigen Beitrag zu einem wirkungsvollen europäischen Flüchtlingsschutz leisten. Sie verfügt vor allem in drei Bereichen über wertvolle Ansätze und Instrumente: bei der Konfliktprevention, der Hilfe in akuten Flüchtlingskrisen sowie der Unterstützung von Rückkehr und Reintegration.

Der Prävention von Flüchtlingskrisen dienen alle Programme, die auf eine Stärkung der rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den Partnerländern zielen. Vor allem die Förderung von Rechtssicherheit, wirtschaftlicher Entwicklung und Beschäftigung können hierzu beitragen. Mit dem Zivilen Friedensdienst fördert Deutschland den Dialog

und die Aussöhnung in Ländern, die eine leid- und gewaltgeprägte Vergangenheit haben und in denen Spannungen bestehen. Die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen kann Fähigkeiten zur gewaltfreien Konfliktbewältigung verbessern und Streitpotenziale abbauen, bevor sie virulent werden und zu Gewalt und Flucht führen. Gerade die Aufnahmeländer von Flüchtlingen benötigen diese Unterstützung.

Die Hilfe in akuten Flüchtlingskrisen ist ein humanitäres Gebot. Die praktische Umsetzung fällt aber oft schwer, insbesondere in Kriegs- und Bürgerkriegssituationen, wenn der Zugang zu den Flüchtlingen erschwert ist. Gleichwohl

verfügen alle EU-Staaten über vergleichsweise große Etats, mit denen eine Grundversorgung

von Flüchtlingen mit Wasser, Lebensmitteln, Unterkünften und Gesundheitsleistungen organisiert und eine Erfassung und Registrierung der Flüchtlinge unterstützt werden kann. Gerade der letzte Punkt wird in der Praxis des Flüchtlingsschutzes immer wichtiger, denn ohne Registrierung erhalten die Flüchtlinge oft keinen hinreichenden Schutz. Ein dritter wichtiger Bereich ist die Rückkehr und Reintegration von Flüchtlingen. Es ist ein wichtiges Prinzip des internationalen Flüchtlingsschutzes, dass Flüchtlinge und Vertriebene in ihre Heimatgebiete zurückkehren sollen, wenn die Gewalt im Herkunftsland beendet ist und keine Verfolgung und Gefahr mehr drohen.

In der Praxis fehlen vielen Flüchtlingen aber die finanziellen und prak-

Mit dem Zivilen Friedensdienst fördert Berlin Dialog und Aussöhnung

tischen Möglichkeiten zur Rückkehr, und die Reintegration ist vor allem in ehemaligen Bürgerkriegsgebieten außerordentlich schwierig. Oft mangelt es an Wissen über die Lage in den Heimatgebieten sowie an Ressourcen

Weitere humanitäre Katastrophen müssen verhindert werden

für die Rückwanderung; und vor Ort ist die Wiederansiedlung unmöglich, weil die Infrastrukturen zerstört sind. Hier kann die Entwicklungszusammenarbeit durch praktische Hilfen bei der Rückwanderung, bei der Schaffung von Beschäftigungsperspektiven im Herkunftsland und beim Wiederaufbau der dazu notwendigen Strukturen helfen. Wenn der Flucht oder Vertreibung ethnische und religiöse Konflikte vorausgingen, müssen solche Struktur- und Wiederaufbauhilfen um friedensfördernde Maßnahmen ergänzt werden. Auch hier kann der Zivile Friedensdienst ansetzen und lokalen Organisationen dabei helfen, Flüchtlinge bei der beruflichen Wiedereingliederung oder bei der Vermittlung in Konflikten um Bodenrechte zu unterstützen.

Eine kohärente Flüchtlingspolitik

Zweifellos stellt die Flüchtlingsproblematik die EU-Staaten vor große und wachsende Herausforderungen. In der Öffentlichkeit wird oft die Forderung erhoben, die Fluchtursachen zu reduzieren. Die Handlungsmöglichkeiten Deutschlands, der Europäischen Union und der internationalen Gemeinschaft sind aber begrenzt. Zwangswanderungen aufgrund von

Kriegen, Bürgerkriegen, Gewalt und Verfolgung lassen sich letztlich oft nur verhindern, wenn der Konflikt durch außen- und sicherheitspolitische Intervention eingedämmt wird.

Die Erfahrung der vergangenen Jahrzehnte zeigt aber, dass die Bereitschaft vieler Industrieländer zu einem solchen Engagement gering ist. Gerade deshalb aber kommt der Konfliktprävention durch Unterstützung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung der Partnerländer eine so wichtige Rolle zu.

Bemühungen um eine kohärente europäische Flüchtlingspolitik sind daher dringend nötig. Die Handlungsspielräume sind noch nicht ausgeschöpft. Sie bestehen zum einen auf nationaler Ebene: Hier können und müssen die Mitgliedstaaten die Bedingungen für die Schutzgewährung, Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen weiter verbessern und angleichen. Zum anderen müssen auf europäischer Ebene weitere humanitäre Katastrophen an den Außengrenzen verhindert, die Drittstaaten mit großer Flüchtlingsaufnahme stärker unterstützt und eine faire europäische Verantwortungsteilung bei der Flüchtlingsaufnahme gefunden werden.



Dr. Steffen Angenendt arbeitet in der Forschungsgruppe Globale Fragen der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin.

„Nur im Unglück finden wir zusammen“

Weckruf zur rechten Zeit? Europas Krisenmanagement im Flüchtlingsdrama

Nachdem im Oktober 2013 über 300 Flüchtlinge vor Lampedusa ertranken, begann Italien die Rettungsaktion „Mare Nostrum“. In Brüssel blieb man weitgehend untätig – bis zur Flüchtlingskatastrophe vor der libyschen Küste im April 2015. Was muss die EU jetzt tun, was kann Italiens Rolle sein? Interview mit dem italienischen Politikwissenschaftler Paolo Magri.

Internationale Politik: *Herr Magri, warum sind Italiens Appelle an die Europäische Union, sich gemeinsam dem Flüchtlingsdrama zu stellen, so lange ungehört geblieben?*

Paolo Magri: Europa hatte andere Prioritäten – zuerst die Wirtschaftskrise, dann Russland – und es steht nicht in der Macht Italiens, alleine die Agenda von 28 Ländern zu bestimmen. Hinzu kommt, dass wir in den vergangenen Jahren vier Mal den Außenminister gewechselt haben. Großen Druck konnten wir also nicht ausüben.

IP: *Mittlerweile scheint man wieder an Einfluss gewonnen zu haben ...*

Magri: Und das ist in erster Linie den Regierungschefs der vergangenen Jahre zu verdanken. Mario Monti und Enrico Letta waren nicht nur gut vernetzt, sie verfügten auch über internationales Renommee. Und mit Matteo Renzi hat Italien heute einen Premier, der – anders als es in Spanien oder

Frankreich der Fall ist – von einer breiten Bevölkerungsmehrheit unterstützt wird. Gleichzeitig dürfen wir nicht vergessen, dass in den vergangenen Monaten viele Hunderte Menschen im Mittelmeer ertrunken sind. Erst ihr Tod hat in Brüssel das Bewusstsein dafür geweckt, dass das Mittelmeer eine natürliche Grenze nicht nur Italiens, sondern auch der Europäischen Union ist.

IP: *Auch das Hauptquartier der EUNAVFOR Med, der europäischen Einsatztruppe gegen die Menschenhändler, soll in Rom angesiedelt werden. Ein Indiz für die gewachsene Bedeutung Italiens?*

Magri: Ich glaube nicht, dass das der ausschlaggebende Punkt ist. Es geht nicht darum, sein eigenes Fähnchen auf Institutionen oder Maßnahmen zu stecken. Jedes EU-Mitgliedsland sollte zur Lösung dieses Flüchtlingsdramas und seiner Ursachen beitragen. Und jedes Land sollte seine spezifischen Erfahrungen, Kenntnisse

und Sensibilitäten einbringen. Wenn man dann irgendwann unbedingt ein Fähnchen hineinstecken möchte, dann müsste es das der EU sein. Viel wichtiger finde ich, dass sich Italien schon immer maßgeblich an der Ausarbeitung einer langfristigen europäischen Strategie beteiligt hat. Eine Initiative wie „Mare Nostrum“ zeigt, dass man nicht nur Probleme auf den Tisch legt, sondern sich an vorderster Front an ihrer Lösung beteiligt.

IP: *Tragen Maßnahmen wie Eunavfor Med und die diskutierte Quotenregelung wirklich dazu bei, die mit der Massenmigration zusammenhängenden Probleme zu lösen?*

Magri: Sie sind zumindest ein Anfang. Die Gründe, die dazu führen, dass ein Mensch sich entscheidet, aus seinem Land zu fliehen, sind nicht nur politischer Natur. Die Menschen fliehen vor Krieg, vor Verfolgung, vor Armut. Insofern muss die Wirkung der von der EU beschlossenen Maßnahmen begrenzt bleiben. Das gilt sowohl für die Quotenregelung als auch für eine Militäraktion, für die es ja auch noch ein UN-Mandat geben müsste. Jedenfalls ist aber positiv zu vermerken, dass man sich nicht mehr darauf beschränkt, à la Frontex im Mittelmeer zu patrouillieren, sondern sich mit den drei Kernfragen beschäftigt: Welche Politik ist gegenüber den Heimatländern der Flüchtlinge die richtige? Wie sollten wir uns gegenüber den Ländern verhalten, von denen aus die Flüchtlinge die Überfahrt starten, also in erster Linie Libyen? Und was machen wir mit den Flüchtlingsbooten, die in Seenot geraten, was mit den Menschen, die an unseren Küsten ankommen?

IP: *Antworten auf eine dieser Fragen hat man ja kürzlich bei einem Treffen der Entwicklungsminister in Brüssel gesucht. Dabei wurden auch Fördergelder in die Heimatländer der Flüchtlinge in Erwägung gezogen.*

Magri: Natürlich besteht immer die Hoffnung, dass sich die Lage in den



DR. PAOLO MAGRI ist Direktor des ISPI (Istituto per gli Studi di Politica Internazionale) in Mailand und Inhaber des Lehrstuhls für Internationale Organisationen an der Universität Pavia. Daneben ist Magri unter anderem Mitglied der Strategieguppe des italienischen Außenministeriums.

afrikanischen Ländern mit der Zeit verbessern wird, aber man sollte nicht glauben, dass das von heute auf morgen geschieht. Bis dahin wird der Flüchtlingsstrom andauern – und er dürfte sogar noch größer werden. Denn wie Statistiken belegen, steigt bei leicht wachsendem Wohlstand auch die Zahl der Emigranten: Die Menschen verfügen schlicht über mehr Geld, um die Auswanderung zu finanzieren.

IP: *Italiens Beziehungen zu Libyen sind seit jeher sehr eng und reichen bis in die Kolonialzeit zurück. Sollte Italien in der jetzigen Lage nicht in Führung gehen?*

Magri: Einmal abgesehen davon, dass die italienische Kolonial- und Besatzungszeit, in Libyen wie in anderen nordafrikanischen Ländern, wahrlich nicht zu den Ruhmesblättern unserer Geschichte gehört, stimmt es, dass wir über tiefe Kenntnisse des Landes und der internen Machtkämpfe verfügen. Das wird ja auch allgemein anerkannt. Dennoch erfordert die derzeitige Lage das Engagement aller. Denn in Libyen haben wir es gleich mit drei schwerwiegenden Problemen zu tun: Von der libyschen Küste aus versuchen die meisten Flüchtlinge, nach Europa zu gelangen. Das Land hat nach wie vor ein massives Terrorismusproblem. Und schließlich der Grundkonflikt: Im Augenblick gibt es nicht nur ein Libyen, sondern mehrere, und sie werden von zwei miteinander verfeindeten Regierungen beherrscht. Beide Regierungen verfügen über mehrere Milizen, die sie aber immer weniger im Griff haben. Erst wenn das Land stabile Institutionen hat, kann man auch die beiden anderen Probleme lösen.

IP: *Italiens Staatspräsident Sergio Mattarella hat sich kritisch zu einem militärischen Einsatz in Libyen geäußert, er plädiert weiter für eine politische Lösung.*

Magri: Eigentlich ist niemand von einem militärischen Eingreifen überzeugt, abgesehen von Ägypten. Denn selbst wenn es dem Oberbefehlshaber der libyschen Armee Khalifa Haftar gelingen sollte, die von den Milizen besetzten Gebiete wieder zurückzuerobern, könnte das in einem Land, das so stark von Stammesstrukturen beherrscht ist wie Libyen, in ein Blutbad

münden. Bleibt also nur die politische Lösung, und darum bemüht sich der UN-Sonderbeauftragte Bernardino León ja gerade. Weit sind wir jedoch noch nicht gekommen. Als wirksamstes Instrument würden sich wahrscheinlich Wirtschaftssanktionen erweisen, durch die die Gas- und Erdöllieferungen blockiert und somit die Einkünfte der beiden Lager erheblich geschmälert würden. Was wiederum den Druck auf beide Seiten erhöhen würde, endlich zu einem Abkommen zu gelangen.

IP: *Die EU wirkt im Moment wie eingekesselt und gelähmt. Da sind im Süden die Flüchtlingsmassen, die über das Mittelmeer nach Europa streben, und da ist im Osten der nach wie vor ungelöste Ukraine-Konflikt. Wäre es nicht sinnvoll, die europäische Außenpolitik in Kompetenzbereiche zu gliedern, je nach geografischer Lage?*

Magri: Auch wenn es in der Realität zu einer solchen Aufteilung kommen mag, so würde ich sie auf keinen Fall festschreiben. Nehmen wir das Beispiel Deutschland. Berlin bemüht sich an vorderster Stelle, zu einer friedlichen Lösung im Ukraine-Konflikt zu gelangen. Andererseits ist gerade Deutschland vom Strom der Asylbewerber aus dem Süden besonders stark betroffen. Das Land nimmt derzeit innerhalb Europas die meisten Flüchtlinge auf. Berlin hat sich auch deshalb hinter Italiens Quotenvorschlag gestellt, weil eine solche Verteilung in seinem Interesse wäre. Die aktuellen Krisen an zwei der wichtigsten EU-Grenzen betreffen alle 28 EU-Staaten, unabhängig davon, wie nah oder weit davon entfernt sie tatsächlich liegen.

IP: *Wenn aber die EU-Staaten sich selten einig sind und Europa sich gleichzeitig auf dem internationalen Parkett nur Gehör verschaffen kann, wenn es mit einer Stimme spricht: Wäre es dann nicht an der Zeit, die politische Union voranzutreiben? Notfalls am Anfang als Verbund weniger Staaten?*

Magri: Sicherlich wäre damit geholfen – doch wenn sich nicht einmal Länder wie Italien, Deutschland, Frankreich oder Spanien, die ja zum harten Kern der EU gehören, über ein zentrales Thema wie die Quotenregelung einigen können, dann fällt es mir schwer, da sonderlich optimistisch zu sein. Leider findet Europa oft erst dann zusammen, wenn es vor einer Tragödie steht. Die Sanktionen gegen Russland hätte es ohne den Absturz der Malaysia Airlines-Maschine über der Ostukraine im vorigen Sommer nicht gegeben. Das war der „Turning Point“, obwohl es bis heute keine Gewissheit darüber gibt, dass die Maschine durch russische Geschütze abgeschossen wurde. Aber sobald der Notstand überwunden ist, beginnt in der Regel wieder der nervtötende Prozess des Ankündigens und Auseinanderpflückens der getroffenen Vereinbarungen.

IP: *Sie haben vorhin von Sensibilität gesprochen. Doch gerade auf die Sensibilität ihrer Wählerschaft berufen sich die EU-Länder, wenn sie eine Quotenregelung ablehnen ...*

Magri: Die „große“ Politik sollte sich nicht vom „Bauchgefühl“ leiten lassen, sondern strategisch und weitsichtig agieren. Denn wenn nur die öffent-

liche Meinung die Richtlinie vorgibt, dann steht man früher oder später vor noch größeren Problemen. Nehmen wir ein Beispiel: Nach dem Fall der Mauer hat die EU die osteuropäischen Staaten mit Geld geradezu überflutet, auch wenn die öffentliche Meinung darüber alles andere als begeistert war. Man wusste, dass politische Stabilität in diesen Ländern nicht von heute auf morgen zu erlangen war, aber es überwog die Überzeugung, dass es den Menschen zumindest im Alltag rasch etwas besser gehen müsste, um den Demokratisierungsprozess nicht zu gefährden. Im Fall des Arabischen Frühlings, der ebenfalls nicht nur eine politische Revolution war, sondern gleichzeitig eine wirtschaftliche, haben wir das versäumt. Warum? Weil es etwa für uns Italiener schwer zu vermitteln gewesen wäre, warum wir Millionen Euro in die nordafrikanischen Staaten stecken, während zu Hause die Renten und die Dienstleistungen gekürzt werden.

IP: *Was wäre denn zu erwarten, wenn die Asylbewerber per Quotenregelung unter den 28 Mitgliedstaaten verteilt würden?*

Magri: Es würde praktisch nicht wahrgenommen werden, und damit wäre es auch politisch vertretbar. Anders ist es, wenn sich 50 Prozent der Asylbewerber auf vier Staaten – in Europa – und vier Regionen – in Italien – konzentrieren. Das kommt dann einer Invasion gleich. Und das stößt auf Ablehnung.

Das Gespräch führte Andrea Affaticati

Papst Franziskus

Otto Kallscheuer | Seit mehr als 50 Jahren hat kein Papst so radikale Veränderungen angestoßen wie der Argentinier Jorge Bergoglio. Wird jetzt alles anders im Vatikan? Manches gewiss. Doch gerade da, wo viele Beobachter Neues von Franziskus erwarten, wird der Papst die Erwartungen enttäuschen müssen. Und das hat viel mit seiner Wende zum globalen Süden zu tun.

Mit Papst Franziskus erlebt die katholische Kirche endlich ihre Revolution

Gemach. Natürlich, der Erzbischof von Buenos Aires brachte nicht nur eine offene und direkte Ansprache mit nach Rom, er zeigte sich auch von Beginn seines Pontifikats an weit empfänglicher für die Nöte des Volkes als so mancher seiner Vorgänger. Ähnlich wie einst Johannes XXIII. will der neue Papst ein Hirte sein, an dem der Geruch seiner Schafe haftet – ganz anders als Professor Ratzinger, ganz anders aber auch als „Superpapst“ Johannes Paul II. Mit „Franziskus“ wählte er den Namen des italienischen Nationalheiligen und des Schutzpatrons der Armen. Er fährt Gebrauchtwagen und wohnt nicht in den fürstlichen Papstgemächern, sondern im Gästehaus Santa Marta. Dort begeht er mit Mitarbeitern und wechselnden Gästen die Morgenmesse: Mal sind es Obdachlose, mal Bischofskollegen aus Europa oder Übersee, mal evangelikale protestantische Prediger aus charismatischen und Pfingstkirchen.

Die erste Reise des neuen Papstes führte ihn auf die Insel Lampedusa vor der Küste Nordafrikas – an jenen Ort, an dem die christliche Barmherzigkeit immer wieder strandet und das europäische Gewissen täglich Schiffbruch erleidet. Inmitten der Flüchtlinge feierte er auf einem aus zerschellten Booten gezimmerten Altar die Heilige Messe und bat um Verzeihung für die Trägheit der Herzen unter uns Bewohnern der Festung Europa, vor deren Pforten die Flüchtlinge aus Afrika oder Asien zu Hunderten ertrinken.

„Wer seine 80-jährige Mutter nur einmal im Jahr im Altersheim besucht“, sagt Papst Franziskus, „der begeht eine Todsünde.“ Oder: „Wer bin ich, dass ich über homosexuell Veranlagte den Stab brechen dürfte?“

Bild nur in Printausgabe verfügbar

All das ist gewiss ein radikaler Wechsel in der Amtsführung, im Stil der Ausübung der päpstlichen Autorität. Aber eine Revolution? Wer will, mag von einer „Revolution der Zärtlichkeit und der Liebe“ sprechen, wie Kardinal Walter Kasper. Ob es am Ende tatsächlich einen Regimewechsel geben wird, ist keineswegs ausgemacht. Die von Franziskus eingesetzte internationale Kardinalskommission zur Verfassungsreform der Weltkirche, genannt „C 9“, hat bislang einige Male getagt; vorgelegt hat sie noch nichts.

Revolution oder nicht, die Wende war überfällig

Das kann man wohl sagen. Gut, dass ein Lateinamerikaner auf dem Stuhle Petri sitzt. Endlich gibt die Alte Welt ihr Kommando in der Weltgemeinschaft der Katholiken ab – wenigstens symbolisch.

Denn obwohl Europa heute nur noch die Heimat von knapp einem Viertel der Katholiken weltweit ist, hat der alte Kontinent bislang noch stets die Bischöfe von Rom gestellt. Seit dem 11. Jahrhundert konzentrierten die Päpste immer mehr herrschaftliche und lehramtliche Kompetenzen der Gesamtkirche auf sich. Nach dem Verlust der weltlichen Macht nach außen beschränkte man sich ab dem 19. Jahrhundert darauf, innerhalb der Kirche ein zentralistisches Regime zu errichten, in dem bis zur Wahl des Polen Karol Wojtyła im Jahre 1978 die Italiener den Ton angaben.

So lange Europa die Mehrheit der katholischen Christen stellte, mochte das noch angehen. Im 21. Jahrhundert dagegen bilden die Europäer nur noch eine beständig schrumpfende Minderheit der Katholiken in aller Welt. Europa ist die

Ausnahme, nicht die Zukunft der Christenheit. Bis zum Jahre 2050 wird die Anzahl der Christen auf weltweit fast drei Milliarden Seelen gewachsen sein. Das ist ein knappes Drittel der dann wohl mehr als neun Milliarden Menschen – fast ebenso viele Menschen werden dann voraussichtlich Muslime sein.

Das Christentum wächst auf allen Kontinenten – nur in seiner ehemaligen Hochburg Europa geht der Glaube zurück, schwindet die kulturelle Strahlkraft der kirchlichen Tradition. Um die Mitte des Jahrhunderts wird sich das – absolute wie relative – Schwergewicht der drei Milliarden Seelen zählenden Christenheit auf das subsaharische Afrika verschoben haben. Nach Hochrechnungen des amerikanischen Pew-Research-Centers wird sich in den kommenden vier Jahrzehnten die Zahl der Christen Afrikas auf über eine Milliarde Menschen verdoppeln.

Um in einer veränderten Welt zu bestehen, muss sich die katholische Corporate Identity bewähren – oder verändern. Denn die Konkurrenz schläft nicht: Bereits jetzt wird die Wachstumsrate der katholischen Christenheit durch die der neuprotestantischen Pfingstkirchen und der evangelikalischen Bewegungen einerseits und durch die des Islam andererseits übertroffen.

Das gescheiterte Pontifikat Benedikts XVI. hätte man sich sparen können

Hinterher ist man immer schlauer. Jorge Bergoglio hatte schon auf dem letzten Konklave 2005 als möglicher Papst gegolten. Doch erst das offenkundige und – immerhin! – mit seinem mutigen Rücktritt selbst eingestandene politische Scheitern Papst Benedikts XVI., dem allseits geachteten Hüter der Tradition, schuf im Kardinalskollegium die vorsichtige Bereitschaft, einen neuen Anfang zu wagen: die gewandelte globale Identität der katholischen Kirche endlich auch in der Papstwahl zum Ausdruck zu bringen.

Man darf auch nicht vergessen, dass die Kirche nach Wojtylas langem und atemlosem Pontifikat schlichtweg erschöpft war. Papst Johannes Paul II. hatte seine weltweite Kampagne der Evangelisierung weitgehend am vatikanischen Apparat vorbei inszeniert. Der messianische Pole verstand die Kirche als Bewegung, als „ecclesia militans“ im Entscheidungskampf gegen die Mächte des Antichristen: zunächst des kommunistischen, kollektivistischen Atheismus, dann des individualistischen, kapitalistischen Hedonismus.

Dass die Kardinäle anschließend nach Rückversicherung in der Vergangenheit suchten, ist das verwunderlich? Zumal die Kurie weit davon entfernt war, ihre alten Machtpositionen einfach räumen zu wollen. Für ein Pontifikat der Konsolidierung erschien Ratzinger, der erfahrene Chef der Glaubenskongregation, die ideale Wahl. Als Papst scheiterte er jedoch auf der ganzen Linie.

Sein Kirchenbild, biografisch verwurzelt in der tröstlichen Heimat der katholischen Liturgie des Abendlands, bezog sich vorrangig auf das kirchliche Lehramt als „depositum fidei“ – auf den durch die Säkularisierung der westli-

chen Moderne bedrohten Schatz des Glaubens. Nicht in einer Konkurrenz zwischen Glauben und Vernunft lag für Papst Benedikt XVI. der Schlüssel zur Verkündigung der frohen Botschaft, sondern in ihrer Konkordanz – im Dialog mit Andersgläubigen, Ungläubigen oder Verächtern der Religion. Die katholische Kirche war glücklich im freiheitlichen Westen angekommen; nun galt es, Schnittmengen ihrer Übereinstimmung mit den anderen Religionen, vor allem aber den religiös desinteressierten gewordenen Gesellschaften Westeuropas auszuloten und die „unverhandelbaren“ Punkte dabei festzuschreiben.

Aber wie erfolgversprechend dieser kulturell eher traditionsbewusste und theologisch eher vernunftgläubige Kurs Ratzingers auch immer war – jedwede durchgreifende Initiative scheiterte bereits im Vorzimmer der Implementierung. Das mag damit zu tun haben, dass es Ratzinger an jederlei Sinn für die „Zeichen der Zeit“ mangelte. Das mag aber auch damit zu tun haben, dass seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil (1962–1965) eine Reform des römischen Regierungsapparats und des Kommunikationsstils ausgeblieben waren.

So verhinderten die italienischen Fraktionen innerhalb der römischen Kurie auch die besten der gutgemeinten Initiativen Ratzingers. Er vermochte es nicht einmal mehr, beim Missbrauchsskandal des pädophilen Klerus so hart durchzugreifen, wie er es zweifellos vorhatte. Ohne jegliches Fingerspitzengefühl ließ er sich auf endlose Verhandlungen mit reaktionären und teilweise antisemitischen katholischen Traditionalisten ein. Und es machte die Dinge nicht einfacher, dass sich Ratzingers „Regierungschef“ Kardinal Tarcisio Bertone als völliger Versager erwies. Neue Akzente Benedikts hin zu einer theologisch inspirierten Ökologie oder seine Überlegungen zu den Grenzen einer ethisch „blinden“ Demokratie versandeten oder wurden von einer unprofessionellen Öffentlichkeitsarbeit zunichte gemacht.

Franziskus' kirchliche Perestroika dient allein der Selbsterhaltung des römischen Systems

Nein – oder nur, wenn er damit scheitern sollte. Revolutionen sind häufig Notbremsen der Geschichte, aber nicht jede Notbremse ist auch eine Revolution. Im Kirchenlatein wäre ohnehin „reformatio“ das bessere Wort, im Sinne der „ecclesia semper reformanda“: einer sich beständig selbst überprüfenden und korrigierenden Kirche. Ohne eine Strukturreform des Vatikans, ohne eine Neudefinition des Verhältnisses zwischen päpstlicher Richtlinienkompetenz und kirchlicher Hierarchie einerseits sowie der sozialen, kulturellen und politischen Umwelt einer sich weltweit verlagernden Christenheit andererseits wird auch Franziskus' „Revolution der Zärtlichkeit“ im römischen Apparat versickern.

Bergoglios eigene Terminologie ist noch präziser: Er spricht in seinem apostolischen Schreiben „Evangelii Gaudium“ wiederholt von der „conversio“ (Umkehr, Bekehrung) der Kirche und sogar des Papstamts, was leider in der deutschen Übersetzung zur „Neuausrichtung“ verballhornt wurde. Die indivi-

duelle „conversio“, Bekehrung des Einzelnen, gründet in der „metanoia“, wie der Schlachtruf des Apostels Paulus lautete, einer Umkehr der Herzen. Die „conversio“ von Kirche und Papstamt hingegen verlangt nach einer Restrukturierung der gesamten kirchlichen Binnenkommunikation und „governance“. Es geht darum, jenen „synodalen Prozess“ zwischen örtlichen Bischofskirchen und Weltkirche in Gang zu setzen, wie ihn schon das Zweite Vatikanische Konzil – bislang folgenlos – gefordert hatte.

Während unter Johannes Paul II. und Benedikt XVI. die Bischofssynoden ohne Entscheidungskompetenz blieben, will Franziskus die horizontale Kommunikation stärken. Einen Neuanfang hat er mit einer zweistufigen Synode zu den „Herausforderungen der Familie“ eingeleitet. Diese außerordentliche Bischofssynode, der ein außerordentliches Kardinalskonsistorium zum selben Thema und eine weltweite Umfrage unter den nationalen Bischofskonferenzen vorausgingen, fand im Herbst 2014 statt; die ordentliche Synode wird Ende 2015 folgen.

Solange die institutionellen Reformen der römischen Weltkirche hinter verschlossenen Türen der „C-9“-Gruppe verhandelt werden, bleibt die Personalpolitik der wichtigste Prüfstein, ob es Franziskus wirklich ernst ist mit seiner „conversio“ der katholischen Weltkirche. Die Richtung von Reform und Erneuerung hat er mit den Kardinalsernennungen im Februar 2015 deutlich vorgegeben: Nur noch drei der 15 neuen Kardinäle entstammen dem alten römischen Apparat – die Mehrheit der neuen Mitglieder des Senats der Weltkirche kommt aus der so genannten „Peripherie“: aus Äthiopien, Vietnam, Mexiko, Myanmar, Thailand, Uruguay, Panama, den Kapverdischen Inseln und dem pazifischen Archipel von Tonga.

Und schließlich scheint Franziskus gewillt, das alte Erbhofprinzip aufzugeben, wonach die Inhaber der großen und mächtigen Bischofssitze wie Turin oder Venedig automatisch mit dem Kardinalspurpur ausgestattet werden. Kein Wunder, dass eine immer größer werdende Minderheit der alten Garde beginnt, sich vor Franziskus' Courage zu ängstigen.

Also wird nun alles anders?

Manches gewiss. Doch gerade da, wo viele Neuerungen von Franziskus erwarten, wird der Papst die Erwartungen enttäuschen müssen. Und das hat viel mit seiner Wende zum globalen Süden zu tun. Auch unter Franziskus werden Frauen keine Priesterämter bekleiden dürfen, wird es keine Schwulenehe als Sakrament geben und keine kirchliche Legitimation für Miet- oder Leihmutterchaften auf dem globalisierten genetischen Weltmarkt. Denn es sind gerade die neuen, jungen Kirchen der früheren „Dritten Welt“, welche „liberale“ Gender-Theologien oder eine Ablösung der biologischen Vater- und Mutterchaft durch neue und beliebig wandelbare symbolische Identitäten radikal ablehnen.

Neben Lateinamerika bildet für Franziskus die Christenheit Asiens den wichtigsten Bezugspunkt für die Zukunft der Kirche. In der Volksrepublik China etwa leben heute fast 70 Millionen Christen und damit mehr, als die Kommunistische Partei Mitglieder hat! Die Globalisierung erfordert eine neue, vieltalig, nicht allein auf Rom konzentrierte Ökumene. Für Franziskus wurzelt sie vor allem in der persönlichen Begegnung – auch mit Pastoren und Evangelisten der weltweit wachsenden Pfingstgemeinden sowie der charismatischen und evangelikalischen Kirchen. Gleichzeitig wird er versuchen, die horizontale Methode eines synodalen Prozesses auch auf das Verhältnis zu den alten Patriarchaten der Kirchen des Ostens und den Erben der byzantinischen Orthodoxie am Bosphorus, in Griechenland, Palästina oder auf dem Balkan auszuweiten.

„Die Leidensgeschichte Eures (des armenischen) Volkes setzt in gewisser Weise die Passion Jesu fort, aber in ihr ruht auch der Keim seiner Auferstehung“, sagte Franziskus Anfang April im Gespräch mit dem armenisch-katholischen Patriarchen Nersos Bedros XIX. Tarmouni, als er des Völkermords an den Armeniern gedachte. Und dem syrischen Volk rief er im September 2013 auf dem Petersplatz zu: „Wie viel Leid, wie viel Zerstörung, wie viel Not hat der Einsatz von Waffen in diesem gemarterten Land mit sich gebracht! Besonders unter Zivilisten und Unbewaffneten! Ich denke an die vielen Kinder, die das Licht der Zukunft nicht erblicken werden!“

Doch was folgt daraus? Papst Benedikt XV. hatte vor 100 Jahren vergeblich versucht, mit einer persönlichen Botschaft an Sultan Mehmet V. auf ein Ende des Genozids an der armenischen Christenheit einzuwirken; auch seine Mahnungen kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs blieben ungehört. Johannes Paul II. mobilisierte die europäischen und amerikanischen Friedensbewegungen gegen die westliche Intervention im Irak – aber er forderte den Westen auch dazu auf, der serbischen ethnischen „Säuberung“ an bosniakischen Muslimen Einhalt zu gebieten. Wenn nötig, mit Gewalt!

Später nahm dann Papst Benedikt XVI. Bezug auf die neue UN-Doktrin der Schutzverantwortung. Heute knüpft Bergoglios „Außenminister“ Parolin – vorsichtig – an diesen Diskurs an. Der Papst sieht in einer Legitimation durch die Vereinten Nationen die notwendige Bedingung für jegliche bewaffnete Intervention. Wäre also heute ein Einsatz der Waffen, Drohnen, Panzer gegen den terroristischen Totalitarismus des „Islamischen Staates“ im Irak, in Syrien oder Afrika ein „gerechter“, zu rechtfertigender Krieg?

Eine Strategie für echte Fortschritte im Dialog zwischen den drei „abrahamitischen“ Religionen schließlich hat Franziskus bislang nicht vorzuweisen. Sein Weg bleibt geprägt von persönlichen Freundschaften: Die Umarmung mit dem argentinischen Rabbiner Skorka und dem Leiter des islamischen Zentrums von Buenos Aires Omar Aboud war ein wichtiges Symbol. Nicht weniger, aber auch nicht mehr.



Prof. Otto Kallscheuer, Philosoph und Politikwissenschaftler, ist Senior Fellow am Centre for Global Cooperation Research der Universität Duisburg-Essen. Im Herbst erscheint „Der Papst in dieser Zeit“.

Können wir die Wahrheit vertragen?

Mehr Ehrlichkeit bei der Geheimdienstpolitik täte Berlin und Washington gut

Jackson Janes | **Erst mit den Enthüllungen von Edward Snowden begann die Debatte um Sicherheit auf der einen und den Schutz der Privatsphäre auf der anderen Seite. Seitdem gilt im Grunde Jack Nicholsons Wort aus dem Film „Eine Frage der Ehre“: „Sie können doch die Wahrheit gar nicht vertragen!“ Vor allem in Deutschland handeln viele Politiker opportunistisch.**

Wieder einmal haben es die drei Buchstaben in die deutschen Schlagzeilen geschafft: „NSA“. Aber in den Debatten um die Sicherung der Privatsphäre auf der einen und die Sicherheit eines Staates und seiner Bürger auf der anderen Seite dominieren Polemik und Populismus; eine ehrliche Auseinandersetzung über das, was auf dem Spiel steht, bleibt dagegen aus.

Tatsache ist jedenfalls, dass in der heutigen digitalen Welt weder Deutsche noch Amerikaner eine angemessene Balance zwischen diesen beiden Polen gefunden haben. Und dass Politiker in beiden Ländern nicht auf dem neuesten Stand sind. Tatsache ist auch, dass wir nicht wissen, wie sich eine effektive Aufsicht über die Geheimdienste organisieren lässt, die den Schutz der nationalen Sicherheit und der bürgerlichen Freiheitsrechte gleichermaßen gewährleistet. Die digitale Welt ist eben doch „Neuland“, wie Bundeskanzlerin Angela Merkel einst bemerkte – und in diesem Neuland

hat Deutschland noch weniger Territorium vermessen als die USA. Am ernüchterndsten aber ist die Tatsache, dass weder die deutsche noch die amerikanische Öffentlichkeit sich mit diesem Thema auseinandergesetzt hatte – bis dies durch die Enthüllungen Edward Snowdens unvermeidlich wurde. Jetzt wollen wir vielleicht die Wahrheit wissen, finden sie aber schwer zu ertragen.

In den USA konzentriert sich die aktuelle Debatte im Kongress auf die Grenzen, die innerstaatlichen Geheimdienstoperationen gesetzt werden. Die Kritik an der bisherigen Ausgestaltung des Patriot Acts zielt auf die maßlose Sammlung von Metadaten, die bei vielen Amerikanern Furcht vor einem Missbrauch dieser Daten schürt. Früher mag man nach der Nadel im Heuhaufen gesucht haben. Heute werden sämtliche Heuhaufen komplett erfasst, um zu schauen, ob und was man in ihnen finden kann.

Je tiefer man schürft, desto mehr Fragen nach den Kontrollmöglichkeiten für die Geheimdienste stellen sich. Obgleich es verschiedene Ebenen institutionalisierter Aufsicht über Überwachungspraktiken und Geheimdienstoperationen gibt, hat die Enthüllung von Programmen wie Stellar Wind, PRISM und XKeyscore Bürger und Politiker gleichermaßen überrascht. Sie fragen sich deshalb völlig zu Recht, wie verlässlich und vertrauenswürdig die Kontrollmechanismen für derartige Programme sind. Dass die Dienste versucht haben, solche Programme mit dem Argument des „Schutzes nationaler Sicherheit“ zu rechtfertigen, hat, anders als unmittelbar nach dem 11. September, weder Abgeordnete noch Bürger sonderlich überzeugt. In der Debatte um die Kontrolle der Geheimdienste – die ihren Aufsichtsbehörden offensichtlich entwachsen sind – wird dabei das Bedürfnis nach nationaler Sicherheit nicht grundsätzlich infrage gestellt. Wohl aber hegt man ernsthafte Zweifel, ob Washington wirklich über die Fähigkeit zur Kontrolle verfügt.

Wahrheit statt Empörung

Nach den Snowden-Veröffentlichungen hat die Regierung versucht, erst alles abzustreiten, die Enthüllungen und den Enthüller zu dämonisieren, um den Fall später herunterzuspielen. Doch es waren weniger die für die Kontrolle der Dienste zuständigen Personen oder Institutionen, die besonders lautstark auf die Enthüllungen reagierten. Sie sahen sich ja erst durch die öffentliche Empörung zu einer Reaktion gezwungen. Und man ringt noch immer um die Deutungs-
hoheit und um Lösungen.

In Deutschland deckten die Snowden-Dateien die gleichen politischen Praktiken auf, die auch die Amerikaner verärgerten. Die Deutschen empörten sich darüber, dass sie im eigenen Land von den amerikanischen Diensten überwacht wurden, die damit nicht nur die Privatsphäre, sondern auch die deutsche Souveränität verletzen. Das angebliche Abhören des Telefons von Bundeskanzlerin Merkel durch die NSA wirkte als Katalysator für die Bedenken und Ängste der Öffentlichkeit.

Merkels abgehörtes Handy diente als Katalysator von Ängsten

Doch nach und nach begann man auch, sich mit den eigenen Geheimdiensten zu beschäftigen. Hauptfrage war, inwiefern diese selbst an Überwachungsmaßnahmen beteiligt sind und dabei auch mit den amerikanischen Diensten kooperieren.

Die oberste Aufgabe der National Security Agency (NSA) und des deutschen Bundesnachrichtendienstes (BND) ist der Schutz der nationalen Sicherheit ihres Staates. Dennoch muss man feststellen, dass es in der deutschen Öffentlichkeit – geschweige denn im Bundestag – bisher kaum eine Debatte über diese Dimension deutscher Außenpolitik gegeben hat.

Die Deutschen sagen jetzt: Wir wollen die Wahrheit wissen. Aber können sie besser mit der Wahrheit umgehen als ihre amerikanischen Gegenüber?

Die Wahrheit ist,

- dass die deutschen Geheimdienste selbst außerhalb Deutschlands spionieren und dabei womöglich an Verletzungen der Souveränität anderer Staaten beteiligt sind.

- dass die deutschen Dienste mit ihren ausländischen Partnern, unter anderen mit der NSA, kooperieren. Schon lange werden Geheimdienstinformationen innerhalb Europas und über den Atlantik ausgetauscht – und es gibt Beweise, dass diese Kooperation zur Gefahrenabwehr beigetragen hat.
- dass die US-Geheimdienste enorme technologische Fähigkeiten besitzen, deren Reichweite deutlich über jene der deutschen Dienste hinausgeht. Geheime Informationen in begrenztem Rahmen auszutauschen, kommt den Sicherheitsinteressen aller Partner zugute, auch Deutschland.
- dass die Überwachung aller relevanten Staaten und Organisationen zu den Sicherheitsinteressen der USA zählt. Obwohl die Vereinigten Staaten Kooperationskanäle zu anderen Geheimdiensten aufgebaut haben, ersetzen diese nicht das gegenseitige „Monitoring“. Dieses liegt im Interesse aller Staaten, aber nicht alle besitzen die dafür notwendigen Fähigkeiten.
- dass auch Deutschland im Rahmen dieses Monitorings Spionage in den USA und in anderen für seine Interessen wichtigen Staaten betreibt. Nichts an dieser Praxis ist fundamental falsch – und jeder in der Welt der Geheimdienste weiß das.

Letztlich gehört auch zur Wahrheit, dass die deutschen und amerikanischen Geheimdienste mit ihrem Vorgehen außenpolitische Ziele widerspiegeln. Die US-Geheimdienste sammeln weltweit Informationen, um den nationalen Interessen und der Politik zu dienen. Das Gleiche gilt für die

deutschen Dienste. Es bleibt aber festzuhalten, dass es weder zu den deutschen noch zu den amerikanischen Interessen gehört, die gegenseitige enge Partnerschaft zu untergraben.

Unbeholfener Umgang

Es steht außer Frage, dass das Vertrauen zwischen den Verbündeten in den vergangenen Jahren Schaden genommen hat und das Ansehen der amerikanischen Diplomatie durch die Snowden-Enthüllungen beschädigt wurde. Zu großen Teilen liegt das allerdings am unbeholfenen und oftmals arroganten Umgang der USA mit der Affäre.

Viele deutsche Politiker reagierten auf die Snowden-Enthüllungen der deutschen Öffentlichkeit gegenüber opportunistisch. Man wird es kaum aufrichtig nennen können, wenn man Empörung über etwas anstachelt, das seit Jahrzehnten passiert; und es ist opportunistisch, wenn man alles auf die NSA schiebt und dabei die Aktivitäten der europäischen – geschweige denn deutschen – Partner unter den Teppich kehrt. Der Ton der deutschen Debatte suggeriert, dass Geheimdiensttätigkeiten nicht nur rechtlich, sondern auch moralisch verwerflich seien. Das ist im besten Fall naiv und im schlimmsten Fall scheinheilig.

Die Wahrheit ist, dass Geheimdienstregularien und die Politiker, die diese entwerfen, nicht Schritt halten konnten mit den technologischen Sprüngen der vergangenen dreieinhalb Jahrzehnte. Unsere Kontrollinstrumente kommen kaum gegen die riesigen Überwachungsmöglichkeiten des digitalen Zeitalters an. Dass es diese Mängel gibt, bedeutet nicht, dass

Bild nur in Printausgabe verfügbar

wir geheimdienstliche Tätigkeiten aufgeben sollten. Es bedeutet, dass wir herausfinden müssen, wie wir sie effektiv kontrollieren können.

Es wird immer wieder betont, dass der deutsche Blick auf die Problematik geprägt ist von den Erfahrungen mit zwei Diktaturen im 20. Jahrhundert. Wir wissen auch, dass der Schock des 11. September in den USA zu massiven Anstrengungen geführt hat, solche Terroranschläge in Zukunft zu verhindern. Deutsche reagieren allergisch auf die ganze Geheimdienstdebatte; die Diskussion in den Staaten ist wiederum von der Angst vor Sicherheitsbedrohungen (und möglichen Eingriffen in die Privatsphäre) geprägt.

Dennoch ist das Sammeln und Teilen von Geheimdienstinformationen seit nunmehr 70 Jahren ein vertraulicher Teil der deutsch-amerikanischen Beziehungen. Unsere Beziehungen haben sich fortlaufend weiterentwickelt – allerdings nicht ohne gelegent-

liche Reibungen und scharfe Kanten, wie wir sie derzeit erleben.

In der deutschen Öffentlichkeit hat die Snowden-Affäre ein Gefühl der Enttäuschung gegenüber den USA als Führungsmacht und Partner ausgelöst. Während der vergangenen 14 Jahre stand Deutschland in Afghanistan an der Seite der Amerikaner und kooperierte auch in vielen anderen Bereichen mit den USA. Die Vorstellung, dass die Amerikaner die Deutschen in dieser ganzen Zeit ausgespioniert haben, war beunruhigend. Als die Deutschen dann auch noch herausfinden mussten, dass ihre eigenen Geheimdienste mit den Amerikanern zusammenarbeiten, war die Verwirrung perfekt.

Dazu kommt ein latenter Antagonismus gegenüber den USA, von deren militärischer Macht man seit Langem abhängig ist. Zweifel an den Motiven verwandeln sich schnell in Ressentiments. In dieser Atmosphäre entstehen Unterstellungen über In-

dustriespionage und imperiales Verhalten – ganz so, als sei Deutschland noch immer ein besetztes Land.

In diesen Auseinandersetzungen ist der Kern der jahrzehntelangen deutsch-amerikanischen Partnerschaft just in dem Jahr aus dem Blick geraten, in dem beide Länder das 25. Jubiläum der deutschen Wiedervereinigung feiern können. Die Gesamtheit der neueren deutsch-amerikanischen Beziehungen war schon immer größer als die Summe ihrer Teile. Doch die NSA-Debatte droht dies zu überschatten.

In den 40 Jahren deutscher Teilung stand geheimdienstliche Tätigkeit nie infrage. An ihrer Notwendigkeit hat sich in der heutigen Welt nichts geändert. Doch der Wille, diese Realität anzuerkennen, ist im vereinigten Deutschland – wo die Regierung nicht zu einer offenen und ehrlichen Diskussion bereit ist – geringer geworden. Die Deutschen begannen, das Vertrauen in ihre Regierung und die Geheimdienste in Zweifel zu ziehen.

Vertrauen wiederherstellen

In Deutschland und den Vereinigten Staaten sollten die Regierungen ehrlicher mit den Wahrheiten über die Hintergründe ihrer Geheimdienstpolitik umgehen als bisher. Das Vertrauen der Deutschen und Amerikaner in die Fähigkeit ihrer Regierungen, Verantwortung für ihre Überwachungstätigkeiten zu übernehmen und die Geheimdienste wirksam zu kontrollieren, muss wiederhergestellt werden.

US-Präsident Barack Obama formulierte dies im Juli 2014 in einer Rede folgendermaßen: „Angesichts der besonderen Macht des Staates reicht es nicht aus, wenn führende Politiker sagen: ‚Vertraut uns, wir werden die von uns gesammelten Daten nicht missbrauchen.‘ Die Geschichte kennt zu viele Beispiele, in denen Vertrauen ausgenutzt wurde. [...] Unsere Freiheit kann nicht von den guten Absichten der Mächtigen abhängen. Es obliegt dem Gesetz, die Mächtigen zu beschränken.“

In eine ähnliche Richtung müssen Versuche gehen, grenzüberschreitendes Vertrauen wieder zu stärken. Warum sollten Bundestagsabgeordnete und Kongressmitglieder nicht gemeinsam sowohl ihre Bedenken als auch „Best Practices“ in der Abwägung zwischen dem Schutz der Privatsphäre und nationaler Sicherheit miteinander diskutieren? Und Gesetze, die unsere Geheimdienste wirksam kontrollieren?

Deutsche und Amerikaner haben mehr gemeinsam, als wir denken. Doch wie oft versuchen wir, diese Gemeinsamkeiten zu benennen und davon zu profitieren? Ein solcher Austausch wäre wohl ein guter Beginn, um uns gegenseitig beim Umgang mit der Wahrheit zu helfen – so wir sie denn vertragen können.



Jackson Janes
ist Präsident des
American Institute for
Contemporary German
Studies an der Johns
Hopkins University in
Washington, D.C.

Mehr Ehrlichkeit bei den Wahrheiten der Geheimdienstpolitik ist gefragt

Wackliges Wachstum

Ohne entschlossene Hilfe aus Brüssel kommt Kiew nicht aus der Krise

Anders Åslund | **Krieg im Osten, finanzielle Kernschmelze, korrupte Richter: Obwohl im Zuge der Reformen deutlich mehr erreicht wurde, als man im Westen glaubt, bleibt die wirtschaftliche Situation in der Ukraine dramatisch. Europa muss vor allem finanziell weit mehr tun, um Kiew auf Reformkurs zu halten. Denn der Widerstand im Land wächst.**

Überall in Kiew wird derzeit diskutiert und wie nach Revolutionen üblich über die Frage, was falsch gelaufen ist und was denn jetzt zu tun sei. Die Reformen kommen zwar voran, aber das geschieht, wie auch Regierungsvertreter einräumen, zu langsam. Aus Unternehmerkreisen hört man die Klage, dass die Korruption heute genauso schlimm sei wie früher – wenn auch weniger gut organisiert.

Wirtschaftlich bleibt die Situation dramatisch: Das ukrainische Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im ersten Quartal dieses Jahres um 17,6 Prozent geschrumpft; die Inflationsrate hat im April 61 Prozent erreicht. Auf der anderen Seite ist aber auch einiges besser gelaufen, als es in der Bevölkerung wahrgenommen wird.

Mandat für Reformen

Nicht lange nach dem demokratischen Durchbruch im Februar vergangenen Jahres wurden im Land Präsidentschafts- und Parlamentswah-

len abgehalten. Beide Male gewannen Proeuropäer. Das schuf die Basis für demokratische und marktwirtschaftliche Reformen. Bis zu den Wahlen war das Parlament von Partikularinteressen dominiert, die jegliche Reformen blockierten. Durch die Wahlen gab es für deren Durchsetzung ein politisches Mandat.

Am 2. Dezember 2014 wurde eine neue Regierung berufen. Sie ist jünger und qualifizierter als jede bisherige ukrainische Regierung. Es spricht Bände, dass im letzten Kabinett unter Janukowitsch nur zwei Minister der englischen Sprache mächtig waren, heute dagegen nur zwei von 20 Ministern kein Englisch sprechen können. Der typische Minister des neuen Kabinetts ist 38 Jahre alt, Investmentbanker und hat im Westen studiert. Vielen der Minister kann man guten Gewissens zutrauen, nicht korrupt zu sein und eigene Interessen zu verfolgen, sondern ernsthaft an Reformen interessiert zu sein. Normalerweise

werden radikale Antikorruptionsreformen von jungen, gut ausgebildeten Außenstehenden durchgeführt, die nichts mit dem alten System zu tun haben – und von den derzeit amtierenden 20 Ministern waren in der Tat nur fünf vor Dezember 2014 im Amt, von ihnen hat wiederum nur der Premierminister unter dem alten Regime gedient.

Kurz, bündig, fokussiert

Am 9. Dezember stellte die neue Regierung ihr Reformprogramm vor. Es war die Art von Agenda, die das Land brauchte: kurz, bündig und auf Schlüsselreformen fokussiert. Zwar wurde das Programm innerhalb der Koalition kritisch diskutiert, weil es nicht alle Maßnahmen des 66-seitigen Koalitionsvertrags enthielt. Doch gerade das war seine Stärke: Es hatte eine klare Ausrichtung.

Die Legislaturperiode begann für die neue Regierung mit der Doppelaufgabe, einen neuen Haushalt für das Jahr 2015 vorzulegen und gleichzeitig einen Kreditvertrag mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) auszuhandeln. Der Haushalt wurde in aller Eile noch am Neujahrstag verabschiedet, musste jedoch letztlich neu aufgelegt werden, weil er nur unzureichend ausgearbeitet worden war. Der IWF verhandelte mit einer ungewöhnlich großen Gesandtschaft aus 25 Experten einen ganzen Monat lang mit der neuen Regierung. Das Resultat war ein überraschend solides Programm zur Stabilisierung des Finanzsektors, das unter dem Namen „Erweiterte Fondsfazilität“ lief und auf mehr als vier Jahre angelegt war.

Die Ukraine und der IWF hatten zuvor im April 2014 ein Programm

verabschiedet, das aber nie mehr als eine Notlösung war, die das Land für die Dauer der „Revolution der Würde“ über Wasser halten sollte.

Nichtsdestotrotz bereitet die aktuelle wirtschaftliche Lage nach wie vor erhebliche Sorgen. Die Ursache für den ökonomischen Verfall ist vor allem der russische Wirtschaftskrieg gegen die Ukraine. Der besetzte Donbass ist das ukrainische Äquivalent zum deutschen Ruhrgebiet vergangener Tage: ein Rostgürtel aus Minen und Stahlwerken, der für mehr als 10 Prozent des ukrainischen BIP verantwortlich zeichnet, aber nur 3 Prozent des Staatsgebiets ausmacht. Infolge der gezielten russischen Bombardierung ist diese Produktion um die Hälfte zurückgegangen. Die ukrainische Kohleproduktion ist um fast zwei Drittel geschrumpft, die Stahlproduktion um ein Drittel – je nach Intensität der Kampfhandlungen schwanken die Zahlen.

Weniger bekannt ist die Tatsache, dass Russland einen regelrechten Handelskrieg gegen die Ukraine führt. Allein im vergangenen Jahr büßte die Ukraine mehr als die Hälfte ihrer Exporte nach Russland ein, die noch 2013 mehr als 12 Prozent der gesamten Exporte ausgemacht hatten – und in diesem Jahr hat sich die Situation weiter verschlechtert.

Russland verhängt illegale Handelssanktionen aller Art gegen die Ukraine. So wurden etwa die vormals beträchtlichen Agrarexporte nach Russland mithilfe einer Vielzahl tier- und pflanzenschutzrechtlicher Bestimmungen zurechtgestutzt, die in

Russland führt einen Wirtschaftskrieg gegen die Ukraine

Moskau verhängt illegale Handelssanktionen aller Art gegen die Ukraine

wenig fundierte Einfuhrverbote mündeten. Die Stahlexporte wurden durch Antidumping-Maßnahmen eingeschränkt. Darüber hinaus tätigen russische Staatsunternehmen aus politischem Kalkül keine Einkäufe in der Ukraine mehr. Auch der Umstand, dass Russland seit 2012 Mitglied der Welthandelsorganisation (WTO) ist, hat daran nichts geändert. Dass auch die ukrainischen Rüstungsexporte nach Russland zurückgegangen sind, versteht sich von selbst.

Finanzielle Kernschmelze

Eines der zentralen Probleme der ukrainischen Wirtschaft ist der Umstand, dass dem Land die internationalen Währungsreserven ausgehen. In den Tagen zwischen dem 23. und dem 25. Februar erlebte das Land eine finanzielle Kernschmelze. Der Wechselkurs des Hrywnja (UAH) zum Dollar (USD) fiel zeitweise um die Hälfte – von 40 UAH/USD auf 20 UAH/USD. Menschen stürmten die Geschäfte und kauften, was sie konnten. Die Nationalbank der Ukraine ging vernünftigerweise auf Empfehlung des IWF zu einem flexiblen Wechselkurs über und hielt die eigenen Eingriffe in Grenzen. Derweil schrumpften die internationalen Währungsreserven des Landes auf den dramatischen Wert von fünf Milliarden Dollar, was etwas mehr als einem Monat der Einfuhr von Gütern und Dienstleistungen entsprach.

Der Grund für das Versiegen der Währungsreserven war die mangelnde finanzielle Unterstützung aus dem

Ausland. Im vergangenen Jahr überstiegen die internationalen Kreditverpflichtungen der Ukraine die dem Land zugestandenen Kredite aus dem Ausland bei weitem. Sogar der IWF streckte nur 4,6 Milliarden Dollar vor, während 3,6 Milliarden Dollar an Rückzahlungen flossen: Die Nettokredite an die Ukraine umfassten also kaum mehr als eine Milliarde Dollar.

Am 30. Oktober zwang die EU-Kommission die Ukraine dann unverständlicherweise dazu, Zahlungsrückstände gegenüber Gazprom in Höhe von 3,1 Milliarden Dollar zu begleichen, ohne dem Land zusätzliche Unterstützung anzubieten. Diese enorme Zahlung trug dazu bei, dass die ukrainischen Währungsreserven einen kritischen Tiefstand erreichten. Die Beweggründe der EU waren dabei egoistischer Natur: Man wollte sich auch im bevorstehenden Winter auf Gazproms Gaslieferungen verlassen können.

Die wirtschaftliche Wende leitete dann eine Kombination aus zwei Maßnahmenpaketen ein. Am 2. März verabschiedete das ukrainische Parlament gleich acht Gesetze als so genannte „vordringliche Maßnahmen“. Zu ihnen zählten neue Bestimmungen zur Energiepreisgestaltung, zum Haushalt und zur Steuerpolitik. Der Markt erkannte das Potenzial der neuen Gesetzgebung, und so begann die ukrainische Währung rasch, sich zu erholen. Zudem legte das IWF-Exekutivdirektorium am 11. März sein Programm für die Ukraine auf. Schon am folgenden Tag wurden fünf Milliarden Dollar ausgezahlt – eine Summe, welche die ukrainischen Währungsreserven glatt verdoppelte. Der Wechselkurs hat sich seitdem –

Bild nur in Printausgabe verfügbar

ganz so wie vom IWF vorhergesagt – zwischen 21 und 22 UAH/USD eingependelt. Allerdings bleiben die Währungsregularien streng und behindern den Außenhandel.

Wirtschaftliches Schlachtfeld

Das IWF-Programm sieht vor, dass in den kommenden vier Jahren 40 Milliarden Dollar an internationalen Geldern in die Ukraine fließen, von denen rund zehn Milliarden im ersten Jahr ausgezahlt werden sollen. Das Problem ist, dass es fast keine anderen Finanzierungswege gibt. Die EU bietet Kredite im Wert von zwei Milliarden Dollar an, die USA ebenfalls, Japan 1,6 Milliarden, die Weltbank zwei Milliarden, China 2,4 Milliarden und Deutschland 800 Millionen. Optimistisch gesehen könnten aus diesen Quellen etwa zwölf Milliarden Dollar kommen, aber das alles geschieht eben auf der Basis von Krediten, von denen einige eher langfristig, andere eher kurzfristig angelegt sind.

Kein Wunder, dass der IWF sich für eine Umstrukturierung der von der Ukraine gehaltenen Euro-Bonds im Wert von 23 Milliarden Dollar ausgesprochen hat. Der IWF erhofft sich davon, dass die Ukraine durch eine Kombination aus längeren Laufzeiten, niedrigeren Anleihezinsen und reduzierten Nennwerten der Bonds bis zu 15,3 Milliarden Dollar einsparen kann. Doch bevor eine solche Maßnahme umgesetzt werden kann, steht ein komplizierter Verhandlungsprozess bevor, dessen Ergebnis nicht vorhersehbar ist.

Es macht die Situation nicht einfacher, dass Russland Euro-Bonds im Wert von drei Milliarden Dollar hält und die damit verbundenen Forderungen geltend machen wird. Russland eröffnet somit ein weiteres finanzielles Schlachtfeld im Krieg mit der Ukraine.

Die internationale finanzielle Unterstützung für die Ukraine bleibt derweil auf einem bedenklich niedrigen Niveau. Darüber hinaus hat der

IWF erst vor Kurzem seine Prognosen für die Entwicklung des ukrainischen BIP angepasst: Wo man zuvor von einem Rückgang um „nur“ 5,5 Prozent ausging, rechnet man nun mit 9 Prozent.

Da ist es umso unverständlicher, dass die EU der Ukraine in den Jahren 2014 und 2015 nur fünf Milliarden Dollar an Unterstützung zugesagt hat, während sie mehr als 40 Mal so viel Geld für Griechenland aufgewendet hat. Und das, obwohl sich die Ukraine in einer existenziellen Krise

Brüssel will Kiew weder mit Waffen helfen noch mit ausreichend Geld

befindet und unter der russischen Aggression zusammenbrechen könnte – was auch Europa gefährden würde. Wenn die EU sich schon weigert, die Ukraine bei ihrem Verteidigungskampf gegen Russland mit Waffen zu unterstützen, dann sollte sie wenigstens massive finanzielle Hilfe leisten.

Die Größenordnung, in der die ukrainischen Finanzreserven aufgestockt werden müssten, läge mindestens bei zehn Milliarden Dollar – es geht also um eine Verdopplung der Rücklagen. Das könnte wohl am ehesten erreicht werden, indem die Europäische Zentralbank (EZB) der Nationalbank der Ukraine einen Swap-Kredit im Wert von zehn Milliarden Dollar anböte. Dieser Kredit hätte die gleiche Funktion wie der polnische Stabilisierungsfonds von 1990. Die Gelder sollten bereitgestellt, aber nicht angerührt werden. Sollten die anderen ukrainischen Finanzreserven in Zukunft unter ein bestimmtes Niveau fallen, dann hätte der Gläubiger – in diesem Falle die

EZB – das Recht, dem Land neue Auflagen vorzuschreiben, um die finanzielle Lage zu stabilisieren. Das Geld würde in Frankfurt bleiben und nicht genutzt werden, aber seine bloße Existenz würde den Währungsmarkt beruhigen und der Ukraine die Chance geben, die drakonischen Währungsregulationen zu lockern.

Beeindruckende Bilanz

Die Implementierung der Reformen in der Ukraine war bis zu diesem Zeitpunkt mehr als beeindruckend. Am 1. April wurden die Energiepreise auf ein Niveau angehoben, das die Produktionskosten zumindest zur Hälfte deckt. Für ukrainische Haushalte vervierfachten sich die Gaspreise. Verschwenderische Energiesubventionen, die im Jahr 2014 etwa 10 Prozent des BIP entsprachen, sollen in diesem Jahr auf 2 Prozent des BIP heruntergefahren werden. Gleichzeitig wurden Sonderpensionen für privilegierte Gruppen gekürzt, und die Renten sollen bis Dezember nicht neu berechnet werden, was die Ausgaben in diesem Bereich auf 4 Prozent des BIP senken würde.

Die Ukraine bringt also in diesem Jahr finanzpolitische Anpassungen auf den Weg, die rund 12 Prozent des BIP entsprechen – und das, obwohl die Militärausgaben voraussichtlich von 1,6 Prozent des BIP auf 5,2 Prozent des BIP ansteigen werden. Parallel dazu hat in der Ukraine eine umfangreiche Deregulierung stattgefunden, ein Dutzend Prüfstellen wurden abgeschafft, das landwirtschaftliche Pachtrecht wurde ausgeweitet und vereinfacht und viele andere Programmpunkte wurden umgesetzt. Eine echte Reform ist im Gange.

Leider könnte sich das Zeitfenster für Reformen jedoch allzu bald wieder schließen. Das erinnert geradezu gespenstisch an den Mai 1992 in Moskau, als das russische Reformprogramm aufgrund populistischer Widerstände auseinanderbrach. Eben solche Widerstände bilden sich derzeit gegen die steigenden Energiepreise und die bedenkliche wirtschaftliche Situation in der Ukraine. Politiker mobilisieren bereits jetzt ihre Wählerschaft für die im Oktober anstehenden Kommunalwahlen.

Offiziell besteht die Koalition aus 302 Abgeordneten. Dabei werden mindestens 226 Stimmen benötigt, um ein Gesetz zu verabschieden. Die meisten Reformgesetze werden mit rund 270 Stimmen beschlossen. Von den 582 Gesetzesentwürfen, die die Regierung in diesem Jahr ins Parlament eingebracht hat, wurden nur 44 Prozent verabschiedet. Oft kommen Gesetzesentwürfe aufgrund von Zerwürfnissen innerhalb der Koalition erst gar nicht zur Abstimmung.

Die Vaterlandspartei von Julija Timoschenko, die 19 Abgeordnete stellt, stimmt hartnäckig gegen die Regierung und gehört nur auf dem Papier zur Koalition. Die Radikale Partei Oleh Ljaschkos ist mit 20 Mandaten vertreten. Ihre Abgeordneten äußern sich gern ähnlich populistisch wie die der Vaterlandspartei, die Partei insgesamt tendiert jedoch bisher dazu, mit der Regierung zu stimmen. Die Partei des Ministerpräsidenten Arsenij Jazenjuk, die Volksfront, stimmt wie zu erwarten einheitlich für die von der Regierung vorgebrachten Gesetzesentwürfe. Die 152 im Parlament vertretenen Anhänger von Präsident Petro Poroschenko sind wiederum ein

heterogener und undisziplinierter Haufen. Nicht selten ist es dieser Block, der Abstimmungen über Gesetzesentwürfe der Regierung verhindert. Die Partei Selbsthilfe schließlich – mit 32 Abgeordneten vertreten – ist zwar undiszipliniert und schwer auszurechnen; inhaltlich aber ist sie häufig auf dem richtigen Weg. Derzeit ist es für den Ministerpräsidenten und den Präsidenten von größter Bedeutung, so viele Reformgesetze wie möglich durch das Parlament zu bekommen, bevor das Zeitfenster, in dem das möglich ist, sich endgültig schließt.

Zu viel Staat, zu wenig Information

Ein großes Problem dabei ist, dass es in der Ukraine im Allgemeinen an klaren marktwirtschaftlichen Grundsätzen mangelt. Die Debatte dreht sich in der Regel darum, was die Regierung für die Bevölkerung tun kann, sie sollte aber eigentlich um die Frage kreisen, wie die dem Staat aufgebürdeten Lasten abgebaut werden können, damit die Ukraine sich entwickeln kann.

Der Weltbank zufolge ist das ukrainische BIP gemessen in Kaufkraft im Vergleich zu 1990 um ein Fünftel geschrumpft. 2014 entsprachen die öffentlichen Ausgaben 53 Prozent des BIP. Zum Vergleich: Die meisten Länder in der Region wenden im Schnitt nur 35 Prozent dafür auf. Das wäre auch in der Ukraine sinnvoll. Die weiteren Ausgaben entfielen vor allem auf Energiesubventionen und Rentenausgaben, die jeweils 10 bzw. 16 Prozent des BIP entsprachen und damit

Es gilt, das Zeitfenster zu nutzen, in dem noch Reformen möglich sind

etwa doppelt so hoch waren wie der europäische Durchschnitt.

Vor allem aber gelingt es der ukrainischen Regierung nicht, der Bevölkerung die Notwendigkeit von Reformen überzeugend zu vermitteln.

Mehrere TV-Sender sind noch im Besitz loyaler Janukowitsch-Anhänger

Diese Aufgabe, die ohnehin schon einige Kreativität und Ressourcen erfordert, wird zusätzlich dadurch erschwert, dass mehrere TV-Sender noch immer im Besitz loyaler Janukowitsch-Anhänger sind und gekonnt regierungsfeindliche Propaganda verbreiten. Es war sogar schon im Gespräch, dass einer dieser Sender, „Inter“, aufgrund der Verbreitung prorussischer Propaganda geschlossen werden könnte.

Tausende korrupter Richter

Die letzte und größte Sorge ist schließlich, dass die Macht der alten Partikularinteressen nicht nachhaltig gebrochen wurde. Das schwerwiegendste Problem liegt dabei in der Durchsetzung von Gesetzen. Die Ukraine hat 19 000 Staatsanwälte und 10 000 Richter, und es gibt gute Gründe für die Annahme, dass nahezu alle korrupt sind. In diesem Fall sollte allen Richtern und Staatsanwälten gekündigt werden, also eine Lustration nach dem Vorbild der deutschen Wiedervereinigung in Ostdeutschland stattfinden. Damals waren etwa ein Drittel der neu eingesetzten Staatsanwälte junge Ostdeutsche, ein Drittel Westdeutsche und ein Drittel neu geschulte ostdeutsche Staatsanwälte.

Die Zahl ukrainischer Richter und Staatsanwälte sollte in etwa halbiert

werden. Im vergangenen Herbst wurde ein Lustrationsgesetz verabschiedet, aber bis heute wurden nur 2000 leitende Beamte entlassen. Ein Hindernis ist dabei der Widerstand der alten Eliten, die Widerspruch bei den noch immer korrupten Gerichten einlegen und damit in der Regel erfolgreich sind. Ein weiteres Problem ist die Tatsache, dass der Europäische Rat die dringend benötigte Lustration ablehnt und mit allerlei mehr oder minder irrelevanten rechtlichen Einwänden verzögert. Ohne eine Säuberung der höchsten Justiz aber können die ukrainischen Reformanstrengungen nicht erfolgreich sein.

Obwohl im Zuge der Reformen in der Ukraine schon weitaus mehr erreicht wurde, als man im Land selbst sowie im Westen üblicherweise annimmt, bleibt die Situation ernst. Die Ukraine braucht mehr Unterstützung aus dem Westen, insbesondere finanzielle Hilfen. Die wirtschaftliche Lage bleibt dramatisch. Zu diesem Zeitpunkt müssen wir davon ausgehen, dass das ukrainische BIP bis zum Ende des Jahres um 8 bis 9 Prozent schrumpfen wird. Die Auswirkungen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten belasten in erster Linie die Bevölkerung. Es droht eine schwerwiegende Gegenreaktion.



Anders Åslund ist Senior Fellow des Atlantic Council und Autor des Buches „Ukraine: What Went Wrong and How to Fix It“ (April 2015).

Investitionen schützen

Wie man den ukrainischen Staat und seine Wirtschaft retten kann

Andreas Umland | Die westliche Fixierung auf die Regierungsqualität und weniger die Überlebenschancen des ukrainischen Staates ist überholt. Jetzt muss vor allem das durch den Krieg vergiftete Geschäftsklima verbessert werden. Was in der Ost- und Südukraine gebraucht wird, sind Garantien des Westens zur Sicherung in- und ausländischer Investitionen.

Auch nach dem Sieg der „Revolution der Würde“ bzw. des Euromaidan in Kiew bleibt das westliche Verständnis der Ukraine verzerrt. Trotz der offensichtlichen innenpolitischen Dramatik, gesellschaftlichen Tiefe und sicherheitspolitischen Implikationen der Ereignisse von 2014 haben sich die Kategorien und Kriterien zur Beurteilung der ukrainischen Herausforderungen bislang wenig geändert. Wie schon vor der Revolution bestimmen die Themen Korruption, Oligarchie und Reformverwässerung sowie ein generelles Misstrauen gegenüber der ukrainischen Elite westliche Medienberichte und Debatten zum postsowjetischen Raum. Manchmal erscheint der neue ukrainische Präsident Petro Poroschenko als nur wenig verbesserte Neuauflage des inzwischen von Interpol gesuchten Kleptokraten Wiktor Janukowitsch.

Dabei hat die Revolution das Land grundlegend verändert. Die Voraussetzungen für den Erfolg einer echten

Reformierung haben sich nach dem Erfolg des Euromaidan und der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union verbessert. Proeuropäische Parteien und die Zivilgesellschaft, internationale staatliche Institutionen (EU, IWF, OSZE) und ausländische nichtstaatliche Organisationen wie Stiftungen, Watchdogs und Thinktanks, die ukrainischen und europäischen Medien sowie die weltweite ukrainische Diaspora insbesondere Nordamerikas und Europas spielen im politischen Prozess der Ukraine eine deutlich wichtigere Rolle.

Die verstärkte Einbeziehung ukrainischer Bürgeraktivisten, der EU-Delegation bzw. EU-Mission in Kiew, gut ausgebildeter Auslandsukrainer und weiterer neuer Akteure in die Reformbemühungen erhöht deren Erfolgchancen. Selbst der Krieg in der Ostukraine hat eine nicht nur korrodierende, sondern auch disziplinierende und konsolidierende Wir-

kung auf die ukrainische Elite und Gesellschaft.

Andererseits wäre ein Reform-erfolg inzwischen nicht mehr ausreichend für eine Verbesserung der Lebensumstände der Bevölkerung – ja nicht einmal die Garantie des Fortbestehens der Ukraine. Die Ukrainer sorgen sich heute weniger um die demokratische, rechtsstaatliche und verwaltungstechnische Qualität ihres Regierungssystems als um die prinzipiellen Überlebenschancen ihres Staates unter Bedingungen eines anhaltenden Hybridkriegs des Kremls gegen ihr Land. Es ist zwar prinzipiell richtig, wenn im Westen häufig darauf verwiesen wird, dass erfolgreiche Reformen ausschlaggebend sind für den Sieg der Ukrainer im Konflikt mit den Separatisten im Osten ihres Landes. Doch man sollte sich keinen Illusionen hingeben: Selbst wenn die Ukraine morgen zu einer osteuropäischen Schweiz würde, hätte sie letztlich keine Chance gegen einen übermächtigen Nachbarstaat, der darauf aus und dazu in der Lage ist, die ukrainische Nationsbildung und Europäisierung zu verhindern oder gar den Staat in den Ruin zu treiben.

Das Primat staatlicher Sicherheit

In aktuellen Kommentaren taucht die heutige Hauptfrage für die Ukraine, wenn überhaupt, nur am Rande auf: Inwieweit kann die Kiewer Regierung ihrer Hauptaufgabe als Garant elementarer Sicherheit auf dem Staats-territorium zumindest der heutigen Rumpfukraine gerecht werden? Viele Kommentatoren gehen davon aus, dass eine tiefgreifende Europäisierung des Staatswesens im Zuge der Implementierung des Assoziierungsabkom-

mens mit der EU ein Königsweg zum Erfolg der Ukraine nach polnischem oder slowakischem Vorbild sei. Diese nachvollziehbare Hoffnung beruht auf der unausgesprochenen Annahme, dass der ukrainische Staat sein Territorium kontrollieren und schützen kann. Die durchaus an Fahrt gewinnende Europäisierung des ukrainischen Staates wird jedoch nur funktionieren, wenn dieser seine primäre Aufgabe als Garant elementarer Regelsicherheit wieder erfüllen kann.

Die zentralen Aufgaben: Rechte garantieren und Reformen durchführen

Die Wirtschaft ankurbeln

Ein Hauptziel der anlaufenden tiefgehenden Reformen ist, die ukrainische Wirtschaft anzukurbeln. Die Assoziation mit der EU soll bessere Wirtschaftslenkung und freieren Handel ermöglichen. Dies setzt voraus, dass inländische Geschäftsleute und ausländische Investoren sich hinreichend motiviert fühlen, ihr Geld sowie ihre Zeit und Energie einzusetzen, um ukrainische Produktionskapazitäten zu nutzen, zu erneuern oder neu zu schaffen.

Putins Strategie in der Ukraine läuft jedoch darauf hinaus, den ukrainischen Staat seiner Fähigkeit zu berauben, privates Eigentum, persönliche Sicherheit und gesellschaftliche Stabilität physisch und juristisch glaubhaft zu schützen. Die beiden so genannten „Volksrepubliken“ im Donzbecken sind für den Kreml kein Wert an sich. Sie sind vielmehr Instrumente zur Verhinderung einer endgültigen Beruhigung der Lage und nachhaltigen Verbesserung des Geschäftsklimas in der Ukraine.

Die Kiewer Regierung ist zu schwach, die ukrainische Armee militärisch zu schlecht gerüstet, die Sicherheitsorgane sind noch zu fragil und die russisch-ukrainische Grenze zu lang sowie zu durchlässig, als dass Kiew die russische Unterwanderung der staatlichen Souveränität aus eigener Kraft unterbinden könnte. Und an dieser Situation wird sich – das weiß man in Kiew nur zu genau – in den nächsten Jahren wohl auch nichts Grundlegendes ändern. Erst eine prinzipielle Neudefinition russischer nationaler Interessen gegenüber der Ukraine würde diesen Zustand beenden. Unter der Regierung Putin wird eine solche außenpolitische Umorientierung kaum möglich sein.

Das neue Dilemma der Ukraine, nämlich die Reformierung eines teilsouveränen, sich im Krieg befindenden Staates, kann der Westen für Kiew zwar nicht grundsätzlich lösen. Aber die westliche Staatengemeinschaft kann der Ukraine Hilfe zur Selbsthilfe leisten, um zumindest die wirtschaftlichen Folgen der Putin-

Der Westen könnte mit einem Finanzfonds Investitionen absichern

schen Unterwanderungstaktik einzuschränken. Dies betrifft nicht nur fortgesetzte Sanktionen gegen Russland, technische Beratung laufender Reformen in der Ukraine, Unterstützung beim Neuaufbau der ukrainischen Sicherheitsorgane, Lieferung von defensiver militärischer Ausrüstung sowie makroökonomische Finanzhilfe für Kiew. Bereits im Mai 2014 hat der einflussreiche Mäzen und Wirtschaftsmagnat George Soros

in einem *Guardian*-Artikel eine strategische Hauptaufgabe des Westens identifiziert: eine wirksame westliche Kompensation der gegenwärtigen Vergiftung des Investitionsklimas in der Ukraine durch Verbürgung ausländischer Einlagen in die ukrainische Wirtschaft.¹

Hilfe zur Selbsthilfe

Der Westen mag weder bereit noch fähig sein, die Ukraine als Ganzes vor Moskau militärisch zu schützen. Er kann jedoch das durch russische Subversion massiv geschädigte Geschäftsklima in der Ukraine durch einen Garantiefonds zur Versicherung politischer Risiken von Direktinvestitionen teilweise wettmachen. Zumindes gilt dies für einige Basisgefahren wirtschaftlicher Tätigkeit in Landstrichen, die von kriegszerstört (wie in den Kampfgebieten), willkürlicher Expropriation (wie auf der Krim) und bewaffneten Zwangsmaßnahmen (wie im Donezbecken) bedroht sind.

Durch eine westliche Verbürgung ausländischer Einlagen könnte man deren Schutz aus der Verantwortung des fragilen Staates herauslösen. Die lokalen Effekte sowie die Signalwirkung daraufhin einsetzender ausländischer Investitionen in der ukrainischen Provinz würden die Modernisierung und Öffnung des Landes beschleunigen.

Dies würde insbesondere jenen östlichen und südlichen Gebieten der Rumpfukraine helfen, die sich in der Nähe der russischen Grenze, von separatistischen „Volksrepubliken“ sowie der okkupierten Krim und

¹ George Soros: How the EU can save Ukraine, The Guardian, 29.5.2014.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

damit unweit von russischen Stützpunkten befinden. Ein Beispiel ist die südostukrainische Stadt Mariupol, die für Kiew nicht nur strategisch wichtig ist, sondern deren Schwer- und Chemieindustrie auch große wirtschaftliche Bedeutung für die Ukraine hat.

Es ist zu befürchten, dass gerade jene Regionen der Rumpfukraine, die einen relativ hohen Bevölkerungsanteil an ethnischen Russen haben, aufgrund der Präsenz russischer regulärer oder irregulärer Truppen in unmittelbarer Nähe künftig besondere Schwierigkeiten haben werden, Investoren zu halten bzw. anzulocken. Wenn sich die Probleme in diesen Gebieten ausweiten, schafft das eine dauerhaft explosive Situation. Wachsende lokale Unzufriedenheit in verarmenden und perspektivlosen russischsprachigen Regionen der Ukraine würde der Neurussland-Idee des Kremls zu Popularität bei Teilen der dortigen Bevölkerung verhelfen. Dies

könnte zu einem Vorspiel für neue Kriege am Asowschen oder/und Schwarzen Meer werden.

Garantien des Westens

Das Instrument einer Versicherung von Auslandsinvestitionen durch außer- oder überstaatliche Akteure ist nicht unbekannt in der internationalen Entwicklungsförderung. Eine der vier Unterabteilungen der Weltbank, die Mutual Investment Guarantee Agency, befasst sich mit dieser Aufgabe. Für Exportgeschäfte Deutschlands in riskanten Regionen, nicht zuletzt im postsowjetischen Raum, spielen die so genannten Hermesdeckungen der Bundesregierung eine erhebliche Rolle. Das Interesse der Europäischen Union an den direkten Auswirkungen von Investitionen in die Ukraine (wie die Schaffung von Arbeitsplätzen vor Ort) sowie an den indirekten Folgen (wie höhere Steuereinnahmen des Staates) müsste hoch sein. Bleiben diese Investitionen aus,

wird der Zustrom von illegalen Immigranten aus der Ukraine in die EU wachsen. Das Fortbestehen des ukrainischen Staates wird von immer neuen westlichen Finanzspritzen abhängig bleiben.

Durch den Westen garantierte ausländische Einlagen könnten eine Art Schutzfunktion für den ukrainischen Staat entwickeln.

Geschädigte Investoren könnten Kompensation von Moskau einfordern

Und in Ländern wie Deutschland, die eine militärische Unterstützung der Ukraine äußerst kritisch sehen, könnten sie als effiziente Alternative zu Waffenlieferungen an Kiew gesehen werden. Von europäischen und nordamerikanischen Einrichtungen versicherte Direktinvestitionen, insbesondere in der Ost- und Südukraine, würden eine Verbindung zwischen westlichen Finanzinteressen und russischen Störaktionen schaffen. Dies hätte vermutlich eine beruhigende Wirkung auf den russisch-ukrainischen Konflikt.

Risiko für Russland

Die Dokumentation der Involvierung Russlands in den ostukrainischen Konflikt durch westliche staatliche und nichtstaatliche Beobachter verbessert sich fortlaufend. Vor diesem Hintergrund würden westliche Investitionen insbesondere in potenziellen ostukrainischen Kampfgebieten neue Abhängigkeitsverhältnisse schaffen. Russland würde Gefahr laufen, dass ihm finanzielle Einbußen durch direkte militärische, indirekte paramilitärische oder verdeckte geheimdienstliche russische Tätigkeit in der Ostukraine später von den betroffenen Investoren bzw. Versicherern in Rech-

nung gestellt werden. Damit wäre das Auslandseigentum russischer staatlicher Unternehmen und Organisationen in den Ursprungsländern der geschädigten Firmen bzw. involvierten Garantiefonds von Beschlagnahmung bedroht. Ein solches Risiko für Russland besteht bereits für die bisherigen Verluste verschiedener ukrainischer und nichtukrainischer Firmen auf der Krim und im Donezbecken durch die dortigen Zerstörungen, Behinderungen und Enteignungen.

Ein Modell für die Geltendmachung derartiger Restitutionsansprüche könnten die derzeitigen Versuche der Aktionäre von Michail Chodorkowskis ehemaligem Yukos-Konzern sein, die eine Wiedergutmachung für den Verlust ihrer Aktien erwirken wollen. 2014 hatte der Ständige Schiedshof in Den Haag einer Ex-Yukos-Aktionärsgruppe die stattliche Entschädigungssumme von 50 Milliarden Dollar zugesprochen. Nun versuchen die Gläubiger per Gerichtsentcheid, staatlicher russischer Immobilien, Konten oder Wertgegenstände habhaft zu werden. Dieses Vorgehen könnte auch zur Entschädigung derzeitiger und künftiger ausländischer Investoren angewandt werden, die Opfer des russischen Hybridkriegs gegen die Ukraine geworden sind.

Weitergehende Unterstützung

Eine Investitionsversicherung allein wird keine Lösung der wirtschaftlichen Probleme der Ukraine sein; sie würde jedoch dazu beitragen, das Land wieder funktionsfähig zu machen. Eine staatliche Einlagengarantie für den Ernstfall müsste mit verschiedenen weiteren Stimuli kombiniert werden: Investitionsförderung, Reise-

erleichterungen, Bürokratieabbau und Korruptionsbekämpfung.

Anfang 2016 werden der Abschluss der Ratifizierung des Assoziierungsabkommens durch die EU-Staaten, das vollständige Inkrafttreten der europäisch-ukrainischen Freihandelszone sowie die Abschaffung von Visa für Kurzreisen von Ukrainern in die Schengen-Zone eine neue Grundlage für Geschäftstätigkeit in der Ukraine schaffen. Zahlreiche westliche staatliche Agenturen und nichtstaatliche Organisationen beginnen derzeit Unterstützungsprojekte, wie Beratungsprogramme, Fortbildungen und Umschulungen, die im kommenden Jahr ihre Wirkung entfalten werden. Der Europäische Rat sollte dies mit dem Angebot einer zwar langfristigen und an harte Bedingungen geknüpften, aber doch eindeutigen offiziellen Perspektive eines künftigen EU-Beitritts der Ukraine kombinieren. Eine solche konzertierte Aktion könnte die Ukraine im Idealfall bereits Ende 2016 zu einem attraktiven Investitionsstandort machen.

Eine rege Tätigkeit von Auslandsinvestoren in der Ukraine wäre sowohl wirtschaftlich als auch innenpolitisch und sozialpsychologisch wichtig für das vom Krieg gezeichnete Land. Mit jedem weiteren Auslandsinvestor vor Ort würde das in- und ausländische Gesamtvertrauen in das Fortbestehen des Staates wachsen.

Dies würde kumulative Wirkung über die versicherte Investition hinaus entwickeln, weitere Geschäftstätigkeit anregen und den Braindrain aus der Ukraine einschränken. Eine nicht nur situative, sondern strategische westliche Unterstützung Kiews würde dem Geist des Atomwaffensperrvertrags von 1968, des Budapester Memorandums von 1994 und des EU-Assoziierungsabkommens von 2014 entsprechen. Die westliche Hilfe würde damit sowohl der Integrität des weltweiten Nichtverbreitungsregimes für Massenvernichtungswaffen als auch der Reputation der EU-Nachbarschaftspolitik zugute kommen. Letztlich würde mit einer Linderung dieser ukrainischen Herausforderung der Ball bei der Europäisierung des Landes wieder im Spielfeld Kiews liegen. Es wäre dann an der ukrainischen Regierung, alle weiteren Bedingungen zu schaffen, um westliche und andere Investoren ins Land zu locken.

Eine langfristige EU-Perspektive könnte die Attraktivität steigern



Dr. Andreas Umland ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Euro-Atlantische Kooperation in Kiew und Herausgeber der Buchreihe „Soviet and Post-Soviet Politics and Society“.

Realismus und Bescheidenheit

Ein Vergleich mit dem Dreißigjährigen Krieg ist auch heute noch lehrreich

Tobias von Gienanth | Was kann die moderne, post-westfälische Welt von der prä-westfälischen lernen? Bei der Katastrophe des 17. Jahrhunderts wie in den aktuellen Konflikten des Nahen Ostens haben sich lokale Krisenherde zu Flächenbränden ausgeweitet. Die hohe Zahl der Beteiligten verhindert schnelle Lösungen, die nur am Verhandlungstisch gefunden werden können.

Was unterscheidet eigentlich gegenwärtige Warlords in Syrien, Afghanistan oder dem Kongo von Wallenstein? Doch vor allem die Tatsache, dass sich bisher kein Alfred Döblin, kein Smetana, kein Golo Mann, kein Schiller ihrer Untaten angenommen hat. In der künstlerischen Rezeption ist ihnen der Herzog von Friedland also um Längen voraus. Hier soll es aber nicht um die schöngeistige Aufarbeitung nichtstaatlicher Gewaltakteure gehen, sondern um eine andere Art von Rezeption.

Hier geht es um die Frage, ob sich aus dem Vergleich des dreißigjährigen Konflikts in der Mitte Europas, in dessen erster Hälfte Wallenstein eine Hauptrolle spielte, mit der aktuellen, weltweiten Serie von Krisen Denkanstöße und Lehren für die Gegenwart ableiten lassen. Was kann die moder-

ne, post-westfälische Welt von der prä-westfälischen lernen – eingedenk der Tatsache, dass historische Analogien immer unpräzise sind?

Zunächst eine Begriffsklärung: Der am Ende des Dreißigjährigen Krieges 1648 in Münster und Osnabrück geschlossene Frieden gilt Gesellschaftswissenschaftlern als die Geburtsstunde sowohl einer gesamteuropäischen Friedensordnung als auch des „Westfälischen Modells von Staatlichkeit“ oder auch der „Westfälischen Souveränität“.¹ Ihre drei Stützpfeiler sind die Abwesenheit einer den Staaten übergeordneten Instanz (das Souveränitätsprinzip), die Gleichrangigkeit der Staaten untereinander (das Legalitätsprinzip) und die Respektierung ihrer internen Autonomie auf der Basis des staatlichen Gewaltmonopols (das Territorialprinzip).

¹ Beides trifft nicht wirklich zu: Spanien und Frankreich kämpften bis 1659 weiter und fast alle staatsrechtlichen Bestimmungen bezogen sich ausschließlich auf das Territorium des Heiligen Römischen Reiches.

Für seine Zeit war dieses System erstaunlich fortschrittlich: Es etablierte das gleichberechtigte Nebeneinander von Kaiser- und Königreichen, Fürstentümern und Republiken und verbannte theologische Wahrheitsfragen aus der Politik. So ermöglichte es die moderne europäische Staatsbildung mit ihren sozialen, fiskalischen und administrativen Disziplinierungs- und Integrationsmaßnahmen. Gewalt als Mittel staatlicher Politik blieb aber selbstverständlich legal und wurde in den folgenden dreieinhalb Jahrhunderten eifrig praktiziert – gegen andere Staaten wie gegen die eigenen Bürger.

Nach dem Ende des Kalten Krieges hofften manche auf den Beginn einer post-westfälischen Epoche, in der die Handlungsfreiheit der Nationalstaaten nach innen und außen immer stärker durch Völkerrechtsnormen und multilaterale Organisationen begrenzt werden würde. Zentrales Anliegen dieser neuen – oder neuerdings wirksamen – Strukturen² war es, Grundrechte festzuschreiben und gewalttätige Konflikte so weit wie möglich zu verhindern oder ihre Auswirkungen durch Verhaltensregeln zumindest abzumildern. Und tatsächlich sind „westfälische“, also zwischenstaatliche Kriege so gut wie verschwunden; auch die Zahl innerstaatlicher Konflikte ging zurück.

Leider scheint dieses ersehnte post-westfälische Idyll seit einigen Jahren nicht mehr so gut zu funktionieren

wie in den zwei Jahrzehnten nach 1990. Die überall zu spürende Krisenstimmung ist auch kein Produkt einer auf Katastrophen fixierten „Only bad news are good news“-Medienlandschaft. Die Zahlen sind deutlich. Vom Ende des Kalten Krieges bis ca. 2008 ging die Anzahl schwerer innerstaatlicher Konflikte – definiert als solche mit über 1000 direkten Gewaltopfern pro Jahr – deutlich zurück.

Seitdem hat sich ihre Zahl jedoch verdreifacht.³ Entsprechend erhöht hat sich die Zahl der Menschen, die Leben, Gesundheit, Heimat, Lebensunterhalt und die Chance auf ein menschenwürdiges Dasein verloren haben.⁴

Angesichts dieser Entwicklung mag man sich tatsächlich fragen, ob wir auf dem Weg zurück zu den Verhältnissen von vor 1990 sind. Entsprechend ist in jüngster Zeit in Fachpresse wie Massenmedien eine Reihe von Beiträgen mit Titeln wie „Ein Dreißigjähriger Krieg im Nahen Osten“ erschienen. Ähnliches gab es übrigens bereits Ende der neunziger Jahre, im Kontext der zwei Kongo-Kriege (1996/97 und 1998 bis 2003). Doch was ist dran an diesen Vergleichen? Was haben aktuelle innerstaatliche Konflikte mit der Katastrophe des 17. Jahrhunderts gemein – und was nicht?

Das ersehnte post-westfälische Idyll funktioniert nicht mehr

² Deren Wurzeln sind natürlich älter: Erste Ideen stammen aus der Zeit der Aufklärung, die Vereinten Nationen feiern dieses Jahr ihr 70-jähriges Bestehen.

³ Von vier auf zwölf; die betroffenen Länder sind: Syrien, der Irak, Jemen, Libyen, die Demokratische Republik Kongo, Somalia, Südsudan, die Zentralafrikanische Republik, Nigeria, Afghanistan, Pakistan und die Ukraine.

⁴ Uppsala Conflict Data Program/Peace Research Institute Oslo: Armed Conflict Dataset, 2014; United Nations University, Centre for Policy Research: Major Trends in Violent Conflict, November 2014.

Ein gemeinsames Element ist eine deutliche demografische und ökologische Komponente: rapides Bevölkerungswachstum in agrarischen Gesellschaften, Klimawandel, Mangel an Ackerland – und als deren Folge Landflucht, steigende Nahrungsmittelpreise, allgemeine Wirtschaftskrise, ein Heer unterbeschäftigter Menschen

Eine Krise kommt selten allein – das galt damals und auch heute

(insbesondere junger Männer), massive Spekulationsgewinne, tiefe soziale Verwerfungen infolge des immer weiter wachsenden Abstands zwischen Gewinnern und Verlierern dieser Entwicklungen. Diese Litanei beschreibt den Nahen Osten (oder das Horn von Afrika oder die Sahelzone) 2015 genauso gut wie Europa 1615. Nur wird das Klima heute wärmer und es wachsen die Wüsten; damals wurde es kälter – Historiker sprechen von der „Kleinen Eiszeit“ – und es wuchsen die Gletscher.

Erkennbare Parallelen

Damals wie heute kam eine Krise selten allein. Der Dreißigjährige Krieg war zwar der größte, aber keineswegs der einzige Konflikt seiner Zeit: Großbritannien erlebte erst einen englisch-schottischen Krieg (1639–41), dann nahtlos den englischen Bürgerkrieg (1642–51). Die spanische Monarchie sah sich nach 1640 Revolten in Katalonien, Neapel und Portugal (das seitdem unabhängig ist) gegenüber; in Frankreich wurde Richelieu nicht nur von aufsässigen Protestanten (drei Hugenotten-Kriege, 1620–29), sondern auch von hungernden Bauern (Croquants-Rebellionen ab 1635) geplagt, sein Nachfolger Mazarin von

einer Adelsrevolte (die Fronde, 1648–1653). Auch hierfür haben Historiker einen griffigen Namen: „die Krise des 17. Jahrhunderts“.

Den Streit über deren spezifische lokale Details und Ursachen überlassen wir den Fachleuten – entscheidend ist, dass es im 17. wie im 21. Jahrhundert offensichtlich Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Krisenherden gab. Marginalisierte Gruppen, ob sozial, politisch oder religiös, wussten schon damals von Rebellionen in anderen Territorien und nutzten sie argumentativ, so wie in unserer Zeit die Aktivisten des Arabischen Frühlings und die islamistische Internationale. Aufständische Adlige in England und Frankreich etwa zitierten in ihren Flugblättern als Vorbild die „teutsche Libertät“ der Reichsstände, die Protestanten Europas nutzten die Zerstörung ihrer Hochburgen in La Rochelle (1628) und Magdeburg (1631) zur Mobilisierung ihrer Glaubensbrüder.

Im Wesentlichen sind die aktuellen Konflikte ebenso wie der Dreißigjährige Krieg Modernisierungs- und Staatsbildungskonflikte. Auslöser ist jeweils eine lokal spezifische, hochkomplexe Gemengelage mit sozioökonomischen, politischen, geostrategischen und in vielen Fällen – für heutige Europäer besonders irritierend – religiösen Elementen. Auf dem Spiel stehen gleichzeitig die binenstaatliche Grundordnung und das internationale Machtgleichgewicht: Wie sieht ein gerechtes, handlungsfähiges und zugleich „gottgefälliges“ Staatswesen aus, wo sind seine Grenzen und wie verhält es sich zu seinen religiös oder strategisch inkompatiblen Nachbarn?

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Dabei wird im Nahen Osten wie auch in Subsahara-Afrika genau jenes westfälische Staatsmodell infrage gestellt, das sich auf unserem Kontinent infolge des Dreißigjährigen Krieges durchgesetzt und das Europa dann in der Kolonialzeit gewaltsam exportiert hat. In der Praxis bedeutet diese untrennbare Vermischung von gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, religiösen und machtpolitischen Motiven, dass derartige Konflikte schon außerordentlich schwer zu durchschauen und noch schwerer beizulegen sind.

Zwei weitere auffällige Parallelen zwischen dem Dreißigjährigen Krieg und insbesondere den Krisen in Syrien, im Irak und in der Demokratischen Republik Kongo sind noch zu erwähnen. Erstens handelt es sich jeweils um einen zentral gelegenen, großflächigen Konfliktraum, der zunächst durch eine interne Krise destabilisiert wurde und in der Folge wegen der grenzüberschreitenden ethnischen, religiösen oder politischen Ver-

flechtungen der Konfliktparteien sowie wegen seiner strategischen Position und seines Reichtums zum Schauplatz von immer weiter eskalierenden Interventionen der Nachbarstaaten wurde. Eine solche Internationalisierung trägt wesentlich zur Verlängerung und Verschärfung der Konflikte bei, da einerseits mehr Ressourcen – Geld, Waffen, Rekruten – zur Verfügung stehen und andererseits politische und ökonomische Agenden immer komplexer werden. Eine Stabilisierung solcher Konfliktgebiete ist darum überhaupt nur im Rahmen umfassender regionaler Lösungen denkbar.

Zweitens demonstrieren die drei Beispiele einen der verhängnisvollsten Effekte langer Konflikte in schwachen Staaten: Der Krieg beginnt, sich selbst zu ernähren. Gewaltökonomien entstehen, unbezahlte Kämpfer plündern die Bevölkerung aus, Warlords entdecken den Krieg als lukratives Geschäftsmodell. Diese privatisierte

Gewalt produziert eine große Zahl junger Männer, die nichts können außer dem Kriegshandwerk. Auch nach dem Ende der Kampfhandlungen bleibt der Umgang mit diesen Ex-Kombattanten eine der größten Herausforderungen. Bezeichnenderweise gelang diese „Abdankung“ der Söldner im Dreißigjährigen Krieg auch erst nach dem Westfälischen Frieden. Der damit befasste so genannte Nürnberger Exekutionstag von 1649/50 wurde so vielleicht zur frühesten Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Reintegrationskonferenz.

Besser vernetzt und finanziert

Bei allen Ähnlichkeiten zwischen den Konflikten des 17. und des 21. Jahrhunderts gibt es aber natürlich auch Unterschiede. Nicht alle sind erfreulich. So macht unglücklicherweise die

enorme Expansion von legalen wie illegalen globalisierten Märkten für Rohstoffe, Waffen und Finanzdienst-

leistungen den Einstieg in die gerade beschriebenen Gewaltökonomien heute einfacher als je zuvor. Zusätzlich begünstigen diese Einnahmequellen auch die Zersplitterung von Konfliktparteien, da oft schon die Kontrolle über kleinste Gebiete finanzielle Unabhängigkeit sichern kann. Eine solche Fragmentierung erschwert natürlich eine flächendeckende, dauerhafte Stabilisierung.

Noch stärker als in der Vergangenheit haben aktuelle Krisenherde eine internationale Komponente. Und nicht nur Regierungen handeln international, sondern in einem früher in Umfang und Geschwindigkeit un-

vorstellbaren Ausmaß auch nicht-staatliche Akteure und Privatpersonen. Grenzüberschreitende, verstärkt kooperierende kriminelle und terroristische Organisationen sind ein Aspekt dieser Entwicklung genauso wie weltweite Online-Netzwerke von Anhängern einer Konfliktpartei.

Der Dreißigjährige Krieg kannte auch schon multikulturelle Heerhaufen, doch trafen sich die auf der Landstraße und nicht in einem Internet-Chatroom. Ihre modernen Epigonen sind in der Lage, in Echtzeit mit Gesinnungsgenossen Pläne zu koordinieren, Geldmittel zu verschieben, desorientierte Teenager zu rekrutieren und ihre professionell produzierte Propaganda zu verbreiten. Spoiler – im Jargon der Konfliktforschung diejenigen Akteure, die eine friedliche Lösung aktiv bekämpfen – sind in der Tat nichts Neues. Nur sind sie heute meist besser finanziert, moderner ausgerüstet, taktisch versierter und international vernetzter als jemals zuvor.

Manche Entwicklungen seit dem Ende des Dreißigjährigen Krieges bieten aber durchaus Grund zu Optimismus. Ein wesentlicher Unterschied zwischen den Krisen des 17. und des 21. Jahrhunderts sind das heutige völkerrechtliche Rahmenwerk und die Mechanismen zu seiner Umsetzung. Dazu gehören u.a. das Verbot von gewaltsamen Territorialgewinnen, die Verpflichtung zum Schutz der Zivilbevölkerung sowie die Strukturen für ein multilaterales Eingreifen zur Beilegung von Konflikten.

Nun ist allgemein bekannt, dass bei einem Zielkonflikt zwischen Völkerrecht und Staatsräson ersteres nicht immer als Sieger vom Platz geht.

Die Globalisierung vereinfacht den Einstieg in Gewaltökonomien

Ebenso werden die Hunderttausenden Soldaten, Polizisten und zivilen Experten, die weltweit zur Friedenssicherung arbeiten, zwar stets gelobt, aber nicht immer ausreichend unterstützt. Doch heute müssen die Mächtigen wenigstens so tun, als ob sie die Regeln befolgen würden. Richelieu, Olivares und Oxenstierna haben vor keiner Pressekonferenz oder Sitzung des UN-Sicherheitsrats die Verbrechen ihrer Söldnerheere abstreiten müssen. Kein George Clooney hat sie per Satellitenaufnahme Lügen gestraft. Warlords wie Albrecht von Wallenstein oder Ernst von Mansfeld haben keinen Schlaf über Gedanken an eingefrorene Bankkonten, Kriegsverbrechertribunale oder UN-Drohnen verloren.

Ob das Glas der multilateralen Konflikttransformation nun halbleer ist oder halbvoll – die notwendigen Schritte zum Nachschenken sind hinlänglich bekannt. Zudem werden die erforderlichen strategischen wie praktischen Maßnahmen gegenwärtig von UN, EU und OSZE in umfangreichen Review-Prozessen katalogisiert und in naher Zukunft veröffentlicht. Wir warten also gespannt auf die notwendigen Maßnahmen zur Umsetzung dieser Empfehlungen durch die Regierungen ihrer Mitgliedsstaaten. Bis dahin muss uns eine Reihe von Lektionen aus der Geschichte genügen, deren Befolgung – insbesondere durch westliche Regierungen – bestehende Konflikte deutlich entschärfen und zu ihrer Lösung beitragen könnte.

Stellvertreterkriege verlaufen selten im Sinne der Auftraggeber; daher ihre Neigung zu schleichender Eskalation. Lokale „Proxys“ nehmen zwar gerne das Geld auswärtiger Mächte, verfolgen aber primär ihre eigenen Ziele. In vielen Fällen finden sich die Auftraggeber dann selber auf dem Schlachtfeld wieder, allen früheren Beteuerungen des Gegenteils zum Trotz.

Je mehr Akteure, desto länger dauert der Konflikt. Eine Zersplitterung der Fronten – ob aus Unwissenheit über lokale Dynamiken oder aus Teile-und-Herrsche-Kalkül – ist so weit wie irgend möglich zu vermeiden.

Bevor man eine neue Konfliktpartei militärisch, finanziell oder auch nur politisch aufbaut, muss man bedenken, dass selbst kleinste Spoiler ein Veto bei einem späteren Friedensprozess einlegen können.⁵

Waffenlieferungen gießen Öl ins Feuer; Waffen aller Art sind praktisch das einzige, was es in Konfliktregionen genug gibt. Sie haben zudem die Tendenz, früher oder später gegen ihren Lieferanten gerichtet zu werden.⁶

Man kann sich seine Feinde nicht aussuchen. Und (fast) alle müssen mit an den Verhandlungstisch. Tiefgreifende Gewaltkonflikte können nur im Rahmen einer politischen Lösung beendet werden, die die Interessen der großen Mehrheit der Akteure berücksichtigt. Die (glücklicherweise seltenen) kompromissunfähigen Fanatiker

Waffenlieferungen sind keine Lösung, sie gießen nur Öl ins Feuer

⁵ Experten schätzten, dass es 2014 bis zu 1500 nichtstaatliche bewaffnete Gruppen in Syrien gab.

⁶ Nicht umsonst wurde in der amerikanischen Presse vorgeschlagen, den US-Luftangriffen auf Stellungen des IS den Namen Operation „Hey, that’s my Humvee!“ zu geben.

– der IS ist ein offensichtliches Beispiel – sollten von der größten denkbaren Koalition gemeinsam bekämpft werden.

Mühsam, langwierig, teuer

Diese Lehren zum Verhalten in Krisen sind nicht originell. Umso erstaunlicher ist es, dass sie so oft ignoriert werden. Dieses Schicksal teilen sie übrigens mit den Erkenntnissen zur Krisenfrüherkennung und Prävention, obwohl sich alle Betroffenen einig sind, dass vorbeugen besser ist

als heilen. Doch nicht nur vor und während einer Krise werden banale Grundregeln oft vergessen. Eine

Nach einem Konflikt müssen die Ursachen aufgearbeitet werden

weitere Lehre aus der Geschichte lautet nämlich: Nach dem Konflikt ist vor dem Konflikt. Wahrscheinlich ist das Trauma des Dreißigjährigen Krieges nicht für jede spätere Fehlentwicklung der deutschen Geschichte verantwortlich, aber dass Konflikte sehr lange destabilisierend wirken können, ist unbestritten.⁷ Umso wichtiger ist, dass nach einem Konflikt die zugrunde liegenden Ursachen konsequent aufgearbeitet werden. Dies ist mühsam, langwierig und teuer. Multilaterale Stabilisierungseinsätze sind zwar alles andere als perfekt, aber ohne Frage das wirksamste bekannte Instrument zu diesem Zweck.

Große Teile der Welt, keineswegs nur Konfliktregionen, sind heute ge-

prägt von einem verwirrenden Nebeneinander von vormodernen Mentalitäten und Strukturen, klassischen nationalstaatlichen Institutionen und postmodernen Phänomenen der Diffusion von staatlichen Zuständigkeiten nach oben und unten. Viele Gesellschaften sind sozusagen prä-westfälisch, westfälisch und post-westfälisch zugleich. Den Weg durch dieses Labyrinth muss jede von ihnen selbst finden, das Ziel selbst definieren. Aber wenn sie auf diesem Weg in Gewalt und Elend versinkt, kann und muss die internationale Gemeinschaft unterstützend eingreifen.

Voraussetzungen für den Erfolg solcher Eingriffe sind allerdings mehr Realismus und Bescheidenheit – traditionelle Lernziele von historischen Vergleichen in den Geisteswissenschaften. Ein Maßstab für diesen Erfolg kann sein, dass eines Tages die Menschen in Syrien, Afghanistan oder im Kongo vielleicht genügend Abstand von ihren Konflikten gewonnen haben, um Romane, Theaterstücke oder Opern über ihre Warlords genießen zu können.



Tobias von Gienanth ist stellvertretender Leiter des Arbeitsbereichs Analyse beim Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF).

⁷ Über 90 Prozent aller Bürgerkriege seit 2000 fanden in Ländern statt, die in den 30 Jahren zuvor bereits einen erlebt hatten. Barbara Walter: Conflict Relapse and the Sustainability of Post-Conflict Peace, World Development Report 2011 Backgrounder, September 2010, S. 1; United Nations University, Centre for Policy Research, a.a.O. (Anm. 4), S. 2.

Falsche Beschützer

Die Aufrüstung der Afghan Local Police wäre ein tragischer Fehler

Graeme Smith | Sie stehen auf der Gehaltsliste der USA und tragen das Wort Polizei in ihrem Namen. Aber eigentlich sind es Regierungsmilizen, die oftmals ihre Macht missbrauchen und der Bevölkerung nur wenig Sicherheit bieten, anstatt gegen die Taliban zu kämpfen. Was also soll geschehen mit der Afghan Local Police, bis die Mittel 2018 auslaufen?

Eine Gruppe bewaffneter Afghanen fesselte ihren Gefangenen auf einem freien Feld nahe Kabul und machte Zielübungen mit raketentriebenen Granatwerfern. Eine andere trieb die Männer und Jungen eines Ortes zusammen und schloss sie in der Moschee ein, um unbehelligt ihre Häuser auszurauben und Frauen zu vergewaltigen. Anderswo griffen sich bewaffnete Männer den angesehenen Dorfältesten, einen weißbärtigen Mann, der es gewagt hatte, sich über das Benehmen der Männer zu beschweren. Sie zogen ihn so lange hinter ihrem Pickup Truck her, bis er starb.

All diese Männer stehen auf der Gehaltsliste der USA, sind Teil eines 120 Millionen Dollar schweren Programms zur Unterstützung der Afghan Local Police (ALP). Zwar steckt das Wort Polizei im Namen der ALP-Einheiten, doch passender wäre es, sie Regierungsmilizen zu nennen. Häufig werden sie in den gefährlichsten ländlichen Gegenden des Landes einge-

setzt, wo die Aufsicht der Zentralregierung über diese Gruppen auf ein Minimum beschränkt ist.

Wie furchteinflößend sie sind, zeigt sich an den menschenleeren Dörfern, aus denen die Bewohner vor den Einschüchterungsmethoden dieser bewaffneten Gruppen geflohen sind. Ihr fürchterlicher Ruf kommt ihnen aber auch zugute. Den ALP-Einheiten wird in vielen Landesteilen angerechnet, die Taliban ferngehalten zu haben. Die Männer stammen oft aus den gleichen Dörfern, in denen sie auf Streife gehen. Sie sind deshalb gut aufgestellt für diesen lokalen Krieg, in dem die meisten Regierungsgegner in der Nähe ihrer eigenen Häuser kämpfen.

Gerade jetzt braucht die Regierung in Kabul jeden möglichen Schutzschild im Kampf gegen den wachsenden Aufstand. Ihre Sicherheitskräfte haben unter der Sommeroffensive der Taliban so stark wie nie zuvor gelitten, ebenso die Zivilbevölkerung.

Erstmals seit fast zehn Jahren sind in Afghanistan auch wichtige Großstädte bedroht.

Dadurch stecken die Sicherheitsbeamten in einem politischen Dilemma. Weil die Mittel für die Afghan Local Police 2018 auslaufen sollen,

**Es wird geschätzt,
dass nur ein Drittel der
ALP korrekt arbeitet**

müssen sie entscheiden, wie es mit den 29 000 Männern des Programms weitergehen soll. Wichtiger

noch: Um die ALP ist eine hitzige Debatte darüber entbrannt, ob diese losen Einheiten außerhalb ordentlicher Polizei- und Soldatenränge wirklich die richtigen Truppen zur Verteidigung sind.

Kein Gewinn für die Sicherheit

Bisher gewinnt das ALP-Programm in Kabul immer mehr Anhänger. Bei der nationalen Sicherheitsbehörde NDS, die auch der wichtigste Geheimdienst im Land ist und unter amerikanischer Anleitung arbeitet, scheint man die Aufstockung der ALP-Einheiten um 5000 Männer in mindestens sieben Provinzen voranzutreiben. Im offiziellen Plan der Regierung ist eine Aufstockung um insgesamt 15 000 weitere Kräfte vorgesehen, bevor die Truppen dann bis 2018 aufgelöst werden sollen. Weil die Regierung die in den härter werdenden Kämpfen verlorenen Einheiten ersetzen muss, nimmt die Afghan Local Police derzeit immer mehr illegale Milizen auf. Nach den bisherigen Erfahrungen mit der ALP wäre eine Aufrüstung mit Regierungsmilizen aber ein tragischer Fehler.

Einer unveröffentlichten Studie für die Joint Special Operations Uni-

versity zufolge kamen US-Offiziere, die Einsatzgebiete von ALP-Einheiten besucht hatten, zu dem Schluss, dass sie in den meisten Fällen kein Gewinn für die Sicherheit sind. „Etwa ein Drittel aller ALP-Einheiten verbessern die lokale Sicherheit, untergraben den Einfluss der Aufständischen und tragen zu einer besseren Regierungsführung bei“, heißt es in der Studie. „Ein weiteres Drittel schafft das nicht, kollaboriert möglicherweise heimlich mit dem Feind oder verübt Misshandlungen, die dem Feind nützen. Das letzte Drittel liegt irgendwo zwischen diesen beiden Gruppen.“

Die Einschätzung, dass ein Drittel der ALP korrekt arbeitet, ist zwar relativ grob, passt aber zu dem, was auch die International Crisis Group bei Recherchen in acht Provinzen beobachtet hat. Demnach verbessern ALP-Einheiten die Sicherheit dort, wo ihre Mitglieder aus den Dörfern rekrutiert werden können, die sie überwachen sollen und deren Bevölkerung sie respektieren. Solche idealen Bedingungen existieren in vielen Bezirken aber nicht. Als amerikanische Spezialkräfte 2010 begannen, ALP-Kräfte zu rekrutieren, mangelte es vielerorts an Freiwilligen. Sie mussten deshalb Milizionäre aus fremden Dörfern stationieren, und diese wurden nicht selten zu Marodeuren.

In der nördlichen Provinz Kunduz erzählte uns ein Lehrer, dass ALP-Mitglieder seinen Bruder und seinen zwölfjährigen Sohn getötet hätten. Leidenschaftlich argumentierte er für ein Ende des ALP-Programms. Wie viele Dorfbewohner empfängt auch er über sein Handy Nachrichten aus aller Welt. Es gebe nur wenige Länder,

sagte er, die von so schlecht ausgebildeten Männern kontrolliert würden. „Haben Sie Milizen in Ihrem Land?“, fragte er. „Nein, natürlich nicht.“

Ein Abzug ist nicht so einfach

Der Krieg in Afghanistan hat eine sich selbst erhaltende Dynamik entwickelt. Die Afghan Local Police ist eine Säule des Sicherheitsapparats, tätig in 29 von 34 Provinzen. Zehntausende ALP-Kämpfer kann man nicht einfach aus dem Kampfgebiet abziehen, ohne dass ein Sicherheitsvakuum entsteht. Und wenn sie keinen Lohn mehr bekommen, ist das für ihr Verhalten gewiss nicht förderlich. Viele ALP-Kämpfer wissen, dass ihr Gehalt nicht für Jahre gesichert ist, und sie denken daher schon jetzt über alternative Überlebensstrategien nach – beispielsweise als Banditen oder Aufständische.

Der Krieg in Afghanistan hat viele Dimensionen: Nicht nur politische Motive, auch Feindschaften zwischen Einzelnen, Familien, Stämmen und Ethnien spielen hinein, und die hören nicht einfach auf, wenn die Regierung ihren Kampfauftrag zurückzieht. Wenn man nun ALP-Kämpfer entwaffnet, die vorher im Dienst der USA gegen die Taliban gekämpft haben, setzt man sie damit erhöhter Gefahr aus. Regierungsbeamte, die in abgelegenen Regionen gefährliche Aufgaben übernommen haben, könnten dazu nicht mehr bereit sein, wenn sie in Zukunft von weniger Männern beschützt werden.

„Ich weiß, dass man in Kabul darüber spricht, die ALP einzustellen“, sagte uns der Gouverneur einer Provinz, während er mit der Hand auf den Stacheldraht um sein Grundstück deutete. „Aber man muss verstehen: Ohne diese Burschen würden die Taliban über diese Mauer klettern und mir den Kopf abschneiden.“

Mit vermehrten Taliban-Angriffen wächst auch der Druck auf die Regierung, ihre Truppen zu verstärken. Es wäre dennoch ein großer Fehler, das ALP-Programm auszuweiten oder Sicherheitslücken mit noch mehr Regierungsmilizen zu stopfen. ALP-Einheiten, die der Sicherheit schaden, müssen in ein Programm behutsamer Demilitarisierung überführt werden. Alle anderen Einheiten müssen besser beaufsichtigt werden und eine reformierte Beschwerdeinstanz bekommen. Milizen aufzustellen ist einfacher, als sie aufzulösen oder sie in verantwortungsbewusste Sicherheitskräfte umzuwandeln. Die schwierigste Aufgabe des ALP-Programms steht noch bevor.

Angesichts der Taliban-Angriffe gerät die Regierung unter Druck



Graeme Smith
ist Senior Afghanistan Analyst der International Crisis Group. Er ist Autor des Buches „The Dogs Are Eating Them Now: Our War In Afghanistan“.

Die Crisis Group hat am 4. Juni 2015 einen Bericht zur Zukunft der Afghan Local Police herausgebracht, <http://www.crisisgroup.org/en/regions/asia/south-asia/afghanistan/268-the-future-of-the-afghan-local-police.aspx>

Lehren aus Afghanistan

Der Krieg am Hindukusch hat die westliche Sicherheitspolitik verändert

Ist „Nie Wieder!“ die wichtigste Lektion, die westliche Nationen aus dem Einsatz in Afghanistan gelernt haben? Wie durchgängig ist die „Interventionsmüdigkeit“, welche Folgen hätte sie für die NATO und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU? Einschätzungen aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Dänemark und Kanada.



Subsidiäre Ertüchtigung

Auslandseinsätze zu verweigern wäre gefährlich

Markus Kaim | Die deutsche Politik hat mittlerweile mehr als 20 Jahre Erfahrung mit Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Die abgeschlossenen und laufenden Missionen haben dabei sehr unterschiedliche Aufgaben umfasst: von der Reform des Sicherheitssektors in der Demokratischen Republik Kongo über die Pirateriebekämpfung im Indischen Ozean bis hin zur Unterstützung der afghanischen Regierung bei der Gewährleistung von Sicherheit und der Bekämpfung von Aufständischen, um nur einige wenige Beispiele zu nennen. Trafen die veränderten Anforderungen der Weltpolitik die „alte“ Bundesrepublik zu Beginn der neunziger Jahre noch recht unvermittelt, entwickelte sich im darauffolgenden Jahrzehnt in der politischen Elite eine wachsende Bereitschaft, sich an internationalen Einsätzen von NATO, der Europäischen Union oder Vereinten Nationen zu beteiligen.¹ Diese Bereitschaft speiste sich nicht zuletzt aus der Zuversicht, dass die internationale Gemeinschaft mit solchen Einsätzen nicht nur kurzfristig militärisch, sondern mittel- und langfristig auch politisch erfolg-

¹ Vgl. Michael Epkenhans: Das Ende der Geschichte? Der Wandel deutscher Politik und Gesellschaft im Hinblick auf die Anwendung militärischer Gewalt, in: Bernhard Chiari (Hrsg.): Auftrag Auslandseinsatz. Neueste Militärgeschichte an der Schnittstelle von Geschichtswissenschaft, Politik, Öffentlichkeit und Streitkräften, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamts, Freiburg 2012, S. 55–62.

reich sein könne. Die beiden heute noch größten Einsätze der Bundeswehr in Afghanistan und im Kosovo reichen in diese Phase zurück.

Jedoch: Die Phase der neunziger und 2000er Jahre, als politische Klasse und Öffentlichkeit mit breiter Mehrheit hinter Auslandseinsätzen standen, ist vorbei. Sie ist einer Interventionsmüdigkeit gewichen, die vor allem die Frage betrifft, welche Ziele multilaterale Militäreinsätze dauerhaft erreichen können. Häufig sind diese kurzfristig militärisch oder zumindest im Sinne des Mandats von UN-Sicherheitsrat bzw. Bundestag ein Erfolg. Ob die angestrebten Ordnungsvorstellungen jedoch auch mittel- und langfristig realisiert werden können, steht auf einem ganz anderen Blatt. Das Ergebnis waren bzw. sind Auslandseinsätze, die scheinbar kein Ende nehmen, und Einsätze, die bereits kurze Zeit nach ihrem Abschluss als politisch fragwürdig oder erfolglos bewertet werden müssen.

Die Sicherheitslage in Afghanistan hat sich seit 2014 verschlechtert

Bei der ISAF-Mission in Afghanistan ist diese Diskrepanz besonders deutlich: Im Sinne des UN-Mandats hat die NATO mit der Ausbildung von 350 000 afghanischen Soldaten und Polizisten sowie der Übergabe der Sicherheitsverantwortung an diese die Operation erfolgreich abgeschlossen. Aufgrund anderer Faktoren, die die NATO kaum oder gar nicht beeinflussen kann – wie Korruption, ethnische Spannungen und mangelndes Vertrauen in die Institutionen –, ist Afghanistan aber weit davon entfernt, ein sicheres, politisch stabiles und wirtschaftlich prosperierendes Gemeinwesen zu sein. Die erzielten Erfolge der NATO drohen sogar wieder zu erodieren. So verschlechtert sich die Sicherheitslage im Land seit Ende 2014, dem Abschluss der ISAF-Mission, wieder erheblich.²

Dieser Eindruck der Vergeblichkeit ist sicherlich einer der Faktoren, die in der deutschen öffentlichen Meinung dazu geführt haben, dass große, multidimensionale Stabilisierungseinsätze kaum noch Unterstützung finden. Die im Mai 2014 veröffentlichten Ergebnisse einer Umfrage im Auftrag der Körber-Stiftung illustrieren eine gravierende Prioritätenverschiebung: „Eine deutliche Mehrheit von 82 Prozent der Befragten plädiert dafür, militärische Einsätze der Bundeswehr zu reduzieren. Diese Ablehnung ist in allen Altersgruppen, Bildungsschichten und Parteipräferenzen gleichmäßig und unabhängig von einer Herkunft aus West- oder Ostdeutschland. [...] Den Einsatz deutscher Truppen würden die Befragten nur gutheißen, wenn Frieden und Sicherheit in Europa direkt bedroht sind, für humanitäre Zwecke, bei einer direkten Bedrohung von Verbündeten, um sich an einer beschlossenen friedenserhaltenden Maßnahme zu beteiligen und um einen Genozid und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen zu verhindern.“

Hinzu kommen die Auswirkungen der europäischen Finanz- und Schuldenkrise, die die Prioritäten der deutschen Politik verschoben haben. Dies heißt nicht zwingend, dass keine Situation vorstellbar wäre, in der die Bundesregierung die innenpolitische Beschränkung überwinden könnte, die von der öffent-

² Vgl. dazu die Quartalsberichte der United Nations Assistance Mission in Afghanistan: <http://unama.unmissions.org/Default.aspx?tabid = 12263&language = en-US>

Sind große Einsätze teuer, wirkungslos und damit ersetzlich?

lichen Meinung ausgeht. Sie muss sich aber gewahr sein, dass dies erheblichen politischen Kapitals bedarf. In welchem Maße die Bundesregierung die öffentliche Meinung in der Frage von Auslandseinsätzen berücksichtigt, wurde im Juni 2014 auf einer Konferenz in Berlin deutlich, in deren Verlauf Christoph Heusgen, der sicherheitspolitische Berater der Bundeskanzlerin, auf die prinzipiellen Vorbehalte der deutschen Öffentlichkeit verwies: „Die Akzeptanz in der deutschen Bevölkerung ist nicht so, dass wir uns in absehbarer Zeit erneut an einer Mission im Umfang des Afghanistan-Einsatzes beteiligen werden.“³

Angesichts dieser Rahmenbedingungen wird es auf absehbare Zeit wohl keine Mehrheiten für weitere große Auslandseinsätze geben, die als teuer, wirkungslos und daher verzichtbar wahrgenommen werden. Das Ergebnis werden weniger und kleinere Auslandseinsätze der EU, der NATO und der Vereinten Nationen unter Beteiligung der Bundeswehr sein. Vor allem wird sich ihre Funktion ändern: Zielten frühere Missionen auf die grundlegende Umgestaltung einer staatlichen Ordnung nach dem Ende eines Konflikts, z.B. in Afghanistan, wird es nunmehr vorwiegend um Einsätze gehen, die im Sinne der Subsidiarität einzelne Regierungen bzw. Regionalorganisationen befähigen sollen, sicherheitspolitische Herausforderungen selbständig zu bewältigen und im Sinne der UN-Charta Frieden und internationale Sicherheit zu gewährleisten. Besonders im Falle von EU-Missionen ist bereits die Schwerpunktverlagerung von einem „Sicherheitsanbieter“ hin zu einem „Sicherheitsberater“ unverkennbar.⁴ In diesem Sinne weisen die deutsche Beteiligung an den EU-Trainingsmissionen für Somalia und Mali sowie die Ausbildungsunterstützung im Irak den Weg für die kommenden Jahre. In die öffentliche Debatte hat dies unter der Überschrift „Ertüchtigungsstrategie“ Einzug gehalten.

Auslandseinsätze der Bundeswehr haben in den vergangenen 20 Jahren erhebliche Veränderungen bewirkt: Kurzfristig konnte Deutschland Beiträge zum internationalen Krisenmanagement in spezifischen Konflikten leisten. Zusammen mit Partnern gelang es Berlin dabei, Krisen einzuhegen und manche dauerhaften politischen Regelungen zu erreichen. Die Erfahrungen, die die Bundeswehr in Einsätzen gesammelt hat, wirkten als Leitfaden in ihrem Transformationsprozess sowie ihrer Ausrüstungsplanung und -beschaffung. Die Anforderungen haben die Bundesregierung dazu veranlasst, die Bundeswehr in eine „Armee im Einsatz“ umzubauen.⁵

Langfristig haben die Auslandseinsätze es Deutschland ermöglicht, den Zusammenhalt der euro-atlantischen Sicherheitsinstitutionen zu stärken, denn

³ Zitiert in: Marc Brost, Andrea Böhm, Peter Dausend, Matthias Geis und Kerstin Kohlberg: *Deutsch, aber unpünktlich*, Die Zeit, 1.10.2014, S. 2.

⁴ Vgl. dazu ausführlich Daniel Göler: *Zwischen security provider und security consultant. Veränderungen im Leitbild der strategischen Kultur der Europäischen Union*, Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, 7 (2014) 3, S. 323–342.

⁵ Vgl. Rudolf J. Schlaffer: *Die Bundeswehr auf dem Weg zur „Armee im Einsatz“*, in: Bernhard Chiari, a.a.O. (Anm. 1), S. 247–257.

letztlich halten sie NATO und GSVP politisch zusammen: Die beteiligten Regierungen bekräftigen, dass sie die sicherheitspolitische Lage weiter ähnlich beurteilen, und versichern einander ihre politische Verlässlichkeit.

Der Trend zu weniger und kleineren Auslandseinsätzen dürfte zur Folge haben, dass das deutsche sicherheitspolitische Gestaltungsvermögen schrumpft. Aller Voraussicht nach wird deutsche Sicherheitspolitik auch künftig mit Konflikten in der euro-atlantischen Peripherie konfrontiert werden, welche die internationale Sicherheit und möglicherweise die Sicherheit Deutschlands bedrohen. Nicht für alle dieser möglichen Konflikte ist militärisches Krisenmanagement ein geeignetes oder gar bevorzugtes Instrument.⁶ Doch ohne die Befähigung und den prinzipiellen politischen Willen zu einem Auslandseinsatz der Bundeswehr wird die deutsche Politik eine Fähigkeit verlieren, die für das Krisenmanagement auch in Zukunft notwendig sein wird. Gewiss ist es eine politische Option, sich aus diesem Politikfeld zurückzuziehen. Die (Mit-)Führungsrolle jedoch, die Berlin bei der Bewältigung der europäischen Finanz- und Schuldenkrise zugewachsen ist, fordern die Verbündeten nunmehr auch in anderen außenpolitischen Feldern. Angesichts dessen erscheint es zumindest fraglich, ob ein deutscher Rückzug realistisch ist und ob dafür nicht ein hoher politischer Preis zu zahlen sein würde.

Im Hinblick auf die Transformation der Bundeswehr sind die Folgen auf den ersten Blick weniger offensichtlich, aber dennoch nicht weniger gravierend. Sie verlöre nicht nur einen ihrer beiden Legitimationspfeiler (neben der Bündnis- und Landesverteidigung), sondern zudem den zentralen Referenzpunkt ihres Transformationsprozesses hin zu einer „Armee im Einsatz“. Auch die sich daraus ergebende Einteilung in Eingreif-, Stabilisierungs- und Unterstützungskräfte könnte nur noch begrenzt als Planungsgrundlage dienen. Außerdem würde es ohne Einsätze immer schwieriger, die Interoperabilität deutscher Streitkräfte auf Dauer sicherzustellen, also die Fähigkeit zu Operationen in multinationalen Verbänden.

Was den politischen Zusammenhalt anbelangt, so ist bereits zu erkennen, dass dieser infolge der Tendenz zu weniger und kleineren Einsätzen ausgehöhlt wird. Bei den jüngsten NATO- oder EU-geführten Operationen handelt es sich zumeist um „Koalitionen der Willigen“. Die militärische Beteiligung wird also schon heute nicht mehr als zwingend notwendiger Ausweis transatlantischer oder europäischer Solidarität gefordert. Für die deutsche Politik wird es damit immer leichter und verführerischer, sich Auslandseinsätzen zu verweigern – auf Kosten von innerem Zusammenhalt und Effektivität eingeführter Institutionen der deutschen Sicherheitspolitik.

Der Umbau der Bundeswehr verlöre seinen Referenzpunkt

PD Dr. habil. Markus Kaim leitet die Forschungsgruppe Sicherheitspolitik bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin.

⁶ Vgl. Matthias Dembinski: Grenzen militärischen Konfliktmanagements, in: Bernhard Chiari, a.a.O. (Anm. 1), S. 111–121.



Die französische Ausnahme

Der autonome Einsatz hat Paris' Strategie nur modifiziert

Guillaume de Rougé | Wer danach fragt, welche strategischen und politischen Lehren Frankreich aus dem Afghanistan-Einsatz gezogen hat, sollte sich die jüngsten Entscheidungen von Präsident François Hollande näher anschauen: Kurz nach seinem Wahlsieg im Mai 2012 machte er sein Wahlversprechen wahr und zog französische Truppen von den ISAF-Operationen in Afghanistan ab, um gleichzeitig zu versprechen, Frankreich werde dem Land fortan „auf andere Weise“ helfen. Schließlich wurde der für Dezember 2012 angekündigte Abzug Ende 2014 vollzogen – womit er mit dem Abschluss der ISAF-Mission zusammenfiel, an die sich nun die „Resolute Support Mission“ (RSM) anknüpft, bestehend aus 12 000 Soldaten, die afghanische Verbände „ausbilden, beraten und unterstützen“ sollen. Zwar ist Frankreich an der RSM nicht beteiligt, trägt aber 11 Prozent der Kosten und unterstützt Afghanistan im Rahmen eines bilateralen Freundschafts- und Kooperationsabkommens unter anderem mit taktischem Training und Französisch-Sprachkursen.

Die RSM soll im Dezember 2016 auslaufen (zu dem Zeitpunkt sollen auch alle US-Soldaten das Land verlassen haben), doch werden in den USA und innerhalb der NATO bereits Stimmen laut, die sich angesichts der Tatsache, dass Anzeichen für eine Besserung der Lage in Afghanistan ausbleiben, für eine Verlängerung stark machen. Die Zukunft wird zeigen, ob die „Kriegsmüdigkeit“ unter den Verbündeten reversibel ist. Während noch alles im Fluss ist, hätte sich Frankreich – sehr pragmatisch – auch für eine symbolische Teilnahme auf dem niedrigstmöglichen Niveau entscheiden können, mit ein paar Ausbildern und Verbindungsoffizieren zum Beispiel unterhalb der britischen Beteiligung von 389 Soldaten. Doch eine Reihe von Faktoren haben Hollande an seinem Versprechen festhalten und die politischen Kosten in Kauf nehmen lassen – was in direkter Verbindung mit den strategischen Lektionen steht, die Frankreich seit 2001 in Afghanistan gelernt hat.

Militärisch war Frankreich am Hindukusch von Anfang an dabei – mit Spezialkräften schon im Oktober 2001 an der Seite amerikanischer und britischer Spezialeinheiten. Ab Januar 2002 griffen französische Soldaten auch in Kämpfe am Boden ein; mit über 4000 Soldaten erreichte der Kampfeinsatz 2011 seinen Höhepunkt (zu dem Zeitpunkt war Paris viertgrößter Truppensteller), 89 Tote hatte Frankreich am Ende zu beklagen. Neben Solidarität mit den Vereinigten Staaten nach dem 11. September und der Atlantischen Allianz zu üben, ging es für Paris darum, als ständiges Sicherheitsratsmitglied im weltweiten Kampf gegen Terrorismus und religiösen Extremismus Flagge zu zeigen. Zugleich – und das dürfte niemanden überrascht haben, der mit den französischen Militärtraditionen seit 1945 vertraut ist – zeichnete sich das französische Engagement durch viel Autonomie und dem Verlangen nach Handlungsfreiheit aus, was von Anfang an zu einer gewissen Distanz zu den Amerikanern führte,

obwohl diese erstmals im CENTCOM-Hauptquartier in Tampa, Florida, von wo aus der Afghanistan-Krieg hauptsächlich geplant wurde, einen französischen Verbindungsoffizier zuließen.

Französische Skepsis speiste sich bald aus der Wahrnehmung eines immer stärker ausgeprägten US-Unilateralismus und erratischer Entscheidungsprozesse – zumal schnell klar wurde, dass der amerikanische Mix von Doktrinen keine realistische Exit-Strategie aus dem „Friedhof der Großreiche“ aufzeigte und die Beteiligten stattdessen in eine komplexe Gleichung hinein- zog, an der Pakistan und Indien, aber auch China, Russland und die wichtigsten Mächte des Mittleren Ostens – Saudi-Arabien und der Iran – beteiligt waren. Der 2003 begonnene Irak-Krieg lenkte dann alle Aufmerksamkeit vom Hindu- kusch weg – mit Folgen, an denen die seit 2006/07 betriebene Refokussierung auf das Land und die spätere Truppenaufstockung („surge“) nichts mehr ändern konnten. Die wachsende Skepsis französischer Entscheidungsträger über die Jahre hinweg spiegelte sich dabei in der stetig sinkenden öffentlichen Unterstützung für den Krieg wider; ein Teufelskreis entstand.

Als Teil von Nicolas Sarkozys Politik der Annäherung an die Vereinigten Staaten 2007/08 entschied sich Paris zu einer deutlichen Aufstockung seines ISAF-Kontingents – ein Schritt, der mit einer beispiellosen Informationskam- pagne einherging, um der Tatsache zu begegnen, dass die französische Öffent- lichkeit zu dem Zeitpunkt kaum etwas über die Mission wusste – und auch, um die Kluft zwischen dem Zivilen und dem Militärischen zu überwinden. Doch diese Bemühungen wurden weitgehend von einem einzigen Ereignis, dem Hin- terhalt vom Uzbun-Tal im August 2008, zunichte gemacht.

Wie so oft bei westlichen Interventionen nach Ende des Kalten Krieges un- terstrichen die Verluste den Mangel an Fortschritten auf operativer wie strate- gischer Ebene. Acht Tote und 23 Verwundete (davon zwei afghanische Solda- ten) waren nicht unbedeutend, doch leider keine Ausnahme in Afghanistan. In der Folge zahlte die französische Regierung den Preis dafür, Öffentlichkeit und Parlament lange unzureichend informiert zu haben. Die französischen Verbän- de hatten im Surobi-Distrikt, der zur Provinz Kabul gehört, gerade die Italiener abgelöst, die Gegend galt als friedlich. Gilles Dorronsoro, ein französischer Wissenschaftler, der damals Fellow bei der Carnegie Foundation in Washington war, begann öffentlich in zahlreichen Meinungsbeiträgen zu warnen, dass die „ruhigsten“ Gebiete jene waren, die die ISAF erst gar nicht erobert hatte und bereits wieder unter Taliban-Kontrolle standen.

In der letzten Phase ab 2010 begann Paris, in tiefer Sorge über ein drohendes komplettes Fiasko, eine aktivere Rolle zu spielen und setzte darauf, dass das Militär durch die „Sicherung“ zentraler Gebiete und Institutionen einer politi- schen Lösung den Weg bereitete. Im Dezember 2012 war es Gastgeber der dis- kreten innerafghanischen „Chantilly-Gespräche“, die einen „Versöhnungspro- zess“ in Gang bringen sollten. So lobenswert diese Bemühungen waren, sie blieben doch weitgehend unbekannt und ohne Verbindung zum militärischen Engagement.

Der Doktrinen-Mix der USA bot keine realistische Exit-Strategie

Die Zustimmungsraten für die Intervention in Afghanistan sank in Meinungsumfragen stetig – ein Paradox, denn in der Regel werden französische Auslandseinsätze seit Ende des Kalten Krieges von stärkerer öffentlicher Unterstützung begleitet, als das in den meisten europäischen Partnerländern üblich ist. Wie sich bereits herausgestellt hat, war der Afghanistan-Einsatz in dieser Hinsicht tatsächlich eine Ausnahme; das jüngste Eingreifen in afrikanischen Staaten war wieder ein „Rückkehr zur Normalität“, soweit es den Rückhalt in der Bevölkerung betraf.

Wie steht es aber schließlich mit Lehren auf strategisch-operativer Ebene, beispielsweise im Rahmen der Zusammenarbeit von NATO und EU, auch angesichts neuer Herausforderungen östlich (Russland) und der Instabilität süd-

**An der Ambivalenz des
NATO-EU-Verhältnisses
hat sich nichts geändert**

lich von Europa? Es bleibt weiterhin viel zu tun, um die Interoperabilität zwischen den Verbündeten zu verbessern, moderne, einsatzfähige Verbände aufzustellen und eine stärkere europäische Verteidigungsindustrie zu entwickeln, ebenso eine fairere Lastenverteilung, transatlantisch wie innerhalb Europas. In diesen Bereichen diente der Afgha-

nistan-Krieg keineswegs als Initialzündung für neue Formen institutionalisierter Zusammenarbeit, weder zwischen Ländern noch zwischen NATO und EU. Auf die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik hatte er ebenfalls keinen Einfluss. Im NATO-Rahmen hat der Einsatz zu einer Allianz mehrerer Ebenen geführt, dank der anarchischen Entwicklung von Partnerschaften. Schließlich hat der Afghanistan-Krieg auch an der Ambivalenz des NATO-EU-Verhältnisses nichts geändert; keine Seite war bereit, der anderen im zivilen Bereich das Feld zu überlassen.

Hinzu kommt: Die Russland-Ukraine-Krise hat jedwede Lehren aus dem Afghanistan-Krieg fürs Erste beiseite geschoben; militärisches Denken konzentriert sich derzeit auf die breitere Perspektive einer Eskalation mit Russland. Dagegen bietet der „Bogen der Instabilität“ im Süden viele Anknüpfungspunkte zu den Erfahrungen in Afghanistan, wobei die Libyen-Operation von 2011 offensichtlich eine Ausnahme beziehungsweise das Gegenbeispiel ist. Die US-Strategie eines „leading from behind“ war dem amerikanischen Post-Irak-und-Afghanistan-Syndrom eines „Kein Einsatz am Boden – niemals mehr!“ geschuldet. Heute zahlen wir den Preis dafür, dass die Vereinigten Staaten zögerten, auch mit Landstreitkräften zu intervenieren, und müssen mit einem verfallenden Staatsgebilde an der Nahtstelle zwischen Sahel-Zone und Nahem Osten fertig werden. Weltweit betrachtet gibt es aber keine einstimmige Ablehnung des Erbes des Afghanistan-Krieges, im Unterschied zur Epoche nach dem Vietnam-Krieg. Angesichts der Tatsache, dass „unkonventionelle Herausforderungen“ in der südlichen Krisenzone nicht weniger werden dürften, zeichnet sich seit 2011 ein Mittelweg-Konzept des „leichten Fußabdrucks“ ab, basierend auf dem Einsatz von Drohnen, Spezialkräften, Cyberaktivitäten und dem Aufbau von Partnern vor Ort.

Paris hat gewissermaßen eine Mittelstrategie entwickelt, die zwischen einem „leichten Fußabdruck“ und klassischen Luft-Boden-Operationen ange-

Bild nur in Printausgabe verfügbar

siedelt ist, und geht mit seinen Afrika-Einsätzen (Mali, Sahel, Zentralafrikanische Republik) eigene Wege. Dass Frankreich dabei auf postkoloniale Strukturen zurückgreifen kann, setzt dem Vergleich mit der Intervention in Afghanistan natürlich Grenzen. Nichtsdestotrotz ist es Frankreich gelungen, nach anfänglich rein nationalem Vorgehen die Einsätze multinational einzubetten, zumal ja Paris nicht nur nationale, sondern auch Interessen von EU und NATO an der Südflanke verteidigt. In diesen multinationalen Kooperationen hat Frankreich erfolgreich einige in Afghanistan erprobte Fähigkeits- und Einsatzkonzepte angewandt, ob bei der Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten – sehr eng bei „Intelligence, Surveillance and Reconnaissance“ (ISR)-Aufklärungsmissionen – oder in einem Rahmen mit EU, Afrikanischer Union und UN, wo der Schwerpunkt auf Beratung und Ausbildung liegt.

Die französische Strategie zeigt, dass das Erbe des Afghanistan-Krieges westliche Ambitionen des „Nationbuilding“ nicht komplett begraben hat. Wobei: Hätte sich Frankreich vorbehaltlos in Afghanistan gemäß seines internationalen Ranges beteiligt, hätte es solche Operationen danach wohl nicht mehr geplant und ausgeführt. Und man muss hinzufügen, dass Frankreich seit dem Eingreifen in der Zentralafrikanischen Republik Ende 2013 Gefahr läuft, sich zu überdehnen – erst recht, seit 2014 die Herausforderungen durch Russland und dem „Islamischen Staat“ auf den Plan getreten sind, ebenso die *Charlie-Hebdo*-Terroranschläge vom Januar 2015. Letztere haben Frankreichs Verteidigungsapparat zusätzlich unter Druck gesetzt – und die Regierung bewogen, geplante Einschnitte im Verteidigungshaushalt hintanzustellen.

Auf längere Sicht betrachtet wird das westliche Scheitern in Afghanistan sicher große negative, wenn auch indirekte Auswirkungen auf Frankreich und die EU haben – zumindest in dem Sinne, dass es ihren relativen Bedeutungs-

verlust für die Region beschleunigt; und die Vereinigten Staaten dürften ihre Glaubwürdigkeit dort so bald kaum zurückgewinnen. Der Abzug westlicher Truppen wird abermals ein Sicherheitsvakuum in Zentralasien schaffen und Pakistan und Indien ermutigen, ihre Machtspiele der achtziger und neunziger Jahre neu aufzulegen, während Russland versuchen dürfte, seinen Einfluss auf ehemalige Sowjetrepubliken zurückzugewinnen, und China seine Schachfiguren auf der „Neuen Seidenstraße“ entlang schiebt und sich Hebel- und Einflussmöglichkeiten durch Verbindungen zu Russland, Indien, Pakistan und den Mächten des Mittleren Ostens verschafft. Kurz: Das Große Spiel in Zentralasien wird weitergehen – und Europa dort eine noch kleinere Rolle spielen.

Dr. Guillaume de Rougé arbeitet als Politikberater im französischen Verteidigungsministerium und lehrt an der Universität Paris III Sorbonne Nouvelle.



Die Fallstricke des „Sofa-Kabinetts“

Die Mission litt unter einem Mangel an strategischer Führung

Ben Barry | Als die britische Armee Ende 2001 nach Afghanistan ging, hatte sie ein Vierteljahrhundert an Erfolgen vorzuweisen, sei es in Nordirland, Simbabwe, den Falkland-Inseln, im ersten Irak-Krieg („Desert Storm“), in Bosnien, im Kosovo, auf Ost-Timor und in Sierra Leone. All diese Operationen waren von Parlament, Öffentlichkeit und den Medien unterstützt worden. Es gab bemerkenswert geringe Verluste. Viele Aspekte der Operationen waren anspruchsvoll, doch war der Gegner meist von geringerer militärischer Qualität, oft unwillig, die Konfrontation zu suchen, und ohnehin überwältigt von den Waffen und der verknüpften Kriegführung, auf die Großbritannien und seine Verbündeten zurückgreifen konnten. Vor diesem Hintergrund war der Krieg gegen Feinde, die westliche Werte ablehnen und zum Kämpfen und Sterben bereit sind, ein strategischer Schock. Die britische Armee stand vor weit größeren Herausforderungen als erwartet. Es kam zu schweren Kämpfen; die meisten Soldaten und Offiziere schlugen sich dabei gut, oft hervorragend.

Viele ISAF-Nationen erfuhren ähnliche Schocks. Diejenigen, die zusätzlich Truppen für die US-geführte „Operation Iraqi Freedom“ abstellten, waren doppelt belastet. Das Vereinigte Königreich stand nicht nur vor der Schwierigkeit, Streitkräfte in zwei verschiedenen Operationszonen zu unterhalten, sondern auch, dass die Unpopularität des Irak-Krieges die Wahrnehmung der Operationen in Afghanistan beeinträchtigte. Diese Faktoren stellten Regierung, Verteidigungsministerium und Armee auf die Probe. Alle reagierten zu langsam – insgesamt waren die Briten in Afghanistan nicht so effektiv, wie sie hätten sein können.

Britische Flugzeuge und Spezialeinheiten waren schon 2001 an den US-Operationen zur Vertreibung des Taliban-Regimes beteiligt. Anfang 2002 griff

auch ein Kommando der Royal Marines kurzzeitig in die Kämpfe ein; doch davon abgesehen unterstützten lediglich ein paar hundert britische Soldaten die ISAF-Präsenz in Kabul, bevor sie nach Mazar-e-Sharif verlegt wurden, um dort das „Provincial Reconstruction Team“ (PRT) aufzubauen. Zum Abschluss der Ausweitung der Truppenpräsenz auf das gesamte Land übernahm Großbritannien 2006 zeitweise das ISAF-Kommando und stellte zusammen mit den USA, Kanada und den Niederlanden die Truppen für die Stationierungen im Süden. In der Provinz Helmand wurde Großbritannien Führungsnation, traf dort aber auf unerwarteten Widerstand und musste den Plan für eine „Tintenklecks“-artige Ausweitung von Stabilisierung und Wiederaufbau angesichts schwerer Kämpfe aufgeben.

Die Aufstockung der britischen Truppen von 3000 auf 10 500 Mann nahm vier Jahre in Anspruch, da dies von der Reduzierung der Präsenz im Irak abhing. Dies stellte sich oft als problematisch heraus: Während es den Briten in der Regel gelang, Gegenden zu erobern, fehlte es an Mannschaftsstärke, diese danach auch zu halten, zumal es Zeit brauchte, die Zusammenarbeit mit anderen britischen und afghanischen Stellen zu entwickeln, um überhaupt etwas aufzubauen. Erst als sich die Briten 2009 aus dem Irak gänzlich zurückzogen und rund 20 000 amerikanische Marineinfanteristen zusätzlich in Helmand stationiert wurden, waren genügend Kapazitäten vorhanden, um Aufstandsbekämpfung in einer dicht bevölkerten Schlüsselregion Afghanistans zu betreiben.

Anfänglich war die britische Beteiligung am Sturz des Taliban-Regimes und der Stabilisierung Kabuls populär; die verhältnismäßig kleine britische Präsenz zwischen 2002 und 2006 erlitt wenig Verluste. Doch der Abstieg ins Chaos, den der Irak in dieser Zeit erlebte, und die Tatsache, dass keine irakischen Massenvernichtungswaffen gefunden wurden (womit die Regierung von Tony Blair den Krieg begründet hatte), untergruben dies.

Der Gang nach Helmand wurde gegenüber der Öffentlichkeit mit den Anschlägen vom 11. September und Drogenhandel auf britischen Straßen in Verbindung gebracht und zudem als unblutige Stabilisierungsmission verkauft. Die folgenden schweren Kämpfe, die immer wieder aufflammten, und die hohen Verluste machten den Einsatz schnell unpopulär. Armee, Verteidigungsministerium und Minister versuchten wacker, die Mission besser zu vermitteln, doch hatte dies nicht den erhofften Erfolg. Mit jedem neuen Verlust sank die öffentliche Unterstützung. Zugleich sorgten Bemühungen des damaligen Generalstabschefs General Sir Richard Dannatt und die Selbsthilfeinitiative „Help for Heroes“ für eine unerwartete Welle öffentlicher Anteilnahme für verwundete Veteranen und ihre Familien sowie ganz allgemein für Soldaten als Menschen, die einen undankbaren, schwierigen und gefährlichen Beruf ausüben. Das mag die Umfragewerte für das Ansehen der Streitkräfte in die Höhe getrieben haben. Aber ein Risiko liegt darin, dass Soldaten eher als Opfer denn als Helden betrachtet werden. Britische Offiziere sorgen sich derzeit, welche unvorhersehbaren Folgen dies für zukünftige Operationen haben könnte.

**Der Einsatz militärischer
Macht wird heute
skeptischer betrachtet**

Der neu geschaffene Nationale Sicherheitsrat leistet wertvolle Arbeit

Insgesamt hat die Unpopularität des Irak- wie des Afghanistan-Krieges zu größerer Skepsis geführt, was den Einsatz militärischer Macht angeht. Die Parlamentsdebatte vom August 2013 über Syrien mag sich dabei noch als wichtiger Meilenstein entpuppen. Eine knappe Mehrheit der Unterhausabgeordneten zeigte sich von dem Regierungsantrag nicht überzeugt, das Regime von Baschar al-Assad mit Militärschlägen von weiteren Giftgaseinsätzen abzuhalten. Wenngleich die britischen Streitkräfte in der Öffentlichkeit weiterhin sehr hohes Ansehen genießen, konstatierte der damalige Verteidigungsminister Philip Hammond nach der Abstimmungsniederlage „ein tiefes Misstrauen gegenüber militärischem Eingreifen im Mittleren Osten, das sich zum großen Teil aus der Irak-Erfahrung speist“. Es ist derzeit nicht abzuschätzen, wie lange diese „strategische Vorsicht“ anhalten wird.

Zudem entblößte der Einsatz in Afghanistan wie im Irak einige britische Schwächen, sowohl im Bereich Strategie als auch im Bereich Fähigkeiten; auch wurde deutlich, dass sich die Briten weniger schnell anpassen konnten, was den Hauptverbündeten USA skeptisch werden ließ und am Selbstbewusstsein des britischen Militärs kratzte. Seitdem hat sich London bemüht, seinen Status in den Augen Washingtons zurückzugewinnen, unter anderem durch die Unterstützung bei der Bekämpfung des „Islamischen Staates“.

Aus britischer Sicht unterstrich der Afghanistan-Krieg zudem den Wert der „Five-Eyes“-Geheimdienstzusammenarbeit mit den USA, Kanada, Australien und Neuseeland. Für NATO-Mitglieder, die diesem Club nicht angehören, ist diese Exklusivität manchmal unangenehm, aber daran dürfte sich bei zukünftigen NATO- oder Koalitionseinsätzen nichts ändern. Im Süden kooperierten die Briten mit vertrauten Partnern, darunter auch Dänen und Esten. Dass deren Regierungen ihren Soldaten keinerlei Einsatzbeschränkungen auferlegt hatten, war besonders willkommen, und London dürfte die Zusammenarbeit mit den Balten und Skandinavien weiter vertiefen. Bemerkenswerte Verbesserungen gab es bei der Interoperabilität der beteiligten Streitkräfte, insbesondere bei der taktischen Luftüberwachung und dem Unterhalt eines geheimen IT-Netzwerks für die Mission.

Auf strategischer Ebene rang Großbritannien – wie auch die USA – damit, Ziele, Wege und Mittel in Einklang zu bringen. So hatten taktische Erfolge oft keine operativen Auswirkungen. Es gab komplexe Fehlschläge und vielfache Beispiele suboptimaler Entscheidungsfindungen in Washington, London, beim CENTCOM, in Kabul und in Helmand. Nach dem Regimesturz entdeckten die britischen Kommandeure ein gewaltiges Defizit bei der zivil-militärischen Koordination in London und erlebten einen ganz offenkundigen Mangel an Führung; das Ausgreifen auf Helmand erfolgte mit zu wenig Mitteln, unter unzureichender Führung und mangelhafter Koordinierung: Das Bild, das sich abzeichnet, ist das eines unzureichenden Kriegsmanagements.

In einem vernichtenden Urteil sprach General Dannett später von einem „tiefgreifenden Mangel an Führung auf Seiten der Stellen, die für die Politik Großbritanniens und der Koalition insgesamt verantwortlich waren. Wir schei-

terten daran, uns ordentlich in einem einzigen, transparenten Befehlsstrang zu organisieren, was zur Folge hatte, dass die internen Auseinandersetzungen über Rollen, Ressourcen und Verantwortlichkeiten den gemeinsamen Effekt, den wir zu erreichen versuchten, in gefährlichem Maße beschädigte.“ Wenn gleich der britische Generalstab zu Recht über mangelnde Koordinierung in London frustriert war, so gingen auch manche mangelhafte Entscheidung und Umsetzung auf sein Konto.

In Sachen strategischer Führung gibt es aus dem Afghanistan-Krieg also viele Lehren zu ziehen. Im britischen Fall ist wohl die wichtigste, dass die vorliegenden Indizien – die unter anderem die unabhängige „Iraq Inquiry“ hervorgebracht haben – darauf hindeuten, dass die Premierminister Tony Blair und Gordon Brown wichtige Richtungsentscheidungen nicht trafen. Beide verzichteten auf die traditionellen, erprobten Mechanismen eines Kriegskabinetts, auf das sich Winston Churchill im Zweiten Weltkrieg und Margaret Thatcher während des Falkland-Krieges stützten. Blair und Browns strategische Führung war deshalb stärker ad hoc und weniger fokussiert, als es notwendig gewesen wäre.

Der Nationale Sicherheitsrat, den David Cameron bei seinem Amtsantritt 2010 eingerichtet hat, hat bereits Abhilfe geschaffen und beispielsweise bei der Erarbeitung einer Nationalen Sicherheitsstrategie (NSS) und der Strategic Defence and Security Review wertvolle strategische und koordinierende Arbeit geleistet. Offenbar arbeiten Verteidigungs-, Außen- und Entwicklungsministerium heute automatisch vernetzter zusammen; auch fungiert der Nationale Sicherheitsrat heute als erster Ansprechpartner des Geheimdienstgremiums Joint Intelligence Committee, was die Ausrichtung und das Setzen von Prioritäten bei der britischen Geheimdienstarbeit verbessert hat – ein großer Schritt vorwärts im Vergleich zum informellen „Sofa-Kabinetts“ der Blair- und Brown-Jahre.

Brigadier (ret.) Ben Barry ist Senior Fellow for Land Warfare beim International Institute for Strategic Studies (IISS) in London.



Der gute Krieg

Der Einsatz samt hoher Verluste hat Kopenhagen gestärkt

Peter Viggo Jakobsen | In den Jahren, in denen die dänische Armee in der süd-afghanischen Provinz Helmand – einer Hochburg der Taliban – stationiert war (2006 bis 2014), erlebte sie die schlimmsten Kämpfe seit der Niederlage gegen Preußen 1864 und mehr Verluste (43 Tote und 214 Verwundete) als in allen anderen Militäreinsätzen seit Ende des Zweiten Weltkriegs zusammengenommen. Auch die Kosten waren beispiellos: Ende 2014 beliefen sich die zivilen und militärischen Ausgaben auf etwa 2,68 Milliarden Euro. Doch obwohl einige dänische Politiker den Einsatz für einen Fehler halten und die Hälfte der

Bevölkerung der Meinung ist, er sei der finanziellen und menschlichen Kosten nicht wert gewesen, haben die enttäuschenden Ergebnisse der ISAF-Mission bislang keine große heimische Debatte ausgelöst und die dänische Außen- und Sicherheitspolitik so gut wie nicht verändert.

International wurde Dänemark für seinen Ein- satz viel Lob gezollt

Dänemark hat sich weiter an von großen NATO-Mitgliedern geführten Kampfeinsätzen beteiligt. 2011 warfen dänische F-16 988 „smarte“ Bomben über Libyen ab (11 Prozent der NATO-Abwürfe insgesamt), und Kopenhagen gehörte zu den wenigen, die dem Ruf des Weißen Hauses nach einer Bestrafung des syrischen Regimes per Luftschläge nach dessen Giftgaseinsatz im August 2013 folgte. Und bis Anfang Juni 2015 feuerten dänische Kampfflugzeuge als Teil der US-geführten Koalition 322 Stück „intelligenter“ Munition gegen den „Islamischen Staat“ ab.

Die heimische Unterstützung für solche Kampfeinsätze bleibt hoch. Alle im Parlament vertretenen Parteien und 80 Prozent der Bevölkerung unterstützten die Entscheidung, gegen das Regime Muammar al-Gaddafis in den Krieg zu ziehen. Auch der 2014 begonnene Kampf gegen den IS wird von einer großen Parlamentsmehrheit und 60 Prozent der Bevölkerung befürwortet.

Dass sich der Afghanistan-Krieg auf Dänemarks Außenpolitik so wenig ausgewirkt hat, liegt daran, dass man einen „guten Krieg“ geführt hat – nicht, um zu gewinnen, sondern um gerechte Anliegen (Terrorbekämpfung, Menschenrechte und Demokratie) und die richtigen Verbündeten (die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die NATO) zu unterstützen mit dem Ziel, daheim Stolz hervorzurufen und im Ausland Lob zu gewinnen. Aus dieser Perspektive betrachtet war der Afghanistan-Einsatz für Dänemark ein Erfolg.

Daheim sorgte die Regierung für breite politische Unterstützung für den Krieg, indem sie die Opposition in ausführliche Konsultationen einband. Dies sorgte bei allen Parteien für ein hohes Maß an (Mit-)Verantwortungsgefühl. Dass es gelang, einen solch breiten Konsens zu schaffen, lag vor allem an Dänemarks zivil-militärischer Strategie, die Diplomatie, humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und militärische Instrumente vereinigte. So konnten die Parteien jeweils den Aspekt betonen, der bei ihren Wählern am besten ankam. Und Dänemarks Politikern gelang es, ein Bild voller taktischer Erfolge zu zeichnen und die Wähler zu überzeugen, dass die Dänen in Afghanistan zum Guten beigetragen hätten, zum Beispiel, indem sie Tausenden Mädchen den Schulbesuch ermöglichten oder die Sicherheitslage und wirtschaftliche Situation in Gereshk, dem Zentrum seines Verantwortungsbereichs, verbesserten. Dieses Bild wurde von den Soldaten selbst bestätigt, die in den Medien starke Fürsprecher ihrer Mission waren.

Im Unterschied zu Deutschland, das für seinen Unwillen, in Kämpfe verwickelt zu werden, stark kritisiert wurde, wurde Dänemark viel Lob gezollt; die NATO und Washington hoben das Land als Vorbild hervor, weil es seine Truppen ohne Einsatzvorbehalte in den Kampf schickte und dabei die höchsten Pro-Kopf-Verluste aller ISAF-Verbündeten in Kauf nahm. Evaluierungsteams der NATO unterstrichen in mehreren Berichten die Qualität dänischer Solda-

ten, und dänische Diplomaten, Offiziere, Geheimdienstexperten und Minister sind überzeugt, dass der dänische Beitrag zum Afghanistan-Krieg das internationale Ansehen des Landes und seinen Einfluss innerhalb der Atlantischen Allianz gemehrt hat. Laut dänischem Verteidigungskommando behandeln die Vereinigten Staaten und Großbritannien Dänemark als privilegierten Verbündeten, dem leichter Zugang zu hochrangigen Entscheidungsträgern, Geheimdienstkenntnissen, Lehrgängen, Stellen und Gerät als den meisten anderen gewährt wird. Der zwischen 2011 und 2013 amtierende Verteidigungsminister Nick Hækkerup stellte zudem fest, dass Dänemark nun mehr Gewicht in NATO-Debatten eingeräumt werde; auch andere NATO-Mitglieder wüssten, dass die dänische Sicht der Dinge in Washington respektiert werde.

Die Afghanistan-Mission hat in Dänemark auch den Glauben untermauert, dass ein integrierter, zivil-militärischer Ansatz für die Schaffung eines dauerhaften Friedens in fragilen Staaten von zentraler Bedeutung ist. Der Akzent liegt heute stärker auf Prävention und Stabilisierung als auf tatsächlichem Kriegführen; aber die Vorstellung, dass es auf eine intelligente, vom jeweiligen Kontext abhängige Kombination ziviler und militärischer Mittel ankommt, um Voraussetzungen für tragfähige Friedenslösungen zu schaffen, steht außer Frage. Dänemark teilt die im Westen weit verbreitete Zurückhaltung, was einen neuerlichen, langfristigen Einsatz von Landstreitkräften angeht. Aber es lässt sich kaum vorstellen, dass Dänemark eine entsprechende Anfrage ablehnen würde, sofern die Vereinigten Staaten die Führung übernehmen. Die USA in der NATO zu halten, wird deshalb das wichtigste Element der dänischen Verteidigungspolitik bleiben. Dazu gehört, den Willen und die Fähigkeit zu erhalten, an US-geführten oder -gewünschten Militärinterventionen jenseits von Europa teilzunehmen. Das wird für Dänemark stets Priorität bleiben.

Dr. Peter Viggo Jakobsen ist Civilian Researcher am Institute for Strategy, Royal Danish Defence College.



„Nie wieder!“ – mit Einschränkungen

Der Kampf um Kandahar wird noch Generationen prägen

Stephen M. Saideman | Die Entscheidung, sich militärisch in einer der gefährlichsten Provinzen Afghanistans zu engagieren, hat Kanada nach den USA und Großbritannien die höchsten Verluste abverlangt. Nimmt man noch die enormen finanziellen Belastungen hinzu, so lautet die Lehre schlicht und einfach: „Nie wieder!“ Jedoch gilt das nur mit Einschränkungen; denn auch in Zukunft wird es wieder Situationen geben, in denen Kanada sich nicht wegducken darf. Welche Lektionen der Krieg darüber hinaus gelehrt hat, soll unter den Stichworten „Bescheidenheit“, „Misstrauen“, „Chancen“ und „Respekt“ ausgeführt werden.

**Von einem „Erfolg“
oder gar einem „Sieg“
kann keine Rede sein**

Bescheidenheit ist die erste Lehre, die Politiker ziehen müssen – und auch bereits gezogen haben. Denn der gewaltigen Bemühungen, des immensen Ressourcenaufwands und der hohen Priorität zum Trotz, die der Einsatz außenpolitisch genossen hat, wirkt das Ergebnis aus kanadischer Sicht äußerst dürftig. In Anbetracht der neuerlichen, unerfreulichen Entwicklungen in Kandahar, wo die Kanadier eingesetzt waren, und in Afghanistan insgesamt kann von einem „Erfolg“ oder gar einem „Sieg“ keine Rede sein. Kanada hat einige Jahre eine Hochburg der Taliban gehalten, aber diese Leistung scheint nicht von Dauer. Auch die Erfahrungen in Libyen und im Irak weisen darauf hin, dass die Erwartungen an westliche Interventionen heruntergeschraubt werden sollten. Dazu passt, dass beim Kampf gegen den IS von „niederringen“, nicht aber mehr von „besiegen“ die Rede ist.

Bescheidenheit nach Afghanistan bezieht sich aber nicht nur auf die Ziele, sondern auch auf die Mittel: So entsandte Kanada sechs Kampffjets sowie ein paar Tank- und Aufklärungsflugzeuge nach Libyen. Den französischen Einsatz in Mali unterstützte Ottawa lediglich mit einem Transportflugzeug. Im Kampf gegen den IS engagiert sich Kanada mit etwa 69 Soldaten der Spezialkräfte sowie der gleichen Anzahl an Flugzeugen, die auch in Libyen zum Einsatz kamen. „No boots on the ground“ ist heute genereller Leitsatz der NATO; Kanada hat bitter erfahren müssen, wie teuer, kräftezehrend und politisch unpopulär solche Einsätze sind.

Die zweite Folge der Afghanistan-Mission ist Misstrauen. Dieses richtete sich sowohl gegen die Verbündeten als auch gegen das kanadische Militär selbst. Politiker, Regierungsvertreter und Soldaten empfanden die Zusammenarbeit mit den Alliierten als so frustrierend, dass der Mythos entstand, die Kanadier hätten ganz allein in Kandahar gekämpft. Natürlich entsprach dies nicht der Wirklichkeit, doch ließen sich manche „lead nations“ wie Deutschland oder Italien nie in der kanadischen Einsatzzone blicken.

Sehr viel kritischer als bei vorangegangenen NATO-Einsätzen wurden auch die Einsatzvorbehalte mancher Truppensteller diskutiert, denn sie entschieden über Leben und Tod. Es ist daher kein Zufall, dass die zum Sparen gezwungene kanadische Regierung nach Kandahar vor allem die Finanzierung von NATO-Programmen wie AWACS zusammenstrich. Auch der Vorgabe, dass NATO-Mitglieder 2 Prozent des BIP für das Verteidigungsressort aufwenden sollen, fühlt Ottawa sich nicht länger verpflichtet. Premierminister Stephen Harper scheint ohnehin bilateralen Ad-hoc-Unternehmungen gegenüber aufgeschlossen zu sein: So beteiligt sich Kanada an der jüngsten NATO-Mission im Baltikum; es führt aber gleichzeitig auch Luftschläge gegen Syrien außerhalb der NATO-Strukturen, im Verbund mit den USA, durch.

Misstrauen richtete sich jedoch auch gegen die kanadischen Streitkräfte. Denn während deren öffentliche Wertschätzung im Laufe der Mission wuchs, veränderte sich die der Regierung erheblich. Die Konservativen wollten als Verbündete des Militärs wahrgenommen werden. Diese Nähe brachte sie aber spätestens dann in eine Zwickmühle, als sie immer häufiger öffentlichkeits-

wirksam in die Bresche springen mussten, wenn die tatsächlichen Entwicklungen in Afghanistan den stets optimistischeren Einschätzungen des Militärs zuwiderliefen. Zudem konnte die Regierung, deren Kontrollzwang bekannt ist, nicht all die Nachrichten kontrollieren, die aus Afghanistan kamen – bei 3000 eingesetzten Soldaten und sie begleitende „eingebettete“ Reporter. Dies erklärt wohl auch, warum Kanada seitdem vor allem an Einsätzen teilnimmt, die begrenzter und den Medien weniger zugänglich sind.

Die dritte Lehre lautet, dass Konflikte eine Chance für die konservative Regierung sind. Warum? Weil die oppositionelle Liberale Partei immer dann zu zerreißen droht, sobald über bewaffnete Einsätze entschieden wird. Als Partei der Mitte wirbt zwar sie um Stimmen von links wie von rechts, ihren Grundsatz des Multilateralismus will sie aber bewahrt wissen. Jede Abstimmung über die Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes verstärkte die innerparteilichen Fliehkräfte aufs Neue – so auch bei der Erteilung des Mandats für den Kampf gegen den IS. Harper gelang es, den Vorsitzenden der Liberalen Partei jedes Mal auszuromanövrieren, ob er nun Stephan Dion, Michael Ignatieff oder Justin Trudeau hieß. Tatsächlich gerät jede Stellungnahme Trudeaus, wie er im Falle einer internationalen Krise reagieren würde, zum Vorteil für die regierende konservative Partei.

Nun weiß die kanadische Gesellschaft, was ihr Militär leisten kann

Aber nicht alle Lehren aus Afghanistan sind negativ. So hat die Öffentlichkeit heute ein klares Bild von den Fähigkeiten ihrer Streitkräfte. Die Vorstellung, die Armee verteile bloß Süßigkeiten, gibt es nicht mehr. Vielmehr weiß die kanadische Gesellschaft nun, was ihr Militär zu leisten imstande ist und was nicht. Die Öffentlichkeit ist heutzutage nicht pazifistischer gesinnt als zu Beginn des Afghanistan-Einsatzes – das aktuelle Engagement gegen den IS wird breit unterstützt. Offensichtlich ist auch, dass einem Mandat, das nur gezielte Bombardierungen oder den Einsatz von Spezialkräften vorsieht, einfacher zuzustimmen sein wird als groß angelegten konventionellen Operationen zu Lande. Dies scheint die Lehre zu sein, die auch die meisten Demokratien aus dem Afghanistan-Einsatz gezogen haben.

Die kanadische Afghanistan-Erfahrung ist also kaum einzigartig: Jedes an der ISAF beteiligte Land konnte sehen, wo die Leistungsfähigkeit der NATO an ihre Grenzen stieß. Politiker aller NATO-Staaten lernten, wie schwierig das Regieren angesichts eines komplexen und sich stetig verschlimmernden Krieges sein kann, in dem das Militär sich grundsätzlich optimistischer gab als die Medien (man sollte sich übrigens einmal vorzustellen versuchen, wie über die Tage nach dem D-Day berichtet worden wäre, hätte es damals schon Twitter gegeben). Jeder NATO-Staat gewann aber auch ein reiferes und informierteres Bild seiner Streitkräfte. Die Kanadier, die Verantwortung in einer der gefährlichsten Provinzen Afghanistans trugen, werden an der Last dieser Mission aber länger tragen als die meisten, denn sie prägt gesellschaftliche und politische Vorstellungen auch der zukünftigen Generationen.

Prof. Stephen M. Saideman hat den Paterson Chair in International Affairs an der Carleton University in Ottawa inne.

Marktorientiert, sicher, nachhaltig

Die G7 kann und sollte aktiv zu einer globalen Energieordnung beitragen

Andreas Goldthau und Kirsten Westphal | **Von gestern und ohnehin nicht besonders durchsetzungsfähig? Von wegen. Als Club der reichsten Industrieländer ist die G7 durchaus in der Lage, eine Energieordnung voranzubringen, die dem Marktmodell gegenüber dem staatszentrierten Modell den Vorzug gibt. Das sorgt für Nachhaltigkeit, Sicherheit und ist geostrategisch klug.**

Oft ist die G7 als Club aus einer Zeit kritisiert worden, als die Welt noch dominiert war vom Westen und seinen globalen Institutionen. So auch im Vorfeld des diesjährigen Treffens der sieben wichtigsten Industrieländer in Elmau. Das neue Jahrtausend, so wird argumentiert, sei nun multipolar und nicht mehr hegemonial westlich; in jedem Fall sei die Welt nun deutlich „asiatischer“. Inklusivere Formate wie die G20, alternative Clubs wie die BRICS und neue internationale Finanzinstitutionen außerhalb westlicher Dominanz wie die Asiatische Entwicklungsbank spiegeln diesen Wandel bereits wider. Die G7, so die gängige These, habe in dieser neuen Welt keinen rechten Platz mehr. Als Institution und in ihren Antworten auf Fragen globaler Sicherheit sei sie ebenso überholt wie in ihrer Reichweite eingeschränkt.

Der Ruf nach einer Neuordnung globaler Governance-Formate ist legitim. Er ist Ausdruck des Interesses

aufstrebender Staaten wie China, Indien oder Brasilien, im Konzert der Mächte vertreten zu sein, und zeigt die Notwendigkeit, die Architektur internationaler Institutionen dementsprechend anzupassen – auch im Energiebereich.

Allerdings offenbart sich hier auch ein veritabler normativer Konflikt um die Zukunft globaler Ordnung. Der Aufstieg wirtschaftlicher Schwergewichte aus Asien und Südamerika lässt eine Auseinandersetzung zutage treten, die im Kern die Frage von Staat versus Markt berührt. Es zeichnet sich mithin ein Wettbewerb zwischen unterschiedlichen und nur begrenzt kompatiblen Ordnungsmodellen ab, der die Zukunft der globalen Energiesicherheit mitbestimmt. Hier hat die G7 eine wichtige Rolle zu spielen. Sie aus ihrer Verantwortung zu entlassen, wäre kurzsichtig.

Zugespielt formuliert dreht sich die Auseinandersetzung um die Frage, auf welcher Grundlage strategische

Güter wie Öl und Gas gefördert, gehandelt und gepreist werden sollen. Im liberalen Modell ist die Antwort: basierend auf dem Marktprinzip. Energie wird als privates Gut begriffen und Versorgungssicherheit als eine Folge funktionierender, transparenter Märkte. Dem Marktparadigma folgend muss es daher das Prinzip staatlichen Handelns sein, einen möglichst freien internationalen Austausch von Öl, Gas und anderen Energieträgern zu fördern. Das ist der Grundkonsens aller in der OECD zusammengeschlossenen Staaten.

Markt versus Staat

Dieser Grundkonsens wird jedoch nicht unbedingt weltweit geteilt. Gerade die Staaten, die in den kommenden Jahrzehnten für nahezu das gesamte Nachfragewachstum im Energiesektor verantwortlich sein werden – China, Indien, aber auch die Golf-Staaten – bauen national wie international auf stark staatszentrierte Modelle. So unterstützt China die Aktivitäten seiner staatlichen Unternehmen zum Beispiel in Afrika politisch, organisatorisch und finanziell, um die eigene Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Im Zuge dieser als „neuer Merkantilismus“ bezeichneten Entwicklung erhielten private internationale Ölfirmen wie ExxonMobil, Shell und BP starke Konkurrenz von PetroChina und Co. Diese Staatsfirmen investieren nicht nur massiv in die Förderung, sondern expandieren auch in den Segmenten Handel, Transport und Verarbeitung – häufig in Kooperation mit den Saudi Aramcos und Co.

Im Ergebnis gewinnen enge Allianzen von Staatsfirmen mehr Anteile im Markt und so lange dieser funktio-

niert, um die Interessen der dahinterstehenden Eliten zu befriedigen, setzt man auf Marktmechanismen. In Situationen der Knappheit aber könnten den internationalen Märkten Mengen im nationalen Eigeninteresse entzogen werden. Zudem bestimmen nicht primär Effizienz- und Gewinnorientierung unternehmerisches Handeln, da Firmen auch innen-, sozial- und außenpolitischen Faktoren unterworfen sind.

Dabei spricht empirisch einiges für das liberale Modell. Der Markt sorgt gegenwärtig dafür, dass weltweit etwa 90 Millionen Barrel Öl pro Tag zur Verfügung stehen; er verbindet Produzenten

und Konsumenten über große Entfernungen und er sichert durch hoch komplexe Finanz-

mechanismen die enormen Risiken dieses Sektors ab. Dieser Mechanismus erwies sich in den vergangenen Jahrzehnten als äußerst effizient, um starke Nachfragesteigerungen in Angebotsausweitung zu übersetzen. Nicht zuletzt sind es auch Markt und Wettbewerb, die den Schwellenländern bei ihrem wirtschaftlichen Aufstieg helfen und Innovationen und technologischen Fortschritt fördern.

Die Energiemärkte funktionieren allerdings nicht perfekt, sondern weisen zahlreiche Unzulänglichkeiten und Verzerrungen auf. Die enormen Preisschwankungen auf dem Ölmarkt sind ein klarer Indikator dafür. Auch der bislang nur schleppende Ausbau von Erneuerbaren ist schlicht ein Ergebnis der Tatsache, dass fossile Energieträger einen unlauteren Wettbewerbsvorteil genießen: Ein Teil der

Der Markt sichert die enormen Risiken des Energiesektors ab

Kosten für ihre Produktion und Konsumption wird auf die Atmosphäre abgewälzt. Die marktkonforme Antwort ist, einen Preis auf CO₂ zu setzen und beispielsweise staatliche Anschubunterstützung von Windparks, Solaranlagen und Biogasininstalltionen zu bieten.

Kurzum: Das liberale Modell vertraut auf den Markt als effizientem Mechanismus für die globale Energiesicherheit und akzeptiert Marktversa-

Die G7-Staaten setzen auf transparente und liquide Energiemärkte

gen als eine Herausforderung, die es zu meistern gilt. Das staatszentrierte Modell dagegen bevorzugt die Intervention als Standardoption. Die „starke Hand des Staates“ eröffnet zudem erst die Möglichkeit, Energie als politisches Druckmittel zu instrumentalisieren. Beide Modelle sind daher kaum miteinander vereinbar. Das ist der Kern der normativen Auseinandersetzung um die internationale Energieordnung und um die Zukunft der globalen Energiesicherheit.

Energie als Teil der Geostrategie

An diesem Punkt kommt die G7 ins Spiel: Sie ist ein Club von Ländern mit der Auffassung, dass das liberale Modell auch Antworten auf die drängenden Energieprobleme unserer Zeit geben kann. Wie der Gipfel der Energieminister gezeigt hat, setzen die G7-Staaten auf transparente und liquide Energiemärkte und deren weitere Integration. Gerade der sich rapide verändernde Markt für flüssiges Erdgas (LNG) war zentraler Punkt der Debatte. Da LNG leicht zu transportieren ist, kann es den internationalen Handel fördern und so zur Integration der

bislang noch regionalen Gasmärkte beitragen. Zugleich aber setzen alle G7-Staaten auf Energie- und Ressourceneffizienz und auf die wichtige Rolle staatlicher Anschubunterstützung, um saubere Technologien zu entwickeln und zur Marktreife zu bringen. Dies alles ist nur konsequent. Denn die G7 kann wohlbegründet auf den Wert von Marktmechanismen zur Schaffung und Sicherung von Wohlstand verweisen – sie ist der Club der sieben reichsten Industrieländer. Damit wird er gebraucht in der „Global Energy Governance“ des 21. Jahrhunderts. Genau deshalb liegt es aber in der Verantwortung der G7, nicht nur als „Norm Keeper“ aufzutreten in einer Zeit, in der die Welt unübersichtlicher wird. Sie muss den marktliberalen Ansatz in konkrete Formate übersetzen, die auch im Kontext harter konfligierender Sicherheitsinteressen „liefern“.

Das zu leisten, haben die G7-Staaten auf ihrem Energieministertreffen im Mai versucht. „Nachhaltige Energiesicherheit“, das diesjährige Thema, wird dabei als Brücke zwischen „hard security“, Energieversorgungssicherheit und umweltpolitischer Verantwortung verstanden. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass Energie als Komponente des geostrategischen Denkens ein ungeahntes Comeback erlebt hat. Am deutlichsten wird die Verknüpfung von militärischen Zielen und energiepolitischen Instrumenten gegenwärtig wohl in der Ukraine-Krise. Sowohl die Lieferung von russischem Gas als auch dessen ukrainischer Transit wurden wiederholt Gegenstand der Auseinandersetzung um den Donbass und die zukünftige politische Orientierung

Kiews. Die G7 hat daher die (Energie) Situation der Ukraine als Teil ihrer „Unterstützung für gefährdete Länder“ aufgenommen. Neben Infrastrukturmaßnahmen, beispielsweise zur Strömungsumkehr bei Gas-Pipelines, fördert die G7 vor allem Reformen hin zu „wirtschaftlich soliden, transparenten [...] und nachhaltigen Energiesystemen“.

Dies ist ein dezidiert regulatorischer Ansatz, der gute Sektor-Governance als zentrales Element von Energiesicherheit betont. Damit wurde auf dem Treffen auch klar signalisiert, dass Sicherheit nicht ohne Nachhaltigkeit denkbar ist. Und nachhaltige Ressourcennutzung wurde konkret mit der Modernisierung (und damit Dekarbonisierung) von hoffnungslos veralteten ukrainischen Industrieanlagen verbunden. Dass somit „weiche“ Themen wie Energieeffizienz im Windschatten der großen geopolitischen Debatte aufgenommen werden, ist nicht nur legitim, sondern schlicht ein strategisch kluger Zug der deutschen Präsidentschaft. Diese Themen auch global voranzubringen und die großen Herausforderungen von Energiesicherheit, Klimaschutz und Energiearmut anzusprechen, wäre ein wünschenswerter nächster Schritt.

Divergierende Interessen einhegen

Es stellt sich daher die Frage: Wie weit reichen die Gemeinsamkeiten der G7-Staaten? Prinzipiell liegt es ganz wesentlich im Interesse der G7, „den“ Markt für Öl und Erdgas zu stärken. Denn ihre großen internationalen Öl- und Gaskonzerne, auf die die G7-Staaten für ihre sichere Energieversorgung setzen, brauchen ein

internationales Umfeld, das Zugang und Schutz von Investitionen sowie freien Handel und Transport garantiert. Dies darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die G7 auch auseinanderlaufende Interessen und unterschiedliche Positionen einhegen muss.

Denn in der Tat sind die einzelnen Mitglieder der G7 ganz unterschiedlichen Märkten verhaftet. Während die Europäer Russland und den weiteren europäischen Nachbarschaftsraum als Öl- und Gaslieferanten brauchen, ist Japan in hohem Maß vom Mittleren Osten abhängig. Kanada und die USA haben dagegen aufgrund ihrer wachsenden Schieferöl- und -gasproduktion sowie der Energieeffizienzmaßnahmen ihre Energieimporte drastisch verringert.

Die Energierevolution hat die USA strategisch in eine komfortable Situation versetzt. Anders als die Europäer oder Japan sind die USA und Kanada weit weniger verwundbar für Lieferausfälle und Preissteigerungen. Der Handlungsspielraum der USA hat sich daher weltweit vergrößert. Der Energiereichtum im eigenen Land liefert die Grundlage für wachsende „statecraft“, um außenpolitische Interessen konsequenter zu verfolgen bzw. dafür, weniger Mittel aufwenden zu müssen, um Energielieferungen aus dem Ausland zu sichern. Auch die Handlungsspielräume gegenüber Russland sind – gerade im Vergleich zu Europa – ungleich größer.

Für Europa dagegen sinkt mit schrumpfendem Anteil am Weltmarkt auch die Marktmacht. Das ist eine

Europa ist verwundbarer für Lieferausfälle als die USA und Kanada

Entwicklung, der die Europäische Union mit der weiteren Integration des Binnenmarkts entgegenzuwirken versucht. Japan wiederum sieht sich wachsender asiatischer Konkurrenz im pazifischen Raum ausgesetzt und ringt nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima um eine Neuausrichtung der Energiepolitik. Für Europa und Japan stellt sich daher die Frage, wieviel Gemeinsamkeiten sich mit den USA und Kanada über die Rolle des Energieverbrauchers noch herstellen lassen.

Die Unterschiede in der Ausgangsposition und den Interessenlagen sind also beträchtlich. Das ist ein Nachteil, der sich aber in Vorteil ummünzen lässt, wenn der politische Wille dazu

Die G7 muss aktiv als Gestalter einer Energieordnung auftreten

besteht. Denn gerade weil gravierende Unterschiede unter ihren Mitgliedern bei dem so wichtigen Thema Energie bestehen – in dem sich Fragen von wirtschaftlicher Wohlfahrt und harter nationaler Sicherheit verknüpfen – kann die G7 glaubwürdig das liberale Modell vertreten. Die G7 muss dafür allerdings aktiv als ein „norm entrepreneur“ und damit Gestalter der Ordnung auftreten. Sie kann global agieren und in ihre jeweilige Region hineinwirken. Aber dafür ist Glaubwürdigkeit Voraussetzung.

Gerade hier tun sich aber Bruchstellen auf. Ironischerweise sind es gerade die USA, ein traditioneller Förderer des Freihandels, die beim Thema Energie bremsen. So bestehen trotz Erleichterungen der Genehmigungsverfahren für Flüssiggas die Exportrestriktionen bei Erdöl weiter fort.

Auch in den Verhandlungen um das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) und das Transpazifische Handelsabkommen (TPP) sind die USA zögerlich, „Energiekapitel“ aufzunehmen. Dies unterstreicht die neue strategische Position der USA auf den Energiemärkten, unterminiert allerdings die Glaubwürdigkeit des liberalen Bekenntnisses zum Markt.

Keimzelle Energiemarktordnung?

Doch es sind nicht nur die Kohärenz und Außenwirkung, an denen sich die G7 messen lassen muss. Es ist auch ihre Fähigkeit, bei Themen von zentraler globaler Bedeutung in Führung zu gehen und die Ordnung aktiv zu gestalten.

Die G7 hat hier durchaus Beachtliches vorzuweisen. Sie hatte bereits 1998 Russland in die Gruppe aufgenommen und mit dem Heiligendamm-Prozess von 2007 einen „outreach“ zu Brasilien, Indien, China, Südafrika und Mexiko in Gang gesetzt. Thematisch wurde dem integrierten Klima- und Energiethema zwischen 2005 und 2009 beachtliches Gewicht gegeben. Dann aber wurde das Thema Energie bis zum G7-Gipfel in Rom 2014 und dem Ausschluss Russlands aus den G8 in die G20 verlagert.

Die 2009 in der G20 begonnene Initiative zur Abschaffung ineffizienter Subventionen für fossile Brennstoffe – weltweit 600 Milliarden Dollar und damit etwa sechs Mal mehr als für Erneuerbare – blieb dagegen deklaratorisch. Der Assoziationsprozess aufstrebender Länder mit der Internationalen Energieagentur (IEA) – ebenfalls eine G7-Initiative – stockt infolge der Krim-Annexion und der

militärischen Auseinandersetzungen in der Ostukraine. Trotz aller Rückschläge und Unzulänglichkeiten ist die G7 jedoch weiter in der Pflicht. Die G20 hat es bislang nicht vermocht, eigene Akzente zu setzen. Es ist daher, so ernüchternd es sein mag, eben nur die G7 in Sicht, um allgemein gültige Regeln für die internationale Energieordnung zu setzen und zentrale Agenden voranzubringen

Die Agenda ist hierbei klar umrissen:

Nachhaltigkeit der Energieversorgung in den Mittelpunkt stellen. Der Ausbau erneuerbarer Energien und die Umsetzung des in Elmau bekräftigten Zwei-Grad-Zieles sind mitentscheidend an der Schnittstelle von Nachhaltigkeit und harter Sicherheitspolitik. Sie sind zudem Grundvoraussetzung, um eine moderne Energieversorgung für die wachsende Weltbevölkerung zu gewährleisten. Die G7 muss sich klarer zur UN-Initiative „Sustainable Energy for All“ sowie zur IRENA bekennen und sie als universale Institutionen stärken.

Outreach vorantreiben. Dafür muss der Assoziationsprozess der IEA vorangebracht werden, was auch eine Neubestimmung des Verhältnisses mit Russland bedingt. Ansätze für eine gute Sektor-Governance und für internationale Grundregeln (wie jüngst in der Internationalen Energiecharta formuliert) sind zentral, um die internationale Kooperation zu erleichtern.

Öl- und Gasmärkte stärken. Neben abstrakten Maßnahmen wie der Stärkung

von Transparenz und Information fließen bedeutet das, die konkrete Zusammenarbeit zum Aufbau eines globalen LNG-Handels zu stärken. Damit verbunden ist die Kooperation für maritime Sicherheit und freie Handelsrouten – neben der Sicherheit strategischer Energieinfrastrukturen sowie im Cyber-Bereich ein klarer Schnittpunkt mit harter Sicherheitspolitik.

Da sie in fast allen Foren der internationalen Energie-Governance vertreten ist, ist die G7 entscheidend, um die Resilienz der Energiemärkte gegen Krisen zu stärken und den nachhaltigen Umbau des Energiesystems weltweit voranzubringen. Dass diese Rolle andere Mächte ausfüllen, ist so schnell nicht zu erwarten. Dies ist eine Chance, um das liberale Modell auch in den Governance-Mechanismen der Energiewelt des 21. Jahrhunderts zu verankern.



Dr. Andreas Goldthau lehrt Energiepolitik an der Central European University und forscht am Global Public Policy Institute in Berlin.



Dr. Kirsten Westphal arbeitet in der Forschungsgruppe Globale Fragen der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin.

Geschichte ist Ereignis

Deshalb ist es so schwer, das Richtige aus ihr zu lernen

Thomas Schmid | Die Deutschen lieben ihre Gedenkkultur. Aber macht sie überhaupt Sinn? Oder ist sie nur eine bequeme Möglichkeit, sich gegen Bekanntes zu wappnen? Vielleicht lernt man am ehesten aus der Geschichte, wenn man sich der Kontingenz und der Widerrufbarkeit von allem und jedem stets bewusst bleibt. Die aktuelle Weltlage bietet dazu Anlass genug.

Kann man aus der Geschichte lernen? Gewiss, man kann vieles aus ihr lernen. Geschichte hält – wie ein riesiges Arsenal – ungeheuer viele Ereignisse, Schicksale und Persönlichkeiten bereit. Der Blick in die Geschichte zeigt, was möglich war und ist, er zeigt, wozu Menschen fähig und unfähig waren und sind. Caesar, Nero, Augustinus, Friedrich der Staufer, Papst Coelestin V., Luther, Riemenschneider, Kant, van Gogh, Hitler, Stalin nicht zu vergessen. Das Zitat aus der „Antigone“ von Sophokles, das über einer Tür des Niobidensaals im Berliner Neuen Museum steht, formuliert es durch die Zeitalter hindurch in Stein gemeißelt gültig: „Staubliches waltet viel und doch nichts Erstaunlicheres als der Mensch.“ Die Geschichte ist eine schöne und schreckliche Wunderkammer.

Doch das alles ist heute nicht gemeint, wenn die Frage auftaucht, ob man aus der Geschichte lernen kann. Gemeint ist vielmehr: Können wir Lehren ziehen? Können wir das Richtige aus der Geschichte lernen? Und zwar so, dass Fehler und Verbrechen, die einmal geschehen sind, in Zukunft unterbleiben, ja sogar ausgeschlossen sind? Das sind sehr deutsche Fragen. Denen, die sie aufwerfen, steckt der Schock darüber in den Knochen, dass eine Kulturnation, wie sie sich selbst gerne sah, binnen weniger Jahre fähig war, das größte nur denkbare Menschheitsverbrechen zu begehen. Zwar mühten sich die Deutschen in den ersten Jahrzehnten nach 1945 nicht gerade, sich zu erinnern, zu gedenken, genau hinzusehen. Sie gingen vielmehr in ihrer Mehrheit, beschämt vielleicht, schnell zum Alltag über, sie „beschwiegen“ das Ungeheuerliche. War die Monstrosität der NS-Untaten anfangs ein Motiv dafür, nicht hinzusehen und ihnen nicht auf den Grund zu gehen, so war es später jedoch eben diese Monstrosität, die zum Hinsehen geradezu zwang. Nicht jeden Einzelnen und die vielen Einzelnen sicher in unterschiedlichem Maße. Aber seit etwa drei Jahrzehnten ge-

hört das Hinsehen, gehört das – wie auch immer ritualisierte – Vergewärtigen der NS-Zeit gewissermaßen zur Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland. Nie wieder wegsehen!

In dieser Haltung unterscheidet sich Deutschland vermutlich von allen anderen Staaten des Globus – sieht man von Israel und dem jüdischen Volk ab, das den Holocaust erlitten hat und dem die Aufforderung „Zachor!“ (Erinnere Dich!) seit eh und je ein religiöses Gebot der Tora ist. Fast alle anderen Gesellschaften gehen, was die negativen Seiten ihrer Geschichte betrifft, ganz anders vor. Sie behandeln sie entweder gar nicht oder nur dilatorisch. Japan, das am Yasukuni-Schrein nach wie vor auch Kriegsverbrecher ehrt, gibt dafür das inzwischen klassische Beispiel ab. Hinter diesem auf das Vergessen angelegten Umgang mit der eigenen Geschichte steht auch, aber nicht nur der Unwille, Fehler der eigenen Nation auszuleuchten. Die Methode, die Erinnerung an Verbrechen zu löschen, hat seit der hellenisch-griechischen Zeit eine lange kulturelle Tradition. Ihr zufolge ist es nicht sinnvoll und der Zukunft nicht zuträglich, die Erinnerung an Untaten wach zu halten. Denn das, so das Argument, setze den Unfrieden nur fort, könne nur Anlass für neue Gewalt und neue Untaten sein. Es müsse daher der Zukunft wegen ein Schlussstrich gezogen werden, das sprichwörtliche Gras müsse über begangene Untaten wachsen. Nur die Fiktion einer – unschuldigen, entschuldeten – Stunde Null mache ein zivilisiertes Weiterleben möglich. Das Leid der Opfer müsse gewissermaßen auf dem Altar der Zukunft geopfert, das heißt dem Schweigen anheim gegeben werden.

**Das Leid der Opfer
müsse auf dem Altar der
Zukunft geopfert werden**

Geübte, bequeme Gedenkkultur

Es steckt Lebensweisheit in dieser Haltung. In Deutschland aber konnte man nach 1945 auf Dauer so nicht verfahren. Denn die Verbrechen, die hätten „vergessen“ werden sollen, sprengten jeden Rahmen, sie kündigten sämtliche zivilisatorischen Übereinkünfte auf. Das Leben ging danach zwar weiter – als hätte es die Negation aller bürgerlichen Werte nicht gegeben. Ohne das unausgesprochen vorausgesetzte, tatsächlich aber grundlose Vertrauen in die Gültigkeit ziviler Regeln wäre ein Fortleben in Deutschland nicht möglich gewesen (Jan Philipp Reemtsma etwa setzt sich in seiner Studie „Vertrauen und Gewalt“ ausführlich mit diesem schmerzlichen Paradoxon auseinander).

Auf Dauer zeigte sich aber, dass dieses Fortleben die Konfrontation mit der Vergangenheit erforderte, ja erzwang. Seit geraumer Zeit sind die Deutschen in dieser Konfrontation geübt. Der 8. Mai, der 9. November und – weniger schon – der 27. Januar sind Fixtage im deutschen Gedenkkalender, und vom Bundespräsidenten über den Bundestagspräsidenten, die Leiter der Gedenkstätten bis hin zu fast jedem Schuldirektor verfügt das Land über eine Vielzahl von Persönlichkeiten, die unter eifriger Zustimmung aller Gutgesonnenen in wohl gesetzten, so bescheiden wie erhaben klingenden Worten kundtun und bezeugen können, dass die Deutschen ihre Lektion gelernt haben und dass es stets nötig sei, wachsam zu sein.

Auch wenn das alles manchem zu leicht und zu glatt über die Lippen kommt: Es ist gut so. Aber macht das immun oder wenigstens widerstandsfähiger gegen zukünftige Gewaltversuchungen? Ich bezweifle es. Denn so notwendig es ist, dieses Gedenken hat längst etwas Gefälliges und Selbstbezogenes. So ernst der Ton klingt, es ist doch nicht zu überhören, dass da auch eine gewisse Genugtuung mitschwingt. Ich halte das Wort „Sündenstolz“ für fatal, und teile auch nicht die These, die Deutschen hätten sich flugs von Weltmeistern im Verbrechen zu Weltmeistern im Erinnern, Gedenken und „Wiedergutmachen“ gemacht.

Doch zweifellos ist ein Gutteil unserer Gedenkkultur von geistiger Bequemlichkeit geprägt. „Wie isses nun bloß möglich?“ Dieser Standardsatz der Mutter von Walter Kempowski, der ihre pure Verwunderung ob der turbulenten Zeitläufte ausdrückte, kann beim Blick auf die Schoah kaum hilfreich und der Einsicht förderlich sein. Denn obwohl es möglich war, ist es nicht zu verstehen. Den Mord an den Juden Europas aus dem sicheren Hort einer gefestigten Demokratie als das entsetzlich Andere abzulehnen, ist zwar notwendig, aber vollkommen banal. Es zeichnet den Ablehnenden nicht aus. Manchmal wäre Schweigen besser als geübtes Bereden und Gedenken.

„Das Geheimnis der Versöhnung heißt Erinnerung“: Dieser viel zu oft und viel zu oft falsch bemühte Satz aus dem Talmud sollte bei uns geflissentlich aus dem Gebrauch genommen werden. Das gilt auch für George Santayanas in diesem Zusammenhang oft bemühten, aus dem Jahr 1905 stammenden Satz: „Wer sich nicht seiner Vergangenheit erinnert, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen“ (im Original: „Those who cannot remember the past are condemned to repeat it“). So rund und schön diese Wendung des Philosophen auch sein mag, sie enthält nicht den Teil der

Manchmal wäre Schweigen besser als Bereden und Gedenken

Wahrheit, der verstört: Auch der, der sich an die Vergangenheit zu erinnern bemüht, ist nicht davor gefeit, Untaten zu begehen oder ihnen gegenüber blind zu sein. Der Althistoriker Christian Meier notierte in seiner Schrift „Das Gebot zu vergessen und die Unabweisbarkeit des Erinnerns“: „Es ist keineswegs ausgemacht, dass tätige Erinnerung Wiederholung ausschließt.“

Die alte Geschichte vom betrunkenen Schlüsselsucher: Ein Mann, der zu viel Alkohol genossen hat, ist des Nachts auf dem Heimweg. Ein Polizist sieht ihn, wie er im Schein einer Laterne panisch den Boden absucht. Als ihn der Polizist fragt, was er da tue, antwortet er, er suche seinen verlorenen Haus Schlüssel. Ob er sicher sei, dass er ihn genau hier verloren habe, erwidert der Polizist. Der Mann antwortet: „Nein, aber hier ist es hell.“

Man kann die Pointe dieser Anekdote auf die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit übertragen. Diese ist zwar hell ausgeleuchtet – es spricht aber wenig dafür, dass wir den Schlüssel zur Vermeidung zukünftiger Zivilisationsbrüche finden, wenn wir den Nationalsozialismus absuchen. Noch einmal: Ihn zu vergegenwärtigen, ist notwendig und wichtig – und zwar im Interesse unseres moralischen Empfindungsvermögens. Allein deswegen, ohne dass davon eine Botschaft an uns als Akteure von heute ausginge. Vielleicht haben

Bild nur in Printausgabe verfügbar

wir Glück und die deutsche Beschäftigung mit dem deutschen Zivilisationsbruch hilft uns, Zivilisationsgefahren zu erkennen, gar zu meistern. Aber eine Garantie gibt es dafür nicht. Mehr und noch mehr und noch einmal mehr an Gedenkkultur bringt uns da keinen Schritt voran.

Geschichte ist nur im Rückblick „erklärbar“

Aus einem einfachen Grund: Geschichte ist Ereignis. Ein Ereignis zeichnet sich dadurch aus, dass es geschieht, dass es passiert, dass es in aller Regel nicht zu erwarten ist. Wir können so viele Blicke auf vergangene Ereignisse werfen, wie wir mögen; das erhöht keineswegs die Wahrscheinlichkeit, dass wir Ereignisse, die gerade im Kommen oder im Gange sind, besser erkennen oder entschlüsseln können.

Der antiken Geschichtsschreibung in der Tradition Herodots war das ganz geläufig. Hier gab es kein Ziel, keine Richtung der Geschichte, im Grunde auch keinen Fortschritt. Geschichte geschah. Es war faszinierend und auch auf eine Weise lehrreich, von den Taten und Untaten vergangener Generationen, von Helden und Schurken zu erfahren. Aber niemand wäre auf die Idee gekommen, diese Beschäftigung mit den Ahnen könne eine Anleitung zum besseren Bestehen der Gegenwart hergeben. Auch deswegen nicht, weil Geschichte nur im Rückblick Konsequenz, Folgerichtigkeit haben und damit „erklärbar“ werden kann. Ist sie noch im Gang, bewegt sie sich ununterbrochen von Weggabelung zu Weggabelung. Und an jeder von ihnen hätte es anders kommen können, als es dann gekommen ist.

Nur eine Kleinigkeit, und Napoleon hätte die Schlacht von Waterloo gewonnen. Hätte sich Hitler am 8. November 1939, wie eigentlich geplant, nur 13 Minuten länger im Münchner Bürgerbräukeller aufgehalten, dann hätte Georg

Elsers Bombe womöglich den Zweiten Weltkrieg und die Schoah verhindert. Oder: Hätte Deutschland Lenin nicht freies Geleit nach Petersburg gegeben, wären den Russen und der Welt vielleicht die Oktoberrevolution und 70 Jahre Sowjetreich erspart geblieben und so weiter und so fort.

Dass ein entwickeltes Geschichtsbewusstsein und eine anspruchsvolle Gedenkkultur nicht helfen müssen, für gegenwärtige Herausforderungen gewappnet zu sein, ist derzeit gut zu beobachten. Dem Historiker Karl Schlögel kann man gewiss nicht vorwerfen, er habe keinen Sinn für Geschichtsbrüche und er glaube, die Zivilität von Europas Nachkriegsgeschichte sei unwiderruflich gesichert. Und doch scheint auch er, der Kenner Russlands und Mitteleuropas, geglaubt, zumindest gehofft zu haben, mit dem wundergleich friedlichen Ende der Sowjetunion hätten wir das Schlimmste hinter uns gelassen und die bindende Kraft von Verträgen werde auf Dauer die Gewaltandrohung ersetzen, die in der Zeit des Kalten Krieges stets virulent war.

Wie Russland mit der Ukraine umspringen würde, das hatte er sich nicht vorstellen können, es war ein Schock für ihn. In dem Magazin *Cicero* schrieb er (mehr darüber werden wir aus seinem neuen Buch „Entscheidung in Kiew“ erfahren, das im Herbst erscheint): „Von diesem Schock sind besonders jene betroffen, die sich ein Lebtage lang mit Russland und der Verbesserung der Beziehung zwischen Deutschen und Russen befasst haben; es sind nicht wenige. Sie alle fragen sich, ob sie etwas überhört oder übersehen, sich selbst und anderen sogar etwas vorgemacht haben und sich jetzt ihr Scheitern eingestehen müssen.“

Es gab wohl keine Zeichen oder Signale, die übersehen werden konnten. Es war aber vielleicht ein Fehler, hoffnungsfroh zu glauben, die Rückkehr Ost- und Mitteleuropas in die Geschichte bedeute zugleich insofern deren Ende, als nun – zum Nutzen und Frommen aller in Ost wie West – das im Prinzip immerwährende Zeitalter der Herrschaft des Rechts angebrochen sei. Nachher ist man immer klüger, und so nehmen wir jetzt mit Erschrecken das eigentlich Selbstverständliche zur Kenntnis, das uns jeder Blick in die Geschichte welcher Epoche auch immer hätte lehren können: Regeln gelten so lange, bis einer daherkommt, der sich nicht an sie hält. Solch einer kann immer kommen, solch eine Konstellation kann immer entstehen, auch die hingebungsvollste Diplomatie eines Frank-Walter Steinmeier kann das nicht verhindern.

Verwunderlich ist vor allem unsere Verwunderung darüber. 25 Jahre Ende des Kommunismus, fast 70 Jahre Rechtsstaat in Deutschland, knapp 250 Jahre Demokratie in den Vereinigten Staaten: nur Wimpernschläge der Geschichte. Weil wir dazu neigten, das zu vergessen, stehen wir so ratlos vor Putins Rückkehr zur Geopolitik und seiner kühl kalkulierten und geschickt choreografierten Abkehr von der Politik der Übereinkunft. Putin hat uns gelehrt, dass das Nein, das sich auch durch die sanftesten Engelszungen der Diplomatie nicht in ein Ja überführen lässt, eine stets vorhandene Möglichkeit ist. Das spricht nicht gegen Verträge und Diplomatie, ganz im Gegenteil. Es spricht nur gegen

Regeln gelten so lange,
bis einer daherkommt,
der sich nicht an sie hält

den Glauben, Verträge und Diplomatie könnten Rechtsstaat und Demokratie auf immer weltweit wetterfest machen.

Von Problem zu Lösung zu Problem

Warum neigen wir zu diesem Glauben? Es hat, in Deutschland zumindest, viel mit der Europäischen Union zu tun. Sie wird, zum Schaden der EU, notorisch heilsgeschichtlich überhöht. Sie soll, wie in fast jeder Festrede zu hören ist, die Konsequenz sein, die wir ein für allemal aus der europäischen Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts gezogen haben: die EU als Gefahren- und Geschichtsabwehr, als Bollwerk. Aus der Trümmerlandschaft ins Reich des immerwährenden europäischen Friedens – das soll der Weg des europäischen Vereinigungsprozesses sein. Die inhärente Logik würde demzufolge die Abkehr vom prinzipiell streitsüchtigen und gewaltheckenden Nationalstaat und das Aufgehen der einzelnen Staaten in einem übergeordneten Gebilde erfordern, das gewissermaßen ein Vorgriff auf Weltstaat und Weltregierung wäre.

Auch wenn etliche Manifeste aus der Zeit vor 1945 – etwa das schöne, von Altiero Spinelli inspirierte Manifest von Ventotene (1941) – diese Lesart nahe legen, in Wahrheit wäre der europäische Einigungsprozess heillos überfordert gewesen, hätte man ihn mit diesem geschichtsphilosophischen und teleologischen Drall in Gang gesetzt. Die EU verfolgt kein Heilsprogramm, sondern stolpert mehr oder minder geschickt von Problem zu Lösung zu Problem und abermals zur vorläufigen Lösung. Das ist ihre Stärke. Sie wäre dagegen vollkommen überfordert, würde man ihr die Mission andichten, sie müsse Europa und möglichst auch die ganze Welt vom Geist des Nationalsozialismus, des Totalitarismus insgesamt und damit von dem der Menschheitsgeschichte innewohnenden Gewaltpotenzial befreien. Die EU ist gut und nützlich, aber sie ist nicht der Phönix, der sich aus den Aschen des 20. Jahrhunderts erhoben hat. Kein Phönix nirgends, die Furien der Geschichte sind nie gebannt.

Die EU ist gut und nützlich, aber kein Phönix aus der Asche

Weil nicht wenige Gutmeinende die EU als eine Maschine verstanden und verstehen, die zumindest den Kontinent dauerhaft von den Verhängnissen der Geschichte befreien würde, wurde das europäische Vereinigungsprojekt geschichtsteleologisch überfrachtet. Im politischen, von pragmatischem Fingerhakeln bestimmten Alltag wird das zwar beharrlich bestritten, ist aber dennoch – wie ein geheimes Schmiermittel – stets gegenwärtig. Die EU scheint nie nur das Naheliegende und Ratsame zu sein, sie soll immer auch von einem geschichtsphilosophischen Überschuss leben. Sie soll das zivile Gewächs sein, das auf der Grabplatte erblüht, die den Nationalsozialismus und die gesamte europäische Gewaltgeschichte versiegelt. Diese – ex negativo erfolgende – Begründung der EU schneidet diese zugleich von den europäischen Vergangenheiten ab.

Es gibt ja eine lange vornationalstaatliche Geschichte Europas als Föderation, als lockeren, in staatsphilosophischen Begriffen kaum fassbaren und beschreibbaren Zusammenschluss: nicht Staat, sondern Bund. Eben dies setzt die

Umwege gehen und Liegegebliebenes wieder aufnehmen

EU im Grunde fort, vor allem in dieser Tradition steht sie. Es ist daher mehr als seltsam, dass im heutigen Europa-Diskurs der vergleichende Bezug auf ältere föderale und Reichstraditionen – Römisches Reich, Altes Reich, Habsburger Reich – fast ganz fehlt. Der Schlüssel wird da gesucht, wo es hell ist. Die Abkehr von den – gut ausgeleuchteten – Totalitarismen des 20. Jahrhunderts soll der Ugrund der EU sein. Das aber ist eine falsche, in die Irre führende und wenig anspruchsvolle Begründung. Wollten wir an dieser Stelle aus der Geschichte lernen, müssten wir die Selbstbezüglichkeit unseres Geschichtsbilds hinter uns lassen, in dem das Jahr 1933 die einzige Wasserscheide ist. Aus der Geschichte lernen heißt auch: Umwege gehen und Liegegebliebenes wieder aufnehmen.

Dass eine so prächtig entwickelte Gedenkkultur wie die deutsche keineswegs zum offenen Umgang mit Geschichte anregen muss, hat im Übrigen das vergangene Gedenkjahr für 1914 gezeigt. Zwar gedachte man allerorten des Beginns des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren, und es erschienen zahlreiche neue und zum Teil überraschende Untersuchungen zum Thema. Doch einen Ertrag, einen Erkenntnisgewinn, ein Neudenken des scheinbar Bekannten hat es nicht gegeben. Am Ende setzte sich, im deutschsprachigen Raum zumindest, jene Orthodoxie durch, die Heinrich August Winkler gegen alle Neuerkundungen am brüskesten in ihr altes Recht eingesetzt hat: die Orthodoxie, dass wir eigentlich schon alles wussten über den Großen Krieg und dass sich am Ende doch alles um die Schuldfrage dreht. Als der Große Krieg 1914 begann, standen die Staaten Europas vor einer blühenden Zukunft und es nahm ein Verhängnis seinen Lauf.

Der öffentliche Diskurs des vergangenen Jahres hat sich fast nur mit dem Verhängnis befasst. Eine Chance, den Blick zu weiten, wurde vertan. Vermutlich weil die Angst obsiegte, mit einem unvoreingenommenen, frischen Blick auf den Großen Krieg würden wir eine Vielzahl von Zufällen erkennen. Und diese Zufälle würden das Verhängnis relativieren und das eingeübte geschichtsphilosophische Bogenschlagen beschädigen.

Sich der Widerrufbarkeit stets bewusst bleiben

Es gibt eine Furcht, sich auf den Zufallscharakter und die Stummheit der Geschichte einzulassen. Hinter dieser Furcht stehen gute Gründe: Wir wollen uns mit der prinzipiellen Kontingenz von Geschichte nicht abfinden. Was nützt, könnte man fragen, die ganze Beschäftigung mit der Historie, wenn sie nur zum Delektieren oder Entsetzen oder zum schieren Betrachten gut ist? Als sinnorientierte und zur Zukunftsplanung grundsätzlich fähige Wesen käme es den Menschen sehr gelegen, wenn jedes Ereignis der Geschichte Teil eines Verlaufs wäre, in dem – zur Not auch ex negativo – eine Richtung, ein Ziel erkennbar wäre. Das hat, zumindest in der christlich-jüdischen Tradition, einen aus dem Religiösen stammenden Grund.

Heilsgeschichte bedeutet auch: Geschichte verläuft nicht mehr zyklisch, zerfällt nicht mehr in rätselhafte und eigentlich bedeutungslose Einzelheiten.

Sie hat vielmehr ein überirdisches Telos, das – so die Pointe des Christentums – auch das irdische Geschehen kräftig beeinflussen kann. Es zählt, stärker noch in der protestantischen Variante als in der katholischen, was hienieden geschieht, und der Mensch ist angehalten, das Seine gut und vernünftig zu tun. Geschichte könnte, so gesehen, ein Prozess der Akkumulation von Gelingen, Sinn und Kohärenz sein. Ist sie aber nicht, wie sie selbst nachdrücklich gezeigt hat.

Vielleicht lernt man dann am ehesten aus der Geschichte, wenn man so vorsichtig wie denkbar an der Möglichkeit des Fortschritts zwar festhält, sich der Kontingenz und der Widerrufbarkeit von allem und jedem aber stets bewusst bleibt. Das wäre letztlich ein viel anspruchsvolleres Programm als das, das unsere in sich selbst kreisende Gedenkkultur zu bieten hat, die nur gegen das Bekannte wappnet. Die gegenwärtige Weltlage, die von der Ukraine bis Libyen das Nein zum Vertragsdenken so eindrucksvoll in Stellung gebracht hat, bietet reichlich Anlass und Grund, damit schnell und entschlossen zu beginnen. Weil der Nationalsozialismus das absolut Böse war, konnte alles als gut erscheinen, was sich gegen ihn wandte.

Die deutsche Beschäftigung mit der NS-Zeit beförderte auch ein moralisch aufgeladenes Schwarz-Weiß-Denken: hier die Guten, dort die Bösen. Es ist verständlich, dass es entstehen konnte, kommt es doch auch dem – im Kindlichen wurzelnden – menschlichen Bedürfnis nach Klarheit und Eindeutigkeit entgegen. Es hindert aber daran, komplizierte Wirklichkeiten zu verstehen. Wir hätten tatsächlich schon einiges aus der Geschichte gelernt, wenn wir uns etwa bemühten, den Ukraine-Russland-Antagonismus nicht mehr unter der Fragestellung zu betrachten, wer dabei die Guten und wer die Bösen sind. Der Verzicht darauf trainiert im Umgang mit Dilemmata.

Vielleicht wäre es schön, wenn die Menschheit die Fähigkeit besäße, einmal gemachte Erfahrungen zu verinnerlichen, in den genetischen Code zu integrieren und so einmal gemachte Fehler fürderhin zu vermeiden. Doch so ist es nicht. Die kollektiven Erfahrungen lagern sich nicht im Bewusstsein der Einzelnen ab. Der Mensch geht – nicht nur zu Unrecht – von der Voraussetzungslosigkeit seines Handelns aus. Er ist frei, sein Handeln ist nicht vorbestimmt, und er neigt – mehr unbewusst als bewusst – zu der Annahme, dass mit ihm die Welt beginnt. Er weiß, dass er in einer langen Kette steht, aber dieses Wissen ist in aller Regel nicht handlungsbestimmend. Jeder Mensch macht jede neue Erfahrung – bis hin zur letzten, dem Tod – zum ersten Mal. Dass andere sie auch schon gemacht haben, hilft ihm nicht. Deswegen ist es so ungeheuer schwer, aus der Geschichte zu lernen.

Wir sollten im Russland-Ukraine-Konflikt nicht nur in Gut und Böse trennen



Dr. Thomas Schmid
war bis Juni 2014
Herausgeber der
Welt-Gruppe.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Brief aus ... Istanbul

Interessant, aber gewöhnungsbedürftig

An den neuen Istanbuler Fähren scheiden sich die AKP-Anhänger und -Gegner

Hasnain Kazim | Die türkische Gesellschaft ist gespalten. Ein kleiner Streit in meiner Nachbarschaft führt mir vor Augen, wie sehr das der Fall ist.

Der alte Friseur sitzt auf der Treppe vor seinem Geschäft in Kasimpasa und liest Zeitung. Sein Gehilfe feigt drinnen um die beiden Stühle herum. Der Teemann, der durch die Gassen dieses Istanbuler Stadtteils zieht, kommt mit einem Tablett voller dampfender Teegläser und einer Schale Würfelzucker vorbei. Die Männer scheinen sich zu kennen, denn der Teemann nimmt drei Stück Zucker, wirft sie in ein Glas und reicht es dem Friseur auf einer Untertasse, zusammen mit einem Löffel.

„Sind sie nicht schön?“, fragt der Friseur den Teemann und deutet auf ein Foto in der Zeitung. „Was?“ „Die neuen Fähren. Ich finde die toll!“

Der Teemann verzieht sein Gesicht. „So etwas Hässliches habe ich noch nie gesehen!“, entgegnet er trocken. „Die sehen aus wie chinesische Ufos. Typisch AKP: Hauptsache neu, Hauptsache modern. Ob das zu Istanbul passt, ist völlig egal. Gut, dass das bald ein Ende hat!“

Der Friseur springt auf. „Du hast immer was zu meckern!“

Der Gehilfe kommt aus dem Laden und fragt erschrocken: „Alles okay?“ „Ja, ja, er redet nur wie die Gezi-Leute“, sagt der Friseur. Der Teemann stellt sein Tablett auf den Boden. Streitlustig grinst er jetzt.

In Kasimpasa sind manchmal Hitzköpfe unterwegs. Es ist das Viertel, in dem Präsident Erdogan aufgewachsen ist. Zu Beginn des Osmanischen Reiches, im 16. Jahrhundert, war es ein blühender Stadtteil. Vom Goldenen Horn starteten die Schiffe der Sultane, die osmanische Marine hatte hier ihren Stützpunkt. Später, in der Republik Türkei, wurde es zum Arbeiterviertel, zum Wohnort für Handwerker und Fährleute. Die regierende islamisch-konservative AKP ist hier beliebt. Das Schickimicki-Istanbul ist nur ein paar Minuten Fußweg entfernt. Erdogan schaut immer mal wieder in Kasimpasa vorbei, hier geht er zum Friseur, aber nicht zu dem, der sich gerade mit dem Teemann streitet.

Das Bild Istanbul, ja der gesamten Türkei hat sich in den vergangenen 13 Jahren, seitdem die AKP an der Macht ist, verändert. Überall sind mehrspurige Straßen entstanden, U-Bahnen, Brücken, Flughäfen, Moscheen und, vor allem, Shoppingmalls.

Jetzt auch noch neue Boote, die „wie aus dem Nichts“ aufgetaucht sind, wie der Teemann schimpft, und nun die Flotte der schönen, alten Istanbuler Fähren – schwimmende Wahrzeichen, Ikonen auf dem Wasser – ergänzen. Statt der klassischen, vorne spitz zulaufenden Schiffsform sehen bei ihnen Bug und Heck gleich aus, typisch Fähre eben, interessant irgendwie, aber auch gewöhnungsbedürftig. Kadir Topbas, der Bürgermeister von Istanbul und AKP-Politiker, hat die ersten drei ausgerechnet wenige Tage vor der Parlamentswahl am 7. Juni eingeweiht.

„Alles Wahlkampf!“, sagt der Teemann. „Unsinn! Das Land kommt voran, und du bist undankbar!“, antwortet der Friseur.

Seit Anfang Juni sind sie im Dienst, in einer Millionen-Metropole, die sich über Europa und Asien erstreckt und wo auf dem Bosphorus Fähren schon seit Langem alltägliches Verkehrsmittel sind. Aber für die Istanbuler sind sie auch eine Möglichkeit, der Hektik und den Menschenmassen zu entkommen. Die Überfahrt ist eine knappe halbe Stunde Urlaub, in der man den herrlichen Blick auf die Silhouette der osmanischen Moscheen, auf den Bosphorus, das Marmarameer, auf all die Schiffe genießt.

„Die neuen Fähren sind besser zugänglich für Leute im Rollstuhl“, sagt der Friseur. „Und sie sind viel sparsamer und schneller, auch weil sie kein Vorne und Hinten haben und deshalb auch nicht an den Anlegestellen drehen müssen.“ „Ja, aber das macht sie so hässlich!“, protestiert der Teemann. „Außerdem passen da viel weniger Leute rein als in die alten Fähren. Und überhaupt, immer nur

schnell, schnell, schnell – über den Bosphorus zu fahren, ist doch Erholung, die eher verlängert werden sollte!“

„Sie wurden in der Türkei gebaut, das stärkt unsere Wirtschaft“, sagt der Friseur, blickt in seine Zeitung und ergänzt: „Guck, hier steht, die planen insgesamt zehn Stück.“ „Klar, den Auftrag hat bestimmt ein Kumpel von Erdogan gekriegt! Und warum hat Topbas uns nicht gefragt oder wenigstens vorher informiert? Ich war geschockt, als ich die Dinger gesehen habe! Die haben nicht mal ein Oberdeck, von dem man die Möwen füttern kann.“ „Bist du schon mal damit gefahren? Woher weißt du das?“ „Nein, habe ich in der Zeitung gelesen.“

Der Friseur grinst. „Siehst du? Das ist alles Propaganda! Ich habe mal mit meinem Fernglas geguckt. Man kann oben im Freien sitzen und Möwen füttern.“ „Wirklich?“ „Wirklich.“ „Aber hässlich sind sie trotzdem“, sagt der Teemann, nimmt sein Tablett und verschwindet.

Der Friseur setzt sich wieder auf die Stufe, schüttelt den Kopf und sagt zu seinem Gehilfen: „Diese Gezi-Leute sind noch der Untergang für unser Land!“ Der Gehilfe nickt. „Wenn der mal nicht von jemandem bezahlt wird, damit er solch einen Unsinn redet!“

„Diese Gezi-Leute sind noch der Untergang für unser Land“



Hasnain Kazim
ist Türkei-Korrespondent
für Spiegel Online /
Der Spiegel.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Internationale Presse

Zwischen Ratlosigkeit und Indifferenz

Die amerikanische Debatte über den Kampf gegen den „Islamischen Staat“

Marcus Pindur | Der Fall von Ramadi war für viele in Washington ein Schock. Nur Obamas Sprecher Josh Earnest wiegelte ab. Ob man denn jedesmal „seine Haare in Brand“ setzen solle, wenn es einen Rückschlag im Kampf gegen den IS gebe? Eine rhetorische Frage. Ihre Botschaft: Regt Euch ab, der Präsident hat gesagt, dass dies ein langer Kampf wird, die Eroberung von Ramadi durch den IS ist lediglich eine Episode. Vielleicht ist das so – und dass der Kampf gegen den IS wohl länger dauern wird, ist jedem klar, der regelmäßig Zeitung liest. Doch viele erinnerte die Stellungnahme aus dem Weißen Haus an das, was Obama Anfang 2014 in einem Interview gesagt hatte: Der IS sei ein Team von Amateuren, darüber könne auch die Großspurigkeit der islamischen Extremisten nicht hinwegtäuschen.

Mehr und mehr erscheint es vielen jedoch so, als sei es Obama, der sich getäuscht hat. Kein außen- und si-

cherheitspolitisches Thema wird in den USA derzeit so intensiv diskutiert wie die Bekämpfung des IS – und bei keinem anderen Thema zieht die Außenpolitik Obamas ähnlich viel Kritik auf sich.

Mosul ist immer noch in der Hand des „Islamischen Staates“. Er beherrscht ein Gebiet von der Größe Großbritanniens, finanziert sich weiterhin aus Öleinnahmen und trotz amerikanischen Luftangriffen. Die irakische Armee löst sich auf, wo immer sie auf die koordinierten militärischen Kampagnen des IS trifft. Lediglich die Kurden halten unter großen Opfern und mit kleiner Unterstützung Deutschlands stand.

David Ignatius, prominenter außenpolitischer Kommentator der *Washington Post*, stellte nach dem Fall Ramadis fest, dass eine Säule der US-Strategie im Irak immer noch nicht stehe: die Bewaffnung der sunnitischen Stämme im Irak (19.5.2015).

Insgesamt rät Ignatius der Obama-Regierung dazu, an der derzeitigen Strategie festzuhalten. Obama müsse Druck auf den irakischen Premier Haider al-Abadi ausüben, dass die Bewaffnung der sunnitischen Stämme trotz aller Bedenken der schiitischen Mehrheit im Parlament voran gehen müsse – sonst drohe dem Irak eine dauerhafte Spaltung.

Das Interesse am IS und der Frage seiner Bekämpfung schlägt sich in mehreren neuen Büchern und einer Vielzahl von Zeitschriftenartikeln nieder. Graeme Wood, ein Journalist des Magazins *The Atlantic*, hat sich darangemacht, die Essenz des Phänomens IS zu beschreiben (März 2015). Um den IS zu verstehen, müsse man die „intellektuelle Genealogie“ dieser extremistischen Bewegung nachvollziehen. Anders als Al-Kaida sei der IS eine unmittelbar apokalyptische Sekte, die die Umsetzung der Forderungen und Maßgaben des Propheten Mohammed als unmittelbaren Auftrag begreife. Deshalb stehe beim IS auch nicht der Kampf gegen die USA im Vordergrund, sondern in direkter Nachfolge Mohammeds die Etablierung eines territorialen Kalifats, eines staatsähnlichen Gebildes. Dort sollen Muslime dem wahren Glauben huldigen können. Grenzen werden nicht anerkannt, die Scharia wird mit Gewalt verbreitet. Anders ausgerichtete oder nicht unterwürfige Muslime werden vernichtet. Mit einer Rückkehr in die Rechtswelt des 7. Jahrhunderts würde dann früher oder später die Apokalypse herbeigeführt, die Endschlacht zwischen Gut und Böse.

Darin sieht Wood einen grundlegenden Unterschied zu Al-Kaida. Das Terrorunternehmen Bin Ladens sei

dezentral und darauf fixiert, den USA und dem Westen zu schaden. Das IS-Kalifat sei an ein Territorium gebunden, um Gleichgesinnten Zuflucht zu bieten, und es sei ideologisch noch weitaus rigoroser als Al Kaida. Das aber, so schlussfolgert der Autor, sei auch die Achillesferse des Islamischen Staates. Denn dieser sei an die territoriale Existenz gebunden und auf dauernde Expansion angelegt.

Doch der klaren ideologischen Analyse folgt eine eher vage Politikempfehlung. Eine Möglichkeit, den IS zu vernichten, sei eine massive amerikanische Militärinvasion in Syrien und im Irak. Offensichtlich glaubt daran auch der Autor nicht. Weder gebe es dazu den politischen Willen der Obama-Regierung noch nähere die letzte große Irak-Invasion die Hoffnung, dass eine solche Aktion diesmal erfolgreich verlaufen würde.

Wood empfiehlt mehr oder weniger das, was die Obama-Regierung ohnehin macht: eine Strategie des Durchwurstelns. Man müsse den IS in einem dauernden Zermübungskrieg mit Luftangriffen sowie der Lieferung von Waffen an seine Gegner und dessen Training ausbluten. Der IS werde von alleine zugrunde gehen, weil er nicht in der Lage sein werde, seine Heilsversprechen einzulösen. Doch auch Graeme erkennt an, dass dies nicht mehr als eine Hoffnung ist – und ebenso gut in einer Katastrophe enden kann, nämlich mit der Eroberung von Bagdad und Damaskus. Die humanitäre Katastrophe, die mit der IS-Herrschaft über derzeit acht Millionen Menschen einhergeht, kommt noch hinzu.

Wood empfiehlt das, was Obama macht: weiter durchwursteln

Obama hält mit seiner Passivität an einer vagen Hoffnung fest

Der Autor spiegelt damit die Dilemmata der Obama-Regierung wider: der Unwille zu größerem militärischen Engagement, das Unbehagen am Erfolg des IS, das Schönreden der Situation am Boden, verbunden mit der vagen Hoffnung, dass sich irgendwann alles zuungunsten des IS wenden werde. Man erkennt eine außenpolitisch zur Passivität neigende Präsidentschaft, die sich dem Ende zuneigt.

Der ehemalige stellvertretende Sicherheitsberater unter Bush und ehemalige Botschafter im Irak unter Obama, James F. Jeffrey, repräsentiert diese Ambivalenz im außenpolitischen Establishment. Obama stelle nicht die nötigen Mittel zur Verfügung, um das strategische Ziel, die Zerstörung des IS, zu erreichen. Im Interview mit CNN verlangte Jeffrey zwar die Entsendung von Bodentruppen (10 000 Mann seien nötig), kurz zuvor hatte er jedoch in einem Artikel für *Foreign Affairs* (März/April) die dauerhafte Wirksamkeit von Guerillabekämpfung grundsätzlich infrage gestellt.

Militärisch könnten die USA Guerillakonflikte für sich entscheiden, aber der politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Aufbau müsse irgendwann in die Hände der lokalen Kräfte gelegt werden. Und dann passiere, so Jeffrey, was im Irak nach 2011 passiert sei: Die irakische Regierung sei zum bloßen Klientelinstrument der schiitischen Mehrheit verkommen, die Erfolge des amerikanischen Anti-Guerilla-Krieges nach 2007 seien verspielt worden.

Doch eine dauerhafte Unterstützung für derlei Interventionen gebe es

nicht in der amerikanischen Öffentlichkeit. Was bleibe, sei eine Strategie der Eindämmung, der Schadensbegrenzung. Man solle zunächst die lokalen Kräfte unterstützen. Wenn dies nichts helfe und die Guerilla siege, dann müsse man den Konflikt eindämmen und die Alliierten in der Region stärken. Die Frage, was die dauerhafte Existenz eines solchen IS-Terrorstaats für die Stabilität der Region bedeuten würde, lässt Jeffrey allerdings unbeantwortet.

Strategische Zurückhaltung

Einen Weg zwischen Indifferenz und Resignation suchen drei Autoren in der Online-Ausgabe von *Foreign Affairs* (Robert A. Pape, Keven Ruby und Vincent Bauer: „Hammer and Anvil. How to Defeat ISIS, 2.1.2015). Die Autoren halten eine massive US-Bodeninvasion für unrealistisch und kontraproduktiv, reine Luftschläge dagegen für ineffektiv und schlagen vier politische bzw. militärische Schritte vor. Zunächst müsse die militärische Ausweitung des IS eingedämmt werden – erst im Irak; in Syrien sei dies noch lange nicht in Sicht. Vor Erbil, vor Kobane und vor Bagdad sei es gelungen, den Vormarsch des IS mithilfe amerikanischer Luftschläge aufzuhalten. Deren Effektivität müsse jedoch mit Spezialkräften als Feuerleitbeobachtern erhöht werden, es bedürfe nur weniger 100 US-Truppen am Boden.

Dann müsse ein Autonomieabkommen der schiitisch dominierten Regierung in Bagdad mit den sunnitischen Stämmen geschlossen werden, ähnlich dem Status der Kurden. Das wird nicht einfach, wäre aber mit Druck seitens der USA denkbar. Die regulären, schiitischen Truppen hät-

ten hinlänglich gezeigt, dass sie nicht bereit seien, für die sunnitischen Gebiete zu kämpfen; deshalb müssten die Sunniten den Kampf übernehmen. Als nächster Schritt müssten die Luftschläge der US-geführten Koalition ausgedehnt werden, sodass eine strategische Verstärkung des IS im Irak immer schwieriger würde. Dann sei der Weg frei für die einzige Kraft in der Region, die einen Anreiz und die Legitimation habe, den IS zurückzuwerfen: die sunnitischen Stämme in den Provinzen Anbar und Niniveh.

Die Autoren sagen, ihr Plan sei nicht perfekt. Aber er sei eine pragmatische Herangehensweise an ein ansonst fast unlösbares Problem. Die Einnahme Ramadis durch den IS hat gezeigt, wie akut das Problem ist. Der Plan setzt allerdings voraus, dass die Obama-Administration auf Konfrontationskurs mit der schiitisch geführten Regierung in Bagdad geht. Doch das ist problematisch, denn die Obama-Administration will den Iran, die Schutzmacht der schiitischen Regierung in Bagdad, nicht verärgern. Die einzige wirkliche außenpolitische Priorität Obamas ist der Nukleardeal mit dem Iran. Und diese Eindimensionalität der Außenpolitik Obamas steht einem kraftvolleren Engagement der USA im Irak im Wege.

Aaron David Miller, Wissenschaftler am Woodrow Wilson International Center, erklärt die Not zur Tugend (foreignpolicy.com, 22.5.2015). Die Obama-Regierung mache genau das, was man in einer größtenteils dysfunktionalen Region machen könne: Man könne hier und da an kleineren Stellschrauben drehen, aber keine massive Veränderung der Lage bewirken. Die Debatte müsse über die Frage

hinausgehen, ob der Irak-Krieg an sich oder der übereilte US-Abzug die Wurzel allen Übels sei. Miller stellt die rein rhetorische Frage, ob es eine Alternative zum Durchwursteln gebe. Die Elemente dieses Durchwurstelns sind klar: vereinzelt Anti-Terror-Kommandoaktionen (wie der geglückte Anschlag auf einen Stellvertreter des „Kalifen“ al-Bagdadi), Unterstützung lokaler Kräfte (wie der Kurden), Luftschläge sowie das Beharren auf politischen Reformen in einem Umfeld, das vom sunnitisch-schiitischen Schisma und dem Einfluss des Iran geprägt ist. Eine massive Invasion mit US-Bodentruppen sei nicht sinnvoll: „Diesen Film haben wir schon einmal gesehen.“ Millers These: „Wir können und wir werden das nicht reparieren.“ Die USA sollten sich darauf beschränken, die Verhältnisse zu managen, so gut es geht – die Suche nach stabilen Lösungen sei für die nächsten Jahre sinn- und erfolglos: „Think outcomes, not comprehensive solutions.“

Doch selbst wenn man Millers strategische Zurückhaltung als Leitfaden akzeptiert, wird amerikanisches Engagement in der Region vonnöten sein. Wie es aussieht, wenn sich die USA komplett heraushalten, kann man derzeit in Syrien beobachten.

Die USA werden die Probleme nicht lösen, nur die Lage managen



Dr. Marcus Pindur
ist USA-Korrespondent
des Deutschlandradio.

Der unheimliche Aufstieg des IS

Warum die dschihadistische Terrormiliz so mächtig werden konnte

Jan Kuhlmann | **Ist die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) unaufhaltbar? In Syrien kontrollieren die Dschihadisten mittlerweile mehr als die Hälfte der Landesfläche. Auch im benachbarten Irak beherrschen sie riesige Gebiete. Gleich mehrere Bücher beschäftigen sich mit den Extremisten, den Ursachen ihrer Entstehung und ihres Erstarkens.**

Der Vormarsch der IS-Terrormiliz ist beängstigend. Anfang dieses Jahres sah es noch so aus, als sei dem Siegeszug der Dschihadisten Einhalt geboten. Doch von ihren Niederlagen etwa in der nordsyrischen Stadt Kobane oder im irakischen Tikrit haben sie sich erholt. Auch wenn die US-Regierung regelmäßig betont, die Ausdehnung des IS sei gestoppt – bislang hat keine Kraft die Terrormiliz dauerhaft aufhalten können, auch nicht die von den USA geführte Militärallianz mit ihren Luftangriffen.

Dementsprechend viel Aufmerksamkeit bekommen die Extremisten in den Medien. Gleich mehrere Neuerscheinungen auf dem Buchmarkt beschäftigen sich mit dem Aufstieg des IS, und immer steht eine Frage im Mittelpunkt: Wie konnte es dazu kommen? Eine einfache Antwort darauf gibt es nicht. Die Erfolge der Terrormiliz lassen sich wohl am ehesten durch ein ungünstiges Zusammenspiel verschiedener Faktoren erklären, die

weit in die Geschichte des Irak, Syriens und der gesamten arabischen Welt zurückreichen. Neben der eigenen Stärke sind es die Schwäche und fatale Entscheidungen seiner Gegner, die dem IS in die Hände spielen.

Fanatismus als Methode

Das beeindruckendste Buch über die Terrormiliz hat der *Spiegel*-Reporter Christoph Reuter geschrieben, schon allein deswegen, weil er den Dschihadisten so nahe gekommen ist wie kaum ein anderer Journalist aus dem Westen. Ungeachtet der Gefahren des Bürgerkriegs ist Reuter nicht weniger als 17 Mal in die syrischen Rebellengebiete gereist, wo er zusammen mit einheimischen Rechercheuren nach Material über den IS gesucht hat.

Was er dabei gefunden hat, gibt der Terrormiliz, die ansonsten häufig schemenhaft bleibt, ein Gesicht, wenn auch ein schreckliches. Vor allem eins macht der Journalist deutlich: Beim IS handelt es sich nicht um

eine wilde Horde, sondern um eine gut strukturierte Organisation, die „Fanatismus als Methode der Mobilisierung einsetzt“ und „dabei äußerst rational agiert“.

Exemplarisch beschreibt Reuter dieses Phänomen anhand des mittlerweile getöteten IS-Anführers Haji Bakr, einem ehemaligen Oberst aus Saddams Husseins Luftabwehr-Geheimdienst, ein unauffälliger, aber strategisch kühl planender Mann. Reuter nennt ihn den „Architekten des Terrors“. In Syrien entdeckte der *Spiegel*-Reporter handschriftliche Aufzeichnungen Bakrs, in denen dieser Seite um Seite den Plan dargelegt hat, wie der IS die Macht übernehmen will. Er skizziert darin nicht nur die „Verwaltungsstruktur eines Staates bis auf Ortsebene“, sondern entwirft auch den Bauplan für ein „Stasi-Kalifat“, der danach „erstaunlich akkurat“ umgesetzt worden sei.

Dabei ging der IS stets nach demselben Muster vor: Seine Anhänger tauchten als Missionare in Dörfern auf, warben Einheimische als Gefolgsleute an und spionierten jeden Ort „bis in die letzte Faser“ aus, um schließlich die Macht an sich zu reißen. Haji Bakr kopierte dabei nichts weiter als „Saddams Husseins allumfassenden Geheimdienstapparat“. Auch ansonsten profitiert der IS von der Expertise aus den alten Zeiten im Irak. Längst haben Ex-Saddam-Kader den IS übernommen, darunter viele frühere Armeeoffiziere, die mit ihrer Kampferfahrung für die militärischen Erfolge der Terrormiliz verantwortlich sind.

Doch trotz dieser eigenen Stärke musste dem IS für einen derartigen Vormarsch der Boden bereitet werden. So ist es kein Zufall, dass die

Dschihadisten vor allem in Syrien, dem Irak und Libyen Fuß gefasst haben, da in all diesen Ländern der Staat versagt hat und seine Strukturen zerfallen sind. Nur in diesem Vakuum konnte die Terrormiliz gedeihen.

Fatale Entscheidungen

Den Absturz des Irak beschreibt der Islamwissenschaftler Wilfried Buchta sehr eindrucksvoll und mit großer Kenntnis des Landes, die er in seinen Jahren als Mitarbeiter der UN-Mission in Bagdad gewonnen hat. Sein Buch „Terror vor Europas Toren“ ist ein neues Standardwerk über den Irak.

Der Zerfall des Landes geht zurück auf Saddams Herrschaft: Diktatur, Kriege, Sanktionen führten seit den achtziger Jahren zu tiefen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Verwerfungen. Schon beim Einmarsch der US-Armee 2003 habe sich der Staat in Auflösung befunden, schreibt Buchta. Fatale Entscheidungen des US-Zivilverwalters Paul Bremer, der wie ein „selbstherrlicher spanischer Vizekönig in einer abgelegenen südamerikanischen Provinz“ schaltete und waltete, hätten ihr Übriges getan. So löste Bremer mit einem Federstrich die irakische Armee auf und schuf so nicht nur ein Sicherheitsvakuum, sondern auch ein Reservoir geschasster Soldaten, die ihrer Lebensgrundlagen beraubt worden waren. Ganze Scharen von ihnen schlossen sich später dem IS an.

Ein anderes Grundübel sieht Buchta in der Etablierung des „Muhasasa“-Prinzips, also der Vergabe von Regierungsposten an Schiiten, Sunniten und Kurden nach einem festgelegten Schlüssel. Was zunächst nach einer gerechten Macht-



Christoph Reuter: **Die schwarze Macht. Der »Islamische Staat« und die Strategen des Terrors.** München: DVA 2015, 351 Seiten, 15,99€



Wilfried Buchta: **Terror vor Europas Toren. Der Islamische Staat, Iraks Zerfall und Amerikas Ohnmacht.** Frankfurt: Campus Verlag 2015, 413 Seiten, 22,90€



Rainer Hermann:
Endstation Islamischer Staat? Staatsversagen und Religionskrieg in der arabischen Welt. München: Dtv 2015, 144 Seiten, 12,90€



Daniel Gerlach:
Herrschaft über Syrien. Macht und Manipulation unter Assad. Hamburg: Edition Körber-Stiftung 2015, 388 Seiten, 17€

verteilung aussah, öffnete Korruption und Vetternwirtschaft den Weg. Dank „Muhassasa“ betrachte jeder Minister sein Haus „als Erbhof und persönliches Lehen, über das er unumschränkte Kontrolle ausübe“, so Buchta. Generell fällt er ein hartes Urteil über die politische Elite: Er habe praktisch keinen Politiker oder geistlichen Führer getroffen, der auch nur „einen Hauch von Verantwortungsbewusstsein für den Irak als Ganzes“ bewiesen habe. Auch wegen solcher klaren Urteile ist Buchtas Buch äußerst lesenswert.

Dreißigjähriger Krieg

Das gilt auch für Rainer Hermanns Band „Endstation Islamischer Staat?“, in dem er knapp und thesenhaft den Aufstieg des IS in den größeren zeitlichen Horizont einordnet. Wie Buchta sieht der langjährige Nahost-Korrespondent der FAZ die Wurzeln des IS im Versagen und Zerfall der arabischen Staaten, wodurch der Raum für die Terrormiliz entstand.

Hermann betont dabei stärker die religiöse Dimension. Er spricht von einem „Dreißigjährigen Krieg“, der in der arabischen Welt, vor allem in der Levante, ausgebrochen sei. Nach jahrzehntelangem Stillstand habe mit dem Arabischen Frühling ein langfristiger Umbruch eingesetzt, prophezeit Hermann: „Das Nachholen historischer Prozesse führt nun zu Eruptionen, die einem Erdbeben gleichen.“

Eine starke Konfessionalisierung der Konflikte, Zerstörung weiter Landstriche, die Einmischung auswärtiger Mächte wie Iran und Saudi-Arabien – in der Tat gibt es einige Parallelen zum Dreißigjährigen Krieg. Trotzdem handelt es sich bei den Kon-

flikten in der arabischen Welt nicht um Religionskriege. In Syrien etwa kämpft ein bis dato sehr weltliches Regime um sein Überleben und instrumentalisiert dafür die Konfessionen. Wie in Ägypten sind es in Syrien – und zu einem nicht unerheblichen Teil auch im Irak – die alten Kräfte, die sich gegen Aufstände wehren. Das von den Alawiten, Anhängern eines Seitenstrangs des schiitischen Islam, getragene syrische Regime paktierte dabei sogar lange mit einer sunnitischen Organisation, die eigentlich ihr schlimmster Feind sein müsste: der IS-Terrormiliz.

Der Journalist Daniel Gerlach, Chefredakteur des Nahost-Magazins *Zenith*, sieht in seinem Buch „Herrschaft über Syrien“ das Damaszener Regime in einer Art „taktischem Gleichgewicht“ mit den Dschihadisten. So kann sich der IS laut Gerlach auf sein „dschihadistisches Projekt“ konzentrieren. Derweil nutzt Syriens Präsident Baschar al-Assad seinerseits die religiöse Terrorgruppe als Feindbild, um sich internationale Unterstützung zu sichern. Allerdings sieht es seit der Niederlage des Regimes gegen den IS im Kampf gegen die historische Oasenstadt Palmyra so aus, als habe der IS dieses Bündnis aufgekündigt.

Gerlach beschreibt in seinem Buch vor allem das Regime, seine Akteure und Machtstrukturen. Er meldet zudem Zweifel an, ob beim IS von einem „Staatsbildungsprojekt“ gesprochen werden sollte, weil damit nicht nur die Dschihadisten aufgewertet, sondern auch der Begriff „Staat“ herabgewürdigt werde. Gerlach will lieber von einem „terroristischen Gebilde“ oder einem „terroristischen

Regime“ sprechen. Damit wird er aber dem Ausmaß und der ganzen Dimension des Phänomens nicht gerecht. Würde der IS allein als Terrororganisation wahrgenommen, hätte er nicht einen derart massiven Zulauf aus aller Welt. Erst der Anspruch, einen „Staat“, ein „Kalifat“ aufzubauen, macht die Attraktivität aus, die der IS auf viele Muslime ausübt. Gar nicht zu reden davon, dass die Terrormiliz im Irak und in Syrien längst quasistaatliche Strukturen aufgebaut hat. Ob es sich dabei allerdings tatsächlich um einen „islamischen“ Staat handelt, ist wiederum eine andere Frage.

Schwachstelle Finanzierung

Der IS ist zu einem mächtigen Gegner erwachsen, aber seine Schwächen sind unübersehbar. Zum einen seien die staatlichen Strukturen in Syrien und im Irak nur schwach ausgebaut, schreibt Guido Steinberg, Terrorexperte der Stiftung Wissenschaft und Politik, in seinem Band „Kalifat des Schreckens“. Zum anderen sei ungeklärt, wie der IS seinen Staat längerfristig finanzieren will, was eine seiner „empfindlichsten Schwachstellen“ sein könnte. Er verfüge zwar über hohe Einnahmen, doch auch die Ausgaben seien beträchtlich. Je mehr staatliche Funktionen der IS übernehme, desto höher würden die Kosten. Die Beuteökonomie habe bisher nur funktioniert, weil die Terrororganisation schnell große Gebiete erobert habe.

Sehr ausführlich geht Steinberg auch auf das Verhältnis zwischen dem IS und dem Terrornetzwerk Al-Kaida ein, die miteinander verfeindet sind. Sie teilen zwar die Dschihad-Ideologie, unterscheiden sich aber in wich-

tigen Merkmalen. So wendet sich der IS mit massiver Gewalt gegen Schiiten, was Al-Kaida-Chef Ayman al-Zawahiri ablehnt. Während Al-Kaida weite Teile der Muslime als Unterstützer gewinnen wolle, seien IS-Chef Abu Bakr al-Bagdadi und sein Vorgänger Abu Musab al-Zarqawi „Menschenfeinde, die nicht daran glauben, allzu viele Muslime von ihren Ideen überzeugen zu können“. Neben Christoph Reuter ist Steinberg das fundierteste Buch über den IS gelungen, das sehr detailliert den Werdegang der Terrormiliz nachzeichnet.

Aus jedem dieser Bände wird klar, dass der IS nicht unterschätzt werden sollte. Das scheint die internationale Gemeinschaft verstanden zu haben, allein, es fehlen die Mittel (und zum Teil auch der Wille), die Terrormiliz zu bekämpfen. Die irakische Armee erwies sich bislang als untauglich; die kurdischen Peschmerga im Nordirak wollen und werden nur ihr eigenes Gebiet verteidigen; das syrische Militär ist nach mehr als vier Jahren Bürgerkrieg ausgelaugt; die Rebellen des Landes sind zu schwach und zu zersplittert. Mit Luftschlägen allein wird sich der IS nicht besiegen lassen – zumal er nur dann von der Bildfläche verschwinden wird, wenn im Irak und in Syrien wieder funktionierende Staaten etabliert werden können. Davon aber ist nichts zu erkennen.



Jan Kuhlmann ist dpa-Korrespondent für die arabische Welt mit Sitz in Istanbul.



Guido Steinberg: **Kalifat des Schreckens**. München: Knaur 2015, 208 Seiten, 12,99€

Pazifisch planen

Wie wir von der multipolaren Weltordnung profitieren können

Thomas Speckmann | **Dass die neue globale Architektur nicht allein westlich dominiert sein wird, ist weltgeschichtlich nichts Neues. Sie mag sogar noch unorganisierter werden als die gegenwärtige. Wenn Europa aber klug ist, wird es seinen Nutzen aus der neuen Ordnung ziehen können. Vier Neuerscheinungen zeigen, wie.**

China verstehen? Seit Jahren versuchen Sinologen aus Europa und Amerika, ihren Landsleuten den für sie sehr fernen Osten zu beschreiben und zu erklären. Aber das Wesen der chinesischen Gesellschaft, des Staates und seiner Partei zu durchdringen, gelingt selten, meist nur für Momente oder einzelne Aspekte. Wenn schon nicht wirklich verstehen, so doch wenigstens nachfühlen, dürfte sich Marcus Hernig gedacht haben. Hernig war mehrfach im Auftrag des Goethe-Instituts in Ostasien, zuletzt als Leiter der Dependance in Kyoto, Japan; er lehrt an chinesischen Hochschulen in Hangzhou und Schanghai und ist als Berater für Unternehmen in Fragen chinesischer Kultur und Kommunikation tätig.

Es ist mittlerweile 13 Jahre her, dass Hernig zum ersten Mal nach China kam. Inzwischen habe er vergessen, was er damals gedacht habe, schreibt er. Aber er wisse noch sehr genau, wie sich Nanjing angefühlt

habe, die Stadt, in der er dann mehrere Jahre studierte: warm, pulsierend, aufregend. Daran anknüpfend, widmet sich Hernig dem chinesischen Gefühlshaushalt. So sei in dem von einem Schüler des Konfuzius verfassten „Buch der Riten“ die „Freude“ an den Anfang einer Klassifizierung der menschlichen Gefühle gestellt worden, der sechs weitere Dimensionen folgen: Wut, Trauer, Angst, Liebe, Hass und Gier.

Aufholen und nachholen

Diese sieben Gefühlsdimensionen entsprechen in etwa den Grundgefühlen in der westlichen Psychologie – Begehren, Angst, Aggression sowie Schmerz, Trauer und Freude. Doch ist die Reihenfolge eine andere. Hernig führt das auf die positive Einstellung der Chinesen zum „Hier und Jetzt“ zurück, wodurch die Freude an den Anfang aller Gefühle rückt. Zugleich schließe das Begehren in China immer auch das Streben nach materiellen



Marcus Hernig:
Chinas Bauch.
Warum der Westen
weniger denken
muss, um den
Osten besser
zu verstehen.
Hamburg: Edition
Körber-Stiftung
2015. 227 Seiten,
19,00 €

oder ideellen Zielen ein, etwa nach Reichtum, Karriere und Erfolg – bis heute spielt der Aufstieg eine große Rolle in der hierarchisch strukturierten Gesellschaft Chinas.

Zudem haften dem chinesischen Begriff für Begehren („yu“) nicht der Beigeschmack der Sucht an, die Christentum oder Hinduismus damit verbänden. Auch in den von Hernig beschriebenen Begegnungen mit Bauern und Geschäftsleuten, Vermietern und Nachbarn, Politikern und Studenten wird immer wieder deutlich, wie wenig man dort auf Enthaltbarkeit und weltabgewandte Askese gibt.

Das könnte – wie oft bei aufsteigenden Gesellschaften – auch an dem Gefühl liegen, etwas nach- oder aufholen zu müssen. Hernig zitiert den 1960 geborenen Schriftsteller Yu Hua, den nach eigener Aussage das Gefühl des Schmerzes, den sein Volk in der Vergangenheit erlitten habe, zum Schreiben treibe: Schmerz aufgrund schlechter medizinischer Versorgung, aufgrund politischer Kampagnen oder aufgrund einer wirtschaftlichen Modernisierung im Hauruckverfahren. Neben dem Schmerz trifft Hernig auf Angst und Unsicherheit, bisweilen auch auf Gleichgültigkeit oder Gefühllosigkeit.

Alles gut in Afrika – dank China?

Einen Partner, der einen ähnlichen Nachholbedarf hat, scheint China in Afrika gefunden zu haben. Eine Partnerschaft, die nicht auf Augenhöhe besteht, aus der aber auch nicht nur Peking seine Vorteile zieht. Während im Westen die öffentliche Wahrnehmung des afrikanischen Kontinents immer noch von den Bildern überfüllter Flüchtlingsboote geprägt ist, von

Ebola, Bürgerkriegen und korrupten Regimen, übersieht man oft den zumindest in einigen Ländern und Regionen des Kontinents stattfindenden Wirtschaftsboom.

Das zu ändern haben sich die Brüder Andreas und Frank Sieren vorgenommen. Andreas Sieren lebt seit nunmehr 15 Jahren in Afrika, erst in Botswana, dann in Südafrika. Zunächst war er für die Vereinten Nationen tätig, nun arbeitet er als Wissenschaftler für die Oxford Business Group sowie als Journalist, unter anderem für die *Wirtschaftswoche*, die südafrikanische *Sunday Times*, die singapurische *Straits Times* und den indischen *Business Standard*. Sein Bruder Frank, seit mehr als 20 Jahren in China lebend, hat sich bereits in mehreren Bestsellern mit seiner Wahlheimat und der globalen Rolle Pekings beschäftigt. Dabei hat er sich auch Afrika gewidmet – zuletzt ein Hauptschauplatz chinesischen Engagements.

Bereits im Klappentext machen die Autoren deutlich: „Zehn Jahre chinesischer, indischer und brasilianischer Investitionen haben dem Kontinent mehr geholfen als 50 Jahre westlicher Entwicklungshilfe.“ Deshalb wachse Subsahara-Afrika seit einem Jahrzehnt mit über 5 Prozent. Der Rohstoffboom habe Afrika „abheben“ lassen. Und in der Tat: Dort liegen gegenwärtig sechs der zehn wachstumsstärksten Länder der Welt. Es ist ein demografisch junger Kontinent. Die Kindersterblichkeit ist massiv gesunken – um 50 Prozent. Das Ausbildungsniveau steigt. Die Mittelschicht wächst, sie wird auf allmählich 300 Millionen Menschen geschätzt.



Andreas Sieren und Frank Sieren: **Der Afrika-Boom. Die große Überraschung des 21. Jahrhunderts.** München: Carl Hanser Verlag 2015. 300 Seiten, 21,90 €

Also alles gut in Afrika – auch dank chinesischer Hilfe? Nein. Zwar zeigen sich die Autoren begeistert von der jüngeren Entwicklung, naiv sind sie aber nicht: Wohl seien chinesische Investitionen grundsätzlich in Afrika willkommen. Aber es gebe auch immer wieder „schwarze Schafe“ – Unternehmen und Unternehmer, die sich nicht an die Regeln halten und die Afrikaner über den Tisch ziehen. Proteste gegen die wachsende Präsenz chinesischer Arbeitskräfte und Demonstrationen für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Lohn in chinesischen Unternehmen vor Ort sind die Folge.

Damit der gegenwärtige Afrika-Boom anhalte, müssten den Autoren zufolge vor allem drei Faktoren stimmen: Die Afrikaner müssten genügend Arbeitsplätze, Stromkraftwerke und weitere Infrastruktur schaffen. Sollte ihnen das gelingen, dann werde Afrika in den kommenden beiden Jahrzehnten Asien als Fabrik der Welt ablösen – so wie in den Jahrhunderten zuvor Amerika Europa abgelöst habe und wiederum von Asien abgelöst worden sei. Wem diese Prognose allzu kühn erscheint, dem geben die Brüder Sieren am Ende ihrer fakten-gesättigten und zugleich sehr pointierten Analyse der Süd-Süd-Kooperation zwischen China und Afrika mit auf den Weg: „Jedes Mal konnten sich die Etablierten nicht vorstellen, dass die Aufsteiger dies schaffen würden. Und jedes Mal wurde es die große Überraschung eines Jahrhunderts.“

Für den Westen nichts Neues

Dass der Westen gefordert ist, sich mit einer neuen, nicht mehr allein westlich dominierten, sondern multipolar

geprägten Weltordnung zu beschäftigen, ist nicht nur nichts Neues – es ist auch weltgeschichtlich betrachtet kein Novum. Dem eurozentrischen Blick ist es nur allzu lange entgangen. Eine Ausnahme bildet hier Thomas Seifert. Der stellvertretende Chefredakteur und Leiter der Außenpolitik bei der *Wiener Zeitung* hat in seiner journalistischen Laufbahn beinahe aus der ganzen Welt berichtet: aus Afghanistan, dem Iran, den Vereinigten Arabischen Emiraten, aus Ghana, dem Irak, Russland, Saudi-Arabien, Indien und China. Das hat seinen Blick geschärft – sei es für die Vergangenheit, für die Gegenwart oder die Zukunft.

Seiferts große Stärke ist die Verbindung von politischer und wirtschaftlicher Analyse langer Zeiträume. Dadurch vermeidet er die Kurzatmigkeit seiner eigenen Branche. Seine Darstellung kommt nicht im Stil von noch einmal erzählten „Breaking News“ daher, folgt keinem Medienhype und verzichtet auf die ganz steile These. Stattdessen zeichnet er nüchtern, aber dadurch umso einprägsamer die großen Linien nach, die von einer Epoche in die nächste führten.

Zugleich betont er die Chancen, die mit der Herausbildung einer neuen Weltordnung verknüpft sind. So dürfte die amerikanische Westküste – bereits heute der Motor wirtschaftlicher Dynamik und Innovation in den Vereinigten Staaten – in der beginnenden pazifischen Epoche noch weiter an Bedeutung gewinnen. Doch ebenso könnten nach Seiferts Einschätzung der Südosten und Osten Europas eines Tages von der Landverbindung nach China profitieren; auch logistische Knotenpunkte seien dort denkbar.



Thomas Seifert:
Die pazifische Epoche. Wie Europa gegen die neue Weltmacht Asien bestehen kann.

Wien: Deuticke im Paul Zsolnay Verlag
2015. 303 Seiten,
21,90 €

Seifert empfiehlt der Europäischen Union aus gutem Grund eine eigenständige Asien-Politik: Haben Amerikaner und Europäer dort doch ihre jeweils ganz eigenen Wirtschaftsinteressen. So könnten Deutschland, die Niederlande, Spanien und Italien gegenüber China eine positive Leistungsbilanz vorweisen, während die USA hier ein Defizit von beinahe 100 Milliarden Dollar verzeichneten. Beiden – Europäern wie Amerikanern – rät Seifert außerdem dringend, die Reformen an einem multilateralen System mit Hochdruck voranzutreiben, solange sie dafür noch über ausreichend globalen Einfluss verfügen.

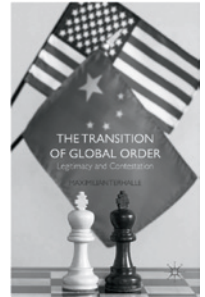
Nüchtern fällt ebenfalls Seiferts Einordnung des Aufstiegs Chinas aus: Auch wenn das Land nun die Nummer eins beim Bruttoinlandsprodukt sei, müsse dieser Erfolg nicht zwangsläufig zulasten Europas oder der USA gehen. In der Tat haben die Europäer bereits bewiesen, dass sie Exportchancen nach Asien zu nutzen verstehen. Über ihre klassischen Produkte hinaus haben sie Lösungen für Umwelt- und Verkehrsprobleme sowie den Aufbau sozialer Sicherungssysteme anzubieten. Kein anderer Wirtschaftspartner – mit Ausnahme Japans – verfügt über dieses Know-how.

Comeback des Irrationalen

Welche Art von Weltordnung wird daraus entstehen? Welche Eigenschaften, welchen Charakter wird sie haben? Maximilian Terhalle beschäftigt sich intensiv mit Theorien globaler Ordnung sowie den Beziehungen zwischen China und den USA. Nach Stationen an den Universitäten Co-

lumbia, Oxford, Cornell und Yale vertritt er derzeit die Professur für Internationale Politik an der Fernuniversität Hagen. Realistisch skizziert er die Grundzüge der globalen Architektur, die bereits heute sichtbar wird: Die revisionistischen Ambitionen nicht allein Chinas, sondern auch der USA verstärken die vielfältigen Widerstände, die wirkliche Global Governance bislang verhinderten.

Die Vorstellung, diese beiden Mächte könnten als eine Art G-2 der Welt eine neue Ordnung geben, erscheint in diesem Licht unrealistisch. Terhalle führt das auf elementare Unterschiede in den philosophischen, strukturellen und sozialen Grundlagen der beiden Großmächte zurück, die sich auch in unterschiedlichen Vorstellungen globaler Governance spiegeln und Kooperationen schwierig machen. Für Terhalle folgt daraus eine zukünftige Weltordnung, die noch unorganisierter sein dürfte als die heutige und dadurch noch gefährlicher – eine Einschätzung, die mehr als ein Gefühl sein dürfte, gerade weil das Handeln der Protagonisten in dieser Ordnung oder Unordnung in hohem Maße auf nationalen Gefühlen fußt. Das Irrationale feiert ein globales Comeback. Es auf rationale Weise erklären zu können, ist Terhalles Verdienst.



Maximilian Terhalle:
The Transition of Global Order. Legitimacy and Contestation.
Palgrave Macmillan
2015. 267 Seiten,
65,00 £



Dr. Thomas Speckmann, Ministerialrat, Leiter des Referats Reden und Texte, Stab Strategie und Kommunikation, Bundesministerium der Finanzen. Der Beitrag gibt seine persönliche Meinung wieder.

Trittbrettfahrer des globalen Hilfskonvois

Warum die internationalen Missionen oft mehr Schaden anrichten als Nutzen

Paul Hockenos | **Nach dem Kalten Krieg schossen internationale Hilfsmissionen wie Pilze aus dem Boden. Seither ist viel Kluges über Strategien und Mandate dieser Missionen geschrieben worden. Doch was ist mit denen, die sie vor Ort umsetzen müssen? Was treibt sie an? Und wie gehen sie mit dem Leid um, das bleibt, wenn sie entweder weiterziehen – oder kapitulieren?**

Dass das Private politisch sei, ist eine These, die ein bisschen in die Jahre gekommen ist. Immerhin, wer sich mit den internationalen Hilfsmissionen in den Konfliktregionen dieser Welt beschäftigt, dem wird sie hochaktuell erscheinen. Nirgends in der internationalen Politik verschwimmen die Grenzen zwischen Privatem und Politischem derart wie hier. Es sind in der Regel wohlmeinende, idealistische und doch mitunter seltsam deplatziert wirkende Frauen und Männer aus hochentwickelten Staaten, die unter dem Dach von UN, OSZE, EU, Rotem Kreuz oder Oxfam einige Jahre ihres Lebens dem Versuch widmen, durch Krieg zerrütteten Gesellschaften wieder auf die Beine zu helfen.

Idealistisch gesinnt sind viele der „Internationals“ nur zu Beginn ihres Einsatzes. Mit den Schecks der finanzstärkeren Organisationen kommt oft der Zynismus, und der macht aus Idealisten Karrieristen, die von einer Mission zur nächsten tingeln. Dabei

tun sie oft wenig Gutes, zuweilen sogar viel Schlechtes.

Alltag als monotones Ritual

Drei ausgezeichnete Bücher, zwei neuere und ein Klassiker, liefern einen Blick aus der Froschperspektive und liefern Vorschläge, wie man es künftig besser machen könnte. Das mit Abstand beste davon und längst ein Standardwerk ist „Emergency Sex and Other Desperate Measures“. Geschrieben wurde es von drei Freunden – einer amerikanischen Sozialarbeiterin, einem Jurastudenten aus Harvard und einem neuseeländischen Arzt. Das Trio traf sich 1991 in Kambodscha, wo sie als Mitglieder der Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen für die Überwachung des Waffenstillstands, die Einhaltung der Menschenrechte und die Organisation freier Wahlen zuständig waren.

Der Titel ihres Buches, der sich vielleicht mit „Notfall-Sex“ übersetzen lässt, bezieht sich auf eine der Metho-

den, mit denen die Helfer der Eintönigkeit und den Entbehrungen ihrer Missionen zu entfliehen versuchen – neben Drogen, der Dauerberieselung durch DVDs oder der Betäubung durch Arbeit. Die „Internationals“ kommen und gehen in derart fliegendem Wechsel, dass kaum Zeit bleibt, Beziehungen aufzubauen. Der Glanz des Abenteurers und des Kampfes für das Gute nutzt sich schnell ab, und der Alltag wird zum monotonen Ritual.

In kurzen, tagebuchähnlichen Einträgen gewähren die drei Helfer Einblicke in ihre Arbeit. Ihre Wege führen kreuz und quer durch die Krisenherde dieser Welt: von Kambodscha und Vietnam über Somalia, Ruanda, Bosnien, Kenia und zuletzt nach Haiti. Einige ihrer Geschichten erzählen von Mut und Zivilcourage; etwa von dem Arzt, der direkt in das Innere eines der berüchtigten kambodschanischen Gefängnisse marschiert und Beweise für die Folterpraxis des Regimes sichert.

Doch unvermeidlicherweise überschatten viele groteske Episoden diese seltenen Erfolge, etwa die von Heidi Postlewait, einer US-Sozialarbeiterin, die bei den UN als Büroangestellte arbeitete, bis sie sich auf einmal in Mogadischu wiederfand und vom Schreibtisch aus Truppen befehligte – gegen bis an die Zähne bewaffnete somalische Warlords, die das UN-Quartier belagerten. Im Hintergrund dudelte das Radio der US-Kampfeinheiten: „You’re listening to 99.9 FM Mogadishu – rockin’ the dish. Keep your head down and the volume up!“

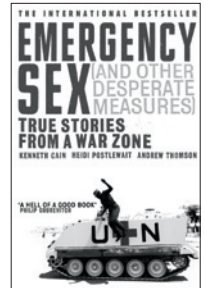
Meine eigene Erfahrung als „International“ auf dem Balkan ab den späten neunziger Jahren deckt sich in mancherlei Hinsicht mit diesen Schilderungen. Einerseits trug die interna-

tionale Verwaltung etwa in Bosnien einiges zur Befriedung des zerrissenen Landes bei. Sie war Geburtshelferin für unabhängige Medien und parlamentarische Demokratie. Aber andererseits gibt es Hunderte von Beispielen für Inkompetenz, Geldverschwendung und unglaubliche Fehltritte in kulturelle Fettnäpfchen, die urkomisch sein könnten, wenn sie nicht so gravierende Folgen hätten.

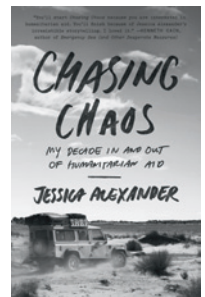
Viele meiner Kollegen machten sich nicht einmal die Mühe, die Literatur über ihr Einsatzgebiet zu lesen, geschweige denn die Sprachen zu lernen. Psychisch labile Persönlichkeiten nahmen Führungspositionen ein – unqualifizierte Leute, die niemals hätten dort sein dürfen. Schließlich brachen sie unter dem Druck zusammen, doch anstatt sich nach einer anderen Tätigkeit umzusehen, tauchten sie ein Jahr später anderswo in der nächsten Mission auf. Ich konnte von Glück reden, mit der Projektarbeit vor Ort beschäftigt zu sein und Sarajewo meiden zu können, wo die „Internationals“ tagsüber Intrigen gegeneinander spinnen und sich nachts in den Bars gemeinsam volllaufen ließen.

An den Symptomen herumdoktern

„Chasing Chaos“ hat Jessica Alexander ihr Buch genannt. Als die frischgebackene Universitätsabsolventin 1994 nach Ruanda kam, fand sie sich plötzlich in verantwortlicher Position für ein Flüchtlingslager von 24 000 Menschen wieder. Permanentes Katastrophenmanagement lautet fortan ihre Mission, limitierte Mittel und personelle Unterbesetzung machten ihr die Arbeit fast unmöglich. Anstatt die grundlegenden Probleme der Region anzugehen, wird an den Sympto-



Andrew Thomson, Heidi Postlewait, Kenneth Cain: **Emergency Sex (And Other Desperate Measures): True Stories from a War Zone.** London: Ebury Press 2006, 320 Seiten, 10,70 €



Jessica Alexander: **Chasing Chaos: My Decade In and Out of Humanitarian Aid.** New York: Broadway Books 2013, 400 Seiten, 15,00 \$

men herumgedoktert, was dazu führt, dass es nie zu einer Lösung kommt, während neue Generationen von Entwicklungshelfern kommen und gehen.

Wie andere Kritiker der Hilfsmissionen hält es auch Jessica Alexander für ein Problem, dass diese Missionen Parallelsysteme schaffen, die von internationaler Entwicklungshilfe abhängig sind, und so jeglichen Anreiz für die lokalen Regierungen beseitigen, diese Dinge selbst zu regeln. Allerdings ist Alexander grundsätzlich der Meinung, dass internationale Interventionen Gutes leisten können, sofern das Personal ausgebildet, die Mandate vernünftig umrissen, die Hilfe gut koordiniert und die Ziele realistisch sind. Letzten Endes gehe es darum, den Regierungen vor Ort das Werkzeug in die Hand zu geben, um sich selbst zu helfen – nach wie vor einfacher gesagt als getan.

Wenig optimistisch ist auch Vera Kühne. „Grenzenlos“ sind berührende, sehr persönliche Memoiren, die im Sudan beginnen, den Leser nach Mazedonien, Papua-Neuguinea, Afghanistan führen und in Haiti enden. Kühne ist eine Idealistin mit religiöser Überzeugung, die an ihrem eingeschränkten Handlungsspielraum leidet. So erzählt sie von der Frustration beim Versuch, ein Gesundheitszentrum in Rumbek, Südsudan, zu errichten. Angesichts von Unterfinanzierung, nicht qualifiziertem Personal und interkulturellen Problemen bleibt die Zukunft dieses Zentrums ungewiss.

Vera Kühne selbst ist der beste Beweis dafür, wie widersprüchlich die Situation der humanitären Helfer in Kriegsgebieten zuweilen ist: Als pazifistisch gesinnte Ärztin im afrikani-

schen Busch begann sie, um dann als Kämpferin bei der Bundeswehr in Afghanistan zu landen.

Wie die anderen Autoren will auch Vera Kühne die Welt verbessern. Doch was sie in Port-au-Prince, Haiti, aufschreibt, spricht Bände: „Ich fühlte eine große Ohnmacht. Wo sollte man hier bloß anfangen? Wohin mit den Tonnen von Schutt? Wohin mit den Menschen? In dieses Chaos konnte man keine Struktur hereinbringen.“

Keiner der Autoren gehört selbst zu den Karrieristen, die vom Leid anderer profitieren. Doch fürchte ich, dass sie diese Karrieristen zu einfach aus der Verantwortung lassen. Die exotischen Urlaube, die teuren Restaurants, das unglaubliche Missverhältnis zwischen ihren Gehältern und denen der Einheimischen: All das hätten sie eingehender beleuchten können. Und dann ist da noch die unerträgliche Arroganz der Westler, die ihre Qualifikation dafür, die Politik in Nachkriegsregionen auf der anderen Seite der Welt zu bestimmen, allein darin begründet sehen, dass sie in Demokratien aufgewachsen sind.

Wenn dem so sein sollte, dass die Hilfsprogramme so fehlerhaft sind, was ist die Alternative? Es gibt keine – diejenigen, die sie gestalten, müssen weiter lernen und sie verbessern. Diese Bücher sind nicht nur guter Lesestoff, sie können auch dazu beitragen.



Vera Kühne:
Grenzenlos – Mein Leben als Ärztin in Krieg und Frieden.
München: Pattloch
Verlag 2013, 288
Seiten, 19,99 €



Paul Hockenos
ist freier Autor in Berlin.

INTERNATIONALE POLITIK ist die Zeitschrift der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP).

Die DGAP versteht sich als nationales Netzwerk für deutsche Außenpolitik an den Schnittstellen zwischen Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Wissenschaft und Medien. Sie begleitet als unabhängiger, überparteilicher, gemeinnütziger und privater Verein mit mehr als 2600 Mitgliedern aktiv die politische Meinungsbildung zu allen relevanten außenpolitischen Themen. Ihre international besetzten Vortragsveranstaltungen, Konferenzen und Studiengruppen sind ein wichtiges Berliner Debattenforum. Im Forschungsinstitut der DGAP arbeitet ein Team von Wissenschaftlern an praxisbezogenen Analysen; mit ihrer außenpolitischen Spezialbibliothek, ihren Internetseiten www.dgap.org, www.internationalepolitik.de und www.berlinpolicyjournal.com bietet die DGAP umfassende und aktuelle Informationen zu allen Fragen der Außenpolitik.

Die Zeitschrift INTERNATIONALE POLITIK, 1945 von Wilhelm Cornides unter dem Namen „Europa-Archiv“ gegründet, erscheint alle zwei Monate. Die IP verfolgt das Ziel, außenpolitische Debatten auf hohem internationalen Niveau zu führen, aktuelle Entwicklungen durch sorgfältige Analysen einzuordnen und so zur Kursbestimmung der deutschen Außenpolitik beizutragen. Die in der Zeitschrift geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

Vorstand der DGAP

Dr. Arend Oetker, *Präsident*; Dr. Harald Kindermann, *Generalsekretär*; Dr. Tessen von Heydebreck, *Schatzmeister*; Jutta Freifrau von Falkenhausen, *Syndika*; Dr. Michael J. Inacker, Hagen Graf Lambsdorff, Prof. Dr. Eberhard Sandschneider, *Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts*; Dr. Sylke Tempel, *Chefredakteurin INTERNATIONALE POLITIK*; Dr. Elke Dittrich, *Leiterin der Bibliothek und Dokumentationsstelle und Verwaltung*

Präsidium

Niels Annen, Dr. Stefanie Babst, Prof. Dr. Roland Berger, Elmar Brok, Sevim Dagdelen, Dr. Thomas Enders, Prof. Dr. Lars P. Feld, Dr. Stephan Goetz, Prof. Dr. Armin Grunwald, Dr. Werner Hoyer, Wolfgang Ischinger, Dr. Christian Jacobs, Bertram Kawlath, Eckart von Klaeden, Prof. Dr. Joachim Krause, Prof. Dr. Charles A. Kupchan, Prof. Dr. Klaus Mangold, Philipp Mißfelder, Hildegard Müller, Prof. Dr. Günther Nonnenmacher, Christopher Freiherr von Oppenheim, Dr. Bernhard Reutersberg, Prof. Dr. Thomas Risse, Herbert J. Scheidt, Dr. Frithjof Schmidt, Stephan Steinlein, Karsten D. Voigt, Dr. Ludolf G. von Wartenberg, Dr. Heinrich Weiss, Prof. Dr. Michael Zürn

Impressum

Herausgeber

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik:
Dr. h.c. Hans-Dietrich Genscher
Prof. Dr. Joachim Krause
Dr. Harald Kindermann
Dr. Arend Oetker
Prof. Dr. Eberhard Sandschneider

Chefredakteurin

Dr. Sylke Tempel (Vi.S.d.P.)

Redaktion

Dr. Henning Hoff, Uta Kuhlmann-Awad,
Dr. Joachim Staron
Redaktionelle Mitarbeit:
Hauke Hansen, Christoph Schäfer
Projektmanagerin: Charlotte Merkl

Beirat

Prof. Timothy Garton Ash, Oxford University
Dr. Guido Goldman, Harvard University
Dr. Richard Herzinger, Welt-Gruppe
Dr. Michael J. Inacker, WMP-EuroCom AG
Dr. Josef Joffe, DIE ZEIT, Stanford University
Prof. Dr. Dr. h.c. Karl Kaiser, Harvard University
Stefan Kornelius, Süddeutsche Zeitung
Prof. Dr. Paul Nolte, Freie Universität Berlin
Prof. Dr. Günther Nonnenmacher,
Frankfurter Allgemeine Zeitung
Prof. Dr. Volker Perthes,
Stiftung Wissenschaft und Politik
Prof. Dr. Helmut Reisen, Berlin
Dr. Gary Smith, American Academy
Markus Spillmann, Neue Zürcher Zeitung
Prof. Angela Stent, Georgetown University
Daniel Vernet, Le Monde
Dr. Bernhard von Mutius, Potsdam

www.internationalepolitik.de

ISSN 1430-175X

Redaktionsanschrift

Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin
Tel.: + 49 (0)30 25 42 31-46
Fax: + 49 (0)30 25 42 31-67
ip@dgap.org

Marketing und Anzeigen

DGAP Consulting GmbH
Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin
Stefan Dauwe
dauwe@dgap-consulting.com
Tel.: + 49 (0)30 26 30 20 65

Layout

Thorsten Kirchhoff

Verlag/Abonnenten-Service

BVA Bielefelder Verlag / Standort Köln
Friesenplatz 16 | 50672 Köln
Tel.: + 49 (0)221 2587 248
Fax: + 49 (0)221 2587 249
ip@internationalepolitik.de

Druckerei

Media-Print Group GmbH
Eggertstraße 30 | 33100 Paderborn

Pressevertrieb

DPV Deutscher Pressevertrieb GmbH
Nordendstraße 2 | 64546 Mörfelden-Walldorf

Erscheinungsweise

zweimonatlich

Bezugspreise

Einzelpreis IP	14,90 €
Jahresabonnement Inland	118,00 €
Jahresabonnement Ausland	128,00 €
Luftpost	155,00 €
Studentenabonnement	73,00 €
Studentenabonnement Ausland	83,00 €
(Nachweis erforderlich)	
Probeabonnement (2 Ausg.)	19,50 €

Alle Abonnentenpreise inkl. Versandkosten und MwSt. Weitere Preise auf Anfrage. Kündigungen bis vier Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums. Für Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik gelten besondere Bezugspreise.

IP im Internet

Weitere aktuelle Beiträge und
Hintergrundanalysen finden Sie unter
www.internationalepolitik.de

Beachten Sie auch unser
englisches Journal
www.berlinpolicyjournal.com

Die Zauberin von Berlin

Hokuspokus aus der Hauptstadt: Wer Angela Merkel wirklich ist

In der Schlüsselszene des „Zauberers von Oz“ entdeckt Dorothy Gayle aus Kansas, dass der „große und mächtige Oz“ weder groß noch mächtig ist, sondern ein bescheidener Mann, der hinter einem Vorhang steht und Strippen zieht. Selbst als die Realität enthüllt wird – Dorothys Hund reißt den Vorhang beiseite und lüftet das Geheimnis –, versucht der Hologramm-Oz noch, die Scharade aufrechtzuerhalten. „Achte nicht auf den Mann hinter dem Schirm!“, ruft er.

Aber am Ende ist das Spiel aus – ebenso wie das von Angela Merkel. Sie dabei zu beobachten, wie sie die Gastgeberin des G7-Gipfels spielte, war ungefähr so, wie einen umgekehrten „Zauberer von Oz“ zu erleben. Sie wollte jedermann weismachen, sie sei nur eine bescheidene Frau, wo doch alle begriffen haben, dass sie eine der großen, mächtigen Führungspersönlichkeiten der Welt ist.

Barack Obama ist auf dem absteigenden Ast, David Cameron betreibt mit der Debatte über Großbritanniens Zukunft in Europa Bauchnabelschau und François Hollande ist mit der eigenen Wirtschaft voll beschäftigt, während seine Herausforderer von rechts schon die Möbelwagen für den eigenen Einzug in den Élysée bestellen.

Tatsächlich zeigten die Bilder aus Bayern eine Frau auf dem Höhepunkt ihrer Macht. Und doch hat sie ihr politisches Potenzial noch nicht ausgeschöpft – und wird es vielleicht auch nie tun. Ihre Reden und Pressekonferenzen sind Übungen im kollektiven,

ausweichenden „wir“, wenn die Welt ein „ich“ hören will: Was sie, Angela Merkel, möchte, für Deutschland in Europa und in der Welt.

Die Farce um Vorspiegelung und Wirklichkeit wird dann besonders deutlich, wenn es um die großen europäischen Krisen der Gegenwart geht. Bei ihnen spielt Merkel offensichtlich ein doppeltes Spiel: Sie beharrt darauf, Deutschland sei nicht der Ansprechpartner, und verweist die Griechen stattdessen an die Finanzinstitutionen. Die aber stehen für Gespräche gar nicht zur Verfügung, weil die Bundeskanzlerin eben jene Institutionen – einst Troika genannt – für Besprechungen spät in der Nacht in ihrem Büro empfängt. Deutschland ist kein Beobachter, es ist Akteur.

Ich frage mich, ob Merkel nach einem Jahrzehnt an der Macht damit begonnen hat, über ihr Vermächtnis nachzudenken. Was wird es sein? Dass sie das Mögliche möglich gemacht hat? Dass sie das Unvermeidliche gemanagt hat?

Nach zehn Jahren Merkelismus sind wir heute nicht schlauer als zuvor: was sie möchte, für sich, für Deutschland, als bedeutender – wenn auch eher zufälliger denn willentlicher – Akteur auf der europäischen und der Weltbühne. Aber die Zauberin von Berlin scheint entschlossen, sich für den Rest ihrer Kanzlerschaft hinter dem Vorhang zu verstecken, der ihre Größe nicht länger verhüllt.

DEREK SCALLY ist Deutschland-Korrespondent der *Irish Times*.